

Utz-Peter Reich, Carsten Stahmer u.a.

Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Revision und Erweiterungen

Band 4 der Schriftenreihe
Forum der Bundesstatistik

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden
Verlag: W. Kohlhammer, Stuttgart und Mainz

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Internationale Systeme Volkswirtschaftlicher
Gesamtrechnungen:** Revision u. Erweiterungen/
Hrsg.: Statist. Bundesamt, Wiesbaden.

Utz-Peter Reich . . . – Stuttgart; Mainz: Kohlhammer, 1986.

(Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik; Bd. 4)
ISBN 3-17-003308-5

NE: Reich, Utz-Peter [Mitverf.]; Deutschland
<Bundesrepublik> / Statistisches Bundesamt

Erschienen im April 1986

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet

Preis: DM 13,40

Bestellnummer: 1030404-86900

ISBN 3-17-003308-5

Zum Geleit

In dem vorliegenden Band werden Beiträge zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vorgestellt, die 1984 im Rahmen des 5. Starnberger Kolloquiums diskutiert wurden. Das Kolloquium wurde gemeinsam von Vertretern der amtlichen Statistik, von empirischen Forschungsinstituten und Universitäten organisiert.

Themenschwerpunkt waren die gegenwärtigen Überlegungen zur Weiterentwicklung der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Beiträge sollen dazu dienen, die Diskussion, die bisher weitgehend bei internationalen Organisationen und zwischen den nationalen Statistischen Ämtern stattfindet, auch im deutschen Sprachraum anzuregen. Es wird angestrebt, daß bei den konzeptionellen Überlegungen auch Vorschläge nationaler Anwender der Gesamtrechnungsergebnisse in Ministerien, im Universitätsbereich, an empirischen Wirtschaftsforschungsinstituten u.a. aufgegriffen werden.

Mit der Veröffentlichung der Tagungsergebnisse möchten wir die Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes und der Wissenschaft auch auf diesem Gebiet mit dem Ziel wechselseitiger Anregung und größten Nutzens für die Allgemeinheit weiter fördern.

Wiesbaden, im April 1986

Der Präsident des Statistischen Bundesamtes

Egon Hölder

Inhalt	Seite
Vorwort	7
Heinrich Lützel Statistisches Bundesamt, Wiesbaden	
Markttransaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	11
Alfred Franz Österreichisches Statistisches Zentralamt, Wien	
Statistische Einheiten im System of National Accounts und im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	26
Utz-Peter Reich Universität München	
Einkommensbegriffe für die privaten Haushalte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – die gegenwärtige Diskussion	38
Helmut Lindner Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), Tübingen	
Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Einkommensverteilungsrechnungen	65
Carsten Stahmer Statistisches Bundesamt, Wiesbaden	
Integration der Input-Output-Rechnung in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	92
Liane Schmidt Statistisches Bundesamt, Wiesbaden	
Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen	111
Hans Wessels Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin	
Grundlegende Unterschiede der Konzepte des System of National Accounts und des Material Product System	133
Reiner Stäglin Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin	
Die Bedeutung von Input-Output-Tabellen bei der Verbindung des System of National Accounts und des Material Product System	143

Vorwort

Die internationalen Organisationen haben als Richtlinien für die Ausrichtung der Arbeiten an den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in ihren Mitgliedsländern internationale Systeme entwickelt. In den marktwirtschaftlich orientierten Ländern werden zur Zeit angewendet

- das „System of National Accounts“ (SNA) der Vereinten Nationen von 1968 sowie
- in den Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaften das „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG) von 1970 (1984 in zweiter Auflage erschienen).

Diese Systeme sind auch für die VGR in der Bundesrepublik Deutschland von besonderer Bedeutung, insbesondere für

- die Wahl und Weiterentwicklung der Konzepte der VGR,
- die Darbietung international möglichst vergleichbarer Ergebnisse sowie
- die Vermeidung von Doppelarbeiten bei der Bereitstellung von Ergebnissen der VGR für Zwecke der internationalen Organisationen.

Die Verwendung der Empfehlungen dieser Systeme ist allerdings dadurch begrenzt, daß einerseits die gegenwärtig vorhandenen statistischen Basisinformationen eine vollständige Anwendung nicht erlauben und andererseits nationale Anforderungen, die in der Regel höhere Prioritäten haben, andere Darstellungsschwerpunkte setzen.

Die VGR haben sich – nicht zuletzt dank der internationalen Bemühungen zur Standardisierung der Konzepte – zu einer umfassenden, tiefgegliederten Informationsbasis entwickelt, die als inzwischen unverzichtbares Instrument der Wirtschaftsbeobachtung und -politik herangezogen wird. Trotz der erzielten Fortschritte bleibt die Notwendigkeit bestehen, noch existierende Informationsdefizite abzubauen, die Aussagefähigkeit der Ergebnisse neuen Fragestellungen anzupassen und die Gesamtrechnungen für weitere Analysezwecke zu erschließen.

Deshalb ist es zu begrüßen, daß die Vereinten Nationen, in Zusammenarbeit mit der OECD und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, bestrebt sind, die VGR in dieser Richtung weiterzuentwickeln. Die gegenwärtige Diskussion über eine entsprechende Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen soll bis Anfang der neunziger Jahre abgeschlossen sein. Die internationalen Organisationen haben die einzelnen Themen der Revision unter sich aufgeteilt. Koordiniert werden die Arbeiten durch die „Inter-Secretariat Working Group“, der Vertreter der internationalen Organisationen angehören. Eine Abstimmung mit den nationalen statistischen Ämtern wird vorwiegend durch Diskussionen auf den Sitzungen der Arbeitsgruppe „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bei den verschiedenen internationalen Organisationen erreicht. Forum für eine internationale Erörterung der Revisionsüberlegungen sind auch die Konferenzen der „International Association für Research in Income and Wealth“ (zuletzt in Noordwijkherhout, Niederlande, im August 1985).

Mit den Beiträgen des vorliegenden Bandes soll die Diskussion, die bisher weitgehend im internationalen Rahmen stattfindet, auch im deutschen Sprachraum angeregt werden. Angesprochen sind vor allem die Institutionen, die mit den Gesamtergebnissen arbeiten. Es ist anzustreben, daß bei den gegenwärtigen konzeptionellen Überlegungen auch Vorschläge nationaler Anwender in Ministerien, Universitäten und empirischen Forschungsinstituten in verstärktem Maße aufgegriffen werden.

Die bisherige Diskussion hat zu zwei grundsätzlichen Standpunkten in der Frage der Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen geführt. Die überwiegende Meinung der Experten der VGR geht dahin, daß eine grundlegende Revision nicht erforderlich sei. Für viele Verwendungszwecke hätten sich die Konzepte der Gesamtrechnungen bewährt. Dazu gehörten insbesondere die Erfassung und Darstellung der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung im kurz- und mittelfristigen Zeithorizont. Um sowohl der Forderung nach Stetigkeit im Nachweis als auch derjenigen nach einer möglichst flexiblen Anpassung des Informationsangebots an geänderte oder neue Anforderungen Rechnung tragen zu können, sollten zwei Formen der Weiterentwicklung Vorrang haben:

- Das gegenwärtige Datenangebot der Gesamtrechnungen könnte durch zusätzliche Untergliederungen verbessert werden. Der Benutzer wäre dann in der Lage, sich wie in einem Baukasten die Angaben so zusammensetzen, wie es für seinen speziellen Verwendungszweck erforderlich ist.
- Soweit die Benutzer Daten benötigen, die sich nicht aus Teilgrößen des vorhandenen Datenbestandes ableiten lassen, könnten diese Angaben im Rahmen von Parallel- oder Ergänzungsdarstellungen vorgelegt werden. Diese zusätzlichen Berechnungen könnten auch Größen umfassen, deren statistische Grundlagen nicht so gesichert sind wie im „Kernbereich“ der Gesamtrechnungen. Dies würde z.B. bei einer Darstellung der Tätigkeiten im Haushalt oder der Schattenwirtschaft zutreffen.

Der geschilderten Mehrheitsmeinung stehen die Ansichten anderer Experten gegenüber, daß die gegenwärtige Revisionsdiskussion Möglichkeiten biete, eine grundlegende Neufassung der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen vorzunehmen. Nach dieser, vor allem von niederländischen Experten vertretenen Meinung, sollte das neue Kernsystem des SNA so gebildet werden, daß es sich auf beobachtbare Markttransaktionen beschränkt bzw. die Vorgänge so zeigt, wie sie im einzelwirtschaftlichen Rechnungswesen gebucht werden. Damit wird eine Vereinfachung des Nachweises und eine direkte Verknüpfbarkeit der Ergebnisse mit Mikrodatensätzen angestrebt. Gleichzeitig soll durch Zusatztabellen und Paralleldarstellungen außerhalb des Kernsystems den vielfältigen Anforderungen an die Gesamtrechnungen Rechnung getragen werden.

Die in diesem Band vorgestellten Beiträge sollen die Bandbreite der gegenwärtigen Diskussion zeigen. Neben Beiträgen, in denen die Konzepte der VGR grundsätzlich in Frage gestellt werden, sind Aufsätze aufgenommen worden, in denen Erweiterungen der gegenwärtigen Systeme vorgestellt werden, die mit geringen konzeptionellen Änderungen des Kernsystems verbunden wären.

L ü t z e l und F r a n z behandeln die Abgrenzung der dargestellten Transaktionen bzw. die Auswahl der statistischen Einheiten. Sie erörtern in welchem Maße sich die Konzeptionen der

Gesamtrechnungen unmittelbar an beobachtbaren Größen orientieren sollen. Eine stärkere Anlehnung an das einzelwirtschaftliche Rechnungswesen könnte die statistische Absicherung des Datenangebots verbessern. Auf der anderen Seite besteht aber die Gefahr, daß die räumliche und zeitliche Vergleichbarkeit der Angaben vermindert wird, wenn die Vielfalt des statistisch erfaßten wirtschaftlichen Geschehens ohne Rücksicht auf einheitliche Konzepte abgebildet wird.

Eine ähnliche Problematik stellt sich bei der Abgrenzung der Einkommen der privaten Haushalte. Geht man von den beobachtbaren Transaktionen aus, so bleiben nicht-monetäre Zuwendungen unberücksichtigt, die von erheblichem Einfluß auf die Wohlfahrt der privaten Haushalte sein können. Wie Reich darlegt, ergibt sich in diesem Zusammenhang die Frage, ob Teile der staatlichen Leistungen dem Verbrauch und dem Einkommen der privaten Haushalte zugerechnet werden sollten.

Drei Beiträge beschäftigen sich mit Zusatzsystemen der VGR. Lindner stellt ergänzende Darstellungen der Einkommensverteilung vor. Stahmer diskutiert die Frage, in welchem Maße Input-Output-Daten in das Kernsystem der Gesamtrechnungen integriert werden sollten. Ein weiteres Zusatzsystem, dessen konzeptionelle Grundlagen in den letzten Jahren intensiv erörtert wurden, stellt die Vermögensrechnung dar. Schmidt schildert den gegenwärtigen Stand der Überlegungen der internationalen Organisationen zu dieser Frage.

Der Band schließt mit den Beiträgen von Wessels und Stäglin über das in den planwirtschaftlich organisierten Ländern angewendete „Material Product System“ (MPS) und seine Unterschiede zu dem SNA bzw. ESG. Dabei gehen sie auf die Bestrebungen ein, im Zuge der Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen die Vergleichbarkeit zwischen MPS und SNA zu verbessern.

Die hier abgedruckten Beiträge wurden zum größten Teil auf dem im Dezember 1984 veranstalteten 5. Sarnberger Kolloquium zur Weiterentwicklung der VGR vorgetragen und diskutiert. Diese Kolloquien haben das Ziel, im Kontakt von Wissenschaftlern, Mitarbeitern empirisch orientierter Forschungsinstitute und Angehörigen statistischer Ämter Möglichkeiten der Weiterentwicklung der VGR zu diskutieren, die sowohl unter theoretischen Gesichtspunkten wünschenswert als auch – zumindest langfristig – statistisch realisierbar sind.

Unser Dank gilt der Evangelischen Akademie Tutzing, die ihre Tagungsstätte zur Verfügung stellte, und der Max-Planck-Gesellschaft für finanzielle Unterstützung. Wir danken ferner dem Statistischen Bundesamt für die Möglichkeit, die Ergebnisse des Kolloquiums in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ veröffentlichen zu können.

Utz-Peter Reich
Universität München

Carsten Stahmer
Statistisches Bundesamt

Markttransaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Einleitung

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) dienen gleichzeitig verschiedenen Verwendungszwecken mit unterschiedlichen Anforderungen an den Nachweis der Ergebnisse. Dem Vorteil, daß sich die verschiedenen Benutzer der VGR auf einen einheitlichen konsistenten Datensatz stützen können, steht der Nachteil gegenüber, daß für die speziellen Verwendungszwecke nicht bestmögliche Informationen bereitgestellt werden können. Dieser Nachteil hat verständlicherweise zu erheblicher Kritik an den Konzepten der VGR geführt. So wird beispielsweise einerseits beanstandet, daß die Wohlfahrtsentwicklung vom Sozialprodukt nicht adäquat abgebildet wird, da viele Tatbestände außerhalb des Marktgeschehens nicht oder nicht angemessen berücksichtigt werden, andererseits wird bedauert, daß wegen der vielen Unterstellungen und Umrechnungen in den VGR die Darstellung der reinen Marktvorgänge sowie eine Verknüpfung von Makro- mit Mikrodaten nicht möglich ist.

In den gegenwärtigen Diskussionen um die Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, und hier insbesondere des „System of National Accounts“ (SNA) der Vereinten Nationen¹⁾, soll dieser Kritik insofern Rechnung getragen werden, als im Ergebnismachweis mehr Flexibilität angestrebt wird. Es sollen zusätzlich Tabellen und Untergliederungen vorgesehen werden, die den Benutzer der Daten in die Lage versetzen, sich wie in einem Baukasten (man spricht auch vom „building-block approach“) die Ergebnisse so zusammensetzen, wie es für seinen speziellen Verwendungszweck erforderlich ist.

Bei den Vorschlägen zur Revision des SNA können zwei Grundauffassungen unterschieden werden:

- Die eine Richtung möchte das SNA in seiner Grundstruktur unverändert lassen. Im SNA sollen nur Präzisierungen, soweit erforderlich, vorgenommen werden. Auch sollen die vorliegenden Ergebnisse (die Zeitreihen) nicht verändert werden. Es wird also auf Stetigkeit im Ergebnismachweis großer Wert gelegt. Allerdings soll der Informationsgehalt durch Zusatztabelle u.ä. erweitert werden, so daß neuen und geänderten Anforderungen an die VGR Rechnung getragen werden kann.²⁾
- Die andere Richtung möchte bestimmte Regelungen im SNA ändern. Es soll ein neues Kernsystem („core of the system“) geschaffen werden, das sich auf die beobachtbaren

¹⁾ United Nations (1968).

²⁾ Dies gilt sowohl für die Empfehlung der Statistischen Kommission bei den Vereinten Nationen wie auch für die Mehrheit der Experten in den Arbeitsgruppen „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bei den internationalen Organisationen, einschl. der Vertreter des Statistischen Bundesamtes in diesen Arbeitsgruppen.

Markttransaktionen beschränkt, bzw. die Vorgänge so zeigt, wie sie im einzelwirtschaftlichen Rechnungswesen gebucht werden. Insbesondere sollen Unterstellungen eliminiert werden. Damit wird eine Vereinfachung des Nachweises und eine direkte Verknüpfbarkeit der Ergebnisse mit Mikrodatensätzen angestrebt. Gleichzeitig soll durch Zusatztabelle und Paralleldarstellungen („building-blocks“) die Aussagefähigkeit der VGR erweitert werden.³⁾

Beide Richtungen unterscheiden sich also nicht in der Zielsetzung, sondern in der Art und Weise, wie man zu dem Ziel – Erhöhung der Aussagefähigkeit der VGR – gelangen kann. Eine zentrale Rolle spielen in diesen Diskussionen Markt- und Nichtmarkttransaktionen (letztere einschließlich der Unterstellungen), ohne daß wirklich klar ist, was eine Transaktion, eine Markttransaktion oder eine Unterstellung eigentlich ist und wie sie sich unterscheiden.

In diesem Aufsatz wird zunächst untersucht, wie aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Markttransaktionen definiert und von Nichtmarkttransaktionen und Unterstellungen abgegrenzt werden können. Es wird dann gezeigt, wie sich die Berücksichtigung von Nichtmarkttransaktionen im Gesamtrechnungsrahmen auswirkt, wobei klar wird, daß aus Konsistenzgründen nicht völlig auf die Einbeziehung von Nichtmarkttransaktionen in die VGR verzichtet werden kann. Schließlich wird anhand von Übergangs- bzw. Überleitungstabellen für die Unternehmen und privaten Haushalte am praktischen Beispiel verdeutlicht, wie die Markttransaktionen auch bei Beibehaltung der gegenwärtigen Grundkonzeption des SNA als solche dargestellt werden können.

Diese Überleitungstabellen können als ein Beispiel für Revisionsansätze des SNA verstanden werden. Sie beziehen sich jedoch nur auf zwei spezielle Verwendungszwecke der VGR, nämlich die vertiefte Analyse des Marktgeschehens als solchem bzw. die verbesserte Verknüpfbarkeit der Ergebnisse mit Mikrodatensätzen. Für andere Verwendungszwecke müssen ähnliche Tabellen mit anderen Inhalten oder parallele Darstellungen in Satellitensystemen⁴⁾ u.ä. vorgesehen werden.

1 Zum Begriff der „Markttransaktionen“

Das SNA unterscheidet nicht klar zwischen Markt- und Nichtmarkttransaktionen. Gleichwohl spielen Markttransaktionen bei der Definition und der statistischen Erfassung der darzustellenden Tatbestände eine wichtige Rolle. In der europäischen Version des SNA, dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), wird zwar zwischen „marktbestimmter“ und „nichtmarktbestimmter“ Produktion⁵⁾ unterschieden, doch ist diese Einteilung für eine Abgrenzung der Markttransaktionen nicht tauglich. So zählen laut ESVG zur marktbestimmten Produktion auch Waren und Dienstleistungen, die noch nicht auf dem Markt erschienen sind (z.B. die Vorratzzunahme an eigenen Erzeugnissen) oder die über-

³⁾ Siehe z.B. Bochove, C.A. van und Tuinen, H.K. van (1985).

⁴⁾ Siehe z.B. Hamer, G. (1985).

⁵⁾ SAEG (1985), S. 42 ff.

haupt nicht am Markt erscheinen (z.B. selbsterstellte Anlagen, Eigenverbrauch in Unternehmerhaushalten oder die Eigennutzung von Wohnungen).

Ein Kriterium für die Abgrenzung der Markttransaktionen könnte das Transactor/transaction-Prinzip sein, das insbesondere von Ruggles/Ruggles für die Abgrenzung der in den VGR nachzuweisenden Transaktionen betont wird.⁶⁾ Allerdings ist für den Verfasser dieses Aufsatzes nicht klar, was im Detail durch das Transactor/transaction-Prinzip abgedeckt wird und ob es auch für die Darstellung der Produktionsvorgänge anzuwenden ist. Wegen dieser offenen Fragen wird im folgenden bei der Definition der Markttransaktionen das Transactor/transaction-Kriterium nicht weiter herangezogen.

Bei der Abgrenzung der Markttransaktionen könnte auch auf das einzelwirtschaftliche Rechnungswesen Bezug genommen werden. Zu erfassen wären die Tatbestände so, wie sie sich aus den Aufzeichnungen der Unternehmen, Haushalte usw. direkt ableiten lassen. Doch werden im Rechnungswesen der Unternehmen auch Tatbestände nachgewiesen, die nicht am Markt stattgefunden haben, wie z.B. Abschreibungen, Bildung von Rückstellungen oder selbsterstellte Anlagen. Außerdem sind die Konzepte des Rechnungswesens je nach Zielsetzung (Kalkulation, Steuererklärung oder veröffentlichter Jahresabschluß) und Sektor (Einnahmen-Ausgaben-Rechnung beim Staat und den privaten Haushalten bzw. periodengerechte Aufwands- und Ertragsermittlung bei Unternehmen, hier jedoch nach bereichsspezifischen Kontenrahmen) sehr unterschiedlich und teilweise nicht kompatibel. Deshalb wird auch dieses wichtige Kriterium nicht für die Abgrenzung der Markttransaktionen verwendet.

Zu den Markttransaktionen könnten schließlich die Transaktionen gezählt werden, die zwischen Wirtschaftseinheiten tatsächlich stattgefunden haben, und zwar zu den Beträgen, die effektiv gezahlt wurden. Als Beispiele für derartige Transaktionen, die in den VGR in anderer Abgrenzung gezeigt werden, seien folgende Markttransaktionen bzw. wirtschaftliche Vorgänge genannt:

- Umsatzerlös aus dem Verkauf eigener Erzeugnisse und nicht der Produktionswert,
- der Handelsumsatz und nicht die Handelsspanne,
- der Kauf von Vorleistungs- oder von Investitionsgütern und nicht der Vorleistungsverbrauch oder die Investitionen,
- die Ausgaben des Staates und nicht der Staatsverbrauch,
- die tatsächlich gezahlten (empfangenen) Einkommen und nicht die Einkommen einschließlich Naturalentgelten, Arbeitgeberbeiträgen und unterstellten Sozialbeiträgen,
- die gezahlten (empfangenen) Zinsen und nicht ein unterstelltes Entgelt für Bankdienstleistungen und

⁶⁾ Ruggles, R. (1982), S. 25 sowie Ruggles, R. und N. (1985), S. 12.

- die geleisteten und empfangenen Zahlungen von Lebensversicherungen u.ä. und nicht ein unterstellter Kauf von Versicherungsdienstleistungen.

In den folgenden Ausführungen wird von dieser engen Definition ausgegangen. Danach zählen zu den Markttransaktionen nur Transaktionen, die zwischen verschiedenen Wirtschaftseinheiten tatsächlich stattgefunden haben, und zwar mit dem jeweils gezahlten Betrag. Einbezogen werden auch Transferzahlungen (Übertragungen), obwohl für sie ein wichtiges Merkmal des Marktes, nämlich das der Leistung und Gegenleistung, definitionsgemäß nicht gegeben ist.

2 Markttransaktionen und Nichtmarkttransaktionen im SNA

Die im SNA nachgewiesenen Tatbestände werden ganz überwiegend auf der Grundlage von Markttransaktionen definiert und abgegrenzt. Hierfür sprechen die gute Identifizierbarkeit und statistische Erfäßbarkeit sowie die Tatsache, daß in marktwirtschaftlich orientierten Ländern dem Markt eine entscheidende Lenkungsfunktion im Wirtschaftsgeschehen zukommt. So sind die am Markt auftretenden Wirtschaftseinheiten und ihre Transaktionen in der Regel Gegenstand der Wirtschaftspolitik. Aus diesen Gründen ist eine weitgehende Orientierung des SNA am Marktgeschehen nicht nur zweckmäßig, sondern im Hinblick auf die Verwendung der Ergebnisse auch sehr sinnvoll.

Die vorstehend genannten Beispiele für Transaktionen zeigen allerdings, daß viele der im SNA dargestellten Tatbestände nicht genau die beobachtbaren Marktvorgänge abbilden, sondern in vielfacher Hinsicht abgewandelt oder korrigiert sind. Diese Unterschiede sind bei der Darstellung der Produktion, des Aufkommens und der Verwendung von Waren und Dienstleistungen sowie der entstandenen Einkommen besonders groß. Sie vermindern sich beim Nachweis der Einkommensverteilung und -umverteilung, denen vielfach die Zahlungsströme zugrundeliegen.

Beispiele für Transaktionen, die im SNA abweichend von den Marktvorgängen nachgewiesen werden, gibt Tabelle 1 (siehe S. 15). Mit der Tabelle soll auch gezeigt werden, wie sich Unterstellungen im Gesamtrechnungssystem auswirken. Um welche Größenordnungen es sich dabei handelt, geht aus den Tabellen 2 und 3 (siehe S. 21 und 22f.) hervor. Zu den einzelnen Tatbeständen seien folgende Erläuterungen gegeben:

- Selbsterstellte Anlagen zählen zwar auch im einzelwirtschaftlichen Rechnungswesen zum Rohertrag, doch berühren sie als firmeninterne Leistungen nicht den Markt. Würden sie im SNA nicht als Teil des Produktionswertes berücksichtigt, so müßten um ihren Wert die Investitionen vermindert werden, während der Betriebsüberschuß, das verfügbare Einkommen sowie die Ersparnis in Höhe der selbsterstellten Anlagen abzüglich Abschreibungen hierauf geringer wären.
- Die Vorratsveränderungen stellen typische zeitliche Korrekturposten zu den Marktvorgängen dar, um die Produktion und den Verbrauch periodengerecht zurechnen zu können. Erwähnt sei, daß beim Privaten Verbrauch auf diese Korrektur verzichtet wird, d.h. Kauf und

Tabelle 1: Verbuchung von Nichtmarkttransaktionen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen*)

Nichtmarkttransaktionen	Aufkommen von Waren und Dienstleistungen		Verwendung		Entstehung von Einkommen		Verteilung		Verfügbares Einkommen und seine Verwendung		
	Produktionswert	Vorleistungen	Letzter Verbrauch	Investitionen	Eink. aus unselb. Arbeit	Betriebsüberschuß	Einkommen aus unselb. Arbeit	Übertragungen	Einkommen	Letzter Verbrauch	Ersparnis
1. Selbsterstellte Anlagen	+	.	.	+	.	+	.	+	+	.	+
2. Vorratszunahme an eigenen Erzeugnissen	+	.	.	+	X	+	X	+	+	X	+
3. Vorratszunahme an gekauften Erzeugnissen (Vorleistungsgüter)	.	-	.	+	.	+	.	+	+	.	+
4. Produktion für den Eigenbedarf (Entnahmen)	+	.	+	.	.	+	.	+	+	+	.
5. Naturalvergütung	+	.	+	.	+	.	.	.	+	+	.
6. Firmeninterne Lieferungen	+	+
7. Konsolidierung innersektoraler Güterkäufe	-
8. Handels- und Transportspannen	-
9. Soziale Sachleistungen	-	± ¹⁾	± ¹⁾	.
10. Unterstelltes Entgelt für Bankdienstleistungen	+	+ ²⁾	.	.	.	+ ²⁾
11. Versicherungsdienstleistungen	+	(+)	+	.	.	+	.	.	+	+	.
12. Nichtmarktbestimmte Dienstleistungen	+	.	+	+	.
13. Saldierung der Transaktionen mit Land und vorhandenen Gebrauchsgütern	(+)	.	±	±	.	(+)	.	.	±	±	(+)
14. Saldierung von Übertragungen innerhalb eines Sektors	±	.	±
15. Tatsächliche Arbeitgeberbeiträge	+
16. Unterstellte Sozialbeiträge	+	-	+	-	.	.	+
17. Saldierung der reinen Finanztransaktionen

*) „+“ bedeutet, daß die Transaktion in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen höher nachgewiesen wird als anhand der reinen Markttransaktionen beobachtbar ist.
 1) Zunahme bei privaten Haushalten und entsprechende Abnahme beim Staat.
 2) Die Erhöhung des Betriebsüberschusses wird nach Buchung des erhöhten Vorleistungsverbrauchs wieder aufgehoben.
 3) Kein Nachweis der gezahlten Beiträge sowie der gezahlten Leistungen von Lebensversicherungsunternehmen.
 4) Der Betriebsüberschuß ist vereinbarungsgemäß Null.

Verbrauch werden hier gleichgestellt. Bei den Vorräten an Vorleistungsgütern handelt es sich zwar um Waren, die am Markt erworben wurden, doch werden nicht die Zugänge selbst gezeigt, sondern die Bestandsveränderung, der Saldo aus Zu- und Abgängen also.

- Zur Produktion für den Eigenbedarf zählen sehr unterschiedliche Tatbestände, wie landwirtschaftliche Erzeugnisse, die im eigenen Haushalt verbraucht werden, Entnahmen von Waren für den Privaten Verbrauch in Unternehmerhaushalten sowie der Mietwert eigen genutzter Wohnungen. Die Erhöhung des Produktionswertes bewirkt, daß auch die entstandenen, verteilten und verwendeten Einkommen erhöht werden müssen, falls die in den VGR geltenden Grundprinzipien nicht verletzt werden sollen.
- Bei der Naturalvergütung handelt es sich um Lohneinkommen, die nicht in Geld, sondern in Waren „gezahlt“ werden, wobei diese Art der Entlohnung in der Regel vertraglich vereinbart ist. In der Bundesrepublik Deutschland sind hier nur die Deputate im Bergbau und bei Brauereien sowie die Aufwendungen des Staates für Bekleidung und Verpflegung der Wehrpflichtigen von Bedeutung. Der Wert dieser Waren ist im Produktionswert und als Teil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit zu erfassen.
- Das SNA regelt nicht eindeutig, in welchem Ausmaß firmeninterne Lieferungen zwischen Unternehmensteilen zu buchen sind. Lieferungen zwischen Betrieben bzw. fachlichen Teilen eines Unternehmens (establishments), die zu unterschiedlichen Bereichen (industries) zählen, sind auf jeden Fall einzubeziehen. Nach dem ESVG sind in erheblichem Umfang firmeninterne Lieferungen als Produktionswert und Vorleistungsverbrauch zu buchen, und zwar alle Lieferungen zwischen Unternehmensteilen, die zu verschiedenen Produktionsbereichen zählen, sowie alle Güter, die zu einer bestimmten Liste zählen.⁷⁾ Andererseits sind nach dem ESVG Vorleistungskäufe/Verkäufe zwischen Unternehmen, die zum selben Produktionsbereich gehören, in der Regel nicht zu erfassen.⁸⁾ Diese Bestimmungen im ESVG sind zwar für die Input-Output-Analyse (Konstanz der Inputkoeffizienten) von Vorteil, hinsichtlich der statistischen Realisierbarkeit jedoch äußerst fragwürdig. Auch steht die Konsolidierungsbestimmung im ESVG in Widerspruch zur Definition des Produktionswertes, der laut ESVG⁹⁾ alle marktbestimmten Waren umfaßt.
- Der Nachweis der Handels- und Verkehrsleistungen nur mit den Spannen in den internationalen Systemen sowie in den Input-Output-Tabellen ist in ökonomischer Betrachtung sehr sinnvoll. Allerdings sind als Marktvorgänge in der Regel nur die Bruttogrößen beobachtbar. Der Käufer einer Ware vom Einzelhandel bezahlt den Gesamtpreis, ohne zu erkennen, wieviel davon auf die Handelsleistung entfällt.
- Die Verbuchung von nichtmarktbestimmten Dienstleistungen des Staates, der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie der privaten Haushalte ist ein besonders gutes Beispiel dafür, daß eine Beschränkung der VGR auf tatsächliche Markttransaktionen

⁷⁾ SAEG (1985), S. 123.

⁸⁾ SAEG (1970), S. 113 ff.

⁹⁾ SAEG (1985), S. 42.

kaum möglich ist. Würde für den Staat kein Produktionswert nachgewiesen, so wäre es z.B. nicht möglich, die Verwendung von Einkommen und die Verwendung von Gütern in Einklang zu bringen.

- Der Nachweis eines unterstellten Entgeltes für Bankdienstleistungen ist notwendig, um die „Produktion“ der Kreditinstitute vergleichbar zu der der übrigen Bereiche darstellen zu können und um nicht einen negativen Betriebsüberschuß ausweisen zu müssen. Allerdings bereitet der Nachweis der Verwendung der unterstellten Bankdienstleistungen erhebliche konzeptionelle und statistische Probleme. Die im SNA vorgesehene Verbuchung als Vorleistungsverbrauch einer fiktiven Einheit kann nicht befriedigen.
- Die Behandlung der Versicherungstransaktionen ist je nach der Art der Versicherung (Sozialversicherung, Sachversicherung, Lebensversicherung, Versicherungen mit oder ohne versicherungstechnische Rückstellungen) sehr unterschiedlich und zum Teil sehr kompliziert. Die von Versicherungsinstitutionen erbrachten Dienstleistungen werden – ebenso wie die Leistungen der Kreditinstitute – überwiegend nicht gegen ein spezielles Entgelt „verkauft“, es sind also Unterstellungen notwendig. Gemessen wird der Wert der Dienstleistungen bei der Sozialversicherung, wie auch bei den Gebietskörperschaften, anhand der Kosten und bei den Versicherungsunternehmen am Überschuß der Beiträge der Versicherten über die Leistungen der Versicherungsunternehmen. Bei der Lebensversicherung werden die Versicherungsbeiträge um die Verzinsung der Vermögensanlagen der Versicherungsunternehmen und die gezahlten Leistungen um die Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen aufgestockt. Diese Größen können zwar berechnet werden, sie sind jedoch als Marktvorgang nicht beobachtbar. Die zwischen den Lebensversicherungsunternehmen und den Versicherten tatsächlich geflossenen Zahlungsströme werden nach dem SNA überhaupt nicht gezeigt, sondern nur ein unterstellter Kauf von Dienstleistungen sowie in der Finanzierungsrechnung bei den Versicherten eine unterstellte Veränderung der Forderungen in Höhe der Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen. Die unterstellten Transaktionen sind nur auf der Makroebene nachweisbar und können auf die Mikroebene nicht übertragen werden.
- Die innersektoralen Grundstückstransaktionen sowie die Transaktionen mit vorhandenen Gebrauchsgütern zwischen privaten Haushalten werden saldiert nachgewiesen. Betrachtet man die Verkäufe als negative Investitionen bzw. als negativen Privaten Verbrauch, so führt die Saldierung für den Gesamtsektor zu keiner Abweichung gegenüber einem Bruttonachweis. Das Plus bei der kaufenden Einheit wird durch das Minus bei der verkauften Einheit ausgeglichen. Völlig anders ist die Beurteilung der Saldierungen allerdings, wenn die Investitionen in tiefer Gliederung nach Wirtschaftsbereichen und der Private Verbrauch gegliedert nach Haushaltsgruppen nachgewiesen werden sollen. Dann ist ein Bruttonachweis dieser Transaktionen notwendig.
- Aus statistischen Gründen werden innersektorale Transferzahlungen beim Staat und bei den privaten Haushalten häufig saldiert. Das ist – bezogen auf den Sektor als Gesamtheit – ohne Einfluß, da die geleisteten und die empfangenen Übertragungen um den selben Betrag gekürzt werden. Die Darstellung des Staates nach Ebenen und der privaten Haushalte nach Haushaltsgruppen erfordert jedoch eine Auflösung dieser Konsolidierungen.

- Soziale Sachleistungen des Staates (z.B. Krankenbehandlung von „Kassenpatienten“) werden direkt von der Sozialversicherung bezahlt, sind aber nach dem SNA und dem ESVG, anders als im deutschen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, als Teil des Privaten Verbrauchs nachzuweisen. Folglich muß auch eine Transferzahlung an die privaten Haushalte unterstellt werden, da andernfalls die Ersparnis der Haushalte durch den unterstellten „Kauf“ dieser tatsächlich unentgeltlich empfangenen Sachleistungen zu klein ausgewiesen würde. In diesem Fall wäre es besser, in den VGR klarer zwischen dem Zahlungs- und dem Verbrauchskonzept zu unterscheiden, wie dies z. B. J. Pêtre vorgeschlagen hat.¹⁰⁾
- Die von den Arbeitgebern direkt an die Sozialversicherung abgeführten Arbeitgeberbeiträge werden in den VGR über die Arbeitnehmer geleitet, um ihr Bruttoeinkommen vollständig nachzuweisen. Orientiert man sich jedoch mehr an den tatsächlichen Zahlungsvorgängen, so käme eine Verbuchung dieser Transferzahlungen von den Unternehmen direkt an die Sozialversicherung in Betracht. Die gleiche Überlegung müßte dann aber auch für die direkt abgeführten Arbeitnehmerbeiträge und die Lohnsteuer gelten. So weit gehen jedoch selbst die Vorschläge der Anhänger des Transactor/transactions-Konzeptes nicht.
- Häufig erwerben Arbeitnehmer auch Ansprüche auf Renten (Betriebsrenten) und Pensionen, ohne daß die Lohnempfänger hierfür Beiträge entrichten bzw. ohne daß die Zunahme dieser Ansprüche in ihrem Einkommen zum Ausdruck kommt. In diesen Fällen sieht das SNA eine Aufstockung der Bruttoeinkommen einerseits und der an die Arbeitgeber geleisteten Sozialbeiträge andererseits vor. Die fiktive Erhöhung der empfangenen Bruttoeinkommen wird also durch unterstellte Transferzahlungen der privaten Haushalte an die Arbeitgeber in gleicher Höhe wieder ausgeglichen (siehe auch das Beispiel in Tabelle 3, S. 22 f.). Diese unterstellten Transaktionen werden gebucht, um das Bruttoeinkommen zwischen den einzelnen Gruppen von Arbeitnehmern vergleichbar nachzuweisen. Damit wird auch erreicht, daß die Lohnkosten richtig nachgewiesen werden, denn ohne diese Unterstellung würde eine Zunahme der Rückstellungen für Betriebsrenten in den Betriebsüberschuß (entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) eingehen.
- Nahezu alle Ströme in der Finanzierungsrechnung werden durch Differenzbildung der Bestände am Anfang und Ende des Jahres ermittelt. Es handelt sich also um saldierte Größen und nicht um die tatsächlich stattgefundenen Finanztransaktionen. Eine Bruttoverbuchung sämtlicher Finanztransaktionen (z.B. aller Buchungen auf den Girokonten) würde den Aussagewert der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung kaum erhöhen.

Die bisherige Aufzählung von Nichtmarkttransaktionen im SNA ist nicht erschöpfend. Nur hingewiesen sei auf bewertungsbedingte Unterschiede zu den Marktpreisen, wie die Bewertung zu Faktorkosten (factor values), Herstellungspreisen (approximate basic values) oder zu reinen Faktorpreisen (true basic values). Auch Abschreibungen sind keine Markttransaktionen. Sie dienen der Periodisierung des Verbrauchs von Anlagegütern. Weitere Beispiele für Nichtmarkttransaktionen sind:

¹⁰⁾ Pêtre, J. (1983), siehe auch Kopsch, G. (1984).

- der Nachweis eines Produktionswertes in Höhe der Grundstücksübertragungskosten beim Verkauf von Grundstücken,
- die Ausgaben des Staates für Verpflegung und Bekleidung der Streitkräfte als Teil der Einkommen der Soldaten und als Teil des Privaten Verbrauchs,
- unterstellte laufende Übertragungen an die übrige Welt für unentgeltliche Warenlieferungen des Staates an die übrige Welt in Höhe des Grenzübergangswertes dieser Waren.

Die aufgeführten Beispiele zeigen, daß die im SNA dargestellten Tatbestände in vielfältiger Weise von den Transaktionen abweichen, wie diese am Markt beobachtbar sind. Allerdings muß gleichzeitig betont werden, daß die Abweichungen quantitativ nur einen sehr kleinen Teil ausmachen im Vergleich zu den dargestellten Transaktionen, die den Marktvorgängen direkt entsprechen. Die Beispiele zeigen aber auch, daß eine Beschränkung des SNA oder eines Kernsystems ausschließlich auf Marktvorgänge ernstlich nicht in Frage kommen kann. Insbesondere wäre es dann nicht möglich,

- das Wirtschaftsgeschehen vollständig abzubilden, da nur ein Teil auf dem Markt in Erscheinung tritt,
- den wirtschaftlichen Erfolg vollständig und periodengerecht zu erfassen,
- die Tatbestände untereinander vergleichbar darzustellen,
- die Ergebnisse im Zeitablauf vergleichbar darzustellen und
- die Ergebnisse international vergleichbar darzustellen.

Die Aussagefähigkeit der Ergebnisse wäre für wichtige Analyse Zwecke so eingeschränkt, daß sie sinnvoll kaum noch verwendet werden könnten. Die Darstellung liefe auf eine reine Geldstromanalyse hinaus.

3 Verbesserter Nachweis der Markttransaktionen

Die bisherige Diskussion führte zu dem Ergebnis, daß bei den Überlegungen zur Revision des SNA die gegenwärtige Behandlung der Markt- und der Nichtmarkttransaktionen nicht grundsätzlich geändert werden sollte. Trotzdem ist es überlegenswert, ob in der Zukunft durch eine verbesserte Präsentation der Ergebnisse der VGR die Markt- und die Nichtmarkttransaktionen in Zusatztabelle als solche sichtbar gemacht und in Nebenrechnungen ein Übergang zu den reinen Markttransaktionen ermöglicht werden sollte. Das hätte wesentliche Vorteile:

- Die Ergebnisse der VGR würden für bestimmte Fragestellungen, die sich primär auf das tatsächliche Marktgeschehen und auf Geldstromanalysen beziehen, aussagefähiger.

- Eine Verknüpfung der Ergebnisse der VGR mit Mikrodatensätzen bzw. mit wichtigen Basisstatistiken würde wesentlich erleichtert.
- Für die Benutzer der Ergebnisse der VGR wäre es leichter zu verstehen, was eigentlich erfaßt und wie es nachgewiesen wird.

Dieses sind wichtige Vorteile, die bei den Überlegungen zur Weiterentwicklung ernst genommen werden sollten. Wie derartige Übergangstabellen aussehen werden, muß noch im Detail erarbeitet werden. Sie sollen auf jeden Fall die einzelnen Elemente zeigen, um von den SNA-Definitionen zu den Markttransaktionen übergehen zu können. Hierfür seien zwei Beispiele gegeben:

In Tabelle 2 (siehe S. 21) wird aus dem Produktionswert der Unternehmen nach dem Konzept des ESVG der Umsatz der Unternehmen abgeleitet. Allerdings wurde der Empfehlung des ESVG, die Umsätze zwischen Unternehmen des gleichen Bereichs zu konsolidieren, nicht gefolgt. Lediglich bei der Landwirtschaft wird das „Bundeshofkonzept“ zugrundegelegt, Markttransaktionen zwischen Landwirtschaftsbetrieben werden also im Prinzip nicht dargestellt. Die nichterfaßten Umsatzbestandteile beziehen sich auf den Nettornachweis beim Handel, Transport und beim Verkauf von Energie u.ä. durch Verteilerunternehmen. Diese Nettostellungen wirken sich auf den Produktionswert und die Vorleistungen in gleicher Höhe aus, beeinflussen also die Wertschöpfung nicht. Das gleiche gilt für die firmeninternen Lieferungen. Die übrigen Positionen würden die Wertschöpfung der Unternehmen vermindern (in diesem Fall um 14 %), wenn die Nichtmarkttransaktionen nicht zum Produktionswert der Unternehmen gezählt würden. Die Korrektur um die Umsatzsteuer ist erforderlich, weil nach dem ESVG das Aufkommen an Gütern ohne Umsatzsteuer, die Verwendung jedoch einschließlich der nichtabzugsfähigen Umsatzsteuer nachzuweisen ist.

In Tabelle 3 (siehe S. 22 f.) wird gezeigt, wie sich die echten Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte aus dem verfügbaren Einkommen und dem Privaten Verbrauch ableiten. Bei den Sachleistungen der Sozialversicherung handelt es sich um Gesundheitsleistungen, die von der Sozialversicherung direkt bezahlt werden. Sie sind in den deutschen Gesamtrechnungen Teil des Staatsverbrauchs, müssen laut ESVG aber als Transferzahlung an private Haushalte und als „Käufe“ von Gesundheitsleistungen der privaten Haushalte gebucht werden. Die Transaktionen zwischen privaten Haushalten werden in den deutschen VGR konsolidiert, und zwar u.a. Geschenke, Verkäufe von Waren und Einnahmen aus Untervermietung. Saldiert werden: Prämien an und Leistungen von Lebensversicherungen sowie Spieleinsätze und -gewinne. Konsolidiert werden auch die Übertragungen der privaten Haushalte an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu einer Aufstockung der Bruttoeinkommen und der geleisteten Übertragungen um den selben Betrag führt die Verbuchung der Arbeitgeberbeiträge und der unterstellten Sozialbeiträge über die privaten Haushalte. In der Bundesrepublik Deutschland werden aber auch die Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung (1978: 77 Mrd. DM) und die Lohnsteuer (92 Mrd. DM) vom Arbeitgeber direkt abgeführt, so daß – streng genommen – die privaten Haushalte auch diese Beträge weder empfangen noch an den Staat zahlen.

Tabelle 2: Produktionswert und Umsatz der Unternehmen 1982

	Mrd. DM
Produktionswert (laut Input-Output-Tabelle)	2 715
+ Nichterfaßte Teile des Umsatzerlöses	1 199
. Einstandswert der Handelsware	1 063
. Einstandswert im Transithandel	58
. Wiederverkäuferumsätze mit Energie und Wasser	48
. Verauslagte Transportkosten	29
. Verkauf von Lager (Vorratsabnahme)	1
. Bereichsinterne Umsätze (keine Schätzung möglich)	-
- Nicht am Markt verkaufte Produktion	325
. Selbsterstellte Anlagen	15
. Vorratszunahme an eigenen Erzeugnissen	0
. Firmeninterne Lieferungen	140
. Unterstelltes Entgelt für Bankdienstleistungen	75
. Unterstelltes Entgelt für Versicherungsdienstleistungen	29
. Mietwert eigengenutzter Wohnungen	60
. Eigenverbrauch in Unternehmerhaushalten	5
. Naturalentgelt	1
= Umsatz aus dem Verkauf eigener Erzeugnisse sowie von Handelsware ohne Umsatzsteuer ¹⁾	3 589
+ Nichtabzugsfähige Umsatzsteuer	101
= Umsatz zu Käuferpreisen ¹⁾	3 690

¹⁾ Ohne tatsächliche Verkäufe zwischen Landwirtschaftsbetrieben.

**Tabelle 3: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1978
nach dem Zahlungskonzept**

	Mrd. DM	
Verfügbares Einkommen (einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck, nationales Konzept)		823
– Verfügbares Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		20 ¹⁾
<hr/>		
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (nationales Konzept)		803
+ Sachleistungen der Sozialversicherung		78
<hr/>		
= Verfügbares Einkommen (SNA-Konzept)		881
+ Nichterfaßte Einnahmen		76
. Leistungen von Lebensversicherungen	15	
. Geschenke u.ä. von Haushalten	10 ²⁾	
. Spielgewinne u.ä.	3	
. Erlös aus dem Verkauf von Waren	9 ²⁾	
. Tatsächliche Mieteinnahmen	32 ¹⁾	
. Einnahmen aus Untervermietung	1 ¹⁾	
. Subventionen für Wohnungen	1 ¹⁾	
. Empfangene Vermögensübertragungen	5	
. Kursgewinne aus Wertpapierverkauf	. ³⁾	
– Unterstellte Einnahmen		227
. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	91	
. Arbeitgeberbeiträge an Versicherungsunternehmen	2	
. Unterstellte Sozialbeiträge	36	
. Sachleistungen der Sozialversicherung	78	
. Naturalentgelt	1 ¹⁾	
. Entnahmen für den Privaten Verbrauch	4 ¹⁾	
. Einkommen aus Vermietung (einschl. aus unterstellter Eigenmiete)	15	
+ Unterstellte Transferzahlungen		129
. Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung	91	
. Arbeitgeberbeiträge an Versicherungsunternehmen	2	
. Unterstellte Sozialbeiträge an Arbeitgeber	36	
– Nichterfaßte Ausgaben (ohne Käufe)		85
. Lebensversicherungsbeiträge	29	
. Geschenke u.ä. an Haushalte	10 ²⁾	
. Spieleinsätze u.ä.	6	
. Vereinsbeiträge, Spenden, Kirchensteuer	14 ¹⁾	
. Steuern und Gebühren für Wohnungen	2 ¹⁾	
. Zinsen für Baudarlehen u.ä.	22 ¹⁾	
. Geleistete Vermögensübertragungen	2	
<hr/>		
= Ausgabefähige Einnahmen		<u>774</u>

noch: Tabelle 3

	Mrd. DM
Privater Verbrauch der privaten Haushalte (nationales Konzept)	716
+ Sachleistungen der Sozialversicherung	78
<hr/>	
= Privater Verbrauch (SNA-Konzept)	794
+ Nichterfaßte Käufe von Waren und Dienstleistungen	26
. Käufe von anderen Haushalten	9 ²⁾
. Gezahlte Untermieten	1 ¹⁾
. Laufende Käufe für Wohnzwecke	16 ¹⁾
− Unterstellte Käufe	145
. Versicherungsdienstleistungen	14
. Dienstleistungen von Lotterie- und Wettunternehmen	3 ¹⁾
. Mietwert eigengenutzter Wohnungen	45
. Sachleistungen der Sozialversicherung	78
. Naturalentgelt	1 ¹⁾
. Entnahmen in Unternehmerhaushalten	4 ¹⁾
<hr/>	
= Tatsächliche Käufe ⁴⁾ der privaten Haushalte von Waren und Dienstleistungen	<u>675</u>

¹⁾ Grobe Schätzung.

²⁾ Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978.

³⁾ Schätzung nicht möglich.

⁴⁾ Ohne Käufe von Grundstücken, Wohnungen und Käufe für Unternehmenszwecke.

Erläuterungsbedürftig ist die Verbuchung der Einnahmen und Ausgaben im Wohnungswesen. Die Wohnungsvermietung ist in den deutschen VGR funktional zusammengefaßt und vollständig dem Unternehmenssektor zugerechnet. Die folgenden Zahlen für die Wohnungsvermietung durch private Haushalte sind Schätzungen:

Wohnungsvermietung durch private Haushalte 1978

	Mrd. DM
Tatsächliche Mieteinnahmen	32
+ Unterstellte Mieten	45
<hr/>	
= Produktionswert	77
− Vorleistungen und gezahlte Löhne	16
− Indirekte Steuern	2
+ Subventionen	1
− Abschreibungen	23
<hr/>	
= Betriebsüberschuß	37
+ Empfangene Einkommen	0
− Geleistete Einkommen (Zinsen)	22
<hr/>	
= Einkommen aus Wohnungsvermietung	15
	23

Vermögensübertragungen werden in den VGR gebucht, nicht jedoch als Teil des verfügbaren Einkommens. Es kann durchaus gefragt werden, ob die Unterscheidung zwischen laufenden und Vermögensübertragungen sehr sinnvoll ist.

Bei den nicht im Privaten Verbrauch erfaßten Käufen handelt es sich um Käufe von anderen privaten Haushalten (z.B. gebrauchte PKW oder Untermieten) sowie um Ausgaben für Wohnzwecke, die in den VGR den Vorleistungen zugerechnet werden. Bei den unterstellten Käufen handelt es sich um Waren und Dienstleistungen, die die privaten Haushalte tatsächlich verbrauchen, die sie aber entweder unentgeltlich (z.B. Sachleistungen der Sozialversicherung) oder ohne ein spezielles Entgelt (z.B. Versicherungsdienstleistungen) erhalten. Diese Beispiele zeigen, daß es sehr sinnvoll ist, zwischen tatsächlichen Ausgaben und dem tatsächlichen Verbrauch zu unterscheiden. Bei der Darstellung des Verbrauchs müßten aber wesentlich mehr Korrekturen vorgenommen werden, als hier erwähnt sind, so z. B. individualisierbarer Staatsverbrauch, Sachleistungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer, Abschreibungen auf dauerhafte Gebrauchsgüter¹¹⁾, bisher nicht erfaßte Haushaltsproduktion¹²⁾ u.ä.

In Tabelle 3 (siehe S. 22 f.) nicht aufgenommen wurden reine Finanztransaktionen, die entweder zu einem Aktivtausch (z.B. Einzahlung auf ein Sparkonto), zu einer Bilanzverkürzung (z.B. Rückzahlung eines Kredits) oder zu einer Bilanzverlängerung (Aufnahme eines Kredits) führen. Bei einem Verkauf von Wertpapieren ist es möglich, daß Kursgewinne (-verluste) realisiert werden. Dieser Teil des Verkaufserlöses könnte auch den ausgabefähigen Einnahmen zugerechnet werden.

Um die Markttransaktionen und die vielfältigen Unterstellungen in den VGR sichtbar zu machen, müßten Tabellen, wie hier für die privaten Haushalte als Beispiel dargestellt, für alle Sektoren aufgestellt werden. Die Konzipierung derartiger Übergangstabellen ist nicht schwer. Schwierig ist ihre Ausfüllung, denn es müßten zahlreiche Details explizit ausgewiesen werden, für deren Berechnung nur mangelhafte statistische Informationen zur Verfügung stehen.

Als ein weiterer Schritt könnte daran gedacht werden, ein System von Input-Output-Tabellen aufzustellen, das auch die reinen Markttransaktionen als solche ausweist. In der Bundesrepublik Deutschland wird zur Zeit hieran gearbeitet.¹³⁾

Schließlich könnte in einer Paralleldarstellung auch ein geschlossenes System der Markttransaktionen aufgestellt werden. Die angemessenen Darstellungseinheiten wären institutionelle Einheiten, die am Markt als Entscheidungsträger tatsächlich in Erscheinung treten. Das wären z.B. Unternehmen als kleinste rechtlich selbständige Einheiten und nicht etwa Betriebe, establishments oder gar die fiktiven homogenen Produktionseinheiten des ESVG. Dieses System liefe auf eine reine Geldstromanalyse hinaus. Möglicherweise entspräche es auch dem, was van Bochove und van Tuinen in ihrem „core“ vorschlagen.¹⁴⁾

¹¹⁾ Schäfer, D. (1985).

¹²⁾ Lützel, H. (1983).

¹³⁾ Siehe Stäglich, R. (1984) und Stahmer, C. (1984).

¹⁴⁾ Siehe Bochove, C.A. van und Tuinen, H.K. van (1985)

Literaturverzeichnis

- Bochove, C.A. van und Tuinen, H.K. van (1985): Revision of the System of National Accounts: The case for flexibility; zur 19. Vollversammlung der IARIW vorgelegte Ausarbeitung. Veröffentlichung in The Review of Income and Wealth ist vorgesehen.
- Hamer, G. (1986): Satellitensysteme im Rahmen der Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Hanau, K. u. a. (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialstatistik, Empirische Grundlagen politischer Entscheidungen. Heinz Grohmann zum 65. Geburtstag, Göttingen.
- Kopsch, G. (1984): Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept, in: Wirtschaft und Statistik 4/1984, S. 297 ff.
- Lützel, H. (1983): Haushaltsproduktion und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Hauswirtschaft und Wissenschaft 5/1983, S. 260 ff.
- Pêtre, J. (1983): The treatment in the national accounts of goods and services for individual consumption produced, distributed or paid for by government, Luxemburg.
- Ruggles, R. (1982): The System of National Accounts: Review of major issues and proposals for future work and short term changes; Dokument ESA/STAT/AC. 15/2 der Vereinten Nationen, New York.
- Ruggles, R. und N. (1985): The household sector account and the integration of social and economic data; zur 19. Vollversammlung der IARIW vorgelegte Ausarbeitung. Veröffentlichung in The Review of Income and Wealth ist vorgesehen.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1985): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ESVG, 2. Auflage, Luxemburg.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1970): Methodologie der Gemeinschaften der Input-Output-Tabellen 1965, Luxemburg.
- Schäfer, D. (1985): Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik 2/1985, S. 110 ff.
- Stägliin, R. (1984): Zur Verknüpfung von Marktverflechtungstabellen und Produktionsverflechtungstabellen, in: U.-P. Reich, C. Stahmer u.a., Darstellungskonzepte der Input-Output-Rechnung, Forum der Bundesstatistik, Bd. 2, Stuttgart-Mainz 1984, S. 73 ff.
- Stahmer, C. (1984): Überlegungen zu einem System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland, in: U.-P. Reich, C. Stahmer u.a., Darstellungskonzepte der Input-Output-Rechnung, Forum der Bundesstatistik, Bd. 2, Stuttgart-Mainz 1984, S. 41 ff.
- United Nations (1968): A System of National Accounts (SNA), New York.

Statistische Einheiten im System of National Accounts und im Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Einleitung

Fragen der statistischen Einheiten betreffen Respondenten, Primärstatistiker, volkswirtschaftliche Gesamtrechner und Statistik-Konsumenten. Zunehmender Routinecharakter der laufenden Datenproduktion und der Perfektionismus unseres Kontenkonzeptes scheinen seltenerweise dahin geführt zu haben, daß nicht einmal in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – dem berufenen Gewissen der amtlichen Statistik – eben diese Fragen immer gebührende Beachtung finden. Dabei läßt sich zeigen, daß auf dem Weg über ihre statistische Datenbasis (Basisstatistiken, „Quellen“) die statistische Einheit eine Schlüsselrolle auch in den VGR spielt, ebenso daß es damit nicht immer zum besten bestellt ist. Dieses vielleicht auch aus dem Bemühen, Benutzerwünschen aller Art gleichzeitig Rechnung zu tragen; ebenso vielleicht auch aus einer dogmengläubigen Haltung gegenüber den internationalen Systemen, die manches noch nicht integriert haben, was heute durchaus im Bereich des Möglichen liegt.

Es ist das Anliegen dieses Aufsatzes der Versuch zu zeigen, daß der Erhebbarkeit, Erfäßbarkeit auf Seiten der statistischen Einheit „natürliche“ Grenzen gesetzt sind, die nicht ohne Schaden überschritten werden. Diese natürlichen Grenzen haben unmittelbar mit der wirtschaftlichen Wirklichkeit in den Unternehmen zu tun, ihrer inneren Organisation, ihrer Meldefähigkeit. Ihre Beobachtung eröffnet aber gleichzeitig einen Weg zu einer wirklichkeitsnäheren, differenzierteren Betrachtung als es bisher der Fall war (vielleicht um den Preis des Verlustes scheinbar eindeutiger Antworten). Mögliche Änderungen beziehen sich daher sowohl auf die Erhebungsseite wie auf die Auswirkungen in den VGR. Es geht eigentlich darum, einen Schritt zurück und zwei vorwärts zu tun. Es könnte sogar argumentiert werden, daß es ebenso um eine Änderung des VGR-Modelles wegen Notwendigkeiten bei Beobachtung der statistischen Einheit geht, wie um eine Änderung dieser Beobachtungsusancen eben im Interesse des VGR-Modelles: Der Dateninput der VGR ist nicht notwendig analytisch-antizipativ (Franz 1983, 1985).

Das Thema ist freilich so umfassend und komplex wie die wirtschaftliche Wirklichkeit selbst. Um Verständnis muß daher gebeten werden, dafür, daß manches zwangsläufig in sehr abgekürzter, thesenartiger Form vorgebracht erscheinen wird, manches vielleicht auch unbewußt „Austriaca“ verarbeitet, die nicht von gleichem Allgemeininteresse sind. Es ist nicht leicht, hier empirische Belege zu bringen; handelt es sich doch in erster Linie um ein Einwirken auf Praktiken der Primärstatistik, ferner auch um Neuerungen in den VGR, bei denen wir selbst erst am Anfang stehen.

1 Das Einheiten-Repertoire in ISIC/NACE und SNA/ESA

1.1 Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Die Gemeinsamkeiten zwischen allen diesen Systemen sind praktisch vollkommen, was die institutionelle Ebene betrifft (Unternehmen, Rechtsträger, Haushalte/Individuen). Eine weitere – gar nicht so triviale – Gemeinsamkeit besteht darin, daß alle diese Systeme eine Ebene d a r u n t e r kennen und auch dort die Existenz von Einheiten (e n t i t i e s) stipulieren. Sie ist aber nur zwischen „International Standard Industrial Classification of all Economic Activities“ (ISIC) (UN 1968a) und „System of National Accounts“ (SNA) (UN 1968b) praktisch gleich konzipiert, nicht jedoch zwischen ISIC und „Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés européennes“ (NACE) (SAEG 1970), zwischen SNA und „European System of Integrated Economic Accounts“ (ESA) (SAEG 1969) und auch nicht zwischen NACE und ESA. ISIC und in seinem Gefolge das SNA sehen eine auf den B e t r i e b (establishment, activity type unit, fachliche Einheit?) zentrierte untere Ebene vor. Auch NACE kennt den Betrieb (establishment), ohne aber diesem Konzept einen ersten Rang zuzuweisen. Alle diese Einheiten sind so gefaßt, daß sie grundsätzlich erhebbar erscheinen, wenn auch Vorbehalte der Datenverfügbarkeit gemacht werden.

Dem ESA hingegen ist das Betriebskonzept fremd; es sieht die „homogene Produktionseinheit“ vor, ein Konzept, das streng genommen nicht erhebbar, sondern nur (analytisch) rekonstruierbar ist.

„Establishment“ (ISIC, SNA) und „Kind-of-activity unit“ (NACE) haben ihren gemeinsamen Nenner vielleicht auch darin, daß es sich um möglichst h o m o g e n e Einheiten handeln soll. Die Homogenität kommt zum Ausdruck in der Güterpalette des Outputs, meint aber eigentlich die „Aktivität“. Damit ergibt sich die Frage nach der Natur der Aktivität, und – damit unmittelbar zusammenhängend – der Einheit selbst: ferner der Klassifikation, und ob hier vielleicht eine tautologische Zirkularität besteht.

1.2 Der Aktivitätsbegriff

Längere Begriffsdeduktionen vermeidend, geht es schlicht darum, ob „Aktivität“ ein Konzept ist, das unabhängig von statistischen Einheiten gedacht, oder besser noch, angewendet werden kann (also die statistische Einheit so etwas wie ein unvermeidlicher, aber eigentlich störender Umweg auf dem Wege zur Schau der Aktivität ist), oder ob sie von diesen gerade konstituiert wird. Die genannten Klassifikationen scheinen eher dem ersteren Konzept zuzuneigen¹⁾, und erklärtermaßen so das ESA. Ohne weitere Argumente im nächsten Abschnitt („Prämissen“) vorwegzunehmen, könnte dem schon grundsätzlich entgegengehalten werden, daß wenigstens im Nichtmarktbereich Aktivität und Einheit gar nicht getrennt werden kann; und daß Produktionen (das sind Aktivitäten, „Prozesse“) letzten Endes nur definiert und

¹⁾ Jüngste Revisionsentwürfe zur ISIC beziehen in dieser Richtung noch deutlicher Stellung (UN 1984a).

identifiziert werden können, wenn es – zumindest auch – T r a n s a k t i o n e n, also einen Vorgang z w i s c h e n statistischen Einheiten gibt. Wenn dem nun so wäre, bekommen die Einheiten von selbst herausragende, determinierende Bedeutung. Diese Überlegungen haben aber de lege lata, beim status quo der Systematiken, weniger Bedeutung als de lege ferenda.

1.3 Duales System und Einheitenhierarchie

Alle genannten Systematiken gehen von dem Dualismus einer Aktivitätsebene (Establishment; activity type unit etc.; in der Folge: „Ebene I“) und einer i n s t i t u t i o n e l l e n Ebene (in der Folge: „Ebene II“) aus. Diesen Ebenen korrespondieren in den VGR-Systemen jeweils konkret umschriebene Transaktionsgruppen und Kontenarten. Oft wird diese Korrespondenz zur Erklärung der Ebenen-Natur gebraucht (mißbraucht?); es handelt sich aber bestenfalls um (zirkuläre) Beschreibung, weil die Situation ganz analog ist wie oben bei den Aktivitäten.

Die Konfiguration der Einheitenbeziehung kann verschiedene Gestalt annehmen; es gilt aber generell und nach dem Konzept der Ebenen logisch, daß:

- jede Einheit der unteren Ebene zu einer und nur einer Einheit der oberen gehört und
- jeder Einheit der oberen Ebene mindestens eine Einheit der unteren Ebene zugehört.

Daraus folgt eine hierarchische Struktur zwischen den Ebenen; der einfachste Fall ist die 1:1 Entsprechung.

Ob diese Grundstruktur ontologisch richtig ist, läßt sich nicht ohne weiteres beantworten. Ihre weitere Akzeptanz und die Möglichkeit, ein Mehr an Informationsgehalt einzubringen als bei einem monistischen Ansatz, sprechen sehr zu ihren Gunsten. Für die weiteren Überlegungen ist aber wichtig, daß „oben“ zwar alle Merkmale zutreffen, aber ein Detaillierungs-„trade off“ wirksam wird, der duale oder noch differenziertere Ansätze geboten erscheinen läßt (siehe Abschnitt 2.2).

2 Prämissen

2.1 Die typologische Natur der statistischen Einheiten

Wie alle Phänomene der Wirklichkeit stehen die statistischen Einheiten in einem Spannungsverhältnis zu ihren idealiter getroffenen Definitionen. Weniger zur Definition als zur Realität gehört, daß die Einheiten selten „rein“ sind, genaugenommen funktional gar nicht sein können. Inhomogener Output ist hier nur ein vordergründiger Fall. Von weiterreichender Bedeutung scheint der Umstand, daß die statistische Einheit nicht in ihrem durch einen konkreten Output abgesteckten „So-Sein“ festgeschrieben ist; das gilt für Kapazitätsreserven, die in der

Berichtsperiode nicht ausgeschöpft werden, ebenso wie für im gegebenen Rahmen mögliche andere Produktkombinationen; das gilt schließlich auch für Innovationen, die die Biographie der Einheit mehr oder weniger stark verändern. Im Hinblick auf die Einheit ist eine Feststellung, die sich auf ihre „ability“ bezieht, viel aussagekräftiger als eine, die sich auf ihre aktuelle „activity“ bezieht. Das in der Einheit verkörperte Potential zu Aktivitäten wäre daher der eigentliche Anknüpfungspunkt. Aktuelle Aktivitätsstrukturen auf der Basis der herkömmlichen Klassifikationspraxis nehmen sich demgegenüber ephemere, um nicht zu sagen zufällig aus: Ihr Vorteil ist nur die durch Konventionen erkaufte leichte Identifizierbarkeit und Aggregierbarkeit; ihr Nachteil, daß sie solcherart antizipierte Antworten liefern. Diese Situation ist nach außen erkennbar als eine Komplexität von Ressourcen in einem weiten Sinn unter einem einheitlichen Willen, deren innere Gesetzmäßigkeiten sich der Beobachtung zwar nicht entziehen, aber durch letztlich mechanistische Dekomposition nicht adäquat erfaßbar sind („black box“).²⁾ Solche Ganzheit ist ein Phänotypus, der selbst erklärt, aber nicht durch seine Teile erschöpfend erklärt werden kann. Deren Unterschiede sind nicht einfach Irregularitäten. Als „Modell“ ist sie viel weniger weitgehend beschrieben als es in den geltenden Klassifikationen geschieht.

2.2 „Trade off“

Auf alle statistischen Primäruntersuchungen trifft es zu, daß sich nicht alle Merkmale gleichzeitig auffächern lassen; weitere Detaillierung in einer Hinsicht bedeutet ab einem bestimmten Punkt Vergrößerungen, Informationsverlust in einer anderen Hinsicht: hier schillert der Einheitenbegriff der Merkmale durch. Das nächstliegende Beispiel sind da die unvermeidlichen Versuche der Regionalstatistik, alles und jedes örtlich anzubinden. Dieser „trade off“ hat bis in die Informationstheorie reichende Ursachen, er hat aber seine gute Entsprechung im praktischen Sinn der Respondenten, die mangels angemessener Aufzeichnungen eine gesunde Resistenz gegen übertriebene Zurechnungswünsche an den Tag legen. Von größter Bedeutung ist er auch für die Rechtfertigung des dualen Systems (siehe Abschnitt 1.3) oder gegebenenfalls weitere Auffächerung; genau hier findet dieser Umstand darin seinen Niederschlag, daß in einem (mindestens) dualen System insgesamt relativ mehr an Information geboten werden kann, wenn auch in einer Hinsicht Abstriche gemacht werden müssen: Bei einer angestrebten tiefen Aktivitätsklassifikation sind Merkmale, die Einheiten der Ebene II korrespondieren, nicht mehr im vollen Umfang erhältlich.

2.3 Primat der Einheiten

Es spricht also nicht wenig dafür, daß die statistischen Einheiten weniger das Produkt der Anwendung von Klassifikationen und anderen Identifikationsnormen sein sollen, als vorgegebene, möglichst unangetastet belassene Ausgangspunkte, deren Umstände und Gemeinsamkeiten es zu erkennen und in normative Behelfe umzusetzen gilt. Das trifft insbesondere zu für Klassifikationen, Transaktorenkonzepte und Konten.

²⁾ Komplexe Kosten bedeutet, daß klare Input-Outputbeziehungen nicht mehr hergestellt werden können.

2.3.1 Klassifikationen

Ohne hier die Nützlichkeit, ja praktische Notwendigkeit, von (internationalen, nationalen) Standardklassifikationen in Abrede zu stellen, ist doch davon auszugehen, daß Klassifikationen (Betriebssystematiken) prinzipiell ein Sekundärprodukt aus der Aufarbeitung von zunächst in dieser Hinsicht unklassifiziertem Material sind (sein sollten). Die betriebssystematische Struktur, die sich ergibt, wenn eine bestehende Klassifikationsnorm angewendet wird, mag sehr verschieden sein von jener, bei welcher die Klassifikationsnorm erst aufgrund der Erhebung gefunden wird. (Natürlich läßt sich durch Teilungen und ähnliche artifizielle Manipulationen die Norm säuberlich erfüllen.) Die Frage der angemessenen Klassifikationsstruktur ist also durchaus offen; sie wird schon bei gegebener Teilungstradition immer wieder gestellt und würde möglicherweise noch anders zu beantworten sein, wenn ein Primat der Einheiten voll zur Geltung käme. Wie dem auch sei, im konkreten Einzelfall ist die Frage, ob die Systematik hier schlecht ist, mindestens so legitim, wie jene, ob geteilt werden soll. Ebene I und Ebene II könnten dabei in etwas differenziertere Verhältnisse zueinander zu stehen kommen als in den üblichen dekadischen Vergrößerungen.

2.3.2 Transaktoren

Es ist nicht schwer einzusehen, daß die statistischen Einheiten die konstitutiven Bausteine (Elemente) der Transaktorbegriffe der VGR sind. Die Konzepte, die auf der Einheitenebene zur Anwendung kommen, werden daher nicht ohne Auswirkung auf die Transaktoren bleiben: Nur scheinbar sind sie einheiteninvariante, amalgamierte Gesamtbegriffe – ein Mißverständnis, dem die oft aus der Datennot geborene Methodik der VGR freilich in die Hand arbeitet. Nicht nur die Abgrenzung der Marktbereiche vom Nichtmarktbereich hängt unmittelbar von den Einheiten ab. Die Bruttoproduktionswerte sind unmittelbar davon determiniert, ganz zu schweigen von Input-Output. – Nicht zuletzt sind auch in den VGR klassifikatorische Untergliederungen vorzunehmen, die im Ergebnis wieder von der Einheitenzuordnung abhängen.

2.3.3 Konten

Die Anwendung des dualen Kontensystems ist nur sinnvoll, wenn hinter den Aggregaten Populationen von statistischen Einheiten stehen, deren Datenreport sich dort widerspiegelt. Eine Kontenebene I nur im Wege der Projektion läßt sich nicht erstellen. Damit schließt sich der Kreis: Aktivitäten, Klassifikationen, Transaktoren, Transaktionen und Konten stehen untereinander in einem symmetrischen Verhältnis; dieses ist aber sekundär. Letzten Endes ist es bewußt gesteuert von unserem dualen Grundverständnis der Einteilung der Welt in statistische Einheiten. Wir haben es aber in der Hand, die effektiven Ausprägungen der Wirklichkeit in den Erhebungen nicht zu antizipieren, sondern zu erkennen.

2.3.4 Erhebungen

Bleibt noch zu erwähnen, daß die Natur der statistischen Einheiten natürlich auch die Erhebungsinstrumente determiniert. Das betrifft den Zugang zur Einheit (Identifikation) wie den Merkmalskatalog. Erhebungen der Ebene I werden also anders geartet sein als solche der

Ebene II, wenn auch „oben“ immer die gleichen Fragen wie „unten“ gestellt werden können. Die Anwendung der Erhebungsinstrumente braucht aber nicht zu bedeuten, die Realität dabei zu vergewaltigen, in die Konzepte zu pressen, sondern (eher) umgekehrt.

3 Befund

3.1 Primärstatistik als Basis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Unter der Prämisse des Primates der statistischen Einheiten ist die Rundum-Abhängigkeit der VGR von der primärstatistischen Basis keine Frage. Gesamthafte methodische Ansätze, wie commodity flows, oder die Residualmethode sind hier nicht einmal die Ausnahme von der Regel: die Frage der Einheiten ist auch in den VGR allgegenwärtig. Sie liegt hier nur nicht so offen zutage, nicht zuletzt verdeckt von einer eigentümlich suggestiven Terminologie, von Praktiken und „Logiken“, die oft am besten funktionieren ohne Belastung durch solchen elementarstatistischen Kleinkram. Die logische Folge dieses Primates ist aber, daß die VGR so gut oder so schlecht sind wie die Technik der Erfassung der statistischen Einheiten selbst; ihrer Identifikation und ihrer Zusammenfassung zu statistisch gruppiertem Material. Diese Techniken sind daher auf ihre Zulässigkeit und Angemessenheit hin zu untersuchen.

3.2 Establishment-Problematik

Die Frage der statistischen Einheiten ist auch bei den institutionellen Elementen der Ebene II nicht gegenstandslos, sie konzentriert sich aber ganz überwiegend auf die Ebene I (Aktivitätsebene), also die betriebsmäßigen Einheiten. Der Problemfall ist die *T e i l u n g* von Ganzheiten, auf die zunächst der Identifikationsvorgang stößt, oder die gegebenenfalls sogar vom unternehmerischen Willen veranlaßt wird. Teilungen kommen nämlich nicht nur auf statistische Initiative zustande: es ist auch an Teilungen zu denken, die aus unternehmerischen Erwägungen vorgenommen werden, aber den ganzheitlichen Charakter verletzen (z.B. Ausgliederung des Vertriebes als eigene Einheit). Meistens ist es aber die von der erhebenden Statistik vorgenommene Teilung in „homogene“ Einheiten, oder in regional säuberlich zuordenbare Einheiten, oder beides. Jeder Teilungsfall zieht mehr oder weniger artifizielle Zu-rechnungen nach sich, die nach Regeln, oder ad hoc: mit Hilfe der Respondenten, oder am grünen Tisch erfolgen.³⁾ Sie sind immer eine mögliche Fehlerquelle, sogar zwangsläufig fehlerbehaftet. Es wird also eine Abwägung vorausgehen, ob der Informationsgewinn den möglichen oder wahrscheinlichen Fehler akzeptabel erscheinen läßt. Diese Abwägung wird freilich oft anders ausfallen, wenn die typologischen Unreinheiten des Seins selbst thematisiert werden. Nur in wenigen Extremfällen ist diese Frage klar beantwortet: sehr kleine Einheiten; sehr homogene Einheiten (keine Teilungen); einfache Inhomogenitätsstruktur von Einheiten mit exzellenter, teilungsnaher betriebswirtschaftlicher Datenbasis (Teilung). In allen anderen Fällen stellen sich die Grenzen der Erhebbarkeit.

³⁾ Die allgemeine Buchungsregel, die hier vertreten wird, ist das „conditio sine qua non“ – Kriterium, d.h. nur solche Inputs/Outputs etc., die bei Wegfall der Einheit gleichfalls wegfallen würden, sind zu-rechenbar.

3.3 Grenzen der Erhebbarkeit

3.3.1 Betriebswirtschaftliche Vorfagen

Sie sind eigentlich entscheidend. Vom erhebenden Statistiker ist schwerlich zu verlangen, eine Teilung nach den Regeln und Erkenntnissen der Betriebswirtschaftslehre vorzunehmen; und es ist eigentlich verrückt, ihm eine solche aufzulegen, wenn sie von diesen Regeln nicht gestützt wird. Sagt ein Volkswirt zu viel, wenn er – im fremden Fach dilettierend – feststellt, daß die Betriebswirtschaftslehre selbst sehr viel mit homogenen Situationen operiert, in der inhomogenen Situation aber Modelle anbietet, die keine eindeutige Antwort geben, sondern eben vor allem Dispositionsräume aufzeigen? Der Rückgriff auf die Betriebswirtschaftslehre wird weder theoretisch noch praktisch eine Ermutigung zur Teilung bringen.

Bleibt der statistische Sachzwang. Dabei wird sich das Problem im Bereich der Gemeinkosten und der nun als „inter-unit-flows“ erscheinenden ursprünglichen „intra-unit-flows“ konzentrieren. Letztere sind mehr ein Bewertungs- als ein Identifikationsproblem, erstere sind überhaupt nur willkürlich (nach „Schlüsseln“) zuzuordnen. Auch hinsichtlich der neuen „inter-unit-flows“ müßte es aber eigentlich die allererste Bedingung sein, daß die nun gesondert identifizierten Einheiten technisch und wirtschaftlich für sich bestandsfähig sein würden (Postner 1982, 1984, 1985; Thage 1985).

3.3.2 Faktische Grenzen

Die faktische Grenze der Erhebbarkeit ist die Verfügbarkeit von geeigneten Daten beim Respondenten, also insbesondere einer Kostenrechnung für die ins Auge gefaßten Einheiten. Durch Schätzungen läßt sich freilich jeder Datenmangel „beheben“, und Schätzungen vom Respondenten werden oft besser sein als jene des Statistikers. Wie schwerwiegende Folgen auch kleine Schätzfehler haben können, erhellt allein aus dem einfachen Umstand, daß die Profitrate – das entscheidende Motiv der unternehmerischen Disposition – auch auf der Betriebsebene selten mehr als 2 – 3 % vom Bruttoproduktionswert ausmacht. Aber ist ein solcher Datenmangel nicht mehr als nur das Fehlen von gewünschten Unterlagen? Ist er nicht oft ein Indikator dafür, daß eigentlich sachlich keine für eine Teilung günstige Situation vorliegt (komplexe Kosten)? Soll der Statistiker überhaupt trennen, was der Unternehmer verbunden hat? Das Auftreten komplexer Kosten ist dann genau der Punkt, wo die establishment-Einheit (spätestens) zu identifizieren ist.

3.3.3 Normative Grenzen

Unter diesen Gesichtspunkt fällt die Frage, ob bzw. wann überhaupt geteilt (zusammengefaßt) werden soll, auch wenn gegebenenfalls eine Datengrundlage besteht und daher geteilt (zusammengefaßt) werden kann. Hier sind natürlich die Erwägungen der erzielbaren Homogenität, Regionalisierung etc. legitim; ebenso aber die betriebswirtschaftlichen Überlegun-

gen einer separaten Bestandsfähigkeit der Einheiten, und einer akzeptablen Entflechtungsmöglichkeit der komplexen Kosten. Legitimerweise wird auch das Interesse an einer Abbildung eben der komplexen Zusammenhänge zu beachten sein.

3.4 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Neben der Abhängigkeit von der primärstatistischen Basis ist die in den geltenden Systemen verankerte, fast extreme Trennung von Ebene I- und Ebene II-Konten zu konstatieren (die vielleicht einmal durchaus zeitgemäß war). Sie bedeutet eine ebensolche Beschränkung der analytischen Einsicht: Denn es stimmt einfach nicht, daß die Vorgänge in den Betrieben nach dem Modell einer endnachfragedeterminierten Maschinerie ablaufen, und die Unternehmer ihre Einkommen auf einer abgehobenen Ebene von finanziellen Dispositionen maximieren, der Betriebsüberschuß bloß noch „passiert“. (Wir alle wissen, daß die Produktionsentscheidungen nicht auf der Ebene I fallen.) Auch hier bestehen Komplexitäten, und zwar vertikaler Art.

3.5 Optionen

Diese Erwägungen scheinen am ehesten zu dem Ergebnis zu führen, daß eine schematische Identifikationsprozedur mit unwiderruflichen Teilungen nicht erstrebenswert ist. Vielmehr sind je nach vorwiegendem Zweck *differenzierte* statistische Abbilder angemessen. Wo der Zweck die Erklärung (nicht: Beschreibung) betrieblicher Aktivitäten ist, dort ist die Sichtweise homogener Prozesse mit limitationalen Funktionen bestenfalls *eine* Variante, aber wahrscheinlich nicht einmal die beste. Das moderne Instrumentarium der Input/Output-Analyse enthebt uns der Antizipation von Homogenität im Erhebungswege, und sie zeigt mit ihren Varianten, wie fragwürdig solche Antizipation immer bleiben muß.

Was hindert uns schließlich noch, die komplexe Natur der Betriebsebene, so wie sie ist, an die andere Ebene der Unternehmensentscheidung anzubinden? Dabei mag es wohl dazu kommen, daß eine weitere Betriebsebene eingezogen werden muß, auf der die technologischen Prozesse einfließen in die (von Gemeinkosten zusammengehaltenen) breiteren Aktivitätskomplexe. Ein Erklärungsgewinn auf beiden Seiten – der Aktivitätsebene, wo sich die Produktionsprozesse abspielen, und der Unternehmerebene, auf der alle Entscheidungen fallen – wird die Folge sein. Auch der Dualismus ist kein Dogma, sondern eben eine extrem weitgehende Abstraktion unter mehreren.

4 Nutzenwendung

4.1 Der Grundgedanke: „Ganzheitliche Sicht“

Die vorstehenden Überlegungen gehen von der ganzheitlichen Natur der statistischen Einheiten aus und finden, daß die durch Erhebbarkeitsschranken determinierten Ganzheiten eben die statistischen Einheiten sind. Eher noch als die Schätzfehler (Teilungsfehler) ist es

eigentlich die Frage, wie diese Einheiten überhaupt zutreffend zu erfassen sind, um die es hier geht. Dieser Vorbehalt bedeutet nur scheinbar einen Rückschritt der VGR (und der Wirtschaftsstatistik überhaupt, wenn auch sie darauf abstellt). Die ganzheitliche Sicht erschöpft sich nicht bei den Einheiten selbst, indem deren Integrität tunlichst zu erhalten ist. Sie wird insgesamt zu einem differenzierten Strukturbild der Ökonomie führen, das sich in den VGR in ebenso differenzierten Konten und ihren Zusammenhängen niederschlagen kann; außerhalb vor allem in differenzierten Klassifikationen und einem neuen Interesse an den organischen Zusammenhängen der Einheiten.

4.2 Klassifikationen

Abgesehen davon, daß Klassifikationen überhaupt unter dem Primat der statistischen Einheiten erstellt werden sollten, also weniger normative Vorgaben als vom Sein inspirierte Ordnungsraster sein sollten, ist der durch die rigorose Anwendung der Klassifikationsnorm erzeugte Druck zur Identifizierung homogener Einheiten fragwürdig. Er könnte durch Mischpositionen (für „multi-activity-units“) und eine neue Interpretation der „not elsewhere classified“-Kategorien gemildert und so die statistische Erfassung der Wirklichkeit wirklichkeitsnäher werden, auch um den Preis von Überlappungen. An der Stelle der Exklusivität der Gruppen würde das viel schlichtere Erfordernis bleiben, daß jede Einheit natürlich nur einmal zugeordnet werden darf.

4.3 Basisstatistiken

Die Dichotomie Betrieb – Unternehmen ist fundamental, aber sie ist so keine Exekutions-Norm, sondern aus der Wirklichkeit abstrahiert. Wenn die Wirklichkeit sich gegen die Normen der Erhebung sperrt, ist es nicht unbedingt angemessener, erstere zu manipulieren, als letztere differenziert anzuwenden. Die unmittelbare Beobachtbarkeit ist jenes Kriterium, das im Ergebnis die bestmögliche Abbildung der Wirklichkeit sichert. Die Beachtung der natürlichen Korrespondenz der Merkmale zu bestimmten Einheitenkonzepten, des „trade off“ bei Merkmalsdetaillierung, der Datenverfügbarkeit, führt so einerseits zu einfacheren, „natürlicheren“ Bildern; andererseits vielleicht auch zu vielschichtigeren (Mehr-Ebenen-)Bildern des Wirtschaftsbaues, die neue analytische Ansatzpunkte bieten. Solche differenzierte Datenvorgaben sind auch im System der VGR prinzipiell unterzubringen; sie sind erst die eigentliche Grundlage einer guten regionalen Wirtschaftsstatistik. Es ist klar, daß dafür die Voraussetzungen nicht immer so günstig waren wie heute, wo mehr und mehr statistische Ämter über Register verfügen und dabei eben diese differenzierten Zusammenhänge (Ebenen, Selektoren) sich wie von selbst bemerkbar machen.

4.4 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

4.4.1 Elemente der Transaktionen

Erste Konsequenz wäre hier, daß auch in die VGR die Einheiten so eingehen, wie sie beobachtbar sind. Erst so wird es möglich, die VGR mit Mikro-Datensets unmittelbar zu verbinden (Ruggles/Ruggles 1982).

4.4.2 Intermediäre Konten

Eine differenzierte Sicht der Einheiten der Ebene I, ihrer Erhebungsmöglichkeiten könnte ein guter Grund sein, für alle (oder zumindest für die Problem-Fälle), eine Zwischenebene von Konten zu etablieren, die vor allem den Gemeinkostenkomplex als solchen intakt läßt (eine antizipative Zuordnung zu den diversen Produktionen vermeidet). Das kann in Input/Output-Tabellen durch Ausgliederung der physischen Produktion geschehen, deren Output als Input übergeordneter Einheiten der Ebene I gebucht wird. Es gibt hier z.B. nur noch „Transformation“ der Art, daß die Gemeinkosten insgesamt den Betriebsüberschuß aus den physischen Produktionen insgesamt vermindern.

4.4.3 Vernetzung der Konten

Im ESA, neuerdings auch im SNA, gibt es bereits Produktionskonten der Ebene II (statistische Einheit: Unternehmen). Damit ist ein wichtiger Schritt in die Richtung einer Integration der Konten der Ebene I mit jenen der Ebene II getan. Durch die Anbindung dieser Konten an solche der Ebene I wird eine Verbindung zwischen Produktionskonten der elementaren Stufe, einer allenfalls dazwischentretenden Ebene (siehe Abschnitt 4.4.2) und den Einkommenskonten selbst geschaffen; damit ist aber auch eine zusammenhängende Analyse des unternehmerischen Verhaltens ermöglicht: erst so wird die Erklärung der Vorgänge am Einkommenskonto aus der Betriebsebene, und vice versa, möglich sein. Die Voraussetzung ist aber eben die Identifikation dieser Zusammenhänge bei den elementaren Einheiten (van den Bos 1985).

4.4.4 Sonstiges

Eine Reihe von interessanten anderen, nach Klärung und Revision rufenden Situationen der statistischen Einheit in den geltenden VGR-Systemen könnte noch aufgeworfen werden, insbesondere im Zusammenhang mit Sektorbildung. Wegen ihrer besonderen praktischen Aktualität und der analogen Situation, wie sie zuvor geschildert wurde, sei beispielsweise die Frage der statistischen Einheit der funktionellen Klassifikation herausgegriffen. Hier scheint nicht nur aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen, sondern schon vom Konzept her die Etablierung der statistischen Einheit als Produktionseinheit notwendig. Wie sonst soll der Konsumsaldo ermittelt werden? Erst jüngst heißt es, daß eine Revision der „Classification of the Functions of Government“ (COFOG) (UN 1980) in diesem Sinne beabsichtigt ist.

Mit Bezug auf die statistische Einheit ist aber auch die im Nichtmarktsektor gängige Gleichsetzung von Aktivität = Funktion durchaus fragwürdig.

Ein anderes, die Identifizierung der Einheiten und der Zusammenhänge zwischen den Ebenen erheischendes Erfordernis ist die Implementierung von Sektorkonzepten nach dem Kontrollkriterium: für Ebene I-Einheiten ist hier immer der Rückgriff auf die Ebene II erforderlich, weil Kontrolle nur von dort angesiedelten Einheiten geübt werden kann (UN 1979).

Resumé

Wie läßt sich solche „konservative“ Attitüde in der Praxis umsetzen?

- „Units of observation“ sollten möglichst auch als „units of classification“ erhalten bleiben;
- „units of observation“ sollten auch die „statistical units“ im SNA sein;
- der Dualismus des SNA ist prinzipiell in Ordnung; er sollte aber angereichert werden mit einer intermediären, durch komplexe „Kosten-(Gemeinkosten-)Einheiten“ bestimmte Ebene;
- auf der elementaren und der intermediären Ebene sollten jeweils nur jene Merkmale verankert werden, die mit dem betreffenden Einheitenkonzept korrespondieren;
- eine Verbindung der Einheiten der Ebene I (elementare, intermediäre) mit den zugehörigen Einheiten der Ebene II sollte hergestellt werden (Vernetzung).

Literaturverzeichnis

- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften-SAEG (1979): European System of Integrated Economic Accounts, ESA, 2nd Edition, Luxemburg 1979.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften-SAEG (1970): N.A.C.E., Allgemeine Systematik der Wirtschaftszweige in den Europäischen Gemeinschaften, Luxemburg 1970.
- van den Bos, C. (1985): Integration of Input-Output-Tables and Sector Accounts, A Possible Solution; Paper presented in session 8 of the 19th General Conference of the IARIW, Noordwijkerhout, 25–31 August 1985.
- Franz, A. (1984): A Survey of the Statistical Units Underlying the Basic Data Used to Compile the National Accounts of OECD Countries, 1983. Discussed at the OECD Meeting of National Accounts Experts, 25–27 May 1984.
- Franz, A. (1985): National Accounts Sectoring and Statistical Units of Reporting and Classification; Paper presented in session 1 of the 19th General Conference of the IARIW, Noordwijkerhout, 25–31 August 1985.
- Postner, H. (1982): Problems of Identifying and Measuring Intermediate (Producer) Services in the Compilation and Use of Input-Output Tables, The Review of Income and Wealth, June 1982.
- Postner, H. (1984): New Developments towards Resolving the Company-Establishment Problem, The Review of Income and Wealth, December 1984.
- Postner, H. (1985): The Division as Statistical Unit for Input-Output Compilation: A Proposal. Paper presented at the International Meeting on Problems of Compilation of IO-Tables, Baden, 19–25 May 1985.
- Ruggles, R. and Ruggles, N.D. (1982): Integrated Economic Accounts for the United States 1947–80, Survey of Current Business, May 1982.

- Thage, B. (1985): Balancing Procedures in the Detailed Commodity Flow System used as a Basis for Annual Input-Output Tables in Denmark. Paper presented at the International Meeting on Problems of Compilation of IO-Tables, Baden, 19–25 May 1985.
- United Nations (1968a): International Standard Industrial Classification of All Economic Activities (ISIC), Series M, No. 4, Rev. 2, New York 1968.
- United Nations (1968b): A System of National Accounts, Series F, No. 2, Rev. 3, New York 1968.
- United Nations (1979): Draft Manual on Public Sector Statistics, ST/ESA/STAT. 85/Rev. 1, New York 1979.
- United Nations (1980): Classification of the Functions of Government, Series M, No. 70, New York 1980.
- United Nations (1984a): Discussion Paper on ISIC and CPC, prepared for the ECE/CES-Meeting on Economic Classifications, Geneva, 19–23 November 1984.
- United Nations (1984b): Instructions and Definitions for the National Accounts Questionnaire, 1984 Revision, Table 3.21 and Table 3.31, New York 1984.

Einkommensbegriffe für die privaten Haushalte in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – die gegenwärtige Diskussion

Einleitung

Die Diskussion um die für Anfang der neunziger Jahre geplante Revision der internationalen Gesamtrechnungssysteme hat gerade erst begonnen.¹⁾ Deshalb wäre es verfrüht, über Ergebnisse zu berichten. Bei manchen Fragen, die zum Teil erst im Verlauf besonderer Untersuchungen aufgeworfen werden, ist nicht einmal der Umfang des Revisionsbedarfs abzu- sehen. Zwar ist man sich allgemein einig, daß die Revision so gering wie möglich ausfallen soll und daß sie vor allem am zentralen System nichts ändern darf, aber darüber, was das zentrale System genau darstellt, gehen die Meinungen schon auseinander.

Eine wohl allgemein akzeptierte Kritik an der gegenwärtigen Ausformung des Systems betrifft die Behandlung des Sektors der privaten Haushalte. Die jetzige Gesamtrechnung ist unternehmenslastig. Die privaten Haushalte erscheinen im Aggregat oft zusammengefaßt mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. Eine Detaillierung, die mit der für den Unternehmenssektor gegebenen zu vergleichen wäre, fehlt. Dennoch liegt ein politisches und gesellschaftliches Interesse nach mehr Information über die privaten Haushalte vor, und es lohnt deshalb, sich einige Gedanken zur Weiterentwicklung der Gesamtrechnung in dieser Richtung zu machen. Dabei steht dem Charakter der Gesamtrechnung entsprechend der Einkommensbegriff im Mittelpunkt.

Im Haushaltssektor spielen im wesentlichen zwei Einkommensbegriffe eine Rolle, das Primäreinkommen, in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) dargestellt durch den Anteil am Volkseinkommen und das verfügbare Einkommen, das sich unter Einbeziehung der Sekundäreinkommen ergibt. Der erste Begriff, obwohl kaum explizit definiert, scheint so klar zu sein, daß sich eine Diskussion erübrigt. Zum zweiten sind dagegen bereits eine Reihe von Variationen in die Diskussion gebracht worden, die hier ausführlich darzu- legen sind. Sie stammen im wesentlichen aus zwei Quellen, zum einen den von den Vereinten Nationen veröffentlichten Richtlinien über Verteilungsstatistik, zum anderen der französischen Gesamtrechnung.

Es gibt noch einen anderen Grund zur Beschäftigung mit den privaten Haushalten. Die Prä- dominanz des Unternehmenssektors hat dazu geführt, daß dessen Begrifflichkeit die Ge- samtrechnung wesentlich geprägt hat. Man ist es gewohnt, die Gesamtrechnung von der Produktion her aufzubauen. Ausgangspunkt ist bei diesem Aufbau das entstehungsseitige

¹⁾ Ruggles, N. (1984).

Einkommen (Wertschöpfung).²⁾ Automatisch ist es dann auch der Unternehmenssektor, der sich mit seiner Buchhaltungsstruktur, insbesondere seinem Einkommensbegriff in den Vordergrund schiebt. Noch heute ist es ein guter didaktischer Ansatz, die Gesamtrechnung aus den Konten einer Unternehmung abzuleiten. Wenn man sich aber einmal auf den Standpunkt des privaten Haushalts stellt und die Konten der Gesamtrechnung von hier aus eingehend betrachtet, und sei es nur, um die Detaillierung des Haushaltssektors konsistent zu konstruieren, fällt ein neues Licht auch auf Begriffe, die man bisher nicht weiter problematisieren zu müssen glaubte. Das gilt insbesondere für den Begriff des Einkommens und seiner kreislaufmäßigen Strukturierung. Denn nun steht das verteilungsseitige Einkommen am Anfang der Betrachtungen, und man fragt, ob und inwieweit die anderen Einkommensbegriffe dazu passen. Es wird sich zeigen, daß besonders der Begriff des Primäreinkommens unter diesem Aspekt noch einmal zu überdenken ist.

Als Beleg, daß eine gewisse begriffskritische Betrachtungsweise hier angebracht ist, diene die Erinnerung an das Verhältnis von Volkseinkommen und der Summe aller verfügbaren Einkommen in den VGR. Letztere ist um den Saldo der Übertragungen aus dem Ausland und die indirekten Steuern größer als Ersteres. Die Übertragungsdifferenz ist logisch, aber die Steuerdifferenz nicht. Wenn die indirekten Steuern entstehungsseitig nicht als Einkommen gelten, können sie es schlechterdings auch auf der Verwendungsseite nicht. Oder einfach gesagt, eine Volkswirtschaft kann nicht über mehr verfügen, als sie hat. Wenngleich dieser terminologische Tatbestand bekannt ist, trägt er zu sehr den Charakter eines um Schließung der Rechnung willen eingegangenen, pragmatischen Kompromisses, als daß er nicht für eine Revision prinzipiell zur Debatte stände.

Ziel dieses Artikels ist also, über Ideen zur Erweiterung der Gesamtrechnung in bezug auf die privaten Haushalte zu berichten und die zugehörigen theoretischen Fragen zu erörtern. Antworten oder konkrete Änderungsvorschläge sind nicht zu erwarten. Dazu muß die Diskussion erst weiter fortgeschritten sein. Obwohl es sich um eine internationale Diskussion handelt, sind der Hauptbezugspunkt natürlich die VGR der Bundesrepublik Deutschland³⁾, um die Alternativen möglichst konkret und in einem vertrauten Rahmen zu zeigen.

1 Die Richtlinien der Vereinten Nationen zur Verteilungsstatistik

Die Vereinten Nationen haben schon vor einiger Zeit „Vorläufige Richtlinien für die Statistik der Verteilung von Einkommen, Verbrauch und Vermögensbildung privater Haushalte“ herausgebracht, in denen der Frage der Integration der privaten Haushalte in die Gesamtrechnung nachgegangen wird.⁴⁾ Allerdings sind sie über den vorläufigen („provisional“) Status nicht hinausgelangt. Im folgenden sollen die wesentlichen Aussagen dieses Dokuments berichtet und interpretiert werden. Man kann zeigen, daß hinter ihnen eine bestimmte Sicht, um nicht zu sagen Kritik einiger Konventionen der Gesamtrechnung steht, die einmal explizit dargestellt werden muß. In dem Dokument richtet sich die Kritik gegen das „System of National

²⁾ Spilker, H. (1963), S. 331.

³⁾ Statistisches Bundesamt (1984).

⁴⁾ United Nations (1977).

Accounts“ (SNA) der United Nations (UN).⁵⁾ Insoweit als die VGR der Bundesrepublik Deutschland mit diesem System übereinstimmen, gilt die Kritik auch den VGR, und da diese in der Bundesrepublik Deutschland geläufiger sind als das SNA, werden wir im folgenden die UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik mit den VGR vergleichen.

Wie der Titel ankündigt, geht es bei den UN-Richtlinien um das verteilte Einkommen. Man will mit den durch dieses Dokument abgedeckten Statistiken Instrumente schaffen, mit denen die Wohlfahrtsverteilung zwischen Haushalten, aber auch die Nachfrage von Gütern und Diensten, die Quellen der Investitionsfinanzierung, die Wirkung von Steuern und von Inflation untersucht werden können.⁶⁾ Die Autoren halten es in diesem Sinne für angebracht, gewisse Definitionen der Gesamtrechnung zu modifizieren, betonen aber, daß der Zusammenhang mit der Gesamtrechnung wenigstens insoweit gewahrt bleiben soll, als die Unterschiede durch explizite Definitionsabgrenzungen klar und quantitativ faßbar gemacht werden. An einer Stelle heißt es sogar, daß eigentlich die Verteilungsstatistik nichts anderes als eine Disaggregation und Detaillierung der entsprechenden Konten der Gesamtrechnung darstelle.⁷⁾

1.1 Die Kontenübersicht

Einen Überblick über die Vorschläge vermitteln die Konten 1.1–1.3 (siehe S. 41).⁸⁾ Sie gliedern die Einnahmen und die Ausgaben der privaten Haushalte, die mit Hilfe der Verteilungsstatistik erhoben werden sollen. Auf der Habenseite sind drei Hauptgruppen von Einnahmen unterschieden, die Primäreinkommen, die Vermögenseinkommen und die Übertragungen. Ihre Summe bildet das gesamte Haushaltseinkommen, die erste Zielvariable der Verteilungsstatistik. Auf der Ausgabenseite (Konto 1.2) werden zunächst direkte Steuern und Sozialabgaben gebucht. Den Saldo des Kontos bildet das sogenannte „available“ Einkommen. Darauf, was „available“ hier im Gegensatz zu dem sonst üblichen Wort „disposable“ bedeuten soll, kommen wir noch zurück. Konto 1.3 zeigt, wofür das „available“ Einkommen verwendet wird. Es sind dies die Ausgaben für den Privaten Verbrauch, die Zinsen auf Konsumentenschulden und sonstige laufende Übertragungen. Als Saldo verbleibt die Bruttoersparnis, die gemäß Konto 1.4 (siehe S. 41) über die Vermögensübertragungen in den Finanzierungssaldo übergeht. Auf den ersten Blick ist dies die konventionelle, mit den Konten 3–3 bis 3–6 der VGR vergleichbare Darstellung der Einkommensströme durch den privaten Haushalt. Die Unterschiede stecken im Detail.

Bei näherem Hinschauen stellt man sowohl in der Kontenstruktur als auch in der Zusammensetzung der Ströme Unterschiede zur Gesamtrechnung fest. Zunächst einmal ist der Begriff des Gesamten Haushaltseinkommens, den die UN-Richtlinien vorsehen, für die VGR neu. Die Frage ist, wie leicht er aus der Addition der Einnahmen auf den Konten 3–3 und 3–4 zu ermitteln wäre. Ferner wird der Begriff des Primäreinkommens hier explizit eingeführt, der in der Gesamtrechnung gelegentlich zur Erläuterung benutzt wird, aber aus Gründen, die nicht

⁵⁾ United Nations (1968).

⁶⁾ United Nations (1977), S. 1.

⁷⁾ United Nations (1977), S. 4

⁸⁾ Ebenda, S. 11 ff.

Die Konten der privaten Haushalte gemäß den UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik

Konto 1.1: Die Einnahmen

4. Gesamtes Haushaltseinkommen	<ul style="list-style-type: none"> 1. Primäreinkommen <ul style="list-style-type: none"> a) Einkommen aus unselbständiger Arbeit <ul style="list-style-type: none"> (aa) Löhne und Gehälter <ul style="list-style-type: none"> - in bar - in natura (bb) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und ähnlichen Einrichtungen b) Einkommen der Mitglieder von Produzentengenossenschaften c) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit von Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit 2. Empfangene Vermögenseinkommen <ul style="list-style-type: none"> a) Unterstellte Miete auf eigentümergegenutzte Wohnung b) Zinsen c) Dividenden d) Mieten 3. Empfangene laufende Übertragungen und andere Leistungen <ul style="list-style-type: none"> a) Soziale Leistungen b) Pensionen und Lebensversicherungsrenten c) sonstige laufende Übertragungen
---------------------------------------	---

Konto 1.2: Die obligatorischen Ausgaben

<ul style="list-style-type: none"> 5. Geleistete direkte Steuern 6. Beiträge zu <ul style="list-style-type: none"> a) Sozialversicherung b) Pensionskassen 7. Gesamtes verfügbares („available“) Haushaltseinkommen (1) 	<ul style="list-style-type: none"> 4. Gesamtes Haushaltseinkommen
--	--

Konto 1.3: Einkommensverwendung

<ul style="list-style-type: none"> 8. Ausgaben der privaten Haushalte für den letzten Verbrauch <ul style="list-style-type: none"> a) in bar b) in natura 9. Geleistete Zinsen auf Konsumenschulden 10. Sonstige geleistete laufende Übertragungen 11. Bruttoersparnis 	<ul style="list-style-type: none"> 7. Gesamtes verfügbares Haushaltseinkommen (1)
--	---

Konto 1.4: Vermögensveränderung

<ul style="list-style-type: none"> 13. Bruttovermögensbildung <ul style="list-style-type: none"> a) Eigentümergegenutzte Wohnung b) Sonstige 14. Finanzierungssaldo 	<ul style="list-style-type: none"> 11. Bruttoersparnis 12. Empfangene Vermögensübertragungen, netto
--	---

bekannt sind, im eigentlichen Kontenschema fehlt.⁹⁾ Wenn man den Saldo des Kontos 3–3 der VGR als Primäreinkommen ansieht, d.h. die Summe aller empfangenen Erwerbs- und den Saldo aller Vermögenseinkommen, so weichen die UN-Richtlinien davon merklich ab. Als primär lassen sie nur die Erwerbseinkommen gelten. Ob, wie es die Numerierung nahelegt, der zweite Posten, Vermögenseinkommen, dann als sekundär, der dritte Posten, Übertragungen, als tertiäres Einkommen anzusehen ist, lassen die Richtlinien offen. Jedenfalls bedingt diese Klassifikation eine deutlichere Trennung von Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Einkommen aus Vermögen, als sie in den VGR bisher praktiziert wird.

Was mit dem Begriff „available“ Einkommen anders gemeint sein soll als verfügbares Einkommen, wird aus dem UN-Dokument nicht ersichtlich. Ins Deutsche übersetzt bedeutet er dasselbe wie „disposable“, man erkennt vom Wort her keinen begrifflichen Unterschied.¹⁰⁾ Wir gehen deshalb im folgenden davon aus, daß derselbe Begriff gemeint, aber eine andere Operationalisierung vorgeschlagen wird. Die Benennung „verfügbares Einkommen (1)“ mag den Begriff der UN-Richtlinien von dem der VGR unterscheiden. Der Unterschied betrifft die Zinsen auf Konsumentenschulden und die sonstigen Übertragungen. Gemäß den UN-Richtlinien sind sie im verfügbaren Einkommen enthalten, gemäß VGR nicht.

Schließlich fällt an dem UN-Schema auf, daß der private Haushalt Realvermögen bilden kann. Das liegt an der Sektordefinition. In den UN-Richtlinien enthält der Sektor private Haushalte die Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, und die Wohnungsvermietung ist nicht in einen eigenen Produktionsbereich ausgegliedert.

Sind soweit die Konten der UN-Richtlinien mit denen der VGR noch vergleichbar, gehen sie in folgendem Schritt über die Gesamtrechnung hinaus:

Konto 2: Gesamter individueller Verbrauch¹¹⁾

8. Ausgaben für den Privaten Verbrauch	19. Gesamter individueller Verbrauch
9. Geleistete Zinsen auf Konsumentenschulden	
10. Sonstige geleistete laufende Übertragungen	
15. Ausgaben des Staates für den individuellen Verbrauch	
16. Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck für den individuellen Verbrauch	
17. Ausgaben der Unternehmen für den individuellen Verbrauch	
18. Subventionen des Staates, die im individuellen Verbrauch enthalten sind	

⁹⁾ Die niederländische Gesamtrechnung kennt ihn, vgl. Centraal bureau voor de statistiek (1983), table 4, S. 106 f.

¹⁰⁾ Messinger, H., Rüdénberg, W. (1977).

¹¹⁾ United Nations (1977), S. 19.

Mit dem Konto 2 wird auf Studien der Vereinten Nationen in den siebziger Jahren Bezug genommen, die die Vergleichbarkeit des kapitalistischen und des sozialistischen Rechnungssystems zum Ziel hatten.¹²⁾ In letzterem, dem „Material Product System“ (MPS) spielt der „Gesamtverbrauch der Bevölkerung“ eine Rolle, der über den Begriff des Privaten Verbrauchs im SNA und in den VGR hinausgeht und jene Leistungen einbezieht, die der private Haushalt vom Staat kostenlos erhält. Jener Begriff ist hier abgewandelt und übernommen worden.

1.2 Die einzelnen Ströme

Wir wenden uns den Einzelheiten der UN-Richtlinien zu. Im Haushaltseinkommen der VGR sind unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber enthalten. Die UN-Richtlinien schlagen vor, diese zu ignorieren. Das wirft die Frage auf, ob unterstellte Arbeitgeberbeiträge Haushaltseinkommen darstellen oder nicht. Das Argument dafür ist bekannt: „Unterstellte Sozialbeiträge sind – ebenso wie die tatsächlichen Sozialbeiträge – Kosten für den Produktionsfaktor Arbeit und werden deshalb als Bestandteil der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit angesehen.“¹³⁾ Das Argument dagegen lautet, daß es sich hier um Zurechnungen handelt, über die bei den privaten Haushalten keine Aufzeichnungen vorliegen oder von denen sie sonst viel Kenntnis hätten.¹⁴⁾ Hier wird auf ein Prinzip rekurriert, das allgemein den Unterschied der UN-Richtlinien zu den VGR charakterisiert. Kritisch gewendet bedeutet es, das Ansinnen zu stellen, zwischen den Makro-Größen der Gesamtrechnung und den auf Mikroebene festzustellenden Größen müßte es eine ein-eindeutige Beziehung geben.¹⁵⁾ Ohne das Problem zu vertiefen, sei angemerkt, daß nicht nur die unterstellten, sondern sogar die tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge anders gebucht werden könnten, und zwar als eine Art indirekter Steuern, zahlbar vom Unternehmen direkt an den Staat. Diese Lösung stand in der vorletzten Fassung des SNA und wird in den USA praktiziert.¹⁶⁾

Auch bei den Einkommen aus Vermögen unterscheiden sich die UN-Richtlinien von den VGR. Wegen des Prinzips der Mikro-Makro-Verbindung sind die Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen bei den UN-Richtlinien nicht im Haushaltseinkommen enthalten¹⁷⁾, denn sie können von diesen selbst nicht wahrgenommen oder belegt werden. Wiederum stellt sich die Frage, ob solche Zurechnungen überhaupt als Einkommen der privaten Haushalte anzusehen sind.

Was die Definition des Primäreinkommens anlangt, wird die UN-Vorstellung, die Definitionsgrenze zwischen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Einkommen aus Vermögen zu ziehen, durch folgendes Detail präzisiert. Die unterstellte Netto-Miete für den vom Eigentümer selbst genutzten Wohnraum wird nicht als Einkommen aus Unternehmertätigkeit (wie in den VGR) sondern als Einkommen aus Vermögen gebucht. Die Begründung ist relativ mager:

¹²⁾ United Nations (1977a).

¹³⁾ Statistisches Bundesamt (1984), S. 93.

¹⁴⁾ United Nations (1977), S. 14, 41.

¹⁵⁾ Ruggles, N., Ruggles, R. (1982), S. 5 f.

¹⁶⁾ Ruggles, N., Ruggles, R. (1970), S. 51.

¹⁷⁾ United Nations (1977), S. 49.

„Unterstellte Miete wird als Vermögenseinkommen betrachtet, weil man das Gefühl hat („it is felt“), daß das Einkommen aus eigentümergenutztem Wohnraum dem Vermögenseinkommen mehr verwandt ist als dem Einkommen aus Unternehmertätigkeit.“¹⁸⁾ Dennoch ist sie intuitiv nicht von der Hand zu weisen. Gerade bei eigentümergenutzter Wohnung ist schwer einzusehen, wieso hier noch eine spezielle Aktivität angenommen werden muß, um die Nutzung zu produzieren, besonders, wenn die Wohnung fertig gekauft wurde. Andererseits kann in die Erstellung der Wohnung wohl unternehmerische Aktivität auch eines privaten Bauherren eingehen. Aber ob diese so erheblich ist, um daraus ein regelmäßiges Einkommen abzuleiten, bleibe hier offen.¹⁹⁾ Die Frage macht deutlich, daß die Grenze zwischen Einkommen aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen im Einzelfall nicht immer leicht zu ziehen ist, und das wirkt sich natürlich auf die Definition des Primäreinkommens, wenn sie nach den UN-Richtlinien vorgenommen werden soll, aus.

Faßt man den Anteil am Volkseinkommen, den die VGR für die privaten Haushalte ausweisen, als deren Primäreinkommen auf, so unterscheiden sich die UN-Richtlinien hier in einem weiteren Detail. Die Zinsen auf Konsumentenschulden werden nicht abgezogen. Die Zinseinnahmen der privaten Haushalte gehen also brutto ins Primäreinkommen ein, das Primäreinkommen ergibt sich unmittelbar aus der Summe dieser Zinsen. Werden die Zinsen auf Konsumentenschulden in den VGR schon vor der Ermittlung des Primäreinkommens abgezogen, erscheinen sie in den UN-Richtlinien sogar als Teil des verfügbaren Einkommens. Auch das ist nicht unlogisch. Schließlich kann ein Haushalt frei darüber verfügen, ob er solche Zinsen zahlen will oder nicht.

Der andere Unterschied zwischen verfügbarem Einkommen der UN-Richtlinien („available income“) und den VGR besteht in den sonstigen laufenden Übertragungen. Mit den Zinsen auf Konsumentenschulden kann man sie zu den nicht-obligatorischen Übertragungen zusammenfassen. Letzteres ist zwar kein Terminus der VGR, kann aber hier dazu dienen, eine bestimmte Gemeinsamkeit dieser beiden Ströme herauszustellen. In den UN-Richtlinien heißt es dazu: „Das gesamte verfügbare Haushaltseinkommen ist der Betrag, der Haushalten für Ausgaben für letzten Verbrauch und andere Ausgaben zur Verfügung steht, zu denen sie gewöhnlich nicht verpflichtet sind.“²⁰⁾ Die Frage ist also, ob das verfügbare Einkommen die freiwilligen Übertragungen enthalten soll oder nicht. Sicherlich kann ein Haushalt eine Ferientour (Privater Verbrauch) gegenüber einem Beitrag zum Sportverein (freiwillige Übertragung) substituieren. Insofern gehört der Beitrag zum verfügbaren Einkommen. Für die Keynesianische Kreislaufanalyse sind allerdings nur die Elemente Privater Verbrauch und Ersparnis vorgesehen. Deshalb ist die geltende VGR-Konvention gerechtfertigt. Wir kommen auf die Frage zurück.

¹⁸⁾ United Nations (1977), S. 44.

¹⁹⁾ Siehe dazu Schuster, E. (1963), S. 316.

²⁰⁾ United Nations (1977), S. 49.

1.3 Einkommen und Verbrauch

Ein weiterer Posten im verfügbaren Einkommen sind diejenigen Zahlungen, „die öffentliche Stellen für Dienste vornehmen, die Unternehmen und private Organisationen ohne Erwerbszweck direkt einzelnen Personen leisten, gleichgültig ob diese Zahlung beim Individuum oder bei dem Produzenten eingeht.“²¹⁾ Das SNA enthält solche Zahlungen (z.B. an Ärzte) als Teil der sozialen Leistungen. Die VGR buchen diese Zahlungen und die zugehörige Dienstleistung als Käufe des Staates und dann Staatsverbrauch. Die UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik sehen ebenfalls vor, diese Zahlungen nicht als Teil des verfügbaren Einkommens zu buchen.²²⁾ Hier werden also die VGR in ihrer Abweichung vom SNA unterstützt. In der Tat sind diese Einnahmen nicht wirklich verfügbar in dem Sinne, daß sie z.B. gespart werden könnten, sondern sie sind an eine bestimmte Ausgabe gebunden. Andererseits, insofern das verfügbare Einkommen die Wohlstandsposition der Haushalte abbilden soll, gehören diese Einnahmen wohl dazu.

Die UN-Richtlinien sehen für diesen letzteren Zweck einen anderen Einkommensbegriff vor. Wie in Konto 2 (siehe S. 42) gezeigt, erweitern die UN-Richtlinien den Verbrauchs begriff. Daß diese Erweiterung sinnvoll und machbar ist, kann hier einmal unterstellt werden. Die Frage ist von Pêtre gründlich untersucht worden.²³⁾ Wir haben hier als Konsequenz jener Untersuchung eine terminologische Veränderung vorgenommen. Was Pêtre als vom Staat finanzierten individuellen Verbrauch beschreibt, ist in früheren Studien ebenso wie in den UN-Richtlinien als „Gesamtverbrauch der Bevölkerung“ bezeichnet worden („total consumption of the population“). Dieser Ausdruck ist jedoch unglücklich, da kaum zu erkennen ist, wodurch sich der Verbrauch der „Bevölkerung“ von dem der „privaten Haushalte“ unterscheiden soll. Wie gesagt, handelt es sich hier um die Übernahme eines Begriffs aus dem MPS. Das muß aber nicht die Übernahme auch der Bezeichnung bedeuten. Im Rahmen des SNA ist die Bezeichnung individueller Verbrauch terminologisch leichter einzufügen und wird deshalb hier verwendet. Man will mit dem Begriff des individuellen Verbrauchs eine funktionelle Größe definieren, die den Verbrauch der privaten Haushalte unabhängig von seiner jeweiligen institutionell gebundenen Finanzierung ausweist. Diesem Ziel dient auch die weitere Bestimmung der UN-Richtlinien, Subventionen, die in solchen Verbrauch eingehen, in diese Größe einzubeziehen.²⁴⁾

Unabhängig davon, welche Posten auf der linken Seite des Kontos 2 (siehe S. 42) erscheinen, stellt sich aber nun die Frage, ob gleichsam automatisch damit jeweils ein Einkommensstrom verbunden ist. Die Tradition ist alt und festgefügt. Der Eigenverbrauch der Unternehmer, die eigengenutzte Wohnung sind wohl die bekanntesten Beispiele eines sich unmittelbar auf das Einkommen auswirkenden Verbrauchs. Dementsprechend definieren die UN-Richtlinien ein „Gesamtes verfügbares Einkommen der Bevölkerung“, das aus dem gesamten individuellen Verbrauch durch Hinzufügung der Ersparnis entsteht. Ob das ein sinnvoller Einkommensbegriff ist, sei hier dahingestellt. Die Frage ist besser zu behandeln, wenn der nächste Vorschlag von Einkommensbegriffen vorgestellt worden ist.

²¹⁾ United Nations (1968), S. 129.

²²⁾ United Nations (1977), S. 47 f.

²³⁾ Pêtre, J. (1983).

²⁴⁾ Siehe Posten 18 in Konto 2, S. 42 und United Nations (1977), S. 53.

Es werden in den UN-Richtlinien noch andere Themen angeschnitten, etwa die Abgrenzung von laufenden und Vermögensübertragungen oder die Zerlegung mancher Zahlungen in einen konsumtiven und einen Übertragungs- oder Sparteil (Versicherungen). Diese Fragen sind zwar auch durchaus noch nicht geklärt, berühren aber zu viele andere Probleme, als daß es angebracht wäre, sich an dieser Stelle auf sie einzulassen.

Faßt man die Gegenüberstellung der UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik und der Gesamtrechnung der Bundesrepublik Deutschland zusammen, so ergeben sich vier Fragen:

- Ist in den VGR eine Größe für das **Gesamteinkommen** der privaten Haushalte zu definieren und, wenn ja, wie?
- Ist in den VGR der Begriff des **Primäreinkommens** zu definieren und, wenn ja, wie?
- Ist der Begriff des **verfügbaren Einkommens** in den VGR angemessen definiert? Ist er um einen zusätzlichen Begriff zu erweitern?
- Hat die Ausdehnung des **Verbrauchs** konzepts auf staatliche Leistungen notwendigerweise Einkommenseffekte, oder allgemeiner, folgt aus jedem Verbrauch ein Einkommen?

Diese Fragen stellen heißt nicht notwendigerweise, sie im Sinne einer Veränderung bisheriger Buchungsregeln zu beantworten. Sie dienen aber als Leitfaden für die weitere Behandlung des Problemkreises.

2 Die französische Gesamtrechnung (SECN)

Ähnlich wie die Vereinten Nationen hat auch die französische Statistik erkannt, daß die privaten Haushalte in der Gesamtrechnung bisher nachrangig zur Produktion behandelt werden und Anknüpfungspunkte entwickelt, die Rechnung in dieser Hinsicht zu erweitern. Dabei ist für die VGR der Bundesrepublik Deutschland schon die etwas andere Kontenstruktur interessant, weil sich daraus Schlüsse auf die vorgestellte Einkommensbegrifflichkeit ziehen lassen. Darüber hinaus sieht die französische Statistik zusätzliche Rechnungen für die privaten Haushalte vor, die auch für die Bundesrepublik Deutschland sinnvoll sein könnten.

2.1 Die Konten der privaten Haushalte im Zentralsystem

Zunächst die Kontenstruktur! Die französische Gesamtrechnung definiert fünf Kontenebenen.²⁵⁾ Im Vergleich mit der deutschen Rechnung fehlt das Finanzierungskonto. Vor allem aber sind die deutschen Konten Einkommensverteilung (x-3) und Einkommensumverteilung (x-4) zu einem Konto Einkommen (C 3) zusammengezogen.²⁶⁾ Konto 3 zeigt dies im Detail für die privaten Haushalte.²⁷⁾

²⁵⁾ Institut national de la statistique et des études économiques (1981), (SECN).

²⁶⁾ So auch in SAEG (1970), (ESVG).

²⁷⁾ Siehe SECN Tableau 2.6, S. 346.

Konto 3: Einkommenskonto der privaten Haushalte (einschl. Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) in der französischen Gesamtrechnung (SECN)

R41 A Tatsächlich geleistete Zinsen außer für Wohnungsbau	N2 Bruttobetriebsüberschuß
R41 B Tatsächliche Zinsen für Wohnungsbau	R101 Bruttolöhne und -gehälter
R41 C Tatsächliche Zinsen für eigentümerge nutzte Wohnung	R102 Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber
R43 Einkommen aus Grund und Boden und aus immateriellen Werten	R103 Unterstellte Sozialbeiträge der Arbeitgeber
R51 Nettoprämien für Schadenversicherungen	R41 Tatsächlich empfangene Zinsen
R612 Einkommensteuern	R42 Unterstellte Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen
R613 Sonstige Einkommen- und Vermögensteuern	R43 Einkommen aus Grund und Boden und aus immateriellen Werten
R621 Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitgeber	R44 Dividenden und sonstige verteilte Einkommen von Kapitalgesellschaften
R622 Tatsächliche Sozialbeiträge der Arbeitnehmer	R45 Entnommene Gewinne aus Quasi-Kapitalgesellschaften
R623 Sozialbeiträge von Nicht-Arbeitnehmern	R46 Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenswachstum
R63 Unterstellte Sozialbeiträge	R52 Schadenversicherungsleistungen
R642 Soziale Leistungen der Arbeitgeber	R63 Unterstellte Sozialbeiträge
R66 Laufende Übertragungen an private Organisationen	R64 Soziale Leistungen
R68 Internationale private Übertragungen	R68 Internationale private Übertragungen
R69 Sonstige laufende Übertragungen	R69 Sonstige laufende Übertragungen
N3 Verfügbares Bruttoeinkommen	

Trotz der kontenmäßigen Zusammenfassung ist das Detail hier größer als auf den Konten der VGR, die es vorziehen, entsprechende Informationen in Standardtabellen zu zeigen.

Vom Begrifflichen her ist die Sonderrolle bemerkenswert, die dem Arbeitnehmereinkommen zugesprochen wird. Dies fließt nicht wie in der deutschen Rechnung innerhalb der Einkommensverteilung, sondern direkt aus dem Einkommensentstehungskonto. Die Löhne und Gehälter werden unmittelbar aus der Bruttowertschöpfung auf dem Einkommensentstehungskonto, ähnlich wie die indirekten Steuern, abgezogen. Die Abschreibungen werden dagegen hier nicht ausgewiesen. Als Saldo ergibt sich daher der Bruttobetriebsüberschuß. Konto 4 zeigt diese Struktur.

Konto 4: Einkommensentstehungskonto der französischen Gesamtrechnung (vereinfacht)²⁸⁾

Einkommen aus unselbständiger Arbeit Produktionssteuern Bruttobetriebsüberschuß	Bruttowertschöpfung Empfangene Subventionen
--	--

2.2 Vergleich mit der Terminologie in der Bundesrepublik Deutschland

Wie aus dieser Kontenstruktur hervorgeht, verzichtet die französische Statistik auf den sektoralen Ausweis sowohl des Nettoinlandsprodukts zu Faktorkosten als auch des Anteils am Volkseinkommen. Sie kennt diese Salden nur auf der Ebene des Gesamttaggregats.²⁹⁾

²⁸⁾ SECN, S. 35.

²⁹⁾ Ebenda, S. 40 ff.

Selbstverständlich genügt die auf den einzelnen Konten gegebene Information, um jene Größen auch sektoral zu berechnen. Insofern ist hier nicht die Frage, ob diese oder jene Darstellungsart vorzuziehen sei. Aber die Frage, ob sektorale Nettoinlandsprodukte zu Faktorkosten und Anteile am Volkseinkommen sinnvolle Größen sind, stellt sich, wenn sie in der Gesamtrechnung eines anderen großen Landes fehlen. Sie soll hier nur bezüglich der privaten Haushalte beantwortet werden.

Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten der privaten Haushalte sind allein die Einkommen aus unselbständiger Arbeit der in häuslichen Diensten gegen Entgelt Beschäftigten.³⁰⁾ Mit 1,52 Mrd. DM betrug es 1983 gut ein Tausendstel des gesamten Nettoinlandsprodukts der Bundesrepublik Deutschland. Eine solche Größe ist quantitativ gering, aber sie ist inhaltlich aussagekräftig. Sie bezeugt den Anteil des institutionellen Sektors private Haushalte an der Produktion. Überlegungen, weitere Produktion der privaten Haushalte in die Gesamtrechnung einzubringen (Hausarbeit), finden hier ihren Anknüpfungspunkt. Andererseits trifft dieses Argument ebenso, wenn nicht in verstärktem Maße für die Bruttowertschöpfung zu. Denn die Bruttowertschöpfung ist ausdrücklich als „ein Maßstab für die wirtschaftliche Leistung der Sektoren“ deklariert³¹⁾, der Ausweis einer weiteren solchen Größe relativiert den Sinn der ersten. Freilich handelt es sich hier um ein seit Beginn der Gesamtrechnung bestehendes Problem der Bewertung der wirtschaftlichen Leistung eines Sektors, aber von der Übersichtlichkeit her gesehen ist wohl die Entscheidung für eines dieser Maße, Bruttowertschöpfung oder Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten dem Ausweisen beider vorzuziehen.

Beim Anteil am Volkseinkommen, jener Größe also, die durch die Trennung von Verteilung und Umverteilung innerhalb des Einkommenskontos entsteht, ist die Antwort schwieriger. Die Buchungspraxis der VGR drückt ein Bild aus, in dem die drei Sektoren gleichartig nebeneinanderstehen und sowohl produzieren als auch Einkommen beziehen können. Unternehmen und Staat können genauso Einkommen haben wie die privaten Haushalte. Dieses Bild ist jedoch nicht trivial. Im Gegenteil hat es zu Zeiten der Entstehung der Gesamtrechnung erhebliche Widerstände erfahren. Die überkommene, sowohl in der Praxis wie in der Theorie gängige Vorstellung war die, daß Einkommen überhaupt nur als Individualeinkommen sinnvoll sei und ein vom Individuum abgehobener Begriff des Volkseinkommens eine leere Worthülse sei, der keine reale Bedeutung zukomme. Das Volkseinkommen kann in dieser Sicht nur die Summe aller Individualeinkommen einer Volkswirtschaft sein, aber nichts darüber hinaus.³²⁾ Wie letztlich dieser Zusammenhang theoretisch zu gestalten ist, wurde zwar anlässlich des Beginns der Gesamtrechnung kritisch geprüft³³⁾, aber nicht geklärt, im Gegenteil:

„Alle Überlegungen haben gezeigt, daß sich für statistische Zwecke eine allgemeine, umfassende, kurze und prägnante Definition des Einkommens nicht geben läßt. Vielmehr läßt sich das Einkommen, wenn es einigermaßen genau umrissen werden soll, nur durch Aufzählung aller wichtigen Einkommensbestandteile definieren.“³⁴⁾

Diese Feststellung war notwendig, um einen Ausgangspunkt für die bevorstehende Arbeit an den VGR festzulegen. Sie darf jedoch nicht nachträglich als eine Erledigung des theore-

³⁰⁾ VGR, S. 88.

³¹⁾ VGR, S. 88.

³²⁾ Amonn, A. (1926).

³³⁾ Grohmann, H. (1963).

³⁴⁾ Fürst, G., u.a. (1955), S. 6.

tischen Problems einer Einkommensdefinition gesehen werden. Es gab seinerzeit keinen theoretisch fixierten Einkommensbegriff, der die Entwicklung der VGR gesteuert hätte, sondern die Theorie war begrifflich so ungenau wie die Gesamtrechnung selbst und kann wohl erst heute die seinerzeit strittigen Fragen mit einem durch die Gesamtrechnung geschulten Differenzierungsvermögen neu angehen. In bezug auf die privaten Haushalte bedeutet das die Frage, warum in der Gesamtrechnung die privaten Haushalte nicht als die einzigen Einkommensempfänger dastehen, oder anders gefragt, ob es Sinn hat, Kollektiven wie Staat oder Unternehmen, die in der Gesellschaft nicht neben sondern über dem Individuum stehen, ein eigenes Einkommen zuzurechnen. Gehört nicht zum Begriff des Einkommens, daß die letzten Nutznießer des Wirtschaftsprozesses es auch wahrnehmen und in ihren derzeitigen Dispositionsrahmen einbeziehen können? Das Problem ist zu umfangreich, um hier nebenbei behandelt zu werden; wir greifen es im nächsten Kapitel auf.

2.3 Die Erweiterung der französischen Einkommensbegrifflichkeit in bezug auf die privaten Haushalte

„Die Klassifikation der Ströme und die Struktur der Konten im Kernsystem der Gesamtrechnung können als zu wenig detailliert und angepaßt erscheinen, um die Einkommensungleichheiten innerhalb des Haushaltssektors zu untersuchen, die Wirkungen von Steuern, Sozialabgaben usw. auf die Einkommensverteilung abzuschätzen, das Verhalten von Verbrauchern und Sparern zu analysieren oder schließlich die Gesamtheit der Güter und Dienste, über die die Haushalte zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse verfügen, unabhängig von den institutionellen Strukturen zu messen und damit zwischen Ländern oder in der Zeit vergleichbar zu machen.“³⁵⁾

Es sei dahingestellt, ob die Ziele, die hier präzise und umfassend bezüglich einer Analyse der Rolle der privaten Haushalte in der Volkswirtschaft genannt werden, innerhalb oder außerhalb des zentralen Kontensystems ihren Platz zu finden hätten. Jedenfalls schlägt die französische Statistik dafür einen komplementären Rahmen vor, wie er auf Konto 5 gezeigt wird.

Konto 5: Komplementäre Analyse des Einkommenskontos der privaten Haushalte (SECN)

a) Theoretischer Zusammenhang

Einkommen aus Arbeit von Arbeitnehmern	(1)
+ Einkommen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit	(2)
+ Einkommen aus Produktion außerhalb von Unternehmen o.e.R.	(3)
<hr/>	
= Erwerbseinkommen („revenu d'activité“)	
+ Einkommen aus Vermögen	(4)
<hr/>	
= Primäreinkommen	
+ Übertragungen der Umverteilung	(5)
<hr/>	
= Verfügbares Einkommen	

³⁵⁾ SECN, S. 285.

b) Kontenmäßige Realisierung

(1)	
Saldo: Einkommen aus Arbeit von Arbeitnehmern	R10 Einkommen aus unselbständiger Arbeit R46 Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenswachstum
(2)	
R41 A1 Im Zusammenhang mit der Tätigkeit des Unternehmens o.e.R. geleistete Zinsen Saldo: Einkommen der Unternehmen o.e.R.	N2 Betriebsüberschuß der Unternehmen o.e.R.
(3)	
R41 B + C Tatsächlich geleistete Zinsen für Wohnungen Saldo: Einkommen aus Produktion außerhalb von Unternehmen o.e.R.	N2 Betriebsüberschuß außerhalb von Unternehmen o.e.R.
(4)	
R41 A2 Zinsen auf Konsumentenschulden Saldo: Einkommen aus Vermögen	R41 Tatsächliche Zinsen R42 Unterstellte Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen R43 Einkommen aus Grund und Boden und immateriellen Werten R44 Dividenden und sonstige verteilte Einkommen von Kapitalgesellschaften
(5)	
R50 Nettoprämien für Schadenversicherung R60 Sonstige laufende Übertragungen Saldo: Übertragungen der Umverteilung	R50 Schadenversicherungsleistungen R60 Sonstige laufende Übertragungen

Teil a) dieses Schemas beschreibt den theoretischen Zusammenhang, den man zeigen will, Teil b) dessen statistische Realisierung. Als erstes wird das Erwerbseinkommen definiert. Dieses ist im wesentlichen identisch mit der Größe, die in den UN-Richtlinien als Primäreinkommen definiert wird. Unabhängig von der Bezeichnung ist das ein Hinweis, daß dieses Aggregat eine selbständige Bedeutung in der Einkommensrechnung haben könnte. Die Addition der Einkommen aus Vermögen ergibt das in der französischen Statistik definierte Primäreinkommen, eine Größe, die in den UN-Richtlinien fehlt, aber als Anteil am Volkseinkommen in den VGR der Bundesrepublik Deutschland eingeführt ist. Wie wenig der Begriff des Primäreinkommens aber hier theoretisch abgesichert ist, macht der Hinweis deutlich, daß die Vermögenseinkommen „nicht an die Ausübung einer Produktionstätigkeit seitens eines Haushaltsmitgliedes gebunden sind, aber den Charakter einer Primärverteilung haben.“³⁶⁾ Was, wenn nicht Produktionstätigkeit charakterisiert Einkommen als primär?

³⁶⁾ SECN, S. 386.

Hinzufügung der laufenden Übertragungen ergibt das verfügbare Einkommen, wobei im Unterschied zu den UN-Richtlinien, aber in Übereinstimmung mit den VGR die nicht-obligatorischen Übertragungen als Teil der Umverteilung gewertet und deshalb vor der Ermittlung des verfügbaren Einkommens abgezogen werden. In der statistischen Realisierung werden einige dieser zunächst einmal theoretisch definierten Einkommen als Salden ermittelt, ein Phänomen, auf das wir noch kommen. Aus den Kontenpositionen werden ferner die statistischen Schwierigkeiten deutlich, die privaten Haushalte als reine Konsumenten von den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit abzugrenzen. Auf dieses theoretisch wie praktisch gewichtige Problem können wir hier nicht eingehen.

An diese „Analyse der Verteilung und Umverteilung“ schließt die französische Statistik eine „Analyse der Komponenten des verfügbaren Einkommens nach dem Grad der Verwendungsfreiheit“ an.³⁷⁾ Dazu werden drei neue Einkommensbegriffe definiert:

1. „revenu préaffecté“,
2. „revenu subordonné à un acte de dépense ou à un sinistre“ und
3. „revenu arbitral“.

Sowohl ihr Verständnis als auch ihre Übersetzung sind durch die Erläuterung der jeweiligen Zusammensetzung zu gewinnen.

ad 1: Die Komponenten des „revenu préaffecté“ sind:

- (ex N2) Eigenverbrauch der Unternehmer
 - + (ex R101) Löhne und Gehälter in natura
 - + (R42) Unterstellte Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen
 - + (ex R64) soziale Leistungen in natura
 - + (ex R68) internationale private Übertragungen in natura
 - + (ex R69) sonstige laufende Übertragungen in natura
- = **vorbestimmtes Einkommen**

In diesem Posten sind alle jene Einkommen zusammengefaßt, die in natura erfolgen. Über sie kann in keiner Weise, insbesondere nicht im Hinblick auf Konsum oder Ersparnis entschieden werden.

Die gewählte Übersetzung soll dies zum Ausdruck bringen. Andererseits ist für die deutsche wie für die französische Bezeichnung zu fragen, ob die direkte Benennung des Charakteristikums nämlich als Sacheinkommen oder besser als Naturaleinkommen („revenu en nature“) nicht die treffende wäre. Denn „vorbestimmt“ ist auch die nächste Gruppe von Einkommen.

ad 2: Die Komponenten des „revenu subordonné à un acte de dépense ou à un sinistre“ sind:

- (R52) Schadenversicherungsleistungen
 - + (ex R64) soziale Leistungen in Form von Erstattungen
 - + (ex R69) Tarifermäßigungen der Eisenbahn
- = **ausgabebedingtes Einkommen**

³⁷⁾ SECN, S. 286.

Hier sind zwar Geldleistungen zusammengefaßt, aber solche, die der Haushalt nur unter der Bedingung einer bestimmten Ausgabe erhält, etwa eines eingetretenen Schadensfalles, einer Krankheit oder beim Kauf eines Fahrscheins. Die Übersetzung „ausgabebedingtes Einkommen“ gibt diesen Sinn zugestandenermaßen nur unvollkommen wieder.

ad 3: Die Komponenten des „revenu arbitrabale“ sind:

- (ex N2) Bruttobetriebsüberschuß außer Eigenverbrauch der Unternehmer
 - + (ex R101) Bruttolöhne und -gehälter in bar
 - + (R202) Sozialbeiträge der Arbeitgeber
 - (R62) Tatsächliche Beiträge zur Sozialversicherung
 - (R642) Direkte soziale Leistungen der Arbeitgeber
 - + (R41) Tatsächlich empfangene Zinsen (netto)
 - + (R43) Empfangene Einkommen aus Grund und Boden und aus immateriellen Werten (netto)
 - + (R44) Dividenden und sonstige verteilte Einkommen von Kapitalgesellschaften
 - + (R55) Entnommene Gewinne aus Quasi-Kapitalgesellschaften
 - + (R46) Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenswachstum
- = Verfügbares Einkommen (2)**

Hier stellt sich wieder ein Übersetzungsproblem. „Arbitrabale“ heißt sinngemäß nichts anderes als „disponible“. Beides würde man mit verfügbar übersetzen. Offenbar soll aber „revenu arbitrabale“ etwas anderes darstellen als „revenu disponible“. Zur Begründung der neuen Definition heißt es:

„Das Einkommensverwendungskonto eines privaten Haushalts zeigt, in welchen Proportionen dessen verfügbares Einkommen („revenu disponible“) für letzten Verbrauch und Ersparnis eingesetzt wird. Allerdings, wenn man zuläßt, daß es eine echte Entscheidung („arbitrage“) zwischen Verbrauch und Ersparnis gibt und das Verhalten der Haushalte in dieser Hinsicht untersuchen will, ist es angebracht, die Einkommensströme daraufhin zu differenzieren, ob eine solche Entscheidung wirklich stattfinden kann.“³⁸⁾

Wie man aus den hier ausgewählten Posten und aus den vorigen, dagegen abgegrenzten Definitionen erkennt, sind Einkommensströme, über die der Haushalt „echt entscheiden“ kann, solche und nur solche, die erstens bar eintreffen und zweitens an keine ausgabenseitige Bedingung geknüpft sind. Nur bei ihnen kann die Entscheidung zwischen Konsum und Sparen wirklich gefällt werden. Das leuchtet ein. Nur mit welchem Recht heißt dann die andere, alte Definition „verfügbares Einkommen“, wenn in ihr nach der gerade vorgenommenen Analyse Teile enthalten sind, über die nicht verfügt werden kann? Ist hier ein neuer Begriff gefragt, oder geht es eher um die Korrektur des alten? Wir begegnen hier der Frage, die bei den UN-Richtlinien an derselben Stelle auftaucht. Und im Sinne derselben Antwort suchen wir nicht, das Wort „arbitrabale“ durch ein deutsches Synonym für „verfügbar“ zu übersetzen, sondern geben ihm die Bezeichnung „verfügbar (2)“, um damit die Frage, welches der richtige Verfügbarkeitsbegriff ist, zu verschärfen.

³⁸⁾ SECN, S. 287.

Zu den neu definierten Einkommensbegriffen steht das verfügbare Einkommen im konventionellen Sinn („revenu disponible“) in folgender algebraischer Beziehung:³⁹⁾

Verfügbares Einkommen = verfügbares Einkommen (2)
+ vorbestimmtes Einkommen
+ ausgabebedingtes Einkommen
– Nettoprämien zur Schadenversicherung
– Sozialbeiträge an Genossenschaften
– laufende Übertragungen an private Organisationen
– internationale private Übertragungen
– sonstige laufende Übertragungen

Als dritten Schritt komplementärer Analyse der privaten Haushalte führt die französische Statistik den Begriff des „erweiterten Verbrauchs der Bevölkerung“ ein. Er besteht aus der Summe von Privatem Verbrauch und dem Endverbrauch von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck in den Aufgabenbereichen

- Erziehung,
- Gesundheit (nicht-marktbestimmt),
- Sozialwesen (nicht-marktbestimmt),
- Dienstleistungen der Erholung, der Kultur und des Sports (nicht-marktbestimmt),

wobei diese Definition mit dem Hinweis auf laufende internationale Arbeiten zu dem Thema als möglicherweise revidierbar bezeichnet wird. Zweifelsohne ist hier dieselbe Strömung wie in den UN-Richtlinien zu erkennen, alle Güter und Dienstleistungen zu erfassen, „die unmittelbar und unentgeltlich privaten Haushalten zugute kommen“⁴⁰⁾, und damit ein institutionell unabhängiges, international auch über verschiedene Gesellschaftssysteme hinweg vergleichbares Maß zu schaffen. Die Gründe brauchen nicht wiederholt zu werden.

Aus der Summe von erweitertem Verbrauch und Ersparnis, letztere wie üblich definiert, wird nun ein „erweitertes Einkommen“ („revenu élargi“) gebildet, auffälligerweise ohne Kommentar. Aus der betreffenden Überschrift kann man allenfalls schließen, daß es darum geht, „die aus den teilbaren nicht-marktbestimmten Dienstleistungen fließenden Vorteile, die die privaten Haushalte genießen, in der Form von unterstellten Einkommen zu berücksichtigen“.⁴¹⁾ Der Begriff ist derselbe wie in den UN-Richtlinien das „Gesamte verfügbare Einkommen der Bevölkerung“. Es scheint selbstverständlich, daß sich der Einkommensbegriff an den jeweiligen Verbrauchsbegriff anschließt gemäß der Formel: Einkommen = Verbrauch + Ersparnis. Aber tragende Argumente fehlen hier ebenso wie dort.

Damit ist die Wiedergabe der französischen Position abgeschlossen. Insgesamt gesehen, so darf man als ersten Eindruck festhalten, geht die französische Statistik einen ähnlichen Weg wie die UN-Richtlinien, indem sie aus dem zentralen Kontenrahmen heraus eine Detaillierung

³⁹⁾ Ebenda.

⁴⁰⁾ SECN, S. 288.

⁴¹⁾ SECN, S. 285.

des Haushaltssektors entwickelt, mit der Folge, daß einerseits die Ergebnisse mit der Gesamtrechnung konform gehen, andererseits durch den Prozeß der Detaillierung manche Konventionen der Gesamtrechnung neu in Frage gestellt werden. Diesen Fragen wenden wir uns nun zu.

3 Theoretische und praktische Folgerungen aus den vorgetragenen Vorschlägen

„Der ungeheure Fortschritt“, so schrieb einmal Heinz Grohmann, „den die laufende Berechnung des Volkseinkommens und das ganze System der VGR gebracht haben und den man mit einigem Recht geradezu als eine kopernikanische Wendung in der Statistik ansehen kann, liegt nicht etwa in einer enormen Simplifizierung der Wirtschaftsbeobachtung, sondern vielmehr in einer Umkehrung der Blickrichtung. War man früher darauf angewiesen, aus einer Vielzahl lose nebeneinander liegender Bausteine ein Gesamtbild über die wirtschaftliche Situation und Entwicklung mühsam aufzubauen, so sind wir jetzt in die Lage versetzt, mit einer einzigen zusammenfassenden Globalzahl und ihrer zeitlichen Veränderung unsere Betrachtung zu beginnen.“⁴²⁾

Die kopernikanische Wendung der Blickrichtung auf das volkswirtschaftliche Geschehen läßt sich, einmal vollzogen, nicht rückgängig machen. Auch der Einkommensbegriff für die privaten Haushalte kann heute kaum anders als im Rahmen der VGR konsequent zu Ende gedacht werden. Allerdings ist die profane Mühe, „aus einer Vielzahl nebeneinander liegender Bausteine ein Gesamtbild aufzubauen“, ja keineswegs verschwunden. Sie ist routinisiert, bürokratisiert und damit weitgehend dem Bereich wissenschaftlicher Bemühungen entzogen worden, aber wenn die Regeln und Konventionen dieser Prozedur zur Debatte stehen, dann auch der Sinn der zusammenfassenden Globalzahl, der ihnen die Richtung gibt. Das neu aufgebrachte Prinzip der eindeutigen Verbindung von Mikro- und Makrogrößen ist ein Ausdruck dieser Wechselwirkung.

Es ist hier nicht der Ort, das Verhältnis von Individual- und Volkseinkommen grundsätzlich aufzurollen; nur werden diese Probleme sich nicht ganz vermeiden lassen, wenn man auch rein praxisbezogen die Detaillierung der Einkommensströme der privaten Haushalte im Rahmen der VGR erwägt. Wir beschränken uns im folgenden darauf, die Fragen, die sich aus der Darlegung der UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik ergeben haben, zusammen mit den gerade beschriebenen französischen Vorstellungen soweit anzureißen, daß trotz einer noch ausstehenden endgültigen Antwort, die wohl erst mit der beschlossenen Revision vorliegen wird, erste praktische Schritte in Richtung auf das gesteckte Ziel begründet werden können.

3.1 Ist in den VGR eine Größe für das Gesamteinkommen der privaten Haushalte auszuweisen und, wenn ja, wie?

Die Frage ergibt sich aus den UN-Richtlinien, wo das gesamte Haushaltseinkommen als Summe von Primäreinkommen, Vermögenseinkommen und laufenden Übertragungen definiert wird (siehe Konto 1.1, S. 41). Die französische Statistik sieht diesen Begriff nicht vor. Zwar

⁴²⁾ Grohmann, H. (1963), S. 353.

könnte man die Summe des Einkommenskontos C3 so auffassen, doch gibt es da Schwierigkeiten. Bei den UN-Richtlinien impliziert die Berechnung des gesamten Haushaltseinkommens gewisse Modifikationen in den gebuchten Strömen. Die unterstellten Arbeitgeberbeiträge zur sozialen Sicherung von Arbeitnehmern werden ignoriert, desgleichen die Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen. Dies könnte ein Grund sein, warum es nicht angebracht ist, die Summe des Einkommenskontos als Gesamteinkommen der privaten Haushalte zu bezeichnen.

In der Tat nimmt die französische Statistik ähnliche Modifikationen vor, wenn sie daran geht, die Einkommen der privaten Haushalte nach sozioökonomischen Kategorien zu analysieren. Um vom Einkommenskonto der Gesamtrechnung zum Einkommensbegriff einer echten Verteilungsrechnung zu gelangen, werden vier Posten geändert.⁴³⁾ Es werden nicht nur die unterstellten, sondern die gesamten Beiträge zur Sozialversicherung (R62 + R63) aus dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit herausgelassen, einmal, weil man über die entsprechenden statistischen Daten nicht verfügt, um diese Ströme nach sozioökonomischen Gruppen zu gliedern, zum anderen aber, weil dies „besser den Einkommen entspricht, die die Haushalte wirklich wahrnehmen“⁴⁴⁾, eine Formel, die auch in den Verteilungsrichtlinien der UN mehrfach vorkommt. Ähnliches gilt für den zweiten Posten, der aus dem Haushaltseinkommen herausgelassen wird, der Beteiligung der Arbeitnehmer am Unternehmenswachstum. Ferner läßt man die Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen (R42) heraus, „denn sie entsprechen keinem Strom, der wirklich im laufenden Jahr wahrgenommen worden ist“⁴⁵⁾, und schließlich auch die Nettozuführung zu Rückstellungen bei Versicherungen, die in der Gesamtrechnung zum Einkommen der privaten Haushalte zählen.

Es werden also in der französischen Statistik ähnliche Modifikationen vorgenommen wie in den UN-Richtlinien und mit denselben Argumenten. Deshalb stellt sich die grundsätzliche Frage: Wenn in voneinander unabhängigen statistischen Richtlinien die Detaillierung des Einkommenskreislaufs für die privaten Haushalte eine Modifizierung, und zwar in beiden Dokumenten mehr oder weniger ähnlicher Natur, des Einkommensbegriffs aus der Gesamtrechnung erfordert, ist dann das Aggregat der Gesamtrechnung sinnvoll definiert? Das Dreibein Entstehung-Verteilung-Verwendung, auf dem der Einkommensbegriff der Gesamtrechnung ruht, enthält ja nur dann keinen Bruch, wenn in allen drei Stadien wirklich derselbe Einkommensbegriff gilt, d.h. wenn genau das Einkommen verteilt wird, das produziert wird, und genau das verwendet, was verteilt wird. Freilich kann man diese Identität immer durch Definition entsprechender Differenzen statistisch herstellen, die Frage ist aber, ob sie strukturell wahrheitsgemäß umgesetzt worden ist. Wenn bisher in den VGR der Begriff eines Gesamteinkommens der privaten Haushalte vermieden wird, mag das nicht zuletzt mit der Schwierigkeit, den Übergang von der Entstehung zur Verteilung im Detail sauber durchzukonstruieren, begründbar sein. Ein solcher Übergang müßte den Einkommensbegriff der Haushaltserhebungen (Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte)⁴⁶⁾ mit dem der VGR stimmig machen.

⁴³⁾ Institut national de la statistique et des études économiques (1981).

⁴⁴⁾ Ebenda, S. 12.

⁴⁵⁾ Institut national de la statistique et des études économiques (1981), S. 12.

⁴⁶⁾ Euler, M. (1985).

Das ist wohl keine leichte Aufgabe, aber gerade um Licht in diesen Winkel zu bringen, wäre das Vorhaben, einen Begriff für das Gesamteinkommen privater Haushalte auszuweisen, geeignet. Die Überwindung der dabei zu erwartenden praktischen Schwierigkeiten dürfte auch für die theoretische Klärung des Einkommensbegriffs der Gesamtrechnung sowie des inhaltlichen Zusammenhangs von Individual- und Volkseinkommen von Nutzen sein.

Freilich, so viel läßt sich vorab sagen, ökonomisch ist die Größe des gesamten Haushaltseinkommens nicht von zentraler Bedeutung. Enthält sie doch Ströme, die aus verschiedenen Stadien des Verteilungsprozesses stammen, deren Summe also Doppelzählungen von Einkommen enthält. Das gesamte Haushaltseinkommen kann auf diese Weise leicht größer als das Volkseinkommen ausfallen.⁴⁷⁾ Es stellt eine Bruttogröße dar, von der es nicht sinnvoll ist, sich vorzustellen, diese werde auf die privaten Haushalte verteilt. Hier macht sich vielmehr die „kopernikanische Wende“ bemerkbar. Was aus der Mikrosicht des einzelnen privaten Haushalts sinnvoll erscheint, nämlich die Verteilung der gesamten Haushaltseinkommen, ist nicht sinnvoll, wenn man den Einkommensbegriff in den Gesamtkreislauf der Volkswirtschaft einbettet und insbesondere, wenn man ihn aus der Produktion ableitet. Das Verständnis des auf der Mikroebene zu verwendenden Einkommensbegriffs wird durch die Betrachtung von der Makroebene her geläutert.

Das hat auch eine verteilungstheoretische Konsequenz. Akzeptiert man eine analytische Unterscheidung von Primär- und Sekundäreinkommen, so ist die Ausweisung einer Verteilung des gesamten Haushaltseinkommens theoretisch irreführend; vielmehr gibt es dann nur die Verteilung vor und die Verteilung nach Umverteilung, die aber nicht addiert werden können. Als Maßgröße dessen, was umverteilt wird, dient allein das Primäreinkommen (und nicht das gesamte Haushaltseinkommen). Hier ergibt sich aus der Makrobetrachtung eine Untersuchungsregel für die Mikroebene.

3.2 Ist für die privaten Haushalte der Begriff des Primäreinkommens zu definieren und, wenn ja, wie?

Die VGR der Bundesrepublik Deutschland kennen den Begriff des Primäreinkommens bisher nicht explizit. Gleichwohl lassen sie keinen Zweifel, was darunter zu verstehen ist. Die Trennung der Konten x-3 und x-4 dient der Darstellung von primärem und sekundärem Einkommenskreislauf.⁴⁸⁾ Deshalb scheint die Frage akademisch.

Sie ist aber eine Konsequenz aus der Antwort zur vorigen Frage. Wenn nämlich der Begriff des Gesamteinkommens der privaten Haushalte unter dem Kreislaufaspekt keinen ökonomischen Sinn ergibt, so muß offenbar innerhalb der vom Haushalt empfangenen Einkommen differenziert und nach denjenigen Einkommensarten gesucht werden, die diesen Sinn

⁴⁷⁾ Im Jahr 1982 betrug das Volkseinkommen der BRD 1 226 Mrd. DM. Wenn man die Summe der Einnahmen auf den Konten 3-3 und 3-4 als erste Näherung des gesamten Haushaltseinkommens bildet, erhält man einen Betrag von 1 588 Mrd. DM.

⁴⁸⁾ Raabe, K. H. (1954).

leichter tragen. Mit dem Anspruch, die aus der Teilnahme am Produktionsprozeß resultierenden Einkommen zu verkörpern, stellen dies die Primäreinkommen dar. Dieser Vorstellung folgt auch die französische Statistik, wenn sie, wie auf Konto 5 (siehe S. 49 f.) gezeigt, die einzelnen Stadien der Einkommensverteilung durchgeht, ohne dabei das gesamte Haushaltseinkommen zu definieren.

Selbstverständlich entstehen beim Primäreinkommen zunächst einmal dieselben Fragen wie beim Gesamteinkommen bezüglich des Zusammenhangs von Individual- und Volkseinkommen oder genau gesagt, bezüglich der Art der Ströme, die als Einkommen zu rechnen sind. Die sogenannten Anteile am Volkseinkommen der Kollektive (Unternehmen m.e.R., Staat) sind per definitionem keine Individualeinkommen⁴⁹⁾, doch gehen wir auf diese Problematik nicht noch einmal ein.

Neu zu erwägen ist dagegen der Vorschlag der UN-Richtlinien, Primäreinkommen anders als in den VGR zu definieren, nämlich als Summe bloß der Erwerbseinkommen, dagegen die Vermögenseinkommen zur Sekundärverteilung zu zählen. Dabei lassen die UN-Richtlinien offen, ob letztere zusammen mit den Übertragungen in einem Umverteilungskreislauf abgebildet werden sollen, oder ob den drei Gruppen von Einkommen jeweils drei Kreisläufe entsprechen. Die Erwerbseinkommen würden dann den primären, die Vermögenseinkommen den sekundären und die Übertragungen den tertiären Kreislauf bilden.

Da die UN-Richtlinien außer der Anregung selbst wenig Material mitgeben, seien hier einige eigene Gedanken angefügt. Die Frage ist, was die Erwerbs- von den Vermögenseinkommen strukturell so unterscheidet, daß sich daraus ein Grund zu ihrer Trennung ergeben könnte. Erwerbseinkommen („revenu d'activité“, „activity income“) sind die Einkommen aus unselbständiger Arbeit und die Einkommen aus Unternehmertätigkeit (entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit). Vermögenseinkommen sind Zinsen, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten, Dividenden und sonstige Ausschüttungen der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit.⁵⁰⁾ Läßt man wegen der Zurechnungsproblematik die Ersparnis der Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit außer Betracht, so unterscheiden sich die Erwerbs- von den Vermögenseinkommen strukturell dahingehend, daß sie stets nur auf der linken, der Ausgabenseite der produzierenden und auf der Einnahmenseite der konsumierenden Einheiten auftreten und immer brutto gebucht, d.h. nie gegeneinander saldiert werden. Vermögenseinkommen werden dagegen von allen Sektoren geleistet und empfangen, und das daraus fließende Einkommen eines Sektors wird netto als Saldo berechnet (siehe Konto 5, S. 49 f. oder in den VGR die Berechnung des Anteils des Staats am Volkseinkommen).

Erwerbseinkommen bezeichnen also stets einen Produktionsinput, ein Kostenelement der Produktion. Solche Inputs kann man danach unterscheiden, ob sie selbst zugleich Output der Produktion sind oder nicht. Wenn nicht, gelangen sie von außen in die Produktion und können daher als primäre, andernfalls als sekundäre Inputs bezeichnet werden. Aus der Defini-

⁴⁹⁾ Deshalb ist z.B. dem Anteil des Staates am Volkseinkommen „nur ein begrenzter Aussagewert“ zuzusprechen; s. Bartels, H., Sievers, I. (1961), S. 139.

⁵⁰⁾ VGR, S. 94.

tion als primärem Input⁵¹⁾) kann man unter der Prämisse, daß alles Einkommen aus Produktion entsteht, die zugehörige monetäre Gegenleistung als primäres Einkommen ableiten.

Dazu paßt, daß Vermögenseinkommen durchaus als Umverteilungsprozeß angesehen werden können:

„Bei der Entstehung des Sozialprodukts werden die Einkommen dort erfaßt, wo sie im Produktionsprozeß unmittelbar geschaffen werden. Die Einkommensverteilung ermittelt dagegen die Einkommen beim Empfänger, dem sie zugeflossen sind. Gleichsam zwischen diesen beiden steht noch eine Einkommensumschichtung innerhalb der Unternehmungen einer Volkswirtschaft, die sich aus ihren Kapitalverflechtungen ergibt.“⁵²⁾

Durch die Umschichtung innerhalb der Unternehmungen ändern sich die Einkommensarten. So mag ein Unternehmen A bei sich entstandenes Einkommen in Form von Zinsen an Unternehmen B abführen, woraus dieses wiederum Dividenden an die privaten Haushalte zahlt. Offenbar wäre es nicht korrekt, beide Einnahmen als Einkommen zu rechnen, sondern je nachdem, von welcher Seite man die Rechnung aufzieht, entweder die Zinsen oder die Dividenden. Einzig unberührt von der Umschichtung bleiben die Erwerbseinkommen, die unmittelbar an die privaten Haushalte fließen.⁵³⁾

Aus der besonderen strukturellen Rolle der Erwerbseinkommen folgt eine inhaltliche. Die Erwerbseinkommen sind es im wesentlichen, die als Indikator von Produkten fungieren. Überall dort, wo Erwerbseinkommen ausgezahlt werden, geschieht Produktion im Sinne der VGR. So ist etwa die bei Entstehung der Gesamtrechnung strittige Einbeziehung des Staates in den Produktionsbereich wesentlich darauf zurückzuführen, daß andernfalls die dort ausgeschütteten Löhne und Gehälter nicht als Primäreinkommen zu rechnen wären. Das gleiche gilt für den Bankensektor, obwohl dort sogar wegen der fehlenden Verkäufe mit einer negativen Wertschöpfung gerechnet werden muß. Die Einkommen der Haushaltsbediensteten werden nicht, wie es auch denkbar wäre, vom Einkommen des beschäftigenden Haushalts abgezogen und damit als Umverteilung gebucht, sondern wiederum brutto, das heißt als originärer Produktionsbeitrag gewertet. Obwohl es nirgends ausdrücklich gesagt wird, so gilt doch in allen westlichen Gesamtrechnungen die Regel, daß Erwerbseinkommen, gleich wo es auftritt, stets Teil des Volkseinkommens ist, und zwar brutto.

Für die Vermögenseinkommen kann man das gleiche nicht sagen. Zinsen etwa werden nur dann als Produktionsleistung gewertet, wenn sie von Unternehmen gezahlt werden, nicht jedoch vom Staat oder den privaten Haushalten.

Es spricht also manches dafür, die derzeitige, wohl hauptsächlich auf statistischer Zugänglichkeit gegründete grobe Zweiteilung der Haushaltseinkommen in Richtung auf eine feinere Klassifikation fortzuentwickeln, in der die Einkommen aus Unternehmertätigkeit von denen aus Vermögen getrennt werden.⁵⁴⁾ Wofür man dann den Ausdruck Primäreinkommen reser-

⁵¹⁾ Man muß allerdings feststellen, daß es in der Input-Output-Rechnung eine präzise Definition von Primärinput bisher nicht gibt.

⁵²⁾ Raabe, K.-H. (1954), S. 30.

⁵³⁾ Siehe dazu das Beispiel bei Raabe, K.-H. (1954), S. 30 f.

⁵⁴⁾ Die Tabelle 3.27 der VGR ist ein Schritt in diese Richtung, dient aber wohl vornehmlich der Berechnung der bisher anders nicht zugänglichen nicht-entnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

viert, braucht jetzt nicht entschieden zu werden und kann wohl vor den endgültigen Revisionsbeschlüssen auch nicht entschieden sein, denn dazu müssen tiefere historisch-dogmatische Schichten der Einkommenstheorie abgetragen werden.

3.3 Ist der in den VGR definierte Begriff des verfügbaren Einkommens angemessen? Ist er um einen zusätzlichen Begriff zu erweitern?

Verlangt der Begriff des Primäreinkommens eine Differenzierung des Einkommenskontos auf der Einnahmenseite, wird auf der Ausgabenseite diese Aufgabe vom Begriff des verfügbaren Einkommens übernommen. Der Name sagt, daß damit dasjenige Einkommen bezeichnet werden soll, über das die privaten Haushalte für ihre Zwecke verfügen. Aber wie die Diskussion der vorigen Abschnitte gezeigt hat, ist diese Definition statistisch unscharf. Entweder, so die Position der zitierten Quellen, man benötigt darüber hinaus weitere Begriffe der Verfügbarkeit („available“, „arbitrable“) oder, so die hier vertretene Position, man muß den Begriff des verfügbaren Einkommens theoretisch genauer fassen.

Abbildung 1 beleuchtet den Begriff des Einkommens der privaten Haushalte von verschiedenen Seiten. Ausgehend von der Gesamtgröße, wie sie sich aus den Einkommensverteilungs- und -umverteilungskonten der VGR ergibt, wird zunächst nach Art unterschieden. Die verschiedenen Blöcke zeigen ohne Rücksicht auf die tatsächlichen quantitativen Verhältnisse die vier Arten, in denen Einkommen anfallen kann. Dabei wird an die französische Unterscheidung angeknüpft mit dem Versuch, genauere Bezeichnungen zu finden. Einkommen kann in natura geleistet werden, es kann die Form von Erstattungen haben, die an bestimmte Ausgaben gebunden sind (Schadenversicherungsleistungen), es kann ohne solche Bindung in Geld erfolgen, und es kann eine umgeleitete Geldleistung sein (Arbeitgeberbeiträge, unterstellte Zinsen). Alle diese Formen existieren im Einkommensbegriff der VGR. In der nächsten Zeile wird die Verwendung des Einkommens gezeigt, wobei interessant ist, daß für einige Einkommensarten die Verwendung feststeht. Naturaleinkommen wird stets konsumiert, desgleichen alle Einkommen in Form von Erstattungen. Andere Einkommen können nur gespart werden (die Zinsen auf versicherungstechnische Rückstellungen).

In den weiteren Blöcken werden verschiedene Möglichkeiten, das verfügbare Einkommen zu definieren, dargestellt. Die VGR-Definition schließt sämtliche Übertragungen aus, auch solche, die freiwillig erfolgen, obwohl diese in der Verfügungsgewalt der privaten Haushalte liegen. Die UN-Richtlinien zur Verteilungsstatistik beziehen die freiwilligen Übertragungen einschließlich der Zinsen auf Konsumentenschulden ein, schließen aber alles indirekte, zugerechnete Einkommen aus. Durch Hinzunahme desjenigen individuellen Verbrauchs, der von dritten Sektoren finanziert wird, gelangen sie zum verfügbaren Einkommen der Bevölkerung gegenüber dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Auf die mangelhafte Terminologie dieser Unterscheidung wurde bereits hingewiesen (siehe S. 45). Die französische Statistik orientiert den zweiten Verfügbarkeitsbegriff, den sie neben dem der VGR ausweist, strikt an der Geldleistung. Verfügbar im Sinne der Aufteilung auf Konsum und Sparen ist nur ungebundenes Einkommen in Geld. Dieser Einschränkung auf den reinen Geldbegriff setzt sie dann die Erweiterung auf den gesamten Verbrauch entgegen.

Abbildung 1: Blockdarstellung der verschiedenen Begriffe des verfügbaren Einkommens für die privaten Haushalte

Einkommen (Summe der Einnahmen auf 3-3 und 3-4)

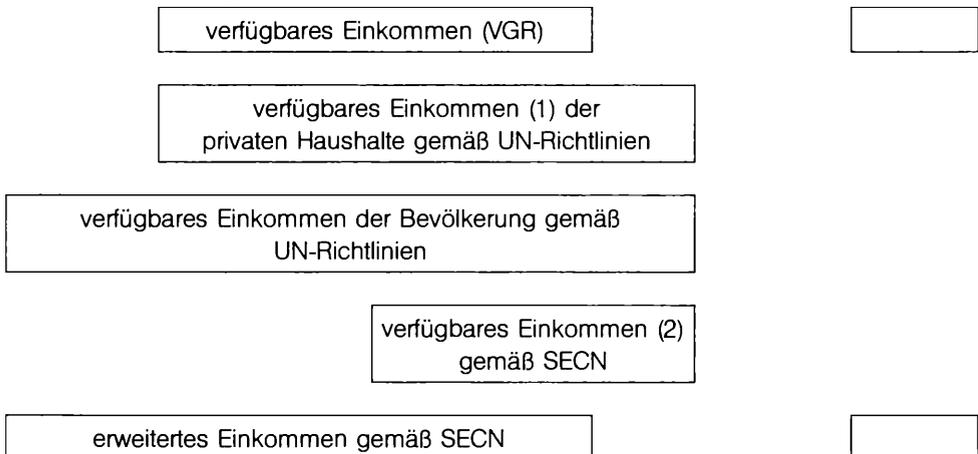
Gliederung nach Art des Einkommens:

natural	Erstat- tungen	direkte Geldleistung	umgeleitete Geldleistung
---------	-------------------	----------------------	-----------------------------

Gliederung nach der Verwendung:

Verbrauchsausgaben Dritter	eigene	Sparen	Übertragungen freiwillig	obligatorisch	Sparen
-------------------------------	--------	--------	-----------------------------	---------------	--------

Definition von „verfügbar“:



Es ist sicherlich ein Weg, begrifflichen Unklarheiten der Theorie statistisch dadurch zu begegnen, daß man alle denkbaren Alternativen operationalisiert und ausweist. Dem widerspricht aber der Grundsatz der Bilanzklarheit, wenn man diese Analogie hier verwenden darf. Es ist dem Benutzer wenig damit gedient, daß er auf die Frage, was das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte sei, eine Mehrzahl von Begriffen angeboten bekommt, zwischen denen er nur dann mit Verstand wählen kann, wenn er die statistischen Details kennt.⁵⁵⁾ Manchmal, insbesondere wenn die theoretischen Probleme wirklich nicht gelöst sind, läßt sich solche Mehrdeutigkeit nicht umgehen. In der Frage des verfügbaren Einkommens kann man aber vielleicht zu einer theoretischen Klärung gelangen.

⁵⁵⁾ Ähnlich in bezug auf die Indexrechnung Hill, P. (1982), S. 7 f.

Zunächst muß man wohl zwei Dimensionen unterscheiden, die beide mit dem Begriff des verfügbaren Einkommens eingefangen und damit verwirrt werden. Das eine ist die Dimension der Verfügbarkeit im eigentlichen Sinne, also der Möglichkeit, über eine Ausgabe frei, d.h. in Abwägung gegenüber anderen Ausgaben zu entscheiden. Die andere ist die Dimension der Umverteilung. Verfügbares Einkommen in dem zweiten Sinne heißt Einkommen nach Umverteilung. Die geltende VGR-Konvention hat hauptsächlich den zweiten Sinn umgesetzt. Die angebotenen Alternativen orientieren sich mehr am ersten.

Die zwei Dimensionen unterscheiden sich auch in ihrer methodischen Herkunft. „Einkommen nach Umverteilung“ ist klar auf den Kreislaufgedanken bezogen. Es stellt die unmittelbare Konsequenz des analytischen Unterscheidens verschiedener Einkommenskreisläufe dar und gewinnt seinen Sinn aus der Makro-Betrachtung. Verfügbarkeit im Sinne der Allokationsentscheidung ist dagegen ein mikroökonomisches Konzept, das auf Handlungsmöglichkeiten eines individuellen Akteurs Bezug nimmt.

Insofern ist es logisch, daß die VGR zunächst einmal das Kreislaufkonzept durchkonstruiert hat. Und es bietet sich ferner an, bezüglich des entscheidungstheoretischen Ansatzes dem französischen Vorschlag zu folgen und zur Gesamtrechnung komplementäre Standardtabellen anzulegen. Unter dieser grundsätzlichen Prämisse kann man nun noch einige Einzelheiten diskutieren.

Wenn der Begriff des verfügbaren Einkommens auf den Konten der VGR vornehmlich das Resultat von Verteilung und Umverteilung widerspiegeln soll, ist dann erstens die Benennung als „verfügbares“ Einkommen richtig und sind zweitens alle Ströme unter diesem Gesichtspunkt richtig erfaßt? Zum ersten ist die Antwort verhältnismäßig einfach. Wie gerade dargelegt, ist Verfügbarkeit im Sinne der Entscheidungstheorie nicht unmittelbar verknüpft mit dem Kreislaufschema. Freiwillige Übertragungen sind sicherlich verfügbar in diesem Sinne, dennoch stellen sie makroökonomisch Umverteilung dar. Es wäre also zu überlegen, ob man hier nicht einen treffenderen Ausdruck findet. In Fortsetzung der Überlegungen, ein Primäreinkommen auszuweisen, wäre hier vielleicht der, wenngleich etwas abstrakte, so doch den kreislauftheoretischen Ort präzis bezeichnende Ausdruck „Sekundäreinkommen“ angebracht. Aber auch „Einkommen nach Umverteilung“ oder farbloser aber schlicht „Nettoeinkommen“ mögen ihren Zweck erfüllen.

Bezüglich der im Sekundäreinkommen enthaltenen Ströme gibt es zwei Problemfälle, die Zinsen auf Konsumentenschulden und die laufenden Übertragungen (abgesehen von Problemfällen des Primäreinkommens, die hier natürlich durchschlagen). Die jetzige VGR-Konvention beruht auf der Anschauung, daß Zinsen auf Konsumentenschulden nicht für Produktion gezahlt werden⁵⁶⁾, folglich nicht Teil des Primäreinkommens und auch nicht Teil des Sekundäreinkommens der privaten Haushalte darstellen. Die UN-Richtlinien wollten diese Ströme aber in beide Einkommensarten einbeziehen. Wie immer man den Begriff des Primäreinkommens definiert, es ist klar, daß unter dem Kreislaufaspekt die geltende Konvention die angemessene ist. Zinsen sind nicht Teil des Einkommens nach Umverteilung. Das gleiche

⁵⁶⁾ Bartels, H. (1955), S. 129.

gilt für die laufenden Übertragungen. Auch diese sind Umverteilung, die gebucht werden muß, ehe das Sekundäreinkommen ermittelt wird. Von daher ergibt sich schließlich die Gleichung $\text{Einkommen} = \text{Konsum} + \text{Ersparnis}$, wenn nämlich im Einkommen in diesem Sinne alle Umverteilung vorgenommen worden ist, so daß als weitere Ausgaben definitionsgemäß nur Konsum oder Nicht-Konsum offen sind.

Bei den laufenden Übertragungen werden nach geltender Konvention die Nettobeiträge zur Schadenversicherung ebenso wie die Leistungen im Schadensfall gebucht. Das entspricht ganz dem Umverteilungsgedanken. Diskutiert wird gegenwärtig, ob die Leistungen, weil einmalig und vermögensrelevant, nicht eher über das Vermögensveränderungskonto laufen sollten⁵⁷⁾, doch sei das Detail hier dahingestellt. Umgekehrt könnte man – ein weiterer Punkt der gegenwärtigen Diskussion – die Beiträge an Lebensversicherungen, die gegenwärtig als Ersparnis Teil des verfügbaren Einkommens bilden, auch als laufende Übertragung analog den Beiträgen zur sozialen Rentenversicherung buchen.⁵⁸⁾ Auch dieses Problem sei hier nur erwähnt. All diese Probleme dürften leichter zu entscheiden sein, wenn man sich klarmacht, daß innerhalb des Kontenrahmens nur die Frage des Kreislaufs und nicht die der Verfügbarkeit im eigentlichen Sinne zur Debatte steht.

Außerhalb des Kontenrahmens wäre nun die Verfügbarkeit zu analysieren, wofür das Kreislaufkonzept nicht unmittelbar relevant ist. Frei von jener Restriktion könnte man den Begriff in der Tat vielfältiger als bisher darstellen. Verfügbarkeit im entscheidungstheoretischen Sinne bezieht sich ja nicht nur auf die Frage Konsum oder Sparen. Denn selbst innerhalb des Konsums gibt es Ausgaben, die – wenn auch freiwillig eingegangen – eine längerfristige Festlegung und damit Einschränkung der Verfügbarkeit des Einkommens bedeuten (Mieten, Versicherungsprämien). Vielleicht könnte man hier zwar nicht weitere Begriffe einführen, wie es der französische Vorschlag tut, aber analog der Geldmengenrechnung verschiedene Grade der Verfügbarkeit ausweisen, unabhängig davon, an welchem Ort des Einkommenskreislaufs ein bestimmter Strom gerade angesiedelt ist.

3.4 Hat die Ausdehnung des Verbrauchskonzepts auf staatliche Leistungen notwendigerweise Einkommenseffekte, oder allgemeiner, folgt aus jedem Verbrauch ein Einkommen?

Diese letzte Frage ergibt sich aus dem sowohl in den UN-Richtlinien als auch in der französischen Statistik gemachten Vorschlag, ein „verfügbares Einkommen der Bevölkerung“ oder ein „erweitertes Einkommen“ zu berechnen. Die Antwort läßt sich aber nur aus dem bisher Vorgetragenen nicht ableiten, sondern man müßte zunächst die Ursache dieser Erweiterung beim Verbrauchskonzept darstellen. Da das den Rahmen dieses Aufsatzes sprengt, seien nur einige weitere, zum Nachdenken anregende Fragen gestellt.

Da ist zunächst die Frage, in welche Rubrik der erweiterte Einkommensbegriff einzuordnen wäre. Soll er ein Kreislaufkonzept darstellen, müßte der zugehörige Kreislauf auch konstruiert

⁵⁷⁾ Ruggles, N. (1984), S. 19.

⁵⁸⁾ Ebenda.

und bezeichnet werden. Soll er ein entscheidungstheoretisches Konzept darstellen, so müßte auch hier gezeigt werden, wieso Einkommen, über das definitionsgemäß nicht verfügt wird, weil es unmittelbar als Sachleistung konsumiert wird, Teil des verfügbaren Einkommens sein soll. Kurz gesagt, es ist darzustellen, welche Zusatzinformation der Begriff des erweiterten Einkommens über den des erweiterten Verbrauchs hinaus erwarten läßt, die eine weitere Aufspaltung des Einkommensbegriffs und damit möglicherweise erzeugte Verwirrung des Benutzers wert ist.

Ferner ist die verteilungstheoretische Bedeutung eines solchermaßen erweiterten Einkommensbegriffs zu klären. Das Ziel dahinter dürfte wohl nach wie vor darin liegen, die Wohlfahrt der Haushalte zu messen. Es ist aber zu fragen, ob der auf diese Weise neu unternommene Versuch, die ökonomische Lage eines privaten Haushalts innerhalb der Volkswirtschaft zu beschreiben, mit Hilfe eines einzigen, eindimensionalen Indikators überhaupt noch sinnvoll betrieben werden kann.

Läßt man die hauptsächlichen Überlegungen dieses Aufsatzes zum Abschluß noch einmal Revue passieren, so bleibt folgendes festzuhalten: Die Einkommensbegrifflichkeit der Gesamtrechnung ist noch nicht ausformuliert. Der Versuch, die privaten Haushalte in ihrer vollen ökonomischen Bedeutung einzubeziehen, führt auf Probleme auch der Gesamtrechnung selbst, die bisher nur vorläufig im Sinne einer praktikablen Konvention gelöst sind, aber theoretischer Ausarbeitung durchaus noch bedürfen. Die Diskussion darüber beginnt erst, deshalb werden hier auch keine Lösungsvorschläge gemacht. Aber der Versuch, die privaten Haushalte in vollem Detail an die Gesamtrechnung anzuschließen, zeigt manche Konventionen der Gesamtrechnung selbst in einem anderen Licht. Insofern kann die Integration der privaten Haushalte nicht nur zur Erweiterung, sondern auch zu begrifflicher Klärung der VGR beitragen.

Literaturverzeichnis

- Amonn, A. (1926): Die Begriffe „Volkseinkommen“ und „Volkvermögen“ und ihre Bedeutung für die Volkswirtschaftslehre, in: Diehl, K. (Hrsg.), Volkseinkommen und Volkvermögen. Begriffskritische Untersuchungen, München, Leipzig.
- Bartels, H. (1955): Das Einkommenskonto für den Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: WiSta, S. 119–131.
- Bartels, H., Sievers, I. (1961): Der Staat als Teil der Volkswirtschaft 1950 bis 1959, in: WiSta, S. 133–157.
- Centraal bureau voor de statistiek (1984): nationale rekeningen 1983, s-gravenhage.
- Dorow, F. (1974): Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972, in: WiSta, S. 246–253.
- Euler, M. (1985): Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik, in: WiSta, S. 56–62.
- Fürst, G., u.a. (1955): Stand und Probleme der Statistiken des Einkommens in der Bundesrepublik Deutschland.

- Grohmann, H. (1963): Individualeinkommen und Volkseinkommen, in: Allgemeines Statistisches Archiv 47, S. 344–354.
- Hamer, G. (1964): Das Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung 1963, in: WiSta, S. 509–516.
- Hartmann, N., Richter, H.-W. (1977): Nachweis der Verteilung und Verwendung des Einkommens nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962–1975, in: WiSta, S. 353–373.
- Hill, P. (1982): Multilateral measurements of purchasing power and real GDP, Luxembourg.
- Institut national de la statistique et des études économiques (1976): Système élargi de comptabilité nationale (SECN) – méthodes, Paris.
- Institut national de la statistique et des études économiques (1981): Les ressources des ménages par catégorie socioprofessionnelle en 1975, Paris.
- Pêtre, J. (1983): The treatment in the national accounts of goods and services for individual consumption produced, distributed or paid for by government, Luxembourg.
- Raabe, K.-H. (1954): Die Einkommensverteilung und ihr Zusammenhang mit der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts, in: WiSta, S. 30–33.
- Ruggles, N. (1984): The current review of international standards for national accounting, Mskt.
- Ruggles, N., Ruggles, R. (1970): The design of economic accounts, New York.
- Ruggles, N., Ruggles, R. (1982): Integrated economic accounts for the United States, 1947–80, in: Survey of current business 62, S. 1–53.
- Ruggles, R. (1984): Possible future directions for national accounts, Mskt.
- Schuster, E. (1963): Was ist Einkommen? in: Allgemeines Statistisches Archiv 47, S. 313–321.
- Spilker, H. (1963): Die amtlichen Statistiken der Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland – Stand und Pläne, in: Allgemeines Statistisches Archiv 47, S. 330–350.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1970): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESG, Luxembourg.
- Statistisches Bundesamt (1984): Konten und Standardtabellen 1983, Fachserie 18 (VGR), Reihe 1, Stuttgart, Mainz.
- Statistisches Reichsamt (1932): Das deutsche Volkseinkommen vor und nach dem Kriege, Berlin.
- United Nations (1968): A System of National Accounts (SNA), Series F, No. 2, rev. 3, New York.
- United Nations (1977): Provisional Guidelines on Statistics of the Distribution of Income, Consumption and Accumulation of Households, New York.
- United Nations (1977 a): Comparisons of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Part one: Conceptual Relationships, Series F, No. 20, New York.

Stand und Entwicklungsmöglichkeiten der Einkommensverteilungsrechnungen*)

Einleitung

Einkommensverteilungsrechnungen bzw. -statistiken¹⁾ dienen vor allem dem Zweck, die Einkommensverteilungssituation einer Volkswirtschaft (für eine Reihe von Jahren) möglichst transparent darzustellen und die Verteilungswirkungen von wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen auf die Einkommen möglichst genau aufzuzeigen (Informationsfunktion). Sie bilden zusammen mit verteilungstheoretischen Konzeptionen die Basis für die Diskussion verteilungspolitischer Ziele und sind deshalb auch von Bedeutung für die Formulierung der Einkommensverteilungspolitik (Gestaltungsfunktion).²⁾ Dabei steht zweifelsohne das Ziel der „Verteilungsgerechtigkeit“ im Vordergrund des Interesses, und zwar im Sinne der Leistungsgerechtigkeit der funktionalen Einkommen (und der Startchancengerechtigkeit) von individuellen Personen einerseits und der Bedarfsgerechtigkeit der verfügbaren Einkommen der Haushalte und/oder der Familien andererseits. Intertemporär gesehen spielen zusätzlich die Sicherheit und die Stetigkeit dieser Einkommen eine wichtige Rolle.³⁾

Im einzelnen wurden in der Bundesrepublik Deutschland z. B. Fragen

- der Armut,
- der Umverteilung von unten nach oben,
- der Umverteilung von der rechten in die linke Tasche,
- der Gestaltung der Steuertarife bei Einkommensteuerreformen,
- der Sicherung der Renten,
- der Neuregelung des Kindergeldes,

erörtert.

Diese sehr unterschiedlichen verteilungsrelevanten Fragestellungen (die insbesondere im Zusammenhang mit der Einkommens- bzw. Lohnpolitik, der Sozialpolitik und der Steuerpolitik zu sehen sind) verdeutlichen, daß Einkommensverteilungsrechnungen möglichst

*) Der folgende Beitrag ist auf der Grundlage eines Gutachtens des IAW zur „Aussagefähigkeit von Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland“, das im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft angefertigt wurde, entstanden. Siehe H. Lindner, W. Kitterer u. H. Enke (1986).

1) Im folgenden wird der Begriff Einkommensverteilungsrechnung (EVR) im Sinne einer Sekundärstatistik, der Begriff Einkommens(verteilungs-)statistik im Sinne einer Primärstatistik verwendet.

2) Vgl. zur Informations- und Gestaltungsfunktion der EVR z.B. die Ausführungen von H.-J. Krupp (1975), S. 1 ff.

3) Vgl. zu den Dimensionen der Verteilungspolitik z.B. die Ausführungen von H. Giersch (1961), S. 75 ff., H.-J. Krupp (1975), S. 11 ff. und Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (1976), S. 355 ff.

- differenziert (bezüglich der Einkommens- und Transferkomponenten und der Bildung sozialer Gruppen bzw. Typen) und
- aktuell sein sollten (vgl. z.B. H.J. Krupp (1975), S. 2 f.).

Außerdem sollten zur Darstellung der Veränderung der Einkommenssituation

- intertemporär und interkategorial vergleichbare Daten für
- einen möglichst langen Zeitraum (bzw. möglichst viele Stichjahre)

zur Verfügung stehen.

In der Bundesrepublik Deutschland werden primärstatistische, verteilungsrelevante Informationen vom Statistischen Bundesamt (StBA)⁴⁾ insbesondere im Rahmen

- der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung (Fachserie 16 bzw. frühere Fachserie N),
- der Lohn- und der Einkommensteuerstatistiken (Fachserie 14 bzw. frühere Fachserie L) und
- der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) (Fachserie 15 bzw. frühere Fachserie M)

erhoben und veröffentlicht.⁵⁾ Da keine dieser Einkommenstatistiken ein vollständiges Bild der Verteilungssituation zu geben vermag (siehe Abschnitt 1.1), ist es notwendig, diese Statistiken zu ergänzen und gegebenenfalls an abweichende Kategorien anzupassen.⁶⁾ Dies geschieht nach verbreiteter Ansicht am sinnvollsten in Anlehnung an die makroökonomische Verteilungsrechnung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des StBA (siehe Abschnitt 1.2). Derartige makro-orientierte (disaggregierte) Einkommensverteilungsrechnungen haben in der Bundesrepublik Deutschland eine lange Tradition, über die im folgenden (siehe Abschnitt 1.3) ein kurzer Überblick gegeben werden soll. Im Anschluß daran werden in Kapitel 2 die Vorschläge der Vereinten Nationen (UN) dargestellt, Kapitel 3 enthält eine Erörterung, welche Konsequenzen sich für die Weiterentwicklung der Einkommensverteilungsrechnung (EVR) für die Bundesrepublik Deutschland vor diesem Hintergrund ergeben.⁷⁾

⁴⁾ Der deutsche Sparkassen- und Giroverband (Bonn) hat in den Jahren 1960/61 und 1969 repräsentative Stichproben bei ca. 10 Tsd. privaten Haushalten über das Sparverhalten in der Bundesrepublik Deutschland durchführen lassen. Vgl. hierzu Institut für Mittelstandsforschung (1965) und H.-D. Bosch (1971), S. 12 ff.

⁵⁾ Von Bedeutung, vor allem für den sogenannten „Hochrechnungsrahmen“ und die Haushaltstypen, sind ferner die Bevölkerungsstatistiken (Volks-, Berufs-, Arbeitsstätten- und Wohnungszählungen sowie die Mikrozensus; Fachserie 1 bzw. frühere Fachserie A).

⁶⁾ Vgl. hierzu die Beiträge in G. Fürst (1974).

⁷⁾ Die für die Verteilungsrechnung ebenfalls wichtige Schichtung der Verbrauchsausgaben und Vermögensverteilung werden hier nicht behandelt. Vgl. hierzu G. Göseke u. K.-D. Bedau (1978) bzw. H. Mierheim u. L. Wicke (1978), C.C. Roberts u. H. Stiepelmann (1983) sowie den Beitrag von L. Schmidt in diesem Band, S. 111 ff.

1 Ein Überblick über Verteilungsstatistiken und Verteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1.1 Primärstatistiken der Einkommensverteilung

1.1.1 Bevölkerungsstatistiken

Die wichtigste Grundlage für den personellen und den institutionellen Rahmen von Verteilungsrechnungen bilden die Volks- und Berufszählungen (1950, 1961, 1970), die als Tatbestände z.B. die Wohnbevölkerung, die Erwerbsbevölkerung, die Anstaltsbevölkerung, Haushalte und Familien, letztere differenziert nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes (Erwerbspersonenkonzept), nach dem Geschlecht und dem Alter, nach der Haushaltsgröße und dem Haushalts- bzw. Familientyp zur Verfügung stellen. Im Mikrozensus, einer 1 %- Repräsentativstichprobe, die in der Regel einmal jährlich durchgeführt wird, werden die Informationen der Vollerhebungen fortgeschrieben.⁸⁾

1.1.2 Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS)

Wichtigste Quelle für die Einnahmen und Ausgaben der privaten Haushalte sowie die Einkommen der einzelnen Einkommensbezieher in den privaten Haushalten bildet die EVS, die 1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983 durchgeführt wurde. Im Rahmen der EVS werden z.B. Daten über das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, aus Unternehmertätigkeit und aus Vermögen, über sieben bzw. acht empfangene Transfers⁹⁾ und über drei geleistete Transfers (siehe Übersicht 1, S. 68, sowie die Übersichten 2, S. 69 und 3, S. 70) für fünf bzw. seit 1978 sechs soziale Gruppen (Unterhaltskonzept) und fünf Haushaltsgrößen erhoben. Diese Daten werden nach ca. 10 Nettoeinkommensklassen differenziert veröffentlicht¹⁰⁾ (vgl. z.B. StBA: EVS 1978 (1984), S. 26 ff.).

Da diese 0,3 %- Stichprobe (1978 ca. 48 Tsd. Haushalte) auf freiwilliger Basis beruht und die Anstaltsbevölkerung, die Ausländerhaushalte und die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 15 Tsd. DM (1973), 20 Tsd. DM (1978) bzw. 25 Tsd. DM (1983) nicht enthält, können die mit Hilfe eines Quotenverfahrens hochgerechneten Ergebnisse¹¹⁾ makroökonomisch gesehen die Einkommenssituation in der Bundesrepublik Deutschland nur teilweise widerspiegeln.

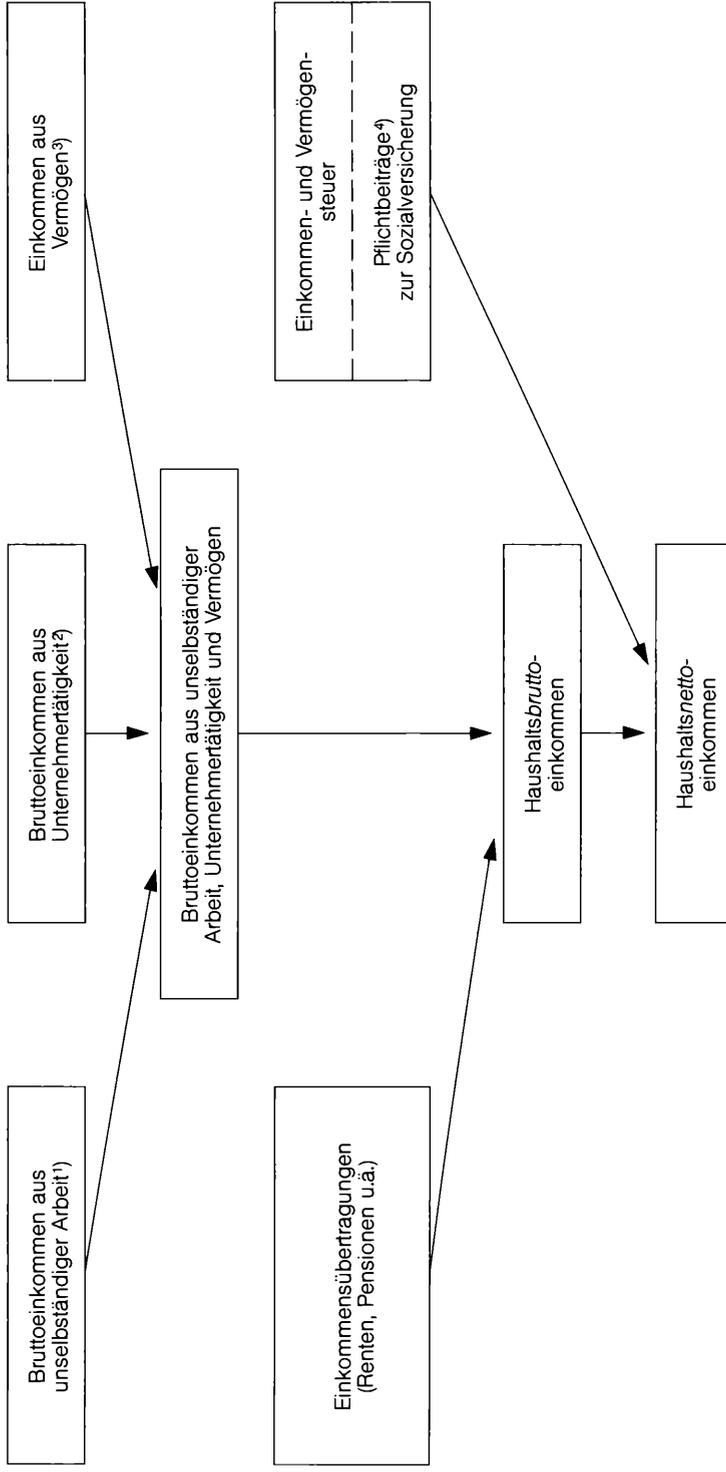
⁸⁾ In diesen Statistiken, die 1983 und 1984 nicht durchgeführt wurden, werden außerdem monatliche Nettoeinkommen (nach dem Selbsteinstufungsprinzip) erhoben.

⁹⁾ Diese Komponenten wurden auf Anregungen der Transfer-Enquête-Kommission (TEK) in wesentlich tieferer Gliederung erhoben. Vgl. hierzu z.B. M. Euler u. F. Klanberg, Hrsg. (1982), S. 7

¹⁰⁾ Als weitere Differenzierungskriterien sind in den EVS z. B. Familientypen und Alter des Haushaltsvorstandes enthalten.

¹¹⁾ Diese Quoten wurden in Orientierung an die Ergebnisse des Mikrozensus (des Vorjahres) festgelegt. Vgl. StBA: EVS 1978 (1984), S. 35 f.

Übersicht 1: Schematische Darstellung der Hauptkomponenten der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) des SIBA



¹⁾ Ohne (tatsächliche u. fiktive) Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

²⁾ Einschl. (eines Teils der) nichtentnommenen Gewinne (der Unternehmen o.e.R.).

³⁾ Einschl. eines fiktiven Mietwertes für Eigentümerwohnungen.

⁴⁾ Der Arbeitnehmer.

Übersicht 2: Soziale Leistungen an inländische private Haushalte nach der VGR und der EVS des StBA*)

VGR (1983)	EVS (1978)
1) { gesetzl. Kindergeld	Kindergeld
{ Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung	{ lfd. Übertragungen der Arbeitslosenversicherung
1) { Geldleistungen der Arbeitslosenhilfe	Arbeitslosenhilfe
{ Geldleistungen der Sozialhilfe und Kriegsopferfürsorge	Sozialhilfe
{ öffentliche Pensionen	öffentliche Pensionen
{ Geldleistungen d. RV d. Arbeiter	} Renten d. gesetzl. Rentenversicherung
{ Geldleistungen d. RV d. Angestellten	
{ Geldleistungen d. knappschaftl. RV	
{ Geldleistungen d. Zusatzvers. im öff. Dienst	Renten d. Zusatzvers. d. öff. Dienstes
{ Geldleistungen d. landwirtschaftl. Alterskassen	} z.T. in den restlichen öffentlichen Renten, Pensionen u.ä. enthalten
{ Beihilfe und Unterstützungen im öffentlichen Dienst	
{ Betriebsrenten	
1) { Renten der Versorgungswerke	
{ Kriegsschadensrenten u.a.	
{ lfd. Wiedergutmachungsleistungen	
{ Kriegsgefangenen- und Häftlingsentschädigungen u.a.	
{ Geldleistungen der gesetzl. Krankenvers. Ausbildungsbeihilfen	
{ Übrige soziale Leistungen der Gebietskörperschaften	
{ Soziale Leistungen von der übrigen Welt	
{ Wohngeld	Wohngeld
{ Versorgung der Kriegsopfer	Kriegsopferrenten
{ Geldleistungen der gesetzl. Unfallversicherung	Renten d. gesetzl. Unfallversicherung

*) In geänderter Reihenfolge.

1) Transfergruppen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Quellen: Statistisches Bundesamt: VGR 1983 (1984), S. 297.
Statistisches Bundesamt: EVS 1978, Methode (1984), S. 250.

Übersicht 3: Direkte Steuern und Sozialbeiträge der inländischen privaten Haushalte nach der VGR und der EVS des StBA*)

a) Direkte Steuern der privaten Haushalte

	VGR	EVS
1) {	Lohnsteuer	Einkommen- und Kirchensteuer und Vermögensteuer
	direkte Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	
	Steuern im Zusammenhang mit dem Privaten Verbrauch	Kraftfahrzeugsteuer Teile aus „übrige Übertragungen“

b) Sozialbeiträge der inländischen privaten Haushalte

	VGR	EVS
	<i>unterstellte Sozialbeiträge an inländ. Sektoren</i>	
	tatsächliche Sozialbeiträge an die	Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung
1) {	Rentenversicherung der Arbeiter	
	Rentenversicherung der Angestellten	
1) {	Knappschaftliche Rentenversicherung	freiwilliger Beitrag zur gesetzlichen Rentenversicherung
	Zusatzversicherung im öffentl. Dienst	
	Landwirtschaftliche Alterskasse	
1) {	gesetzliche Krankenversicherung	freiwillige Beiträge zu Pensions- und Sterbekassen u.a.
1) {	Arbeitslosenversicherung	
	gesetzliche Unfallversicherung	freiwillige Beiträge zu Pensions- und Sterbekassen
1) {	tatsächliche Sozialbeiträge an Unternehmen m.e.R.	
	tatsächliche Sozialbeiträge von Auspendlern in die übrige Welt	
	tatsächliche Sozialbeiträge von Einpendlern an die übrige Welt	

*) In geänderter Reihenfolge.

1) Transfergruppen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Quellen: Statistisches Bundesamt: VGR 1983 (1984), S. 294 ff.

Statistisches Bundesamt: EVS 1978, Methode (1984), S. 250.

1.1.3 Lohn- und Einkommensteuerstatistik

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik stellte lange Zeit die wichtigste Verteilungsstatistik überhaupt dar und ist heute insbesondere als eine die EVS ergänzende Informationsquelle (für „höhere“ Einkommen) von Bedeutung. Prinzipiell ist diese Statistik auf Steuerfälle und steuerrechtlich relevante Sachverhalte ausgerichtet, so daß die verteilungsrelevante Differenzierung nach dem sozialen Status und der Haushaltsgröße nur unzulänglich abgebildet wird.¹²⁾

¹²⁾ Außerdem ist wegen nicht abgegebener Lohnsteuerkarten offen, inwieweit diese Statistik vollständig ist.

1.1.4 Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen (von 1951, 1957, 1962, 1966, 1972 und 1978) sind als repräsentative 10 %- Stichproben (mit differenzierten Auswahlätzen) vor allem für die personelle Verteilung insofern von Bedeutung, als sie für Arbeiter(innen) und Angestellte (im Produzierenden Gewerbe, im Groß- und Einzelhandel, bei Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe) die Bruttoverdienste in einem ausgewählten Monat (meist Oktober) nach 22 Bruttomonatsverdienst-Klassen differenziert zur Verfügung stellen.

1.2 Die (makroökonomische) Einkommensverteilungsrechnung im Rahmen der VGR des Statistischen Bundesamtes

In der (makroökonomischen) Einkommensverteilungsrechnung im Rahmen der VGR des StBA werden im Prinzip die monetären Einkommen und Transfers der gesamten inländischen Wohnbevölkerung in tiefer Gliederung dargestellt (siehe Übersichten 2, S. 69 und 3, S. 70 sowie Übersicht 4, S. 72). Diese Daten bilden die Eckgrößen für sämtliche disaggregierten, makro-orientierten EVR der Bundesrepublik Deutschland. Dabei ist zu beachten, daß die sekundärstatistischen Eckgrößen der VGR aus verschiedenen, d.h. auch den genannten primärstatistischen Ausgangsmaterialien durch Um- und Hochrechnungen, Inter- und Extrapolationen sowie Schätzungen ermittelt und mit den Werten der Entstehungs- und der Verwendungsrechnung der VGR abgestimmt werden.¹³⁾ Es muß also mit gewissen Fehlertoleranzen selbst bei diesen Eckgrößen, insbesondere bei der Residualgröße „Einkommen aus Unternehmertätigkeit“ gerechnet werden (vgl. H. Lindner, G. Petry, R. Pfeiffer, A. Wagner (1981), S. 48 ff. und StBA: EVS 1978 (1984), S. 21).

1.3 Makro-orientierte Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

1.3.1 Die Anfangsphase

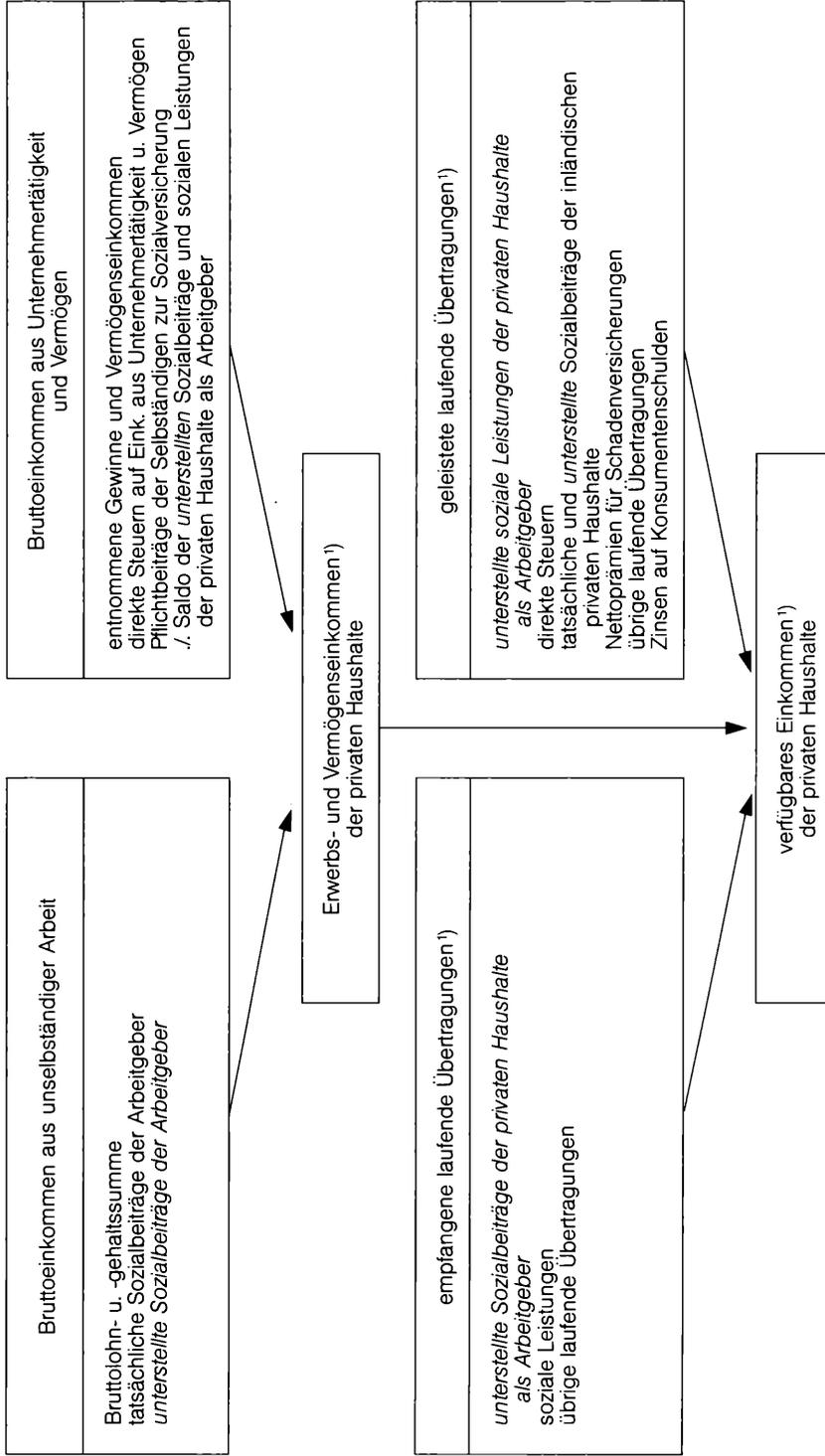
Wegen des Fehlens einer amtlichen differenzierten EVR für die Bundesrepublik Deutschland haben in den fünfziger und sechziger Jahren einige wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute damit begonnen, eine personelle und institutionelle EVR¹⁴⁾ aufzubauen. Zu den „Pionierleistungen“¹⁵⁾ auf diesem Gebiet zählen die Verteilungsrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) (vgl. G. Göseke 1957 und 1963) für die fünfziger Jahre und die Verteilungsrechnungen des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) für die Jahre 1955 und 1960 (vgl. K.D. Schmidt, U. Schwarz, G. Thiebach 1965a und 1965b).

¹³⁾ Zum nur unvollständigen Zusammenhang zwischen der VGR und dem Sozialbudget vgl. Deutscher Bundestag: Sozialbericht 1978, S. 145 ff.

¹⁴⁾ Unter „personeller“ Verteilung wird hier die Verteilung auf Personen, unter „institutioneller“ Verteilung die auf Haushalte bzw. Familien verstanden.

¹⁵⁾ Vgl. hierzu auch die Ausführungen von H.-J. Krupp (1975), S. 102 ff., der zwei Phasen der Entstehung der Verteilungsrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland unterscheidet.

Übersicht 4: Schematische Darstellung der Hauptkomponenten der makroökonomischen Einkommensverteilungs- und -umverteilungsrechnung des SIBA (VGR)



¹) Diese Aggregate sind Hauptkomponenten der Einkommensverteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (ohne unterstellte Sozialbeiträge und nichtentnommene Gewinne der Unternehmen o.e.R.).
Quelle: Statistisches Bundesamt: VGR 1983 (1984).

Übersicht 5: Stand der makro-orientierten Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland (I. Phase)

Revisionsstand	Institut/Autoren	Berichtsjahre	Statistische Einheiten	Soziale Gruppen	Weitere Strukturmerkmale	Einkommens- bzw. Transferarten	Einkommensklassen
vor Revision 1970	DIW G. Göseke (1957)	1954	Einkommensbezieher	beschäftigte Arbeitnehmer (dar Beamte, Angestellte, Arbeiter), Sozialeinkommensbezieher, Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes	Geschlecht u. Sektoren	Bruttoeinkommen	max. 19 Klassen max. 13 Klassen bzw. 25 Klassen
		1955	Einkommensbezieher bzw. Unternehmen	Selbständige und Unternehmungen	Sektoren		
	DIW G. Göseke (1963)	1955 1959	private Haushalte	Selbständige Angestellte/Beamte Arbeiter „Rentner“ ¹⁾	7 Haushaltsgrößen und 3 Einkommensbezieherklassen (18 Haushaltstypen)	Nettoeinkommen	25, für beide Jahre identische Nettoeinkommensklassen
		1955 1960	private Haushalte (Unterhaltskonzept)	Arbeiter Angestellte/Beamte Selbständige „Rentner“ ¹⁾		Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen	13, für beide Jahre identische Bruttoeinkommensklassen
	IAW K.-D. Schmidt U. Schwarz G. Thiebach (1965 b)	1960	Einkommensbezieher	Arbeiter Angestellte Beamte Selbständige „Rentner“ ¹⁾	weibl. Einkommensbezieher männl. Einkommensbezieher (10 Beziehergruppen)	Direkte Steuern Sozialabgaben Transferereinkommen verfügbares Einkommen Nettoeinkommen aus Erwerbstätigkeit u. Vermögen Transferereinkommen	13, für beide Jahre identische Nettoeinkommensklassen
	SPES H.-J. Dörfel H.-J. Krupp (1970)	1962/63	Privathaushalte Einkommensbezieher (Steuerpflichtige)	Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft Arbeiter in der Landwirtschaft Angestellte Beamte Landwirte Gewerbetreibende freiberuflich Tätige Rentner Pensionäre Sonstige Nichterwerbstätige	z.B. Alter des Haushaltsvorstandes Zahl d. Eink.bezieher Haushaltsgröße Gemeindegroßenkl. Wirtschaftsabteilung Geschlecht Familientyp Bundesland	z.B. Basiseinkommen (Brutto-Einkommen ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) und 3 Hauptkomponenten Lohn- u. Eink.steuer gesetzl. Beiträge Transferereinkommen Verfügungseink.	30 Klassen

¹⁾ Nichterwerbstätige.

Beide EVR beruhen auf gruppierten Daten des StBA und anderer Institutionen. Die EVR der SPES-Gruppe¹⁶⁾ für das Jahr 1962 beruht dagegen auf den Mikrodaten der EVS 1962/63. Die drei genannten Rechnungen orientieren sich an den Eckgrößen der VGR und stellen letztlich „makro-orientierte“ Modellrechnungen dar (siehe Übersicht 5, S. 73).

1.3.2 Die zweite Phase

In den siebziger Jahren hat das DIW die Verteilung der Nettoeinkommen der privaten Haushalte für die fünfziger, sechziger und siebziger Jahre modellmäßig berechnet¹⁷⁾ und diese Methode Ende der siebziger Jahre auf die Verteilung der Nettoeinkommen der Familien angewendet. Die SPES-Gruppe hat in der zweiten Entwicklungsphase für das Jahr 1969 auf der Basis der EVS 1969 ein „integriertes Mikrodatenfile“ (IMDAF) entwickelt und seine Ergebnisse mit denen des DIW verglichen¹⁸⁾ (siehe Übersicht 6, S. 75).

Das StBA hat erstmals 1977 eine EVR für vier Gruppen von Privathaushalten im Zeitraum 1962 bis 1972 vorgelegt. Auch diese Rechnung ist wie die oben genannten EVR des DIW und der SPES-Gruppe wegen des überholten Revisionsstandes für aktuelle verteilungspolitische Fragestellungen nicht mehr uneingeschränkt verwendbar.

1.3.3 Die dritte Phase

Anfang der achtziger Jahre hat das DIW – nicht zuletzt durch einen Auftrag der Transfer-Enquête-Kommission (TEK) – seine EVR für Privathaushalte bezüglich der Differenzierung und hinsichtlich der Berechnungsmethoden erheblich erweitert. Die Verteilungsrechnung des DIW umfaßt seither die Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen, zehn Transfers und das verfügbare Einkommen von sieben sozialen Gruppen (modifiziertes Erwerbspersonenkonzept) und zwanzig Brutto- bzw. Nettoeinkommensschichten sowie fünf Haushaltsgroßen und zwei Einkommensbezieherklassen (d.h. 9 Haushaltstypen in den Jahren 1973, 1975, 1978, 1980 und 1981) bzw. sieben Familienarten und zwei Einkommensbezieherklassen (d.h. 14 Familientypen im Jahr 1973). Die wichtigste methodische Neuerung dieser Rechnungen besteht darin, daß die einzelnen Transfers nach Haushalts- bzw. Familientypen und Bruttoeinkommensschichten mit Hilfe von Ähnlichkeitsbeziehungen („Parenté-Vorschriften“ und einem „Autokorrektur-Verfahren“ berechnet werden (siehe Übersicht 7, S. 76)).¹⁹⁾

¹⁶⁾ SPES: Sozialpolitisches Entscheidungs- und Indikatorensystem.

¹⁷⁾ Die DIW-Verteilungsrechnung der frühen siebziger Jahre hat insbesondere im „Bericht zur Lage der Nation 1974“, S. 422 f. und S. 497, eine Rolle gespielt.

¹⁸⁾ Vgl. zu dieser Diskussion die Beiträge von K. Kortmann, H.-J. Krupp u. G. Schmaus (1975 und 1976) sowie von K.-D. Bedau (1976).

¹⁹⁾ Vom Sonderforschungsbereich 3 (SfB 3) wurden die Ergebnisse der IMDAF 1962 und 1969 auf den Stand nach Revision 1977 gebracht.

Übersicht 6: Stand der makro-orientierten Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland (II. Phase)

Revisionsstand	Institut/Autoren	Berichtsjahre	Statistische Einheiten	Soziale Gruppen	Weitere Strukturmerkmale	Einkommens- bzw. Transferarten	Einkommensklassen
nach Revision 1970	DIW	1950 1955 1960	private Haushalte (Erwerbspersonenkonzept)	Selbständige Angestellte/Beamte Arbeiter Rentner ¹⁾	7 Haushaltsgrößen 3 Einkommensbezieherklassen (18 Haushaltstypen)	verfügbare Haushaltsnettoeinkommen (ohne nichtentnommene Gewinne der natürlichen Personen)	20 neue, für die Jahre - 1950, 1955 - 1960, 1964, 1965 jeweils identische Nettoeinkommensklassen
	G. Göseke/ K.-D. Bedau (1974) 1970 1975 ²⁾	1964 1968 1970					
	SPES	1969	private Haushalte oder Personen	Landwirte andere Selbständige Beamte	z.B. Größe des Haushalts Familientyp Alter des Haushaltsvorstandes (Ausländer)	z.B. Basis Einkommen aus - unselbst. Arbeit - Unternehmertätigkeit und Vermögen - lfd. Übertragungen verfügbares Einkommen	wie EVS 1969 bzw. 1962/63
	K. Kortmann H.-J. Krupp G. Schmaus (1975), (1976)	1962		Angestellte Arbeiter Nichterwerbstätige			
	StBA	1962 bis 1972	Privathaushalte (Unterhaltskonzept)	Selbständige Arbeitnehmer Nichterwerbstätige (einschl. Arbeitslose)		Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen Empfangene laufende Übertragungen geleistete lfd. ³⁾ Übertragungen verfügbares Eink. ⁴⁾	
	H.-W. Richter N. Hartmann (1977)						
	DIW	1955 1960 1964 1970 1974	private Haushalte (Erwerbspersonenkonzept)	Selbständige Angestellte/Beamte Arbeiter „Rentner“	5 Haushaltsgrößen 2 Einkommensbezieherklassen (9 Haushaltstypen)	verfügbares Haushaltsnettoeinkommen	20 neue, für die Jahre - 1955, 1960, 1964 und 1970 jeweils identische Nettoeinkommensklassen
	G. Göseke/ K.-D. Bedau (1978)	1960 1964 1970 1974					
	K.-D. Bedau (1978)	1977					
	DIW K.-D. Bedau (1980)	1977 1978 1979	Familien	Selbständige Angestellte/Beamte Arbeiter „Rentner“	Ehep. m. einem, zwei, drei, vier, fünf u.m.K., Ehepaare ohne Kinder, unvollst. Fam. mit K, sonst. Fam.	verfügbares Haushaltsnettoeinkommen	20 neue, identische Nettoeinkommensklassen

1) Nichterwerbstätige.

2) Prognose.

3) Einschl. Zinsen auf Konsumentenschulden.

4) Einschl. nichtentnommener Gewinne der Unternehmen o.e.R.

Übersicht 7: Stand der makro-orientierten Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland (III. Phase)

Revisionsstand	Institut/Autoren	Berichts-jahre	Statistische Einheiten	Soziale Gruppen	Weitere Strukturmerkmale	Einkommens- bzw. Transferarten	Einkommensklassen
nach Revision 1977	DIW K.-D. Bedau B. Freitag G. Göseke	1973 1975 1978	Privathaushalte (Erwerbspersonen-konzept)	Landwirte andere Selbständige Angestellte Beamte Arbeiter Rentner Versorgungs-empfänger	5 Haushaltsgrößen 2 Einkommensbezogier- klassen (9 Haushaltstypen)	Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen verfügbares Einkommen	20 neue, identi- sche Bruttoein- kommens- klassen 20 neue, identi- sche Nettoein- kommens- klassen
vor Revision 1982	K.-D. Bedau G. Göseke (1982), (1983)	1980 1981					
	SFB 3 K. Kort- mann (1982)	1962/63 1969	private Haushalte oder Personen	maximal Landwirte andere Selbständige Angestellte Beamte Arbeiter Nichterwerbspersonen	maximal 5 Haushaltsgrößen außerdem Geschlecht Alter des Haushalts- vorstandes	z.B. Basisinkommen lfd. Übertragungen verfügbares Einkommen	Netto- oder Bruttoeinkom- mensklasse
	StBA K. Schüller (1982)	1972 bis 1980	Privathaushalte (Unterhalts- konzept)	Selbständige in der Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei andere Selbständige Arbeitnehmer Nichterwerbstätige		Bruttoeinkommen aus unselbst. Arbeit Bruttoeinkommen aus Unternehmerstätigkeit und Vermögen empf. lfd. Übertrag. (dar. soz. Leistungen) geleist. lfd. Übertr. (dar. dir. Steuern und Sozialbeiträge) verfügbares Einkommen	1972: 7 Brutto- lohn u. -gehaltskl. 1978: 8 Brutto- lohn- u. -gehaltskl. für - Brutto-lohn- und -gehaltssumme - Abzüge - Netto-lohn- und -gehaltssumme der Arbeitneh- merhaushalte
	DIW K.-D. Bedau B. Freitag G. Göseke (1983)	1973	Familien	Landwirte andere Selbständige Angestellte Beamte Arbeiter Rentner Versorgungsempfänger		Bruttoerwerbs- und vermögenseinkommen 10 Transferarten verfügbares Einkommen	20 Bruttoein- kommens- klassen 20 Nettoein- kommens- klassen

Übersicht 8: Stand der makro-orientierten Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland (III. Phase)

Revisionsstand	Institut/ Autoren	Berichts- jahre	Statistische Einheiten	Soziale Gruppen	Weitere Strukturmerkmale	Einkommens- bzw. Transferarten	Einkommens- klassen
nach Revision 1982	SIBA K. Schüller (1984)	1962 bis 1963	Privathaushalte	Selbständige Arbeitnehmer Nichtenerbstätige		Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Bruttoeink. aus Untern- tätigkeit und Vermögen empf. lfd. Übertrag. geleist. lfd. Übertrag. Verfügbares Einkommen	
		1972 bis 1963	Privathaushalte	Selbständige in der Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei andere Selbständige Beamte Angestellte Arbeiter Arbeitslose Rentner (Pensionäre) Sonstige Nicht- erbstätige		zusätzlich Bruttolohn- und -gehaltssumme nichtentn. Gewinne soziale Leistungen direkte Steuern Sozialbeiträge	
	DIW K.-D. Bedau B. Freitag G. Göseke (1984)	1973 1981	Familien	Landwirte andere Selbständige Angestellte Beamte Arbeiter Rentner Versorgungsempfänger	Ehepaare mit ein, zwei, drei, vier und mehr Kindern Ehepaare ohne Kind Alleinerziehende mit einem oder mehreren Kindern (14 Typen)	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 10 Transferwerte verfügbares Einkommen Einkommen	20, identische Bruttoeinkom- mensklassen 10, identische Nettoeinkom- mensklassen
	DIW K.-D. Bedau (1985)	1963	Privathaushalte	Landwirte andere Selbständige Angestellte Beamte Arbeiter Rentner Versorgungsempfänger	5 Haushaltsgrößen 2 Einkommensbezogener- klassen (9 Haushaltstypen)	Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 10 Transferarten verfügbares Einkommen	20 neue, Brut- toeinkommens- klassen 20 neue, Net- toeinkommens- klassen

Das StBA hat 1982 eine EVR für vier soziale Gruppen (Unterhaltskonzept) und für den Zeitraum 1972 bis 1980 vorgelegt. Diese Daten wurden 1984 revidiert und für drei soziale Gruppen auf den Zeitraum 1962 bis 1983 erweitert. Für den Zeitraum 1971 bis 1983 wurden Daten für acht soziale Gruppen und fünf zusätzliche Einkommenskomponenten vorgelegt (siehe Übersichten 7, S. 76 und 8, S. 77).²⁰⁾

Inzwischen hat auch das DIW seine Verteilungsrechnung auf den Stand der Revision der VGR 1982 gebracht und Modellergebnisse für die Familien in den Jahren 1973 und 1981 sowie für die Haushalte 1983 vorgelegt (siehe Übersicht 6, S. 75).

1.3.4 Vergleich ausgewählter Verteilungsrechnungen bzw. -statistiken für die Bundesrepublik Deutschland

Vergleicht man die EVS, die EVR des DIW und des StBA sowie das IMDAF 69 des Sonderforschungsbereichs (SfB) 3 mit den VGR des StBA, so zeigen sich bezüglich des Umfanges der jeweils dargestellten Einkommens- und Transferströme einige (ge-)wichtige Unterschiede: Dies betrifft zum einen die problematische, aber notwendige Schätzung des in den VGR-Werten enthaltenen Anteils der „privaten Organisationen ohne Erwerbszweck“ sowie des Anteils der Anstaltsbevölkerung, der in der EVS und der EVR des StBA (einschl. Wehrpflichtigen) sowie der EVR des DIW (ohne Wehrpflichtige: Volkszählungskonzept) nicht enthalten ist.²¹⁾ Außerdem umfassen die EVR des DIW die unterstellten Sozialbeiträge, die EVS und das IMDAF die gesamten (tatsächlichen und unterstellten) Sozialbeiträge der Arbeitgeber nicht. Ferner bleiben in der EVR des DIW die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Uoer) außer Betracht; eine problematische Größe, die auch in der EVS nur teilweise erfaßt wird. Schließlich fehlen in der EVS aus erhebungstechnischen Gründen die Einkommen und Transfers der Ausländer und der Bezieher höherer Einkommen (1973: über 15 Tsd. DM, 1978: über 20 Tsd. DM und 1983: über 25 Tsd. DM monatliches Nettoeinkommen) (siehe Übersicht 9, S. 79).²²⁾

Weitere Unterschiede zwischen den verschiedenen Verteilungsrechnungen bestehen hinsichtlich der Abgrenzung der sozialen Gruppen, bei der das DIW – in Anlehnung an die Bevölkerungsstatistik – ein modifiziertes Erwerbspersonenkonzept, die anderen Statistiken das für den Nachweis von Einkommen aussagekräftigere Unterhaltskonzept zugrunde legen (vgl. StBA: EVS 1978 (1984), S. 30).²³⁾ Beim Grad der Differenzierung in soziale Gruppen bestehen inzwischen keine wesentlichen Unterschiede mehr; allen Verteilungsrechnungen liegen sieben oder acht soziale Gruppen zugrunde. Bezüglich der Differenzierung nach weiteren Kriterien bestehen bei der EVS und damit dem IMDAF die am wei-

²⁰⁾ K. Schüler (1982) hat außerdem für die Jahre 1972 und 1978 für die Bruttolohn- und -gehaltsumme, die Abzüge und die Nettolohn- und -gehaltsumme der Arbeitnehmerhaushalte eine erste Schichtung der Löhne und Gehälter nach sieben bzw. acht Einkommensklassen vorgelegt.

²¹⁾ Zu den hierfür notwendigen Vorarbeiten des StBA vgl. N. Hartmann (1976).

²²⁾ Angemerkt sei, daß sich die Nichteinbeziehung der nichtentnommenen Gewinne (dUoer) und der Sozialbeiträge der Arbeitgeber in das Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen auf die Höhe des verfügbaren Einkommens (ohne nichtentnommene Gewinne dUoer) nicht auswirkt, da zu diesen beiden Größen entsprechende Gegenbuchungen erfolgen.

²³⁾ Vgl. zum Unterschied zwischen diesen beiden Konzepten, der insbesondere für die Zuordnung der Arbeitslosen zu den Nichterwerbstätigen oder Erwerbstätigen von Bedeutung ist, z.B. K. Schüler (1983), S. 379 ff.

testen gehenden Möglichkeiten (z.B. nach Haushaltsgröße, Geschlecht und Alter des Haushaltsvorstandes sowie nach Einkommenshöhen). Von diesen Mikrodaten werden jedoch nur gruppierte Daten für soziale Gruppen, Haushaltsgröße und Haushaltsnettoeinkommensklassen veröffentlicht (vgl. StBA: EVS 1978, Heft 4 (1982) und Heft 6 (1983)). Die DIW-Rechnung weist die derzeit tiefste, veröffentlichte Untergliederung nach sozialen Gruppen, Haushaltsgröße und Zahl der Einkommensbezieher (nämlich in 63 Haushaltsarten und 98 Familienarten) und 20 Einkommensklassen auf und stellt damit die umfassendste und die aktuellste makro-orientierte EVR auf der Basis gruppierter Daten dar; sie ist zur Zeit die aktuellste Verteilungsrechnung.²⁴⁾

2 Vorschläge der Vereinten Nationen für die Gestaltung von Verteilungsrechnungen

2.1 Zur Konzeption der UN-Verteilungsrechnungen

Aus der Sicht der „provisional guidelines“ des United Nations Statistical Office (UNSO) dienen Verteilungsstatistiken vor allem zwei Zwecken, nämlich

- der Bewertung der ökonomischen Wohlfahrt der Bevölkerung und der Entwicklung wohlfahrtsorientierter Politiken sowie
- der Formulierung der Einkommens- und der Fiskalpolitik und der Planung und Bewertung der wirtschaftlichen Entwicklung.

Dazu bedarf es einer umfassenden, detaillierten, aktuellen und periodischen Verteilungsstatistik auf einer weitgehend repräsentativen Grundlage, die neben dem Einkommen, den Konsum und das Sparen (bzw. die Kapitalbildung) der Haushalte ausweist.

Die Verteilungsstatistiken sollen sich an den Konzepten und Elementen des „System of National Accounts“ (SNA) orientieren, so daß beide Rechnungen in gegenseitiger Ergänzung benutzt werden können.²⁵⁾ Es ist aber nach dieser Leitlinie weder wünschenswert noch sinnvoll, in beiden Rechnungen identische Konzepte und Definitionen der Transaktionen zu verwenden. Insbesondere sei es unpraktisch, Zurechnungen und Schätzungen der VGR (z.B. unterstellte Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung) in die Verteilungsrechnung zu übernehmen (vgl. UNSO (1977), S. 1 ff.).

²⁴⁾ Die Haushaltsdaten liegen für 1973, 1975 und 1978, die Familiendaten für 1973 und 1981 in Form von Materialbänden vor.

²⁵⁾ Die VGR würde nach Ansicht des UNSO (1977), S. 14, überfrachtet und unhandlich, wenn sie mehr als die Hauptkomponenten des Einkommens und die Hauptklassen ökonomischer Akteure (bzw. sozioökonomischer Klassen) enthielte.

2.2 Bevölkerungsrahmen und statistische Einheiten

Die Verteilungsstatistik des UNSO umfaßt die gesamte Wohnbevölkerung, allerdings sollen die Personen in Anstalten – wegen ihrer speziellen Bedingungen – eine eigene Kategorie bilden.

Als statistische Einheiten kommen nach der Leitlinie prinzipiell Haushalte, Individuen, Jobs, Verdienner und Einkommensbezieher in Frage. Von besonderer Bedeutung für die meisten Verteilungsaspekte sind jedoch die Haushalte. Individuen sind als statistische Einheiten zu bevorzugen, wenn die Faktoren untersucht werden sollen, wegen derer die Verdienste von Arbeitnehmern und Unternehmern variieren.

Haushalte können nach den Leitlinien mit Hilfe des „Hauswirtschaftskonzeptes“²⁶⁾ oder des „Familienkonzeptes“ abgegrenzt werden, also danach, ob die Personen, die Teile eines Haushalts besitzen und gemeinsame Ausgaben tätigen, entweder nicht verwandt oder verwandt sind.²⁷⁾ Die Definition des Haushaltsvorstandes, die für Klassifikationen von Bedeutung ist, sollte so wenig ehrgeizig wie möglich sein. Das heißt, als Haushaltsvorstand sollte diejenige Person betrachtet werden, die z.B. von den anderen Haushaltsmitgliedern als Haushaltsvorstand anerkannt wird oder die Hauptempfänger des Haushaltseinkommens ist (vgl. UNSO (1977), S. 25 ff.).

2.3 Einkommens- und Transferkategorien

In der Konzeption der Verteilungsrechnung des UNSO werden unterschieden:

- Entgelte für Arbeitnehmer („compensation of employees“), und zwar Löhne und Gehälter sowie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung (ohne unterstellte Beiträge der Arbeitgeber und ohne Beiträge zu Privatversicherungen),
- Einkommen der Mitglieder von Produzenten-Kooperativen („income of members of producers' co-operatives“) sowie
- Bruttoeinkommen der Unternehmer („gross entrepreneurial income“)²⁸⁾,

die auf der Basis der Eckwerte des SNA berechnet werden sollen und zusammen das primäre Einkommen („primary income“) bilden.

²⁶⁾ Beim „Hauswirtschaftskonzept“ kann ein „de facto-Ansatz“ und ein „de jure-Ansatz“ verwendet werden. Beim ersteren zählt die Präsenz zu einem gegebenen Zeitpunkt. Beim zweiten, nützlicheren Ansatz werden die Mitglieder erfaßt, die normalerweise im Haushalt leben. Vgl. UNSO (1977), S. 27.

²⁷⁾ Praktische Probleme bei der Anwendung der Standarddefinition des Haushaltes kann es in Ländern geben, in denen polygame und nomadische Haushalte vorherrschen. Vgl. UNSO (1977), S. 27.

²⁸⁾ Das sind Profite (der „operating surplus“) von nichtkorporierten Unternehmen und die Entnahmen der Eigentümer von quasi-korporierten Unternehmen. Die „Miete“ für selbstgenutzte Eigentümerwohnungen wird – in Abweichung vom SNA – bei den Vermögenseinkommen erfaßt. Vgl. UNSO (1977), S. 43 f.

Außerdem umfaßt die UNSO-Verteilungsrechnung

- empfangene Vermögenseinkommen (das sind Zinsen, Dividenden und Renten),

die zusammen mit den primären Einkommen und den

- empfangenen laufenden Transfers (das sind Sozialversicherungsleistungen, Pensionen und Lebensversicherungsleistungen sowie andere laufende Transfers)

das

- totale Haushaltseinkommen bilden.

Subtrahiert man vom totalen Haushaltseinkommen

- die gezahlten direkten Steuern und
- die Beiträge zur Sozialversicherung und zu Pensionen (ohne Arbeitgeberbeiträge),

so ergibt sich

- das totale verfügbare Haushaltseinkommen.

Ergänzt man dieses Einkommen um Subventionen und um solche Dienstleistungen, die von der Regierung, privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen kostenlos oder zu ermäßigten Kosten bereitgestellt werden, so erhält man

- das totale verfügbare Einkommen der Bevölkerung,

das im Zusammenhang mit den totalen Konsumausgaben der Haushalte zu sehen ist (vgl. UNSO (1977), S. 8 ff. und S. 41 ff. sowie Übersicht 10, S. 83).

2.4 Klassifikationskriterien

Das UNSO schlägt vor, Haushalte und Individuen anhand

- des sozio-ökonomischen Status,
- der Art der ökonomischen Tätigkeit und des Berufs,
- des Bildungsstandes und
- des Alters (12 Klassen) und des Geschlechts

des Haushaltsvorstandes bzw. eines anderen Haushaltsmitgliedes zu klassifizieren.²⁹⁾

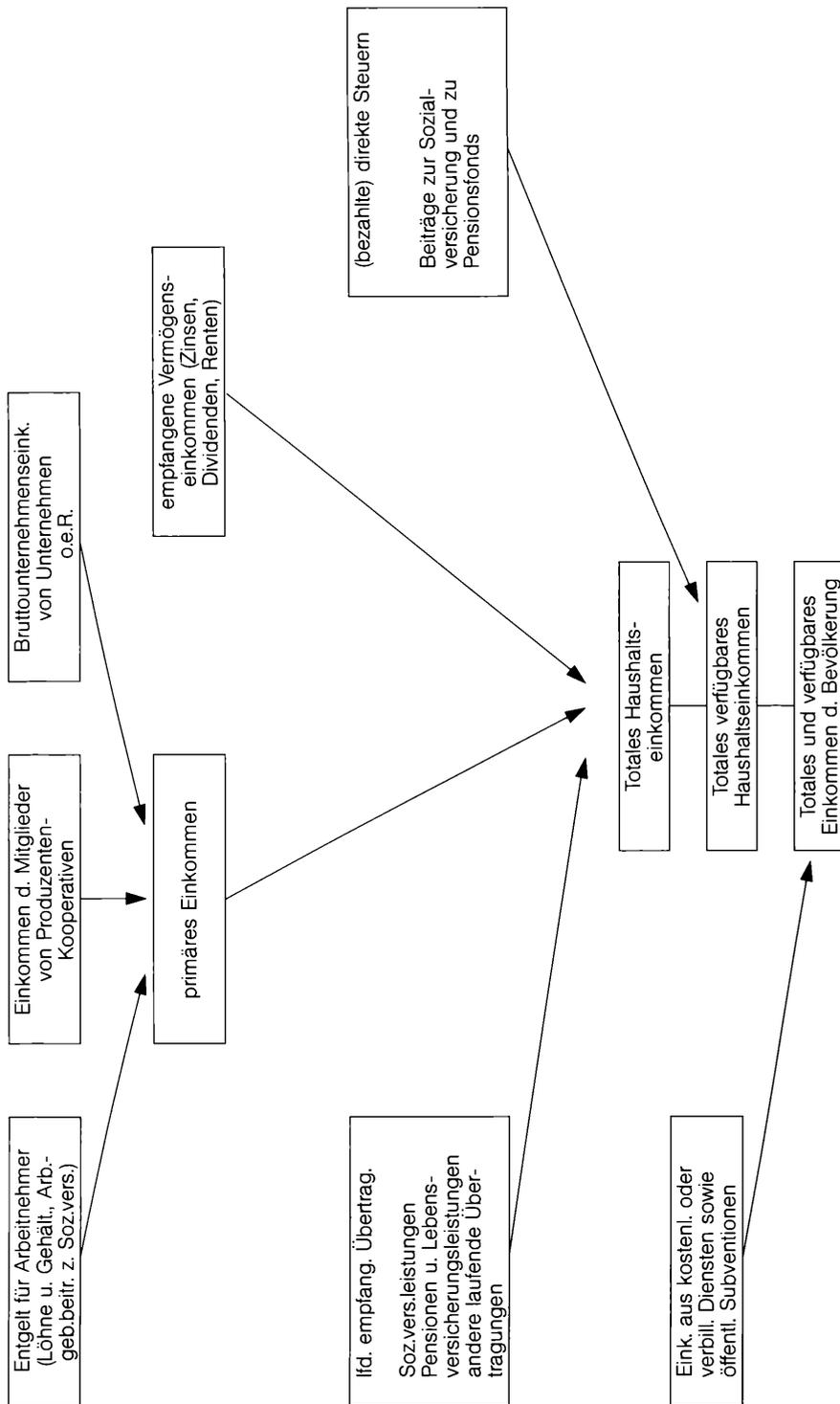
Ergänzend hierzu ist es – nach der Leitlinie – notwendig,

- sechs Haushaltsgrößen (und 16 Kombinationen von Erwachsenen und Minderjährigen) sowie
- drei oder vier Einkommensbezieherklassen

zu unterscheiden.

²⁹⁾ In einer Reihe von Ländern wird außerdem die ethnische oder nationale Herkunft der Individuen bei der Klassifikation berücksichtigt. Vgl. UNSO (1977), S. 30.

Übersicht 10: Schematische Darstellung der Konten der Verteilungsstatistik des UNSO



Die Unterscheidung nach sozio-ökonomischen Gruppen von Einkommensbeziehern (ohne Hausfrauen und Kinder) soll als Basisklassifikation dienen und beruht auf der Kombination von Merkmalen wie der Hauptquelle des Lebensunterhalts, dem Beschäftigungsstatus, der Zugehörigkeit zu einem Wirtschaftszweig und dem Beruf und dem Bildungsstand, wobei die Klassifikation in acht soziale Hauptgruppen und siebzehn soziale Gruppen weitgehend auf der Kombination der Kriterien Landwirtschaft/Nichtlandwirtschaft und Arbeitgeber/Arbeitnehmer beruht (vgl. UNSO (1977), S. 30 ff. und nachfolgende Übersicht 11).³⁰⁾

Schließlich sieht die Leitlinie des UNSO eine Klassifikation der Komponenten des primären Einkommens, des totalen Haushaltseinkommens und des totalen verfügbaren Haushaltseinkommens nach der Größe des Aggregates vor.³¹⁾ (1) Für die Analyse der Verteilung der Einkommen usw. während einer gegebenen Periode in einem gegebenen Land sollen im all-

Übersicht 11: UNSO-Klassifikationsschema des sozioökonomischen Status in soziale Hauptgruppen und Gruppen

1	Arbeitgeber in der Landwirtschaft (ISIC 1)
2	eigenständige Arbeiter und Mitglieder von Produzenten-Kooperativen in der Landwirtschaft 21 eigenständige Arbeiter, Produktionsgemeinschaften 22 Mitglieder von Produzenten-Kooperativen
3	Arbeitgeber außerhalb der Landwirtschaft
4	eigenständige Arbeiter außerhalb der Landwirtschaft 41 professionelle, technische und beratende 42 andere
5	Arbeitnehmer in der Landwirtschaft
6	Arbeitnehmer außerhalb der Landwirtschaft 61 Manager und leitende Beamte 62 professionelle und technische Arbeitnehmer 63 Arbeiter im kirchlichen Bereich, im Handels- und im Dienstleistungsbereich 64 Manuelle Arbeiter 65 Mitglieder der Streitkräfte
7	Ökonomisch inaktive Personen, die in Haushalten leben, und zwar 71 von Sozialversicherungsleistungen, 72 von privaten Pensionen, Renten und Vermögen, 73 von anderen Transfereinkommen, 74 Studenten
8	Personen, die in Institutionen (Krankenhäusern, Altersheimen, Waisenhäusern, Anstalten und Gefängnissen) leben

Quelle: UNSO (1977), S. 31 ff.

³⁰⁾ Vgl. hierzu auch den Vorschlag der Konferenz Europäischer Statistiker (1960), S. 16.

³¹⁾ Die UNSO (1977), S. 28, schlägt Verteilungen für Haushaltsaggregate und Pro-Kopf-Durchschnitte vor.

gemeinen Klassenintervalle benutzt werden, die in absoluten Werten ausgedrückt sind.³²⁾ (2) Für internationale Vergleiche muß die Klassifikation anhand von Teilgruppen („fractile groups“) erfolgen. In diesem Fall werden die Klassenintervalle so festgelegt, daß eine gleich große Anzahl statistischer Einheiten (z.B. Haushalte) in jede Klasse fällt. Dabei muß die Zahl der zu verwendenden Klassen vorherbestimmt sein (vgl. UNSO (1977), S. 28 f.).³³⁾

3 Würdigung und Entwicklungsmöglichkeiten der Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

3.1 Anwendungs- und Verbesserungsmöglichkeiten

Als aktuelle und periodische Informationsquellen über die Einkommensverteilung und -umverteilung in der Bundesrepublik Deutschland stehen zur Zeit insbesondere die EVS und die EVR des StBA sowie die EVR des DIW zur Verfügung.³⁴⁾ Diese Statistiken bzw. Rechnungen haben bezüglich der gewählten statistischen Einheit (das sind die Privathaushalte), der verwendeten Klassifikation in (fünf bis acht) soziale Gruppen und der Abgrenzung der Einkommens- und der Transferströme eine gemeinsame Basis, unterscheiden sich aber hinsichtlich der Disaggregationstiefe in Haushaltstypen (Haushaltsgrößenklassen x Zahl der Einkommensbezieherklassen) und in Einkommensschichten sowie zum Teil in den gewählten Berichtsjahren und im Erstellungslag.

Hierin kommen insbesondere Unterschiede in den Zielsetzungen dieser Rechnungen zum Ausdruck: In der EVS steht die möglichst detaillierte Erfassung (von fünf bzw. acht sozialen Gruppen nach Haushaltstypen) ausgewählter Privathaushalte (ohne solche von Ausländern und Höherverdienenden) in bestimmten Jahren (1962/63, 1969, 1973, 1978 und 1983) im Vordergrund, bei der EVR des StBA der möglichst exakte, mit der VGR kompatible Nachweis der Einkommensverteilung und -umverteilung von acht sozialen Gruppen über einen längeren Zeitraum (1962 bzw. 1972 bis 1983). Ziel der EVR des DIW ist es, die Einkommensverteilung und -umverteilung auf der Basis der VGR möglichst umfassend und detailliert (nach sieben sozialen Gruppen, neun Haushaltstypen und zwanzig Einkommensklassen) für eine Reihe von Jahren (1973, 1975, 1978, 1980, 1981 und 1983) und möglichst aktuell darzustellen.

Das bedeutet, daß keine dieser Statistiken bzw. Rechnungen sämtlichen Forderungen der Leitlinie der UNSO (nach Vollständigkeit, Differenzierung, Repräsentativität, Aktualität, Periodizität und Vergleichbarkeit) zugleich gerecht wird. Aber gerade deshalb ist eine gewisse

³²⁾ Die oberste und unterste Klasse können offen sein. Vgl. UNSO (1977), S. 29.

³³⁾ Daten in konstanten Preisen sind nach den Leitlinien der UNSO (1977), S. 6 f., für gewisse Teile, insbesondere die Konsumausgaben, wünschenswert.

³⁴⁾ Auf Simulationsmodelle des RWI (vgl. z.B. H. Karrenberg u. W. Kitterer 1979) und des SfB 3 (vgl. z.B. J. Merz 1982, F. Dworschak u. G. Wagner 1983) sowie des Internationalen Instituts für empirische Sozialökonomie (INIFES) (vgl. z.B. M. Pfaff, R. Dennerlein u. M. Schneider 1978) wird in diesem Zusammenhang nicht eingegangen.

„Arbeitsteilung“ zwischen den Verteilungsrechnungen des StBA und des DIW als Bestandteile eines „Satellitensystems“ denkbar, bei dem die VGR und die EVR des StBA den Kern bilden, in dem über die Hauptkomponenten der Einkommens- und Transferströme von acht sozialen Gruppen der Privathaushalte periodisch berichtet wird. Der EVS käme in einem solchen „System“ die Funktion zu, als möglichst repräsentativer Mikrodatensatz, detailliert und problembezogen den Einkommensverteilungs-, -umverteilungs-, Konsum- und Sparprozeß von verschiedenen Typen der Privathaushalte und Familien im 5-Jahres-Turnus darzustellen. Die EVR des DIW könnte in diesem System als differenzierte, makro-orientierte Einkommensverteilungs-Modellrechnung (auf der Basis gruppierter Daten aus den verschiedensten Quellen) jährliche, möglichst aktuelle Schätzwerte über die Entwicklungstendenzen der Verteilungssituation bereitstellen.³⁵⁾

Eine derartige Arbeitsteilung würde jedoch eine Reihe von, auch aus prinzipiellen Erwägungen sinnvollen, konzeptionellen Abstimmungen zwischen den Erstellern dieser und anderer Verteilungsstatistiken und Verteilungsrechnungen³⁶⁾ erfordern. Genannt seien hier insbesondere:

- die gleiche Behandlung der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen o.e.R.,
- die N i c h t einbeziehung der unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber in die EVR des StBA entsprechend den Vorschlägen des UNSO,
- die Einbeziehung der tatsächlichen Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung in die EVS (z.B. auf der Grundlage der Eintragungen in die Lohnsteuerkarten),
- die Erfassung der Wehrpflichtigen bei den Anstaltshaushalten nach dem Vorbild der VGR und der EVS des StBA³⁷⁾ und
- der vollständige Übergang zum Unterhaltskonzept in der EVR des DIW.³⁸⁾

Die Einbeziehung von Ausländerhaushalten und der Haushalte von Höherverdienenden in die EVS dürfte dagegen – ebenso wie der in der Leitlinie des UNSO vorgesehene gesonderte Nachweis der Anstaltsbevölkerung – aufgrund der erhebungstechnischen Schwierigkeiten vorerst nicht zu realisieren sein.

3.2 Anmerkungen zu einigen prinzipiellen Problemen

Neben den Verbesserungsmöglichkeiten in den Verteilungsstatistiken bzw. -rechnungen für die Bundesrepublik Deutschland bleiben einige prinzipielle Probleme, die unseres Erachtens einer weiteren verteilungsstatistischen und -theoretischen Diskussion bedürfen:

³⁵⁾ Weitere Elemente in einem solchen System stellen z.B. die Arbeiten über Realtransfers im Auftrag der TEK (1981) sowie des RWI (vgl. z.B. A. Obersteller 1983) dar. Zu den teilweise abweichenden Vorschlägen der TEK für eine geschlossene Verteilungs- und Transferrechnung vgl. TEK (1981), S. 123 ff.

³⁶⁾ Dies gilt insbesondere für die Integration der Sozialbilanz in die VGR.

³⁷⁾ In der Klassifikation des UNSO werden Mitglieder der Streitkräfte bei den „Arbeitnehmern außerhalb der Landwirtschaft“ erfaßt. Vgl. UNSO (1977), S. 34.

³⁸⁾ Unseres Erachtens ist es – auch im Hinblick auf die EVS – erforderlich, den Mikrozensus nach dem Erwerbspersonen- und dem Unterhaltskonzept aufzubereiten. Vgl. hierzu auch TEK (1981), S. 126.

3.2.1 Die VGR und die EVR spiegeln die funktionale Einkommensverteilung insofern unzulänglich wider, als die „Residualgröße“ Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen die theoretische Konstruktion der Entlohnung des Produktionsfaktors Kapital nicht korrekt wiedergibt. Dazu müßten die Arbeitseinkommen der Selbständigen (die Unternehmerlöhne) von der Normalverzinsung des Kapitals und den Residualgewinnen (den Marktlagen- und Differentialgewinnen) getrennt werden; ein bislang auch theoretisch ungelöstes Problem.³⁹⁾ Die vom UNSO vorgeschlagene und in der EVS und der EVR praktizierte Unterscheidung von Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit⁴⁰⁾, von Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und von Einkommen aus Vermögen stellt unseres Erachtens einen ersten Schritt in diese Richtung dar, dem auch das DIW in seiner Verteilungsrechnung folgen sollte.

3.2.2 In den bisherigen Verteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland wird die Umverteilung der marktmäßig entstandenen Einkommen durch den Staat nur teilweise, also unzulänglich dargestellt.⁴¹⁾ Von Bedeutung sind insbesondere die Realtransfers des Staates (z.B. in Form von Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrsleistungen) und Subventionen, deren Einbeziehung sowohl von der OEEC (1952)⁴²⁾ als auch vom UNSO (1977), S. 13, gefordert wurde, sowie indirekte Steuern⁴³⁾ und Steuererleichterungen.⁴⁴⁾ Bezüglich der Realtransfers des Staates sind inzwischen die Umverteilungsrechnung ergänzende Analysen in Angriff genommen worden.⁴⁵⁾

3.2.3 Diese Überlegungen zeigen, daß die Diskussion um die verschiedenen Einkommensbegriffe (z.B. primäres Einkommen, Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen, Haushaltsbruttoeinkommen und verfügbares (Haushalts-)Einkommen) keineswegs abgeschlossen ist.⁴⁶⁾ In diesem Zusammenhang erweist sich jedoch unseres Erachtens, daß eine einseitige Ausrichtung der Verteilungsrechnungen auf Privathaushalte (institutionelle Verteilung) und die Vernachlässigung der Verteilung auf Individuen (personelle Verteilung) dem Aspekt der Adäquation nur unzulänglich Rechnung trägt.⁴⁷⁾

3.2.4 Bezüglich der Schichtung der Einkommen und Transfers bzw. der Wahl der Klassengrenzen sei hier nur angemerkt, daß die fallweise Anpassung an inflatorische Entwicklungen,

³⁹⁾ Auch die Querverteilung (vgl. A. Stobbe (1984), S. 132) wird von der VGR nicht adäquat wiedergegeben, da die Kapitaleinkommen der Unselbständigen in den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mitenthalten sind.

⁴⁰⁾ Zur Problematik dieser Kategorie vgl. R. Zeppernick (1973/74), S. 430 Fn.

⁴¹⁾ Vgl. hierzu R. Zeppernick (1973/74), S. 432 ff., der in diesem Zusammenhang darauf hinweist, „daß die Einkommensverteilung heute simultan in staatlichen ... und marktmäßigen ... Verhandlungen ausgehandelt wird“, primäre und sekundäre Verteilung sich also nicht trennen lassen.

⁴²⁾ Vgl. den Hinweis in K.-D. Schmidt, U. Schwarz u. G. Thiebach (1965b), S. 4 f.

⁴³⁾ Vgl. hierzu K.-D. Schmidt, U. Schwarz u. G. Thiebach (1965b), S. 114 ff. und W. Kitterer (1981) und TEK (1981), S. 82 ff.

⁴⁴⁾ Vgl. hierzu TEK (1981), S. 93 ff. Zu beachten ist aber, daß in den VGR und den EVR die *gezählten* direkten Steuern dargestellt werden.

⁴⁵⁾ Vgl. z.B. A. Obersteller (1983) sowie TEK (1981), S. 62 ff.

⁴⁶⁾ Vgl. hierzu W. Kitterer (1981) und den Beitrag von U.-P. Reich in diesem Band, S. 38 ff.

⁴⁷⁾ Nach entsprechenden Vorarbeiten des DIW und des IAW (siehe Übersicht 5, S. 73), stellen die EVS und die TEK-Schriften von M. Euler, F. Klanberg, (Hrsg., 1982 und 1983) die einzigen Ausnahmen dar.

die die verschiedenen sozialen Gruppen vermutlich in unterschiedlichem Ausmaß treffen, das Problem der Inflationsbereinigung nur hilfsweise löst.

3.2.5 Von besonderer Bedeutung ist unseres Erachtens die Frage der adäquaten Klassifikation in soziale Gruppen. Dies betrifft weniger die erheblichen Unterschiede zwischen den Klassifikationsschemata des UNSO und des StBA, da letzteres historisch gewachsen ist und der erheblich verringerten „Bedeutung“ der Gruppe „Landwirte“ Rechnung trägt. Angesichts der – im Industrialisierungsprozeß – durchlässiger gewordener Klassenschranken und neu entstandener Formen von Lebensgemeinschaften, verbunden mit einer Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, muß bezweifelt werden, daß die traditionellen (ideal-)Typen von sozialen Gruppen heute noch von der früheren Relevanz sind. Dafür sprechen auch Diskussionen in der soziologischen Literatur, beispielsweise über die „neue Mittelschicht“ oder den „neuen Arbeiter“⁴⁸⁾, obwohl sich in dieser Hinsicht bislang noch keine allgemein akzeptierten Konventionen über soziale Gruppen herausgebildet haben. In einer solchen Situation ist ein pragmatisches Vorgehen derart angebracht, daß eine nach möglichst vielen Kriterien differenzierte Typenbildung erfolgt. Das heißt, das Kriterium „sozialer Status“⁴⁹⁾ muß (und kann) im Zusammenhang mit den weiteren Kriterien „Haushaltsgröße“ und „Zahl der Einkommensbezieher“ sowie vor allem der „Schichtung der Einkommen und Transfers“ gesehen werden.⁵⁰⁾ Die EVS des StBA (sowie die IMDAF's des SfB 3) und die EVR des DIW beruhen weitgehend auf diesem Konzept und folgen damit im Prinzip den Leitlinien des UNSO.

3.2.6 Umstritten ist schließlich nach wie vor, ob integrierte Mikrodatenfiles den Modellrechnungen auf der Basis gruppierter (oder aggregierter) Daten überlegen sind. Die vorliegenden Vergleichsrechnungen⁵¹⁾ haben diesen Punkt bislang nicht abschließend klären können, sondern legen hinsichtlich der Exaktheit eine gewisse Skepsis gegenüber beiden Rechnungen nahe. Für Modellrechnungen auf der Basis von gruppierten Daten sprechen die Überschaubarkeit und die Beschränkung im Arbeits- und Datenaufwand. Für integrierte Mikrodatenfiles spricht in erster Linie deren Flexibilität. Angesichts der Diskussion um den Datenschutz muß jedoch davon ausgegangen werden, daß diese – auch vom UNSO präferierte⁵²⁾ – Konzeption in der Bundesrepublik Deutschland nur amtlicherseits, d.h. im Rahmen der mit dem Mikrozensus gekoppelten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe realisiert werden kann.

⁴⁸⁾ Vgl. hierzu z.B. D. Grieswelle (1974), S. 64 ff. und K.H. Hörning (1971).

⁴⁹⁾ Im Rahmen der EVS – die prinzipiell nicht überfrachtet werden sollte – kann relativ flexibel auf neue Problemgruppen wie Jugendliche, Arbeitslose reagiert werden.

⁵⁰⁾ Weitere relevante Disaggregationskriterien sind das Geschlecht, das Alter und die Nationalität der Einkommensbezieher.

⁵¹⁾ Vgl. hierzu die Beiträge von K. Kortmann, H.-J. Krupp u. G. Schmaus (1975) und (1976), K.-D. Bedau (1976), K. Kortmann (1982), S. 270 ff., G. Zitzelsberger (1979) und G. Schmaus (1984).

⁵²⁾ Vgl. UNSO (1977), S. 1 u. S. 90 ff. Vgl. außerdem die Beiträge von B.A. Okner (1974) und N. Ruggles, R. Ruggles u. E. Wolff (1977) sowie in M. Pfaff, (Hrsg. 1978), S. 411 ff.

Literaturverzeichnis

- Bedau, K.-D. u. Mitarb. (1980): Die aktuelle Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des DIW-Einkommensmodells, Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Berlin 1980.
- Bedau, K.-D., Freitag, B., Göseke, G., Meinhardt, V. (1981): Methodische Aspekte und empirische Ergebnisse einer makroökonomisch orientierten Verteilungsrechnung. Gutachten im Auftrag der Transfer-Enquête-Kommission, Berlin 1981.
- Bedau, K.-D., Göseke, G. (1982): Einkommensschichtung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1980. Das Einkommen sozialer Gruppen vor und nach der Umverteilung, in: DIW-Wochenbericht, 49. Jg. (1982), S. 57 ff.
- Bedau, K.-D., Freitag, B., Göseke, G. u. Mitarb. (1982): Entwicklung einer Konzeption zur Darstellung der Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland auf der methodischen Grundlage der Verteilungsrechnung des DIW. Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit, Berlin 1982.
- Bedau, K.-D., Göseke, G. (1983): Einkommensschichtung der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1981. Das Einkommen sozialer Gruppen vor und nach der Umverteilung, in: DIW-Wochenbericht, 50. Jg. (1983), S. 367 ff.
- Bedau, K.-D., Freitag, B., Göseke, G. u. Mitarb. (1984): Die Auswirkungen der Umverteilung auf die Einkommenslage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland in den Jahren 1973 und 1981, Berlin 1984.
- Bedau, K.-D. (1985): Das Einkommen sozialer Haushaltsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1983, in: DIW-Wochenbericht, 52. Jahrgang (1985), S. 177 ff.
- Bosch, H.-D. (1971): Zur Vermögenssituation der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, Teil II, Berlin 1971.
- Deutscher Bundestag (1974): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1974, Bundestagsdrucksache 7/2423, Bonn 1974.
- Deutscher Bundestag (1978): Sozialbericht 1978, Bundestagsdrucksache 8/1805, Bonn 1978.
- Dörfel, H.-J., Krupp, H.-J. (1970): Zur Brauchbarkeit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in der Verteilungsstatistik, Frankfurt a.M. 1970.
- Dworschak, F., Wagner, G. (1983): Zur Fortschreibung von Erwerbseinkommen in Mikrosimulationsmodellen, Arbeitspapier Nr. 80 des Sonderforschungsbereichs 3, Frankfurt a.M. 1983.
- Euler, M., Klanberg, F. (Hrsg., 1982): Personen mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen. Ergebnisse der EVS 1978, Stuttgart u.a.O. 1982.
- Euler, M., Klanberg, F. (Hrsg., 1983): Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen, Stuttgart u.a.O. 1983.
- Giersch, H. (1961): Allgemeine Wirtschaftspolitik. Grundlagen, Wiesbaden 1961.
- Göseke, G. (1957): Die Einkommensschichtung in der Bundesrepublik Deutschland. Ergebnisse einer von den Bundesministerien für Wirtschaft und Finanzen geförderten Untersuchung (einschl. Tabellenteil), Berlin 1957.
- Göseke, G. (1963): Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1959, DIW-Sonderhefte, N.F. Nr. 66, Berlin 1963.
- Göseke, G., Bedau, K.-D. (1974): EDV-Programmierung H. Klatt: Verteilung und Schichtung der Einkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1975, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 31, Berlin 1974.

- Göseke, G., Bedau, K.-D. (1978): Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974, DIW-Beiträge zur Strukturforchung, Heft 49, Berlin 1978.
- Grieswelle, D. (1974): Allgemeine Soziologie. Gegenstand, Grundbegriffe und Methode der Soziologie, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1974.
- Hartmann, N. (1976): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Private Organisationen ohne Erwerbscharakter als Teil des Haushaltssektors in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Jahrgang 1976, S. 638 ff.
- Hörning, K.-H. (Hrsg., 1971): Der „neue“ Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtungsstrukturen, Frankfurt a.M. 1971.
- Institut für Mittelstandsforschung (1965): Der private Haushalt in der Bundesrepublik Deutschland 1960/61, Köln-Opladen 1965.
- Karrenberg, H., Kitterer, W. (1979): Die Grenzbelastungen von Arbeitnehmerhaushalten bei steigendem Einkommen, in: RWI-Mitteilungen, Jg. 30 (1979), S. 125 ff.
- Kitterer, W. (1981): Einkommenskonzepte in empirischen Untersuchungen zur Steuerinzidenz, in: Finanzarchiv, N.F. Band 39 (1981), S. 323 ff.
- Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel (1976): Wirtschaftlicher und sozialer Wandel in der Bundesrepublik Deutschland, Gutachten für die Bundesregierung, Bonn 1976.
- Kortmann, K., Krupp, H.-J., Schmaus, G. (1975): Strukturen der Einkommensverteilung 1969. Erste Ergebnisse und Erfahrungen mit einem integrierten Mikrodatenfile für die Bundesrepublik Deutschland 1969, in: WSI-Mitteilungen, 28. Jg. (1975), S. 539 ff.
- Kortmann, K., Krupp, H.-J., Schmaus, G. (1976): Integrierte Verteilungsrechnungen bedürfen der wissenschaftlichen Diskussion. Zum Vergleich der Verteilungsrechnungen des DIW und des SPES-Projektes (IMDAF 1969) in: WSI-Mitteilungen, 29. Jg. (1976), S. 475 ff.
- Kortmann, K. (1982): Verknüpfung und Ableitung personen- und haushaltsbezogener Mikrodaten, Frankfurt a.M.-New York 1982.
- Krupp, H.-J. (1975): Möglichkeiten der Verbesserung der Einkommens- und Vermögensstatistik. Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, Band 50, Göttingen 1975.
- Lindner, H., Petry, G., Pfeiffer, R., Wagner, A. (1981): Möglichkeiten und Grenzen der Anwendung der für die Bundesrepublik Deutschland vorliegenden Input-Output-Tabellen, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, IAW-Forschungsbericht, Serie A, Nr. 31, Tübingen 1981.
- Lindner, H., Kitterer, W., Enke, H. unter Mitarbeit von Freitag, B. (1986): Aussagefähigkeit von Einkommensverteilungsrechnungen für die Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1986 (Veröffentlichung in Vorbereitung).
- Merz, J. (1982): Hochrechnungen personen- und haushaltsbezogener Massendaten für das SfB 3 – Mikrosimulationsmodell, Arbeitspapier Nr. 68 des Sonderforschungsbereichs 3, Frankfurt a.M. 1982.
- Mierheim, H., Wicke, L. (1978): Die personelle Vermögensverteilung, Tübingen 1978.
- Obersteller, A. (1983): Umverteilungswirkungen gruppenspezifischer Realtransfers bei Arbeitnehmern, RWI-Mitteilungen, Jg. 34 (1983), S. 25 ff.
- Okner, B.A. (1974): Data Matching and Merging: An Overview, in: Annals of Economic and Social Measurement, Vol. 3 (1974), S. 347 ff.
- Pfaff, M. (Hrsg., 1978): Problembereiche der Verteilungs- und Sozialpolitik, Berlin 1978.
- Pfaff, M., Dennerlein, R., Schneider, M. (1978): Einige Anforderungen an eine integrierte Verteilungs- und Sozialpolitik, in: M. Pfaff (Hrsg., 1978), S. 501 ff.

- Richter, H.-W., Hartmann, N. (1977): Nachweis der Verteilung und Verwendung der Einkommen nach Haushaltsgruppen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1975, in: *Wirtschaft und Statistik*, Jahrgang 1977, S. 353 ff. und S. 420* ff.
- Roberts, C.C., Stiepelmann, H. u. Mitarb. (1983): Überprüfung der verschiedenen Schätzungen der Vermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin-München 1983.
- Ruggles, N., Ruggles, R., Wolff, E. (1977): Merging Microdata: Rationale, Practice and Testing, in: *Annals of Economic and Social Measurement*, Vol. 6 (1977), S. 407 ff.
- Schmaus, G. (1984): Konstruktionsprinzipien von Aggregationsfiles, Arbeitspapier Nr. 152 des Sonderforschungsbereichs 3, Frankfurt a.M. 1984.
- Schmidt, K.-D., Schwarz, U., Thiebach, G. (1965a): Sozialhaushalt und Wirtschaftskreislauf in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960, IAW-Schriftenreihe Band 3, Tübingen 1965.
- Schmidt, K.-D., Schwarz, U., Thiebach, G. (1965b): Die Umverteilung des Volkseinkommens in der Bundesrepublik Deutschland 1955 und 1960, IAW-Schriftenreihe Band 4, Tübingen 1965.
- Schüler, K. (1982): Einkommensverteilung und -verwendung nach Haushaltsgruppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1980, in: *Wirtschaft und Statistik*, Jahrgang 1982, S. 75 ff. und S. 141* ff.
- Schüler, K. (1983): Private Haushalte nach sozioökonomischen Merkmalen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Modellrechnung des Statistischen Bundesamtes, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 67. Band (1983), S. 376 ff.
- Schüler, K. (1984): Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen. Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1962 bis 1983, in: *Wirtschaft und Statistik*, Jahrgang 1984, S. 561 ff.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1960): Die Arbeiten der Konferenz Europäischer Statistiker 1953–1959, Stuttgart und Mainz 1960.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1982): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte (Fachserie 15, Heft 4), Stuttgart und Mainz 1982.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1983): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. Einkommensverteilung und Einkommensbezieher in privaten Haushalten (Fachserie 15, Heft 6), Stuttgart und Mainz 1983.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1983. Konten und Standardtabellen (Fachserie 18, Reihe 1), Stuttgart und Mainz 1984.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984): Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978. Aufgabe, Methode und Durchführung (Fachserie 15, Heft 7), Stuttgart und Mainz 1984.
- Stobbe, A. (1984): Volkswirtschaftslehre, 1. Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, 6. revidierte Auflage, Berlin u.a.O. 1984.
- Transfer-Enquête-Kommission – TEK (1981): Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission zur Ermittlung des Einflusses staatlicher Transfereinkommen auf das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (TEK), Stuttgart u.a.O. 1981.
- United Nations Statistical Office – UNSO (1977): Provisional Guidelines on Statistics of the Distribution of Income, Consumption and Accumulation of Households, Studies and Methods Series M, No 61, New York 1977.
- Zeppernick, R. (1973/74): Die Bedeutung der Finanz- und Sozialpolitik für die Einkommensverteilung, in: *Finanzarchiv*, Band 32 (1973/74), S. 425 ff.
- Zitzelsberger, G. (1979): Zwei Ansätze zur Ermittlung der personellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland – eine Gegenüberstellung, in: *Allgemeines Statistisches Archiv*, 63. Band (1979), S. 123 ff.

Integration der Input-Output-Rechnung in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Einleitung

In der Diskussion über die Revision der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (VGR) haben Themen der Input-Output-Rechnung (IOR) bisher nur eine periphere Rolle gespielt. In den Übersichtsdokumenten zur Revision des „System of National Accounts“ (SNA)¹⁾ der Vereinten Nationen wurden im Zusammenhang mit der IOR vor allem Fragen einer zukünftigen Systematik der Produktionsaktivitäten angesprochen.²⁾ Obwohl in vielen Ländern, wie z.B. in Frankreich, Kanada und Norwegen, die Daten der Input-Output-Tabellen (IOT) die wichtigste Grundlage für die Berechnung des Sozialprodukts bilden, wurde eine methodische Diskussion über die Rolle der IOR im Rahmen der VGR nur sporadisch geführt. Es scheint, daß der Gedanke von Richard Stone, die IOR mit den anderen Teilsystemen der VGR zu einer Einheit zu verschmelzen, nur widerstrebend aufgenommen wird. Es muß schon als großer Fortschritt angesehen werden, daß im Jahre 1981 auf der Tagung der „International Association of Income and Wealth“ in Gouvieux Themen der IOR einen integrierten Teil des Tagungsprogramms darstellten. Doch hat auch diese Tagung deutlich gemacht, daß von vielen Fachleuten auf dem Gebiet der VGR die IOR und ihre Anwendungsbereiche mit Distanz behandelt werden.

Es ist deshalb sehr zu begrüßen, daß sich die internationalen Organisationen dem Thema der IOR und ihrer Integration in die internationalen Systeme der VGR in den nächsten Jahren verstärkt widmen wollen.³⁾ Das Statistische Amt der Vereinten Nationen (UNSO) beabsichtigt, zunächst eine Studie über die Konzepte der IOR in den verschiedenen Ländern vorzulegen. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse sollen Richtlinien über Konzepte und Berechnungsmethoden von IOT entwickelt werden, die teils in die revidierten internationalen Systeme der VGR aufgenommen, teils im Rahmen einer Sonderveröffentlichung publiziert werden sollen. Die Sonderveröffentlichung könnte dann eine revidierte Fassung des Bandes der Vereinten Nationen über „Input-Output Tables and Analysis“⁴⁾ bilden. Für die Länder der Europäischen Gemeinschaften wäre auch an eine Überarbeitung der IOR-Methodologie⁵⁾ zu denken.

Im folgenden werden einige Anregungen zur Weiterentwicklung der IOR im Rahmen der internationalen Systeme der VGR gegeben. Zunächst wird auf die unterschiedliche Ein-

1) United Nations (1968).

2) Siehe z.B. United Nations (1980), S. 23 f. und S. 36; United Nations (1982), S. 63.

3) Siehe United Nations (1984), S. 23; Viet (1985).

4) United Nations (1973).

5) SAEG (1976).

fügung der IOT in das SNA und das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)⁶⁾ eingegangen. Es werden Möglichkeiten erörtert, die zukünftigen revidierten Fassungen von SNA und ESVG hinsichtlich der Darstellung der IOT zu vereinheitlichen. Von besonderer Bedeutung ist dabei die Wahl der statistischen Einheit.⁷⁾ Nach der grundsätzlichen Erörterung der Einfügung der IOR in die VGR werden in den nächsten Abschnitten dieses Beitrages speziellere Themen der IOR behandelt. Dazu gehören Anregungen zur Revision der Behandlung der Kuppelprodukte im ESVG und die Darstellung von Erweiterungsmöglichkeiten der IOR um Aufgliederungen der Wertströme nach Verwendungszwecken und um Güterbilanzen in Mengeneinheiten. Das Überleitungsproblem von institutionellen Daten der IOR auf eine gütermäßige Abgrenzung wird in diesem Beitrag nicht erörtert.⁸⁾

1 Input-Output-Tabellen als Teilsystem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

1.1 Konzepte der gegenwärtigen Systeme

IOT wurden mit der Revision der internationalen System der VGR Ende der sechziger Jahre als Teilbereich des Gesamtsystems aufgenommen. Doch ist die Verknüpfung dieses Teilsystems mit dem Gesamtrahmen der VGR nur relativ lose.

Eine vö l l i g e I n t e g r a t i o n von IOT in ein Gesamtsystem ist nur dann möglich, wenn die Abgrenzung der Darstellungseinheiten und der dargestellten Tatbestände einheitlich ist. In diesem Fall können die Angaben der IOT als Produktions- und Einkommensentstehungskonten in ein umfassenderes Kontensystem eingegliedert werden, das u.a. auch die wirtschaftlichen Vorgänge im Zusammenhang mit Einkommensverteilung und -verwendung sowie Vermögensveränderung und Finanzierung darstellt. Als einheitliche Darstellungseinheiten könnten zweckmäßigerweise nur institutionelle Einheiten verwendet werden, die als Träger des Wirtschaftsgeschehens an allen in den VGR nachgewiesenen wirtschaftlichen Vorgängen beteiligt sind und für die statistische Unterlagen vorliegen. Diese institutionellen Einheiten sind die kleinsten Institutionen, die selbst bilanzieren (Unternehmen) bzw. die eine eigene Haushalts- und gegebenenfalls Vermögensrechnung aufstellen (z.B. Gebietskörperschaften, Wohlfahrtsverbände, private Haushalte). Die Wahl dieser Wirtschaftseinheiten führt allerdings bei der Darstellung der Produktionsverflechtungen und Güterströme im Rahmen der IOR zu Schwierigkeiten. Die Unternehmen produzieren häufig nicht nur eine bestimmte Gütergruppe, sondern Güter unterschiedlichster Art. Die in den IOT nachgewiesenen Transaktionen zwischen den institutionell abgegrenzten Einheiten lassen sich daher nicht eindeutig mit bestimmten Gütergruppen identifizieren, eine Aussage über Gütereinsatz und -verwendung ist nur beschränkt möglich. Richard Stone sprach daher auch im Hinblick auf

⁶⁾ SAEG (1984).

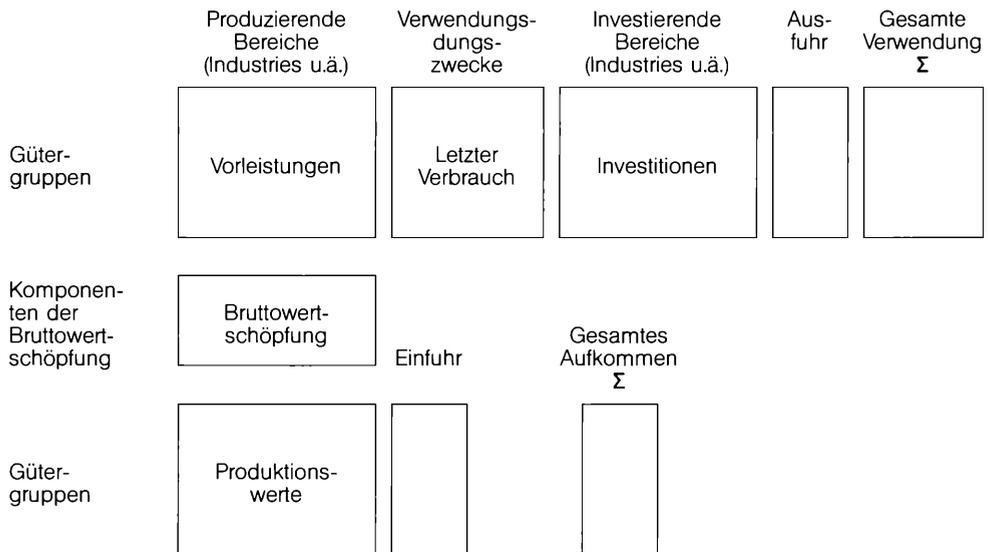
⁷⁾ Siehe dazu auch Franz (1985) und (1986).

⁸⁾ Siehe dazu Stahmer (1985).

die Verwendung von nur einem Typ von Darstellungseinheiten in den VGR von der „Solution of Procrustes“.⁹⁾ Allzu unterschiedliche wirtschaftliche Vorgänge werden in ein einheitliches Klassifizierungsschema gezwängt.

Richard Stone schlug deshalb Anfang der sechziger Jahre vor, bei der Darstellung der wirtschaftlichen Vorgänge im Rahmen der VGR nicht einheitlich einen bestimmten Typ von Wirtschaftseinheiten zu verwenden, sondern für jeden Teilbereich (z.B. jeweils für Produktions-, Einkommens- und Finanzierungsvorgänge) die adäquateste Darstellungseinheit heranzuziehen.¹⁰⁾ Die Teilbereiche sollten dann durch Übergangstabellen verbunden werden, die den gleichen wirtschaftlichen Tatbestand (z.B. Produktionswerte) zwei unterschiedlichen Klassifikationen zuordnen. Die Verwendung unterschiedlicher Darstellungseinheiten mit Übergangstabellen wurde das Darstellungsprinzip im überarbeiteten SNA der Vereinten Nationen von 1968. Die IOT erhielt als Teil des Gesamtrechnungssystems die Aufgabe, alle wirtschaftlichen Vorgänge im Zusammenhang mit der Güterproduktion und -verteilung sowie der Entstehung von Einkommen darzustellen. Gliederungsmerkmale der Input-Output-Daten sind Gütergruppen (Commodities) und fachliche Betriebsteile (Establishments). Establishments werden dabei so abgegrenzt, daß die von ihnen produzierten Güter möglichst homogen sind. Das folgende Schema 1 zeigt in vereinfachter Form die Darstellung der Produktionsvorgänge im SNA. Dieses schematisch angegebene Tabellenwerk wird im folgenden als **Basistabelle** des SNA bezeichnet:

Schema 1



⁹⁾ Stone (1962).

¹⁰⁾ Siehe Stone (1962) und (1962/1973). Ein ähnlicher Ansatz stammt von Rosenbluth (1966) und (1968).

Die produzierenden und investierenden Bereiche werden im SNA durch Zusammenfassung von Establishments gebildet. Soweit es sich um marktbestimmte Produktion handelt, werden sie als „Industries“ bezeichnet. Das gesamte Aufkommen nach Gütergruppen entspricht der gesamten Verwendung nach Gütergruppen.

In anderen Teilbereichen (z.B. bei Einkommens- und Finanzierungsvorgängen) der VGR werden Institutionen, wie Unternehmen, Gebietskörperschaften und private Haushalte zur Gliederung der wirtschaftlichen Vorgänge verwendet. Die Darstellung der Produktionsvorgänge und der übrigen wirtschaftlichen Vorgänge bleibt allerdings relativ unverbunden. So wird die Bruttowertschöpfung (und ihre Komponenten) auch nach Unternehmensbereichen u.ä. („Institutional sectors of origin“) nachgewiesen, doch sind keine Übergangstabellen von „Industries“ zu „Institutional sectors“ vorgesehen. Ebenso sollen die Investitionen zwar sowohl nach „Industries“ als auch nach „Institutional sectors“ dargestellt werden, doch fehlt auch hier eine Kreuztabelle nach „Industries“ und „Institutional sectors“.

Der Gebrauch von unterschiedlichen Typen von Wirtschaftseinheiten im SNA hat den Vorteil, daß jeweils die für den Darstellungsgegenstand angemessenste Darstellungseinheit gewählt werden kann. Bei der Auswahl der Darstellungseinheiten können ferner auch die Gliederung des statistischen Ausgangsmaterials und die bei der Erhebung verwendeten Einheiten berücksichtigt werden. Nachteilig wirkt sich allerdings die durch unterschiedliche Klassifizierungen bedingte Komplexität des Systems der VGR aus. Werden ferner nicht bei jedem Übergang zu einer anderen Klassifizierung Umsteigetabellen aufgestellt, so ergibt sich die große Gefahr, daß die Teilsysteme der VGR relativ unverbunden nebeneinander stehen.

Für die Anwendung der Input-Output-Daten des SNA im Rahmen der Input-Output-Analyse sind Tabellen mit einheitlicher Zeilen- und Spaltensystematik notwendig. In zwei Tabellen (siehe S. 97 und 108) werden im SNA die Umrechnungen auf eine einheitliche Gütersystematik (Produktionsverflechtungstabellen oder „Commodity x commodity tables“) bzw. auf einheitliche institutionelle Gliederung („Industry x industry tables“) beschrieben. Diese Tabellen stehen allerdings außerhalb des eigentlichen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen.

Auch im ESVG sind die Darstellung der Produktionsvorgänge in den IOT und diejenige der übrigen Vorgänge in Sektorkonten relativ unabhängige Teilsysteme der VGR. Die Tatbestände in den IOT werden für Produktionsbereiche ausgewiesen, die sich aus homogenen Produktionseinheiten zusammensetzen, die jeweils nur eine bestimmte Gütergruppe produzieren. Diese Produktionsverflechtungstabellen entsprechen den „Commodity x commodity“-Tabellen des SNA. Die Daten der Tabellen können verwendet werden, um für jeden der 44 in der IOR nachgewiesenen Produktionsbereiche ein Produktions- und Einkommensentstehungskonto aufzustellen. Falls IOT nicht jährlich berechnet werden, ist für die Zwischenjahre ein verkürztes Rechenprogramm mit Angaben über die Bruttowertschöpfung und ihre Komponenten nach 25 Produktionsbereichen vorgesehen. Damit liegen in dieser Gliederung zumindest jährliche Einkommensentstehungskonten für 25 Bereiche vor. Vorgänge der Einkommensverteilung, -umverteilung und -verwendung sowie der Vermögensbildung und Finanzierung werden nur für stark zusammengefaßte institutionell abgegrenzte Bereiche (Unternehmensbereiche u.ä.) gezeigt. Im Rahmen des sektoralen Kontensystems werden

auch Produktions- und Einkommensentstehungskonten aufgestellt, in denen parallel zu den Angaben der IOR über Produktionsbereiche Daten für institutionelle Sektoren gezeigt werden. Eine Verbindung der Input-Output-Angaben mit den institutionellen Konten erfolgt über ein zusammengefaßtes Güterkonto für die gesamte Volkswirtschaft. Die dargestellten wirtschaftlichen Vorgänge sind in den Teilsystemen des ESVG gleich abgegrenzt, so daß sich zumindest für die gesamte Volkswirtschaft bei beiden Typen von Produktions- und Entstehungskonten die gleichen Gesamtgrößen ergeben.

Die im ESVG vorgesehene rein fachliche Gliederung der IOT stellt wohl die für die Input-Output-Analyse beste Gliederungsform dar, da die ausgewiesenen Transaktionen eindeutig bestimmten Gütergruppen zugeordnet werden können und nicht den Zufälligkeiten des Produktionsprogramms der institutionellen Einheiten unterliegen. Doch sind mit rein gütermäßig abgegrenzten Tabellen auch Nachteile verbunden: Das statistische Ausgangsmaterial, das in den meisten Fällen für institutionelle Einheiten erhoben wird, muß erst größeren Umformungen unterworfen werden, da die „homogene Produktionseinheit“ häufig nur einen schwer zu erfassenden Teil einer institutionellen Einheit ausmacht.

Die Trennung fachlich abgegrenzter IOT von institutionell abgegrenzten Konten führt weiterhin dazu, daß das statistische Datenmaterial der IOR für die Aufstellung von Konten nicht ohne weiteres herangezogen werden kann und daß umgekehrt institutionell gegliederte Daten nur mit Schwierigkeiten bei der Berechnung von IOT Verwendung finden können. Außerdem lassen sich z.B. Auswertungsergebnisse der IOR nicht oder nur schwer auf institutionelle Bereiche übertragen.

In Tabelle 1 (siehe S. 97) wird die Art der Einfügung der IOR in die Gesamtsysteme des SNA und ESVG dargestellt. Diese Tabelle enthält auch Angaben, in welchem Maße die Input-Output-Daten bestimmten Beurteilungskriterien genügen. Selbstverständlich kann diese Beurteilung nur subjektiv gegeben werden.

1.2 Erfahrungen mit den gegenwärtigen Systemen

Seit Einführung der gegenwärtigen internationalen Systeme der VGR sind bereits etwa fünfzehn Jahre vergangen. Verschiedene Untersuchungen in den letzten Jahren haben sich mit der Frage beschäftigt, welche Erfahrungen bei der praktischen Anwendung dieser Systeme gemacht wurden. Wichtigste Studie auf diesem Gebiet war eine Umfrage der Vereinten Nationen.¹¹⁾ Auch regionale Konferenzen, wie das „Interregional Seminar on the Revised System of National Accounts“ im Dezember 1975 in Caracas¹²⁾, brachten dazu interessante Informationen. Wichtige Aufschlüsse, insbesondere über die Wahl der statistischen Einheiten, gibt ein Gutachten von Alfred Franz, das für die OECD angefertigt wurde (siehe dazu den Beitrag von Franz in diesem Band, S. 26 ff.).

¹¹⁾ Siehe dazu United Nations (1978) und van Tongeren (1979).

¹²⁾ Siehe United Nations (1976).

Tabelle 1: Input-Output-Rechnung im Rahmen der internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

	Statistische Einheiten	Beurteilungskriterien ¹⁾					
		Einheitliches SNA-ESVG-Konzept	Integration in das Gesamtsystem	Statistische Datenbasis	Aussagefähigkeit über Güterproduktion	Aussagefähigkeit über Güterverwendung	Auswertungsmöglichkeiten, Input-Output-Analyse
1. SNA ²⁾							
Basistabellen (Commodity x Industry)	Gütergruppen, Establishments u.ä.		-	+	+	+	--
Produktionsverflechtungstabellen (Commodity x Commodity)	Gütergruppen	-	--	-	++	++	++
Industry x Industry-Tabellen	Establishments u.ä.		-	-	-	-	+
2. ESGV ³⁾							
Produktionsverflechtungstabellen ⁴⁾	Homogene Produktionseinheiten	-	--	-	++	++	++
3. Erster Vorschlag für gemeinsames ESGV-SNA							
Basistabellen (Commodity x Institutional sector) ⁵⁾	Gütergruppen, Unternehmen u.ä.		++	++	-	+	--
Produktionsverflechtungstabellen (Commodity x Commodity)	Homogene Produktionseinheiten	++	--	-	++	++	++
Marktverflechtungstabellen (Institutional sector x Institutional sector) ⁶⁾	Unternehmen u.ä.		++	-	-	-	+
4. Zweiter Vorschlag für gemeinsames ESGV-SNA							
Basistabellen (Commodity x Industries oder Institutional sectors)	Gütergruppen, Establishments oder Unternehmen		-	+	+	+	--
Produktionsverflechtungstabellen (Commodity x Commodity)	Homogene Produktionseinheiten	+	--	-	++	++	++
Industry x Industry- oder Institutional sector x Institutional sector-Tabellen	Establishments oder Unternehmen u.ä.		-	-	-	-	+

1) ++: sehr gut; +: gut; -: weniger gut; --: schlecht. -²⁾ SNA: System of National Accounts (1968) der Vereinten Nationen. -³⁾ ESGV: Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (1970) der Europäischen Gemeinschaften. -⁴⁾ Zusätzlich institutionelle Sektorkonten für Produktion und Einkommensentstehung. -⁵⁾ Zusätzlich Sondertabellen mit Angaben für Establishments. -⁶⁾ Nur Marktvorgänge.

Wie die verschiedenen Studien gezeigt haben, wird von vielen Experten eine wesentliche Weiterentwicklung der IOR im Hinblick auf die Revision der internationalen Systeme der VGR befürwortet. Dabei wird auf drei M ä n g e l der gegenwärtigen Regelungen verwiesen:

- Die Konzepte von ESVG und SNA sind hinsichtlich der Darstellung der Produktionsvorgänge im Rahmen der IOR s e h r u n t e r s c h i e d l i c h . Dadurch wird die internationale Vergleichbarkeit von Angaben der EG-Länder mit denen anderer westlicher Industrienationen sehr erschwert. Es wäre anzustreben, im Rahmen der revidierten internationalen Systeme der VGR zu einer einheitlichen Regelung in ESVG und SNA zu kommen.
- Die Integration der IOR in das Gesamtsystem der VGR erscheint u n z u r e i c h e n d . Durch das „Dual sectoring“-Konzept der internationalen Systeme lassen sich die Angaben über Güterproduktion und -verwendung in tieferer sektoraler Gliederung nicht mit den übrigen Aktivitäten der Sektoren vergleichen. Es wäre zu überlegen, ob nicht im Rahmen der Revision der Systeme auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden könnten.
- Bei der Realisierung der Konzepte des SNA und des ESVG haben sich in vielen Ländern statistische Schwierigkeiten ergeben. Bei der Anwendung des SNA erscheint es vor allem schwierig, vollständige Angaben über die Inputs von Establishments zu erhalten. Ferner ergeben sich große Probleme bei der Zuordnung von Zentralbüros von Mehrbetriebsunternehmen zu den einzelnen Betrieben (Establishments).¹³⁾ Viele Länder sind daher dazu übergegangen, statt Establishments Unternehmen als statistische Einheit zu verwenden. Bei der Anwendung des ESVG haben sich vor allem Schwierigkeiten ergeben, rein gütermäßig abgegrenzte Produktionsverflechtungstabellen zu berechnen. Einige Länder liefern daher auch an das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) IOT, die zumindest teilweise eher dem Typ „Industry x industry tables“ des SNA entsprechen.

Im folgenden Abschnitt werden Möglichkeiten erörtert, die genannten Probleme bei der Anwendung des SNA bzw. ESVG auf dem Gebiet der IOR zu verringern.

1.3 Vorschläge für ein zukünftiges System

Im folgenden werden erste Überlegungen für ein zukünftiges gemeinsames Konzept von SNA und ESVG hinsichtlich der Einfügung der IOR in ein Gesamtsystem der VGR vorgenommen. Eine intensive Diskussion im Rahmen der internationalen Organisationen erscheint auf diesem Gebiet notwendig. Die folgenden Ausführungen können nur erste Denkanstöße geben.

Wichtig erscheint vor allem, daß die Vorzüge der gegenwärtigen Konzepte von ESVG und SNA kombiniert werden, gleichzeitig aber Einseitigkeiten und Lücken der gegenwärtigen Regelungen vermieden werden. Ein z u k ü n f t i g e s S y s t e m könnte die Grundgedanken von SNA und ESVG hinsichtlich der IOR in folgender Weise berücksichtigen:

¹³⁾ Siehe Franz (1985) und (1986).

- Das SNA ging bei der Entwicklung seiner Konzepte in starkem Maße von deren statistischer Realisierbarkeit aus. Dies gilt auch für das Konzept der Basistabellen mit kombinierter gütermäßiger und institutioneller Gliederung („Commodity x industry“-Tabellen). Vorleistungen und Bruttowertschöpfung werden wohl in keinem Land durchgehend für rein gütermäßig abgegrenzte Produktionseinheiten erfaßt. Entsprechende Daten liegen in der Regel nur für Unternehmen oder Establishments vor. Dagegen ist es in vielen Ländern möglich, die gütermäßige Aufgliederung der Vorleistungen zu erheben. Es erscheint daher sinnvoll, Input-Output-Daten zunächst in der kombinierten Gliederung der Basistabellen in das System der VGR zu integrieren.
- Das ESGV hat sich bei der Entwicklung der Input-Output-Konzepte nicht so sehr von den Möglichkeiten der Datenerstellung, sondern mehr von denjenigen der Datenverwendung leiten lassen. Für nationale und internationale Strukturuntersuchungen und als Basis für die Input-Output-Analyse eignen sich wohl am besten die Produktionsverflechtungstabellen des ESGV mit homogenen Produktionseinheiten als Darstellungseinheiten. In einem zukünftigen einheitlichen System der VGR sollte daher dieser Tabellentyp eine stärkere Rolle spielen als es jetzt im SNA der Fall ist. Während im Kernsystem der Tabellentyp des SNA vorzuziehen ist, sollte ein Zusatzsystem („building-block“) für die Produktionsverflechtungstabellen geschaffen werden.
- Nicht befriedigen können die gegenwärtigen Systeme hinsichtlich der Integration der IOR in das Gesamtsystem der VGR. Diese Einfügung ließe sich wohl nur dann verbessern, wenn die Darstellungseinheiten der Produktionsvorgänge und der übrigen wirtschaftlichen Vorgänge gleich wären. Da für Verteilungs- und Finanzierungsvorgänge nur das Unternehmen als Darstellungseinheit in Frage kommt, könnte als einheitliche Darstellungseinheit auch für die IOR das Unternehmen gewählt werden. Allerdings sollte auch in diesem Fall der Tabellentyp des SNA mit kombinierter gütermäßiger und institutioneller Gliederung (Basistabellen) beibehalten werden, da diese Darstellung der statistischen Datenbasis am ehesten entspricht. Durch Verwendung von Unternehmen statt Establishments könnte auch die Erstellung der Basistabellen sehr erleichtert werden, da für Unternehmen am ehesten Angaben über Inputs vorliegen. Die Tabellen mit kombinierter Gliederung nach Gütergruppen und Unternehmensbereichen könnten dann Teil des Kernsystems der VGR sein, aus ihnen könnten in einem Zusatzsystem Produktionsverflechtungstabellen abgeleitet werden.

Die hier vorgeschlagene Einfügung der IOR in ein zukünftiges Gesamtsystem würde die Kriterien der Einheitlichkeit von ESGV und SNA, der Integration in das Gesamtsystem und der ausreichenden statistischen Datenbasis sowie der Auswertungsmöglichkeiten im Rahmen der Input-Output-Analyse sehr gut erfüllen. Nachteilig bleibt allerdings der Rückschritt gegenüber dem jetzigen SNA-System bei der Darstellung der Produktionsvorgänge. Angaben über die Inputs von Establishments sind aussagefähiger über die Produktionsverhältnisse als Daten über Inputstrukturen von Unternehmensbereichen, da die Homogenität der Produktion bei Establishments größer ist als bei Unternehmen. Auch ist es einfacher, von Basistabellen mit Establishments als Darstellungseinheiten auf Produktionsverflechtungstabellen überzuleiten als von Tabellen mit Unternehmensbereichen. Gegen die Wahl des Unternehmens als Darstellungseinheit spricht auch die Verwendung des Establishments als Erhebungseinheit im Rahmen des Industriezensus vieler Länder. Die dort erhobenen

Angaben können in vielen Fällen direkt in die Basistabellen eingebaut werden. Gegen eine Umstellung auf das Unternehmenskonzept wäre auch einzuwenden, daß in vielen Ländern bereits weit zurückreichende Zeitreihen von IOT auf der Basis von Establishments als Darstellungseinheiten vorliegen, die nur mit großem Aufwand auf das Unternehmenskonzept umgerechnet werden könnten.

Es erscheint daher notwendig, hinsichtlich der Darstellungseinheiten in der IOR Kompromißlösungen zu suchen. Die beiden folgenden Regelungen wären alternativ denkbar:

- Als integrierter Bestandteil des Gesamtsystems werden Basistabellen nach dem Unternehmenskonzept verwendet. In einer Zusatztafel werden aber auch Angaben über Inputs und Produktion von Establishments gezeigt. Diese Angaben könnten sich auf die Bereiche und die Inputarten beschränken, für die das statistische Basismaterial Angaben liefert.
- Es wird den Ländern freigestellt, entweder Unternehmen oder Establishments als Darstellungseinheiten in den Basistabellen zu verwenden. Je nach Prioritäten und statistischen Möglichkeiten werden dann Unternehmen oder Establishments gewählt. Da die Basistabellen nicht nur die Vorleistungen, sondern auch die Produktionswerte in kombinierter Gliederung nach Gütergruppen und institutionellen Bereichen zeigen, ist es möglich, mit Hilfe dieser Produktionswert-Tabellen den Homogenitätsgrad der Bereiche und seine Unterschiede von Land zu Land festzustellen. Diese Kompromißlösung ist zwar methodisch unbefriedigend, doch würde sie die auch jetzt schon bestehenden konzeptionellen Unterschiede bei der Darstellung der Produktionsvorgänge in den verschiedenen Ländern nicht verwischen, sondern offenlegen und durch Angaben über das „Produktionsprogramm“ quantifizierbar machen. Notwendig wäre allerdings bei dieser Lösung, daß für die Ermittlung der Inputs der Establishments einheitliche Vorschriften und Verfahrensweisen für die Zuordnung der Kosten der Zentralbüros und anderer allgemeiner Kostenstellen auf die verschiedenen produzierenden Establishments gefunden werden. Wie die Studie von Alfred Franz zeigt, ist die gegenwärtige Praxis in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich.

Offen ist noch die Frage, ob auch IOT mit einheitlicher institutioneller Zeilen- und Spaltengliederung in ein Gesamtsystem der VGR aufgenommen werden sollen. Eine Bereicherung des vorgeschlagenen Tabellensystems wäre eine echte Marktverflechtungstabelle, die für Unternehmensbereiche die tatsächlich über den Markt abgewickelten Transaktionen zeigt.¹⁴⁾ Diese Tabelle könnte relativ einfach von Basistabellen mit Unternehmensgliederung abgeleitet werden. Allerdings müßten die Transaktionen der Basistabellen um die Ströme bereinigt werden, die nicht über den Markt gingen. Weniger Aussagewert hat wohl eine IOT mit einheitlicher Gliederung nach Establishment-Bereichen. Diese „Industry x industry“-Tabellen könnten allerdings als Zusatz Tabellen für Länder vorgesehen werden, die den größeren statistischen Aufwand zur Berechnung von „Commodity x commodity“-Tabellen (Produktionsverflechtungstabellen) vermeiden wollen. Die Abgrenzung der dargestellten Tatbestände könnte bei diesem Tabellentyp wohl gegenüber den Basistabellen unverändert bleiben.

¹⁴⁾ Siehe Stäglin/Stahmer (1986).

Eine z u s a m m e n f a s s e n d e Darstellung der beiden Kompromißvorschläge gibt Tabelle 1 (siehe S. 97). Danach umfassen beide Vorschläge – ähnlich wie im gegenwärtigen SNA – drei Tabellentypen: jeweils die Basistabellen mit kombinierter Gliederung, reine Produktionsverflechtungstabellen und rein institutionell abgegrenzte Tabellen. Unterschiede ergeben sich vor allem bei der Verwendung der Darstellungseinheiten. Während der erste Kompromißvorschlag Unternehmen als einzige Darstellungseinheit im Kernsystem vorsieht, könnten beim zweiten Vorschlag Establishments und Unternehmen wahlweise verwendet werden.

2 Darstellung der Wirtschaftsaktivitäten in der Input-Output-Rechnung

2.1 Allgemeines

Nach der mehr generellen Erörterung der Einfügung der IOR in ein Gesamtsystem der VGR geht es in diesem Abschnitt um die Frage, in welcher Weise die Wirtschaftsaktivitäten in der IOR dargestellt werden sollen. Damit sollen Anregungen gegeben werden zur konkreten Ausgestaltung des Systems.

Nach dem ESVG¹⁵⁾ werden die Aktivitäten eines Unternehmens bzw. einer entsprechenden anderen institutionellen Einheit in folgender Weise aufgliedert:

Schema 2

	Haupttätigkeit	Nebentätigkeiten		
Inputs:				
für lfd. Produktion			...	
für Hilfstätigkeiten				
.				
.				
Outputs:				
eigentliche Produktion				
Kuppelprodukte				
verwendungsgleiche Produkte			...	
Nebenverkäufe des Staates und der priv. Organisationen ohne Erwerbszweck				

¹⁵⁾ Siehe vor allem Nr. 264 ff. und Nr. 610 ff.

Zur Haupttätigkeit („Main production“) gehört die Produktion der Güter, die die schwerpunktmäßige Zuordnung der institutionellen Einheit entsprechend einer Gütersystematik bestimmt haben. Nebentätigkeiten („Secondary production“) sind Aktivitäten, die – gütermäßig gesehen – in andere Bereiche gehören. Bei dem Übergang von Basistabellen zu rein gütermäßig gegliederten IOT werden die Nebentätigkeiten daher zu anderen Bereichen umgesetzt. Bei der Aufteilung einer institutionellen Einheit nach Haupt- und Nebentätigkeit werden homogene Produktionseinheiten gebildet, die jeweils nur eine bestimmte Gütergruppe produzieren. Von den Nebentätigkeiten sind die Hilfstätigkeiten wie Verwaltung, Einkauf, Verkauf an den Handel, Lagerung, Reparaturen usw. zu unterscheiden, die nicht von den Haupt- und Nebentätigkeiten, zu denen sie gehören, getrennt werden sollen. Die Hilfstätigkeiten müssen dabei drei Bedingungen erfüllen:

- sie müssen Dienstleistungen erbringen,
- sie müssen, was ihre Art und ihre Bedeutung anbetrifft, in jeder gleichartigen Produktionseinheit vorkommen und
- sie dürfen nur der Produktionseinheit dienen.

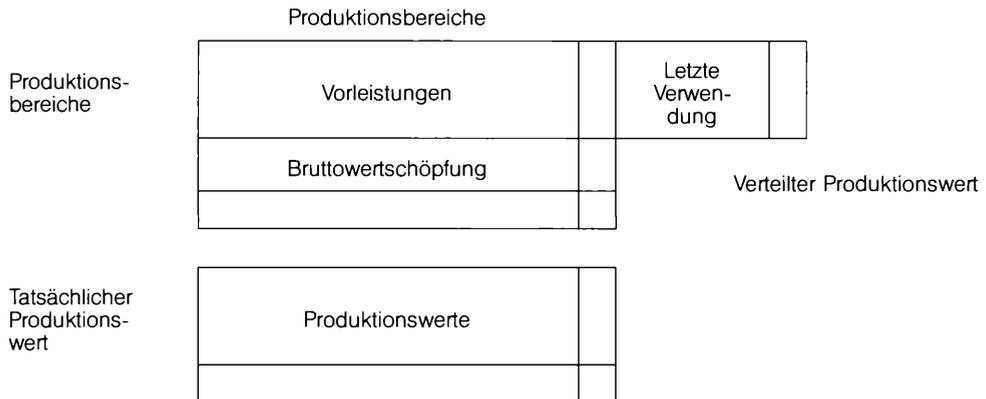
Entsprechend setzen sich die Inputs einer gütermäßig abgegrenzten Produktionseinheit aus Inputs zusammen, die unmittelbar der laufenden Produktion dienen, und Inputs für die Hilfstätigkeiten in dieser Einheit.

Zu den Outputs der homogenen Produktionseinheiten gehört zunächst die Produktion der Güter, die zu der betreffenden Position der Gütersystematik gehören. Doch werden daneben Kuppelprodukte, verwendungsgleiche Produkte und Nebenverkäufe des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bei der Erfassung des tatsächlichen Produktionswertes zunächst nicht als Nebentätigkeiten zu anderen Bereichen umgesetzt, sondern verbleiben bei der betreffenden Produktionseinheit. Nach dem ESVG werden die Kuppelprodukte u.ä. in einer Umsetzungszeile zu den Bereichen umgesetzt, zu denen sie gütermäßig gehören. Die korrigierten Produktionswerte werden als verteilte Produktionswerte bezeichnet. Sie werden zeilenweise den Verwenderbereichen zugeordnet.

2.2 Zur Behandlung der Kuppelprodukte u.ä.

Geht man von dem Gedanken des SNA aus, daß jeweils in Übergangstabellen der Wechsel von einer Klassifizierung zu einer anderen erfolgt, so läge es nahe, den Übergang von tatsächlichem zu verteiltem Produktionswert auch in Matrixform vorzunehmen. Damit würde auch bei rein gütermäßig abgegrenzten Tabellen eine Produktionswert-Tabelle den Übergang von der Spalten- zur Zeilengliederung zeigen. In Schema 3 wird dies verdeutlicht:

Schema 3



Input-Output-Analyse ist auch mit derartig erweiterten IOT möglich. Werden die Input-Koeffizienten bezogen auf den tatsächlichen Produktionswert p mit A bezeichnet, die Spaltenkoeffizienten der Übergangstabelle mit B , der Vektor der letzten Verwendung mit y und die Einheitsmatrix mit I , so gilt z.B.:

$$(1) P = (I - B^{-1}A)^{-1} B^{-1}y \quad \text{statt}$$

$$(2) P = (I - A)^{-1}y$$

ohne Verwendung von Übergangstabellen. B^{-1} transformiert jeweils die Angaben nach dem Konzept der verteilten Produktionswerte zu dem Konzept der tatsächlichen Produktionswerte. Man könnte bei dem Transformationsprozeß auch die Zeilenkoeffizienten der Übergangstabelle verwenden, doch erscheint es eine sinnvollere Annahme, daß das Ausmaß der Kuppelproduktion von der Höhe der tatsächlichen Produktionswerte abhängt.

Werden die Kuppelprodukte u.ä. auch in Produktionsverflechtungstabellen bei den Bereichen gebucht, bei denen sie produziert wurden, so ergeben sich Konsequenzen für die Überleitung von Basistabellen mit gemischter Klassifikation zu den Produktionsverflechtungstabellen.¹⁶⁾ Diese Überleitung bedeutet eine Umsetzung der Nebentätigkeiten zu den Bereichen, bei denen die betreffenden Güter als Haupttätigkeit produziert werden. Soweit es sich nun aber um Kuppelprodukte u.ä. handelt, dürfen sie nicht mehr als Nebentätigkeiten umgesetzt werden. Sie müssen bei der Überleitung zur Produktionsverflechtungstabelle als Haupttätigkeit in der Diagonale der Produktionswert-Matrix gebucht werden. Erst nach Überleitung zur gütermäßig abgegrenzten IOT werden die Kuppelprodukte wieder in der Produktionswert-Matrix bei den Gütergruppen ausgewiesen, zu denen sie von ihrer Güterart her gehören.

¹⁶⁾ Eine ausführliche Darstellung der Überleitungsproblematik enthält der Annex zu Kapitel III des SNA. Siehe auch Stahmer (1985).

2.3 Aufgliederung nach Verwendungszwecken – Berechnung von Satellitensystemen

Mit den Basistabellen und den IOR mit einheitlicher Zeilen- und Spaltengliederung kann die IOR wohl in ausreichender Weise einen Überblick über das wirtschaftliche Geschehen in einer Volkswirtschaft geben, soweit es Güterproduktion und -verwendung betrifft. Notwendig erscheinen allerdings e r g ä n z e n d e Darstellungen, die in größerem Detail wirtschaftliche Zusammenhänge im Hinblick auf spezielle Fragestellungen verdeutlichen. Dazu gehört zunächst eine Aufgliederung der in der IOR dargestellten Wertgrößen nach Verwendungszwecken, wie Umweltschutz, Forschung und Entwicklung, Informationsbereitstellung usw. Dadurch wird es möglich, die Wertströme herauszulösen und zu einem Satellitensystem zusammenzufügen. Auf ein zweites ergänzendes System, die Aufstellung von Bilanzen in Mengeneinheiten für bestimmte mengenmäßig erfaßbare Güterströme, wird kurz im nächsten Abschnitt eingegangen.

Aufteilung von Wirtschaftsaktivitäten nach Verwendungszwecken sind bisher nur bei Aggregaten der letzten Verwendung (Privater Verbrauch, Eigenverbrauch der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und Staatsverbrauch) in den internationalen Systemen der VGR vorgesehen. Erste Ansätze zu einer Aufgliederung der Ausgaben des Unternehmenssektors nach Verwendungszwecken liegen seit 1975 mit dem von den Vereinten Nationen vorgelegten Entwurf einer „Draft Classification of Outlays of Industries by Purpose“ (COIP) vor.¹⁷⁾ Wichtige Anregungen gibt auch die Behandlung der bereits erwähnten Hilfstätigkeiten im ESG.

Bei der Aufgliederung der wirtschaftlichen Vorgänge nach Verwendungszwecken sind zwei Fälle zu unterscheiden:

- Güter, die einem bestimmten Verwendungszweck dienen, sind Teil des **Produktionsergebnisses** von produzierenden Bereichen. Diese stellen – entsprechend der Gütersystematik – u. a. Güter für den betreffenden Verwendungszweck her. Bei diesen Gütern kann es sich um Vorleistungsgüter (z. B. bei Verwendungszweck Umweltschutz, Abfallbeseitigung) oder um Güter für die letzte Verwendung (z. B. Käufe der privaten Haushalte für den Umweltschutz) handeln. Bei diesen Aktivitäten läßt sich damit ein Teil der Produktionswerte der Bereiche unmittelbar Verwendungszwecken zuordnen. Diese Teilgrößen können – entsprechend der Aufteilung der Güter nach der Herkunft aus inländischer Produktion und Einfuhr – als Teilmatrizen des ersten und zweiten Quadranten der IOT (intermediäre und letzte Verwendung von Gütern) ausgewiesen werden. Eine Bezeichnung dieser Angaben müßte noch festgelegt werden. Porat¹⁸⁾ bezeichnet derartige Größen im Zusammenhang mit der Untersuchung des Informationssektors als **Primärproduktion**, man könnte auch die Bezeichnung „**externe Leistungen für einen Verwendungszweck**“ wählen.
- Im zweiten Fall werden innerhalb der produzierenden Einheiten Dienstleistungen erbracht, die der eigentlichen Produktion dienen, ohne selbst Teil des Produktionswertes zu werden.

¹⁷⁾ United Nations (1975).

¹⁸⁾ Porat (1977).

Diese Leistungen werden vom ESVG als Hilfstätigkeiten bezeichnet. Diese Hilfstätigkeiten können einer Gliederung nach Verwendungszwecken zugeordnet werden, so z.B. Hilfstätigkeit „Umweltschutz“ oder Hilfstätigkeit „Forschung und Entwicklung“. Dabei ist es sinnvoll, im Rahmen der IOR keine fiktiven Produktionswerte für diese Tätigkeiten zu schaffen, sondern lediglich die Inputs (Vorleistungen und Primärinputs) zu erfassen, die bei dieser Hilfstätigkeit verwendet wurden. Der zweite Fall bedeutet daher eine Aufteilung des ersten und dritten Quadranten der IOT (intermediäre und Primärinputs). Nach Porat können die Leistungen der Hilfstätigkeiten als S e k u n d ä rproduktion bezeichnet werden, eine andere Bezeichnung wäre „i n t e r n e Leistungserstellung“.

Schwierig erscheint die Frage, wann bestimmte Vorleistungsgüter zur externen Leistung für den betreffenden Verwendungszweck gehören oder wann es sich um Vorleistungen für interne Leistungserstellung handelt. Entscheidendes Kriterium ist dabei die Frage, ob der betreffende Vorleistungsinput bereits eine fertige Leistung im Sinne des betreffenden Verwendungszweckes darstellt oder ob es notwendig ist, den Vorleistungsinput erst mit anderen Inputs zu kombinieren, um die betreffende Leistung zu erstellen.

Kombiniert man die beiden geschilderten Fälle, so können Inputs und Produktionswert eines Bereiches in folgender Weise (Schema 4) aufgeteilt werden:

Schema 4

	Verwendungszwecke				
	laufende Produktion (Haupt- oder Nebentätigkeit)	sonstige Verwendungszwecke (Hilfstätigkeiten)			
Vorleistungen nach Gütergruppen	x . . . x	x . . . x	...	x . . . x	x . . . x
Abschreibungen	x	x	...	x	x
Produktionssteuern abzügl. Subventionen	x	x		x	x
Einkommen aus unselbst. Arbeit	x	x		x	x
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	x	-	...	-	x
Produktionswert nach Verwendungszwecken	x . . . x	- . . . -	...	- . . . -	x . . . x

Entsprechend Schema 4 werden die Inputs eines Bereichs danach aufgeteilt, ob sie der laufenden Produktion unmittelbar dienen oder für die interne Leistungserstellung im Rahmen von Hilfstätigkeiten eingesetzt werden. Als Gliederung der Verwendungszwecke könnte z. B. folgende Gliederung in Anlehnung an die erwähnte COIP verwendet werden:

1. Inputs für laufende Produktion
2. Inputs für Reparaturen u.ä.
3. Inputs für Forschung und Entwicklung
4. Inputs für Informationsbereitstellung
5. Inputs für Umweltschutz
6. Inputs für Verkauf und Werbung
7. Inputs für interne Transportaktivitäten
8. Inputs für soziale Leistungen an Betriebsangehörige
9. Inputs für allgemeine Verwaltung

Es erscheint sinnvoll, die gesamten Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen der laufenden Produktion zuzuordnen und den Wert der Hilfstätigkeiten damit zu Faktorkosten zu bewerten.

Die Produktionswerte werden lediglich der laufenden Produktion zugeordnet. Sie lassen sich wiederum danach aufteilen, ob sie bestimmten Verwendungszwecken dienen. Die Gliederung dieser Verwendungszwecke sollte zumindest die Positionen der Input-Systematik enthalten, um ein konsistentes Satellitensystem von interner und externer Produktion von Leistungen für bestimmte Verwendungszwecke zu ermöglichen. Darüber hinaus könnte sie aber auch Leistungen enthalten, die im Rahmen der internen Leistungserstellung nicht vorkommen, z.B. Erstellung von Gesundheitsleistungen u.ä. Wichtig ist eine Kohärenz mit der schon bestehenden Systematik der nichtmarktbestimmten Leistungen nach Verwendungszwecken.

Selbstverständlich wird es in absehbarer Zeit nicht möglich sein, eine vollständige Aufgliederung der Angaben der IOR nach den verschiedenen Verwendungszwecken zu geben. Doch ist es mit dem vorgeschlagenen Verfahren möglich, lediglich die Größen für bestimmte Verwendungszwecke zu ermitteln und sie als Teilgrößen der IOR aus den Tabellen herauszulösen und zu einem eigenen Satellitensystem zu verbinden. Vorbildlich erscheinen auf diesem Gebiet die Arbeiten vom Institut de la Statistique et des Études Économiques (INSEE).¹⁹⁾

Zu überlegen wäre noch, ob die Satellitensysteme für bestimmte Verwendungszwecke als Teilsysteme der Basistabellen oder der IOT mit einheitlicher Zeilen- und Spaltengliederung geschaffen werden sollen. Von der Datenbasis her empfiehlt es sich wohl, zunächst Teilsysteme für die Basistabellen zu ermitteln. Um allerdings mit den Angaben Auswertungen im Rahmen der Input-Output-Analyse vornehmen zu können, wäre eine Überleitung zu Produktionsverflechtungstabellen notwendig. In dem im letzten Abschnitt vorgestellten Gesamtsystem von IOT werden daher beide Typen von Satellitensystemen aufgenommen.

¹⁹⁾ Siehe Lemaire/Weber (1983) und Lemaire (1985).

3 Ergänzende Darstellung in Mengenbilanzen

Die vollständigen IOT (Basistabellen, Produktionsverflechtungstabellen, Marktverflechtungstabellen) sowie die Satellitensysteme für bestimmte Teilaspekte des Wirtschaftsgeschehens enthalten nur Angaben in Werteinheiten. Ergänzungen sind notwendig, wenn bestimmte wirtschaftliche Vorgänge auch mengenmäßig dargestellt werden sollen. In diesem Fall können in einem ergänzenden System **Mengenbilanzen** aufgestellt werden, die Aufkommen und Verwendung bestimmter Güterarten in Mengeneinheiten zeigen. Selbstverständlich ist eine derartige Darstellung nur für relativ homogene Güter möglich.

Wichtige Arbeiten auf diesem Gebiet wurden auf Initiative des SAEG geleistet.²⁰⁾ So wurden Mengenbilanzen für Energieträger und Stahl aufgestellt, die mit den entsprechenden Wertangaben in den IOT voll abgestimmt sind. Wie die theoretische Diskussion im Zusammenhang mit diesen Projekten ergab, ist es möglich, die Mengenströme auch unmittelbar in Modellrechnungen der Input-Output-Analyse einzubeziehen.²¹⁾

Im Rahmen der Mengenbilanzen ist es auch möglich, den Einsatz von natürlichen Ressourcen, wie Bodenschätzen, Luft und Sonnenenergie, zu quantifizieren, für die keine Marktpreise vorliegen. Dies gilt auch für Schadstoffe u.ä., die im Zuge der Produktion anfallen und – ohne über den Markt zu gehen – an Umweltmedien abgegeben werden. Gerade bei den Mengenangaben, für die es keine Wertgrößen gibt, haben Mengenbilanzen ihren besonderen Wert.

4 Ergänzende Darstellung der Produktionsfaktoren

Nur kurz hingewiesen sei auf die Bedeutung von ergänzenden Darstellungen über die eingesetzten Produktionsfaktoren Arbeit und Sachkapital.

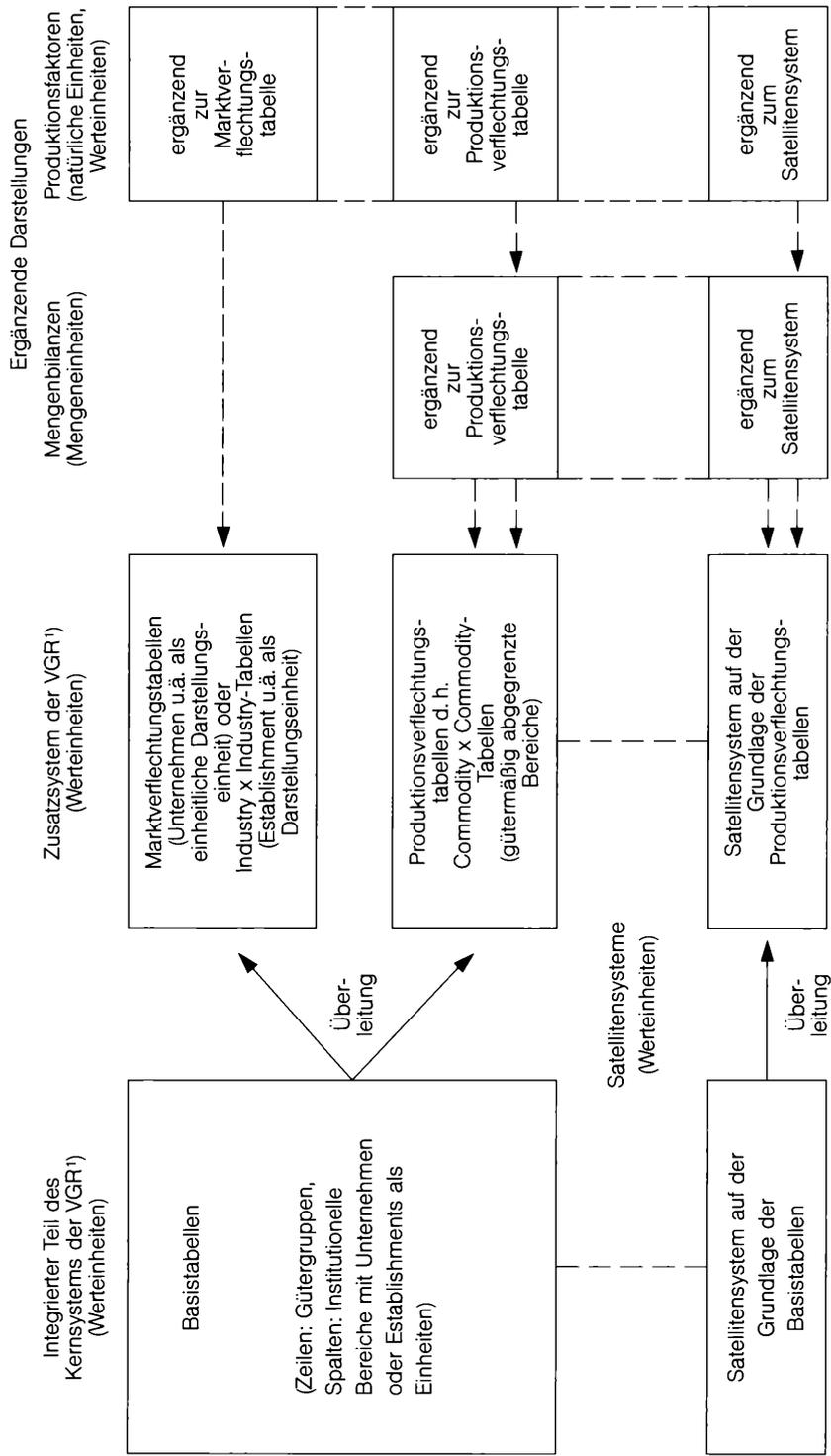
Hinsichtlich des Faktors **A r b e i t** werden in vielen Ländern bereits in der Systematik der IOR Angaben über die Zahl der Erwerbstätigen und beschäftigten Arbeitnehmer veröffentlicht. Wichtig wären zusätzlich Daten über die geleisteten Arbeitsstunden.

Relativ wenig ist zumeist noch der bereichsweise Nachweis des **A n l a g e v e r m ö g e n s** mit der IOR verbunden. In vielen Ländern werden Daten über das Anlagevermögen nur für institutionelle Bereiche und nur nach dem Eigentümer-Konzept ausgewiesen. Für Modellrechnungen im Rahmen der Input-Output-Analyse würden aber Angaben über das Anlagevermögen nach gütermäßig abgegrenzten Produktionsbereichen sowie nach dem Benutzer-Konzept benötigt.

²⁰⁾ Siehe SAEG (1982).

²¹⁾ Siehe dazu Beutel/Stahmer (1982).

Tabelle 2: System von Tabellen der Input-Output-Rechnung



¹⁾ VGR: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

5 Gesamtsystem der Input-Output-Rechnung

In Tabelle 2 (siehe S. 108) werden die in den letzten Abschnitten beschriebenen Tabellen der IOR in einen Gesamtzusammenhang gestellt. Wichtigste Tabellen und Grundlage für die weiteren Berechnungen sind die Basistabellen, die gleichzeitig ein integrierter Teil des Kernsystems der VGR darstellen. Aus ihnen werden mit Hilfe von Überleitungsmodellen Tabellen mit einheitlicher Zeilen- und Spaltengliederung abgeleitet. Dabei kann es sich um „Industry x industry“-Tabellen (bzw. Marktverflechtungstabellen mit institutioneller Gliederung) oder um „Commodity x commodity“-Tabellen (Produktionsverflechtungstabellen) mit gütermäßiger Gliederung handeln. Ergänzt wird dieses Tabellenwerk durch Mengenbilanzen und Daten über Produktionsfaktoren. Parallel zu den Gesamtdarstellungen des Wirtschaftsgeschehens können Satellitensysteme gebildet werden, die Angaben über IOR für spezielle Aktivitätsfelder, wie Umweltschutz, Forschung, Informationsbereitstellung, Gesundheitswesen u.ä., enthalten. Auch diese Satellitensysteme können durch Mengenbilanzen und Angaben über eingesetzte Produktionsfaktoren ergänzt werden.

Literaturverzeichnis

- Beutel, J., Stahmer, C. (1982): Input-Output-Analyse der Energieströme, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 3/1982.
- Franz, A. (1985): National Accounts Sectoring and Statistical Units of Reporting and Classification, Beitrag für die 19. Konferenz der International Association for Research in Income and Wealth, Noordwijkerhout/Niederlande, August 1985.
- Franz, A. (1986): Statistische Einheiten im ESGV und SNA, in diesem Band S. 00 ff.
- Lemaire, M., Weber, J.L. (1983): L'Expérience Française d'Extension des Comptes Nationaux, Beitrag für die 44. Konferenz des International Statistical Institute, Madrid, September 1983.
- Lemaire, M. (1985): Satellite Accounts: A Solution for Analysis in Social Fields, Beitrag für die 19. Konferenz der International Association for Research in Income and Wealth, Noordwijkerhout/Niederlande, August 1985.
- Porat, M.V. (1977): The Information Economy, Vol. 1 – 9, Washington 1977.
- Rosenbluth, G. (1966): Analytical Uses of Commodity-by-Industry Accounts, CPSA Conference on Statistics 1964, Toronto 1966.
- Rosenbluth, G. (1968): Input-Output Analysis: A Critique, in: Statistische Hefte, Heft 4/1968.
- Stäglin, R., Stahmer, C.: (1985) Towards a Consistent System of Input-Output Tables for the Federal Republic of Germany, Beitrag für die internationale Konferenz über Input-Output-Rechnung, Baden b. Wien, Mai 1985.
- Stahmer, C. (1985): Transformation Matrices in Input-Output Compilation, in: Input-Output Modeling, Proceedings of the Fifth Task Force Meeting on Input-Output Modeling of the International Institute for Applied Systems Analysis, Laxenburg, Oktober 1984, Berlin-Heidelberg-New York-Tokyo 1985.

- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1976): Community Input-Output Tables 1970 – 1975, Methodology, Special Series 1 – 1976, Luxemburg.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1982): Energy Balance-Sheets based on the Input-Output Tables (1975), Luxemburg 1982.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1984): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), 2. Auflage, Luxemburg 1984.
- Stone, R. (1962): Multiple Classifications in Social Accounting, in: Bulletin of the International Statistical Institute, Bd. 39, Teil 3, 1962.
- Stone, R. (1962/73): A Programme for Growth, Bd. 1: A Computable Model of Economic Growth, Cambridge 1962, Bd. 3: Input-Output Relationships 1954 – 1966, Cambridge 1973.
- van Tongeren, J.W. (1979): A Review of Selected Aspects of the United Nations System of National Accounts in the Light of Countries Experiences, in: Review of Income and Wealth, Series 25, Juni 1979.
- United Nations (1968): A System of National Accounts (SNA), Studies in Methods, Series F, No. 2, Rev. 3, New York 1968.
- United Nations (1973): Input-Output Tables and Analysis, Studies in Methods, Series F, No. 14, Rev. 1, New York 1973.
- United Nations (1975): Draft Classification of Outlays of Industries by Purpose (COIP), ST/ESA/STAT/83, August 1975.
- United Nations (1976): Interregional Seminar of the Revised System of National Accounts, Caracas, Dezember 1975, Report DP/UN/INT-72-104, New York 1976.
- United Nations (1978): National Practices and Experiences in Implementing the Revised System of National Accounts, CES/WP.22/52, Januar 1978.
- United Nations (1980): Future Directions for Work on the United Nations System of National Accounts, E/CN.3/AC.9-1/Rev. 1, März 1980.
- United Nations (1982): The System of National Accounts; Review of Major Issues and Proposals for Future Work and Short-Term Changes (Ruggles-Gutachten), ESA/STAT/AC.15/2, Februar 1982.
- United Nations (1985): Progress Report on the Review of the System of National Accounts (SNA), E/CN.3/1985/5, April 1984.
- Viet, Vu Q. (1985): Input-Output Standards in the SNA Framework, Beitrag für die internationale Konferenz über Input-Output-Rechnung, Baden b. Wien, Mai 1985.

Integration der Vermögensbilanzen in die internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

Einleitung

Für die internationalen Organisationen und auf nationaler Ebene steht bisher die *Stromrechnung* im Mittelpunkt der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR). So wie im Rahmen des betriebswirtschaftlichen Rechnungswesens die Erfolgsrechnung durch die Aufstellung von konsistenten Bilanzen ergänzt wird, wird angestrebt, auch im Rahmen der VGR die Stromrechnung durch eine Bestandsrechnung, d.h. um *Vermögensbilanzen*, zu erweitern.

Im folgenden werden zunächst kurz die Verwendungsmöglichkeiten von Vermögensbilanzen erörtert. Nach einer Beschreibung der Rolle der Vermögensbilanzen in den bestehenden internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, werden die Vorschläge bei den Vereinten Nationen (UN) und beim Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) zur Weiterentwicklung des „System of National Accounts“ (SNA) bzw. des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) im Hinblick auf die Integration von Vermögensbilanzen dargestellt. Dabei wird auch auf die Realisierungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik Deutschland eingegangen. Schließlich wird an Hand von vorläufig geschätzten sektoralen Vermögensbilanzen für die Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1982 die quantitative Bedeutung der Vermögensarten in den Vermögensbilanzen analysiert.

1 Bedeutung von Vermögensbestandsrechnungen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Sektorale Vermögensbilanzen sind ein wichtiges Instrumentarium zur Analyse der *Finanzstrukturen* der Sektoren. So wie sich beispielsweise aus der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Eigen- und Fremdfinanzierungsanteil an den Investitionen im Unternehmenssektor ermitteln lassen, können aus den Vermögensbilanzen des Unternehmenssektors Höhe und Entwicklung der Eigen- und Fremdfinanzierungsanteile am Anlagevermögen abgelesen werden.

Sektorale Vermögensbilanzen, tief gegliedert nach Vermögensarten, bilden auch eine wichtige Grundlage für die Ermittlung der *personellen Vermögensverteilung*. Die Angaben für den Sektor private Haushalte wären für diesen Zweck möglichst noch nach sozio-ökonomischen Gruppen zu gliedern. Informationen über die Vermögensverteilung gewin-

nen vor allem im Zusammenhang mit der Diskussion über die Vermögensbildung der Arbeitnehmer an Bedeutung.

Insbesondere im Zusammenhang mit der von Hibbert¹⁾ entwickelten Inflationsrechnung haben die Vermögensbilanzen in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen. Mit Hilfe der Inflationsrechnung können die inflationsbedingten Kaufkraftveränderungen des Vermögens gemessen werden. Inflationsrechnungen für Sektoren sind zur Analyse des wirtschaftlichen Verhaltens in Zeiten mit hohen Preissteigerungen von großer Bedeutung, da die Auswirkungen einer Inflation auf die Sektoren je nach Höhe und Zusammensetzung des Vermögens und der Schulden sehr unterschiedlich sein können. Voraussetzung für diese Berechnungen sind sektorale Vermögensbilanzen.

Die VGR für die Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß die Bestandsrechnung auch als Grundlage für die Ermittlung von Stromgrößen dienen kann. Die Abschreibungen werden im Rahmen der Anlagevermögensrechnung ermittelt, indem der Wert jeder Anlageinvestition mit jährlich gleichen Beiträgen entsprechend der erwarteten wirtschaftlichen Nutzungsdauer der einzelnen Investitionsgüter auf die Gesamtzeit ihrer Nutzung verteilt wird. Bei der Berechnung der Vorratsveränderungen wird von Daten über Vorratsbestände ausgegangen. Auch die Veränderungen der Forderungen und Verbindlichkeiten werden von der Deutschen Bundesbank anhand von Bestandsdaten ermittelt.

Aufgrund des Bedarfs an Informationen über einzelne Vermögensarten für die Wirtschaftspolitik werden in vielen Ländern bereits Daten für Teile der Vermögensbilanzen erstellt, auch wenn noch wichtige Informationen fehlen, um vollständige Vermögensbilanzen zu erstellen. Für die Bundesrepublik Deutschland wird von der Deutschen Bundesbank regelmäßig das Geldvermögen berechnet. Das Statistische Bundesamt ermittelt das reproduzierbare Sachvermögen einschließlich des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte. Insbesondere mit der zunehmenden Bedeutung der Umweltpolitik steigt der Bedarf an Informationen über den Wert von Grund und Boden nach Nutzungsarten, von Bodenschätzen und von Waldbeständen. Im Rahmen der Konjunktur- und Strukturpolitik kommt den Angaben über das reproduzierbare Anlagevermögen in konstanten Preisen – dem Kapitalstock – besondere Bedeutung zu. Damit lassen sich Informationen über den Einsatz des Produktionsfaktors Kapital in Relation zur Bruttowertschöpfung (Kapitalkoeffizient) und in Relation zum Einsatz des Produktionsfaktors Arbeit (Kapitalintensität) gewinnen. Außerdem können mit Hilfe der Angaben über den Kapitalstock das Produktionspotential – das Bruttoinlandsprodukt, das bei Vollauslastung des Produktionsvermögens erzielt werden könnte – und der Kapazitätsauslastungsgrad geschätzt werden. Methodische Überlegungen zum Kapitalstock enthält eine Untersuchung der UN²⁾, auf die im folgenden nicht näher eingegangen wird.

¹⁾ Hibbert (1983).

²⁾ United Nations (1979).

2 Richtlinien zur Erstellung von Vermögensbilanzen in den internationalen Systemen Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen

2.1 Vermögensbilanzen im SNA und im ESVG

Während in dem 1970 veröffentlichten ESVG³⁾ Vermögensbilanzen völlig ausgeklammert sind, wurden bereits im SNA von 1968 einige **G r u n d p r i n z i p i e n** für die Erstellung von Vermögensbilanzen im Rahmen der VGR festgelegt:⁴⁾

- Vermögensbilanzen sollen zum Anfang und zum Ende jeder Berichtsperiode für institutionell abgegrenzte Sektoren erstellt werden. Die sektorale Gliederung ist mit der in der Finanzierungsrechnung identisch.
- Die Aktivseite einer Vermögensbilanz soll das Sachvermögen und die Forderungen, die Passivseite die Verbindlichkeiten und das Reinvermögen enthalten. Dabei ist das Reinvermögen als Differenz zwischen allen Aktiva und den Verbindlichkeiten definiert; Aktien werden beim Emittenten als Verbindlichkeiten betrachtet. Beim Sektor übrige Welt wird nur Geldvermögen gebucht. Das im Eigentum von Ausländern befindliche Sachvermögen im Inland wird den inländischen Sektoren zugerechnet und zur Korrektur eine Forderung der übrigen Welt gebucht.
- Alle Vermögenstatbestände sollten zu Marktpreisen am Bilanzstichtag bewertet werden. Es wird jedoch eingeräumt, daß für Vermögensarten, für die sich keine Marktpreise ermitteln lassen, auf vergleichbare Bewertungskonzepte übergegangen wird. Tatbestände des Geldvermögens sind beim Gläubiger- und Schuldnersektor gleich zu bewerten.
- Der Nachweis des Vermögens zu Marktwerten an den Bilanzstichtagen führt beim Sachvermögen und bei einer Reihe von Geldvermögensarten zu Unterschieden zwischen den Salden aus End- und Anfangsbeständen der Berichtsperiode und den Stromgrößen der VGR für die Berichtsperiode. Um die Bestands- und die Stromrechnung miteinander zu verknüpfen, wurden im SNA Umbewertungskonten eingeführt, in denen die Wertänderungen der Vermögensbestände in der Berichtsperiode ausgewiesen werden.

2.2 Weiterentwicklung des SNA und des ESVG im Hinblick auf die Integration von Vermögensbilanzen

2.2.1 Allgemeines

Im Laufe der siebziger Jahre wurden bei den Vereinten Nationen **R i c h t l i n i e n** zur Erstellung von Vermögensbilanzen und von Umbewertungskonten ausgearbeitet und 1977 veröffentlicht.⁵⁾ Sie enthalten Vorschläge zur sektoralen Gliederung und für die Klassifizierung

³⁾ SAEG (1970).

⁴⁾ Vgl. United Nations (1968), S. 6 f., S. 11 f. und S. 30 ff.

⁵⁾ United Nations (1977).

sowie für die Bewertung von Vermögensarten. Jedoch zeigen sie auch, daß viele für die Vermögensbilanzen erforderlichen Größen nur schwer statistisch erfaßt werden können. Im Rahmen der EG begannen erst 1982 die Überlegungen, auch in das ESVG mit den Stromgrößen konsistente Vermögensbilanzen zu integrieren. Als Grundlage dienen die von den UN 1977 veröffentlichten Richtlinien. Im folgenden sollen die wichtigsten Probleme bei der Erstellung von Richtlinien für Vermögensbilanzen erörtert, die Lösungsvorschläge im SNA und ESVG verglichen und aus der Sicht der VGR der Bundesrepublik Deutschland eingeschätzt werden. Die Überlegungen zum Umfang und zur Bewertung der Vermögenstatbestände in den verschiedenen Konzepten zur Erstellung von Vermögensbilanzen sind in Übersicht 1 (siehe S. 116 f.) zusammengefaßt. Diese zeigt neben den Vorschlägen in den Richtlinien der Vereinten Nationen und den Überlegungen, die derzeit auf EG-Ebene stattfinden, die Möglichkeiten für die Erfassung der Vermögensarten im Rahmen der VGR der Bundesrepublik Deutschland aus heutiger Sicht.

2.2.2 Sektorale Gliederung

In den Richtlinien der UN wurde die sektorale Gliederung des SNA voll für die Aufstellung von Vermögensbilanzen übernommen.⁹⁾ Sie ist im folgenden leicht gekürzt wiedergegeben:

Sektorengliederung

Nichtfinanzielle Kapital- und Quasi-Kapitalgesellschaften

- Private Unternehmen
- Öffentliche Unternehmen

Kreditinstitute und Versicherungen

- Zentralbank
- Geldschöpfende Kreditinstitute
- Versicherungen
- Sonstige Finanzierungsinstitute

Staat

- Zentralstaat
- Länder und Gemeinden
- Sozialversicherung

Private Organisationen ohne Erwerbszweck

Private Haushalte einschl. nichtfinanzieller Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit (ohne Quasi-Kapitalgesellschaften)

- Unternehmerhaushalte
- Arbeitnehmerhaushalte
- Sonstige Haushalte

⁹⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 17.

Die UN räumen ein, daß es in vielen Ländern in absehbarer Zeit nicht möglich sein wird, für alle Sektoren in dieser Gliederungstiefe Vermögensbilanzen zu erstellen.

Die Sektorengliederung des E S V G unterscheidet sich nur unwesentlich von der des SNA. So wird der Sektor nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften derzeit nicht weiter untergliedert. Ein Nachweis der Untersektoren private Unternehmen und öffentliche Unternehmen wird zwar im Zuge der Revision des ESVG angestrebt, es erweist sich jedoch als schwierig, eine für alle europäischen Länder vergleichbare Abgrenzung der öffentlichen Unternehmen zu finden.⁷⁾ Es ist geplant, den Sektor private Haushalte in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und private Haushalte im engeren Sinn zu untergliedern. Während das Vermögen der Nichtunternehmerhaushalte vollständig den privaten Haushalten im engeren Sinn zuzuordnen ist, werden für die Verbuchung des Vermögens der Unternehmerhaushalte mehrere Vorschläge gemacht. Entweder es wird, wie im SNA, vollständig als Vermögen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit betrachtet, oder es wird funktional auf beide Untersektoren verteilt.⁸⁾ Dabei werden Vermögensbestandteile, die privaten Zwecken dienen (z.B. eigengenutzte Wohnungen), den privaten Haushalten im engeren Sinn und Vermögensbestandteile, die Produktionszwecken dienen (z.B. maschinelle Anlagen), den Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit zugerechnet. Abgrenzungsprobleme sind dabei in der Praxis unvermeidbar.

Die Sektorengliederung in den V G R der B u n d e s r e p u b l i k D e u t s c h l a n d unterscheidet sich vom ESVG im wesentlichen dadurch, daß alle Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit dem Unternehmenssektor zugerechnet werden. Der Sektor private Haushalte umfaßt somit nur die privaten Haushalte im engeren Sinn. Da sich die Finanzierungsformen der privaten Haushalte in ihrer Funktion als Verbraucher wesentlich von denen der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit unterscheiden, erscheint diese Sektorabgrenzung auch für Vermögensbilanzen sinnvoll. Der funktional abgegrenzte Bereich Wohnungsvermietung ist bisher im Unternehmenssektor enthalten. Bei der Aufstellung von Vermögensbilanzen müssen die Strom- und Bestandsgrößen dieses Bereiches auf die Eigentümersektoren (Unternehmen, Staat, private Haushalte) aufgeteilt werden. Für Kapitalgesellschaften ist die im SNA vorgesehene Untergliederung nach privaten und öffentlichen Eigentümern wegen Abgrenzungsschwierigkeiten nicht möglich. Da sich das Vermögen der Produktionsunternehmen und das der Kreditinstitute und Versicherungen in ihrer Zusammensetzung sehr stark unterscheiden, erhöht eine Untergliederung des Unternehmenssektors in diese beiden Unterbereiche sehr stark die Aussagekraft der Vermögensbilanzen des Unternehmenssektors. Für struktur- und wachstumspolitische Analysen wäre eine weitere Unterteilung der Produktionsunternehmen nach Wirtschaftsbereichen wünschenswert. Jedoch dürfte in absehbarer Zeit das Datenmaterial – insbesondere für Forderungen und Verbindlichkeiten – nicht ausreichen, um Vermögensbilanzen für Wirtschaftsbereiche zu erstellen.

⁷⁾ SAEG (1985), S. 17 f.

⁸⁾ Vgl. die Vorschläge für die Stromrechnung in Chantraine (1985), S. 16 ff.

Übersicht 1: Vergleichender Überblick über die Vermögenstatbestände in den verschiedenen Konzepten zur Erstellung von Vermögensbilanzen

Vermögenstatbestände	UN-Richtlinien	Vorschläge für das ESVG	Berechnungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik Deutschland
Sachvermögen			
- Reproduzierbares Sachvermögen	Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen nach der Systematik des SNA für Anlageinvestitionen	Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, abgegrenzt wie die Anlageinvestitionen des ESVG	das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen in nationaler Gliederung liegt vor
- - Reproduzierbares Anlagevermögen	Bestände zu Marktpreisen oder, falls nicht möglich, zu Buchwerten nach der Systematik des SNA für Vorräte	Bestände zu Marktpreisen, eine Untergliederung nach Güterarten ist vorgesehen	Vorratsbestände werden zu Buchwerten ohne Untergliederung nach Güterarten bereits ermittelt
- - Vorratsbestände	Nettobestände zu Wiederbeschaffungspreisen in Zusatztabellen	Nettobestände zu Wiederbeschaffungspreisen in Zusatztabellen	Nettobestände zu Wiederbeschaffungspreisen in Zusatztabellen, Ergebnisse liegen vor
- - Privates Gebrauchsvermögen	Land nach Nutzungsarten bewertet zu Marktpreisen (u.a. zu Verkaufspreisen)	Land nach Nutzungsarten bewertet zu Marktpreisen (u.a. zu Verkaufspreisen)	eine Berechnung für Land nach Nutzungsarten bewertet zu Marktpreisen ist vorgesehen
- Nichtreproduzierbares Sachvermögen	enthalten im Wert des Waldbodens	enthalten im Wert des Waldbodens	werden nicht in den Wert des Waldbodens einbezogen; die Möglichkeit einer Erfassung muß noch untersucht werden
- - Grund und Boden	sichere Vorräte bewertet mit dem Gegenwartswert zukünftiger Erträge	Erfassung wird angestrebt, jedoch Bewertungsprobleme noch ungeklärt	eine monetäre Erfassung erscheint derzeit nicht möglich
- - Baumbestände	Bestände, die den Eigentümer gegen Entgelt wechseln, zum Verkaufspreis	keine Erfassung	eine Erfassung erscheint derzeit nicht möglich
- - Bodenschätze	Bestände, die den Eigentümer gegen Entgelt wechseln, zum Verkaufspreis	keine Erfassung, da sie vollständig nicht möglich ist	eine Erfassung erscheint derzeit nicht möglich
- - Historische Denkmäler			
Immaterielles nicht-finanzielles Vermögen (Patente, Lizenzen u.ä.)			

noch: Übersicht 1

Vermögensstatbestände	UN-Richtlinien	Vorschläge für das ESVG	Berechnungsmöglichkeiten für die Bundesrepublik Deutschland
Forderungen und Verbindlichkeiten – Finanzielles Gold	Bestände zu Marktwerten	Bestände zu Marktwerten	in der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank größtenteils berücksichtigt
– Geld- und sonstige Einlagen, Geldmarktpapiere, kurz- und langfristige Kredite	Bestände zu Nennwerten	Bestände zu Nennwerten	Bestände zu Nennwerten liegen aus der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank vor
– Festverzinsliche Wertpapiere	Bestände möglichst zu Börsenkursen beim Emittenten und Inhaber, sonst zu geschätzten Marktwerten	Bestände möglichst zu Börsenkursen beim Emittenten und Inhaber, sonst zu geschätzten Marktwerten	Nachweis in der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank zu Emissionskursen und zu Börsenkursen
– Aktien	Bestände möglichst zu Börsenkursen beim Emittenten und Inhaber, sonst zu geschätzten Marktwerten	Bestände möglichst zu Börsenkursen beim Emittenten und Inhaber, sonst zu geschätzten Marktwerten, evtl. Zusatznachweis beim Emittenten zu Nominalwerten	Nachweis der Deutschen Bundesbank zu Emissionskursen und zu Börsenkursen
– Sonstige Beteiligungen (GmbH-Anteile, Kapitaleinlagen in Quasi-Kapitalgesellschaften u.a.)	Bestände zu „Bilanzkursen“ ¹⁾ für Beteiligungen an Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und Beteiligungen von Mutter- an Tochterunternehmen; sonst Schätzung von unabhängigen Marktwerten (abdiskontierte zukünftige Ertragswerte, mit Börsenkursen vergleichbarer Beteiligungen bewertete Bestände)	möglichst geschätzte unabhängige Marktwerte (abdiskontierte zukünftige Erträge, mit Börsenkursen vergleichbarer Beteiligungen bewertete Bestände), sonst Bestände zu „Bilanzkursen“ ¹⁾	vorerst kein Nachweis möglich

¹⁾ Vgl. S. 124.

2.2.3 Vermögenstatbestände

Bei der Entscheidung über Umfang und systematische Abgrenzung der Vermögenstatbestände wird von dem Grundsatz ausgegangen, eine möglichst hohe Konsistenz mit der Stromrechnung zu erreichen. Für Tatbestände, für die nur die Vermögensbestände oder nur die Vermögensveränderungen erfaßt werden, müssen Ausgleichsbuchungen im Umbewertungskonto vorgenommen werden. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, für Vermögenstatbestände, für die in der Stromrechnung keine Vermögensveränderungen vorgesehen sind, die Bestandsdaten nicht in den Vermögensbilanzen, sondern in **Z u s a t z t a b e l l e n** auszuweisen. Zusatztabellen könnten auch erstellt werden, um in den Bilanzen erfaßtes Vermögen anders abzugrenzen, tiefer zu untergliedern oder anders zu bewerten. So kann je nach Verwendungszweck unterschiedlichen Anforderungen an die Daten Rechnung getragen werden. Während in den Vermögensbilanzen nur Wertangaben gemacht werden können, lassen sich in den Zusatztabellen z.B. auch Mengenangaben darstellen.

Unter Berücksichtigung der Richtlinien der UN⁹⁾ könnte eine Vermögensbilanz folgenden Aufbau haben:

Vermögensbilanz

Aktiva	Passiva
Sachvermögen	Verbindlichkeiten
Reproduzierbares Sachvermögen	Finanzielles Gold
Reproduzierbares Anlagevermögen	Geld- und sonstige Einlagen
Vorratsbestände	Geldmarktpapiere
Nichtreproduzierbares Sachvermögen	Kurz- und langfristige Kredite
Grund und Boden	Festverzinsliche Wertpapiere
Baumbestände	Aktien
Bodenschätze	Sonstige Beteiligungen
Historische Denkmäler	Sonstige Verbindlichkeiten
Immaterielles nichtfinanzielles Vermögen (z. B. Patente)	Reinvermögen
Forderungen	
Finanzielles Gold	
Geld- und sonstige Einlagen	
Geldmarktpapiere	
Kurz- und langfristige Kredite	
Festverzinsliche Wertpapiere	
Aktien	
Sonstige Beteiligungen (z.B. GmbH-Anteile)	
Sonstige Forderungen	

⁹⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 77 ff.

Im SNA und im ESVG ist vorgesehen, daß das reproduzierbare Anlagevermögen die gleichen Güterarten wie die Bruttoanlageinvestitionen der Stromrechnung umfaßt. Es setzt sich im wesentlichen aus dem Bestand an Maschinen, maschinellen Anlagen, Fahrzeugen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen u.ä., Wohn- und sonstigen Hochbauten sowie Tiefbauten zusammen. Die auch von den UN und vom SAEG vorgeschlagene und inzwischen allgemein anerkannte Perpetual-Inventory-Methode¹⁰⁾ zur Berechnung des reproduzierbaren Anlagevermögens erlaubt es, eine sehr starke Verbindung zwischen den Berechnungen der Anlageinvestitionen, der Abschreibungen und der Vermögensbestände herzustellen. Im Rahmen der VGR der Bundesrepublik Deutschland wird ein mit der Stromrechnung konsistentes reproduzierbares Anlagevermögen in der Untergliederung nach Wohnungen, Bauten ohne Wohnungen und Ausrüstungen ermittelt. Ein Problem stellt die Aufteilung der Wohnungen auf Sektoren dar. Sie werden nicht nach Eigentümern, sondern im funktional abgegrenzten Bereich Wohnungsvermietung nachgewiesen, der dem Unternehmenssektor zugerechnet wird.

Auch die Vorratsbestände werden von den internationalen Organisationen analog zu den Vorratsveränderungen in der Stromrechnung abgegrenzt. Wird bei der Ermittlung der Vorratsveränderung – wie in der Bundesrepublik Deutschland – ohnehin von Vorratsbeständen ausgegangen, so läßt sich auch hier leicht eine Konsistenz zwischen Strom- und Bestandsrechnung erreichen. Für die Bundesrepublik Deutschland liegen Angaben über Vorratsbestände vor. Für analytische Zwecke wäre eine weitere Unterteilung der Vorräte nach Vorprodukten, Halb- und Fertigprodukten oder nach Güterarten (Rohstoffen, usw.) von Interesse.

Das nichtreproduzierbare Sachvermögen enthält nach den Vorschlägen der UN den Grund und Boden, den Baumbestand, Bodenschätze, Fischbestände und historische Denkmäler. Transaktionen mit diesen Gütern werden im SNA und im ESVG als Vermögensveränderung behandelt. Praktische Probleme ergeben sich insbesondere bei der Erfassung des Teils des nichtreproduzierbaren Sachvermögens, der über längere Zeiträume nicht den Eigentümer wechselt. Oft liegen nur unzureichende Informationen über dessen Umfang und Wert vor. Wegen dieser Erfassungsschwierigkeiten wird erwogen, im ESVG Fischbestände, historische Denkmäler und nichtmetallische Bodenschätze in Vermögensbilanzen nicht zu berücksichtigen.¹¹⁾ Für die Bundesrepublik Deutschland ist die Ermittlung des Wertes von Grund und Boden für die nächsten Jahre geplant. Inwieweit es möglich sein wird, noch weitere Bereiche des nichtreproduzierbaren Sachvermögens zu erfassen, ist derzeit noch offen. Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten wäre ferner der Aufbau von Zusatztabelle für Grund und Boden, Baumbestände und Bodenschätze in Mengeneinheiten anzustreben. Dieses Ziel erscheint leichter erreichbar als die wertmäßige Erfassung dieser Vermögensarten. Für Grund und Boden käme eine Untergliederung nach Nutzungsarten, für Baumbestände nach Baumarten, Alter und Gesundheitszustand und für Bodenschätze nach Güterarten, Güte der Vorräte und Verfügbarkeit in Frage.

Auch die Einbeziehung der immateriellen Vermögenswerte (Patente, Warenzeichen u.ä.) in die Vermögensbilanzen, die in den Richtlinien der UN vorgesehen ist, wird beim

¹⁰⁾ Diese Methode ist ausführlich beschrieben in: Lützel (1971).

¹¹⁾ Vgl. SAEG (1985), S. 20.

SAEG ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland aus statistischen Gründen mit Skepsis beurteilt.

Bezüglich der Behandlung des privaten Gebrauchsvermögens besteht Übereinstimmung, es nicht in den Vermögensbilanzen, sondern in Zusatztabellen auszuweisen, da die privaten Gebrauchsgüter in der Stromrechnung nicht als Investitionen, sondern als Privater Verbrauch behandelt werden. Ein Nachweis in den Vermögensbilanzen würde zu grundlegenden konzeptionellen Abweichungen von der Stromrechnung führen und einen hohen Ausgleichsposten in den Umbewertungskonten erforderlich machen.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten in der Finanzierungsrechnung des ESVG und des SNA umfassen finanzielles Gold, Geld- und sonstige Einlagen, Geldmarktpapiere, kurz- und langfristige Kredite, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien, sonstige Beteiligungen (alle nicht in Aktien verbrieften Beteiligungen, z.B. GmbH-Anteile, Beteiligungen an Personengesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit, Kapitaleinlagen in Quasi-Kapitalgesellschaften) u.a. Es ist vorgesehen, diese Tatbestände in die Vermögensbilanzen zu übernehmen. Die Deutsche Bundesbank ermittelt regelmäßig Forderungen und Verbindlichkeiten nach Sektoren, wobei internationale Anforderungen berücksichtigt sind.¹²⁾ Die sonstigen Beteiligungen klammert die Deutsche Bundesbank aus ihrer Geldvermögensrechnung weitgehend aus. Ihre statistische Erfassung ist mit großen Schwierigkeiten verbunden. In Ländern wie der Bundesrepublik Deutschland, in denen die sonstigen Beteiligungen eine bedeutende Rolle spielen, dürfte jedoch die sektorale Vermögensverteilung sehr verschieden aussehen, je nachdem, in welchem Umfang die nicht in Aktien verbrieften Beteiligungen als Aktiva der Eigentümersektoren berücksichtigt sind.

2.2.4 Bewertung der Vermögenstatbestände

Der Vorschlag im SNA von 1968, die Vermögensbestände zu Marktpreisen am Bilanzstichtag zu bewerten, ist allgemein anerkannt, jedoch war es bisher nicht möglich, für alle Vermögensarten, für die keine Marktpreise existieren, adäquate und praktikable Bewertungsmaßstäbe zu entwickeln.

In den Richtlinien der UN wird vorgeschlagen, das reproduzierbare Anlagevermögen in den Vermögensbilanzen netto (d.h. zum Neuwert abzügl. kumulierter Abschreibungen zwischen Investitions- und Berichtszeitpunkt) zu erfassen und zu Wiederbeschaffungspreisen zu bewerten. Dabei soll linear abgeschrieben werden. Mit Hilfe der Perpetual-Inventory-Methode lassen sich die Angaben gut ermitteln.¹³⁾ Dieser Vorschlag der UN soll auch ins ESVG übernommen werden. Die Bewertung des Nettoanlagevermögens zu Wiederbeschaffungspreisen kommt dem Marktpreiskonzept sehr nahe. Sie steht im Einklang mit der Bewertung der Bruttoinvestitionen in jeweiligen Preisen und der Abschreibungen zu Wieder-

¹²⁾ Vgl. Deutsche Bundesbank (1983).

¹³⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 44 f.

beschaffungspreisen in der Stromrechnung. Die Umbewertungskonten enthalten die preisbedingten Wertänderungen zwischen zwei Bilanzstichtagen und eventuell unerwartete Verluste am Vermögen, die nicht in den periodengerechten Abschreibungen enthalten sind. Daten über das Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen liegen für die Bundesrepublik Deutschland vor.¹⁴⁾

Wie in den UN-Richtlinien festgestellt wird, ergeben sich größere praktische Schwierigkeiten dabei, eine dem Marktpreiskonzept entsprechende Bewertung der Vorratsbestände zu finden. Denn die Angaben über Vorratsbestände stammen überwiegend aus Unternehmensbilanzen, in denen sie am Bilanzstichtag zu Buchwerten (d.h. Anschaffungspreisen, Herstellungskosten oder Teilwerten nach dem Niedrigstwertprinzip der Handelsbilanzen) nachgewiesen werden. Diese liegen um so stärker unter den Marktwerten, je länger sich die Vorratsgüter im Bestand befinden und je stärker die Preise steigen. Da keine Angaben über die Verweildauer von Vorratsgütern im Bestand vorliegen, ist eine Umbewertung auf Marktwerte oft nicht möglich. Für diese Fälle wird in den Richtlinien der UN vorgeschlagen, die Vorratsbestände in den Vermögensbilanzen zu Buchwerten nachzuweisen.¹⁵⁾ Auch in der Sachvermögensrechnung für die Bundesrepublik Deutschland werden die Vorratsbestände zu Buchwerten ausgewiesen. Dies ist wegen der im allgemeinen hohen Umschlaghäufigkeit von Vorratsbeständen und wegen der bei der Bilanzierung vorwiegend angewandten Fifo-Methode („first in – first out“) vertretbar.

Eine quantitativ hohe Bedeutung dürfte in allen Ländern der Vermögensart Grund und Boden zukommen. Da zum Bilanzstichtag jedoch für den größten Teil des Bodens keine Marktwerte bekannt sind, wird von den UN vorgeschlagen, bei der wertmäßigen Erfassung des Grundvermögens von Daten über Flächeneinheiten auszugehen, die nach Nutzungsarten, Qualität und Regionen gegliedert sind. Die Bewertung der Flächeneinheiten erfolgt mit Hilfe von Verkaufspreisen für Land in der entsprechenden Untergliederung. Während die Ermittlung des Gesamtwertes des unbebauten Bodens für unproblematisch erachtet wird, werden Schwierigkeiten vor allem bei der Trennung von Gebäude- und Bodenwert bei bebauten Grundstücken und bei der Zuordnung von Grund und Boden auf Eigentümersektoren gesehen.¹⁶⁾ Für die Bundesrepublik Deutschland liegen keine Angaben über Verkaufspreise für bebautes Land vor, da dieses nur in geringem Umfang verkauft wird. Sie sind deshalb mit Hilfe von Daten über Kaufpreise für baureifes Land zu schätzen. Obwohl in der Praxis der Durchschnittswert pro m² für bebautes Land tendenziell höher liegen dürfte als der Quadratmeterpreis für baureifes Land, können die Marktpreise für bebautes Land mit Hilfe der Kaufpreise für baureifes Land zufriedenstellend geschätzt werden, wenn stark regionalisierte Daten verwendet werden.

Im SNA und ESVG ist vorgesehen, den Wert des Waldbodens und der Baumbestände in einer Position auszuweisen. Soweit Preise aus dem Verkauf von Wäldern vorliegen, sollten diese zur Bewertung der Waldflächen herangezogen werden.¹⁷⁾ Unter umweltpolitischen Gesichtspunkten wäre jedoch ein getrennter Nachweis des Waldbodens und der Baumbestän-

¹⁴⁾ Zu den Berechnungskonzepten für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Lützel (1972).

¹⁵⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 45 f.

¹⁶⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 46 ff.

¹⁷⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 48 f.

de in den Vermögensbilanzen wünschenswert. Für die Ermittlung der Waldbodenwerte könnten regionale Angaben über die Größe der Waldbodenfläche und über Verkaufspreise für landwirtschaftlich genutzten Boden herangezogen werden. Zur Berechnung des Wertes der Baumbestände sind Angaben über die Zusammensetzung des Waldbestandes nach Baumarten und Alter und über Erträge aus verkauftem Holz erforderlich. Ein großes Problem für die Bewertung des Baumbestandes ergibt sich aus der Wertminderung durch das Waldsterben. Für die Bundesrepublik Deutschland ist vorgesehen, den Wert der Waldbodenflächen zu ermitteln. Ob das Datenmaterial ausreicht, in absehbarer Zeit auch Angaben über den Wert des Baumbestandes zu erhalten, läßt sich derzeit noch nicht abschätzen.

Während es möglich sein dürfte, Mengenangaben über erschlossene Bodenschätze von den Bergbauunternehmen zu erhalten, bereitet deren Bewertung für Zwecke der Vermögensbilanzen große Schwierigkeiten. Denn abgesehen von Konzessionszahlungen fehlen weitgehend Marktpreise für Bodenschätze unter der Erde. In den Richtlinien der UN wird deshalb vorgeschlagen, den Wert der Bodenschätze am Bilanzstichtag als Summe der abdiskontierten zukünftigen Reinerträge zu schätzen. Dafür sind Informationen über die zeitliche Entwicklung des Abbaus der Bodenschätze, über die zukünftigen Erträge und über die zukünftige Normalverzinsung erforderlich. Diese Größen können nur grob geschätzt werden. Aufgrund von technischen Entwicklungen, Entdeckungen neuer Rohstoffvorräte oder Nachfrageänderungen lassen sich grundlegende Korrekturen dieser Schätzungen nicht ausschließen. Neuentdeckungen und Korrekturen bei der Schätzung des Gegenwartswertes zukünftiger Erträge aus dem Abbau von Bodenschätzen wären im Umbewertungskonto zu berücksichtigen.¹⁸⁾ Die Realisierbarkeit dieses Ansatzes zur Bewertung von Bodenschätzen für die Bundesrepublik Deutschland wird mit großer Skepsis betrachtet, da Daten über Höhe und qualitative Zusammensetzung der Bodenschätze, über die zeitliche Entwicklung des Abbaus der bekannten Bodenschätze und die zukünftigen Ertragsmöglichkeiten fehlen. Wenn die Reinerträge negativ sind, wie dies für den Kohlebergbau in der Bundesrepublik Deutschland mitunter vorkam, ist diese Bewertungsmethode ohnehin nicht mehr praktikabel. So werden in absehbarer Zeit für die Bundesrepublik Deutschland die Bodenschätze in den Vermögensbilanzen unberücksichtigt bleiben müssen.

Große Probleme ergeben sich auch bei der Bewertung historischer Denkmäler und immaterielle Güter. In den Richtlinien der UN wird deshalb vorgeschlagen, Vermögensbestände dieser Art nur dann, wenn sie gegen Entgelt den Eigentümer wechseln, zum Verkaufspreis in den Vermögensbilanzen zu berücksichtigen.¹⁹⁾ Damit könnte die Konsistenz mit der Stromrechnung erhalten bleiben. Diese Lösung ist jedoch unbefriedigend, weil sie zu einer unvollständigen Erfassung der vorhandenen Bestände führt. Deshalb neigt man auf europäischer Ebene dazu, auf den Nachweis dieser Vermögensarten in den Vermögensbilanzen ganz zu verzichten und die Transaktionswerte der Stromrechnung im Umbewertungskonto auszugleichen.

Die UN und das SAEG stimmen darin überein, das private Gebrauchsvermögen

¹⁸⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 49.

¹⁹⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 49.

wie das reproduzierbare Anlagevermögen netto zu Wiederbeschaffungspreisen mit Hilfe der Perpetual-Inventory-Methode zu ermitteln. Diese Berechnungsmethode ist einer direkten Erhebung bei den privaten Haushalten vorzuziehen, da den Eigentümern der Wert der Güter zum Befragungszeitpunkt weitgehend unbekannt ist. Für die Bundesrepublik Deutschland liegen bereits nach der Perpetual-Inventory-Methode berechnete Angaben über das private Gebrauchsvermögen vor.²⁰⁾

Auch für Forderungen und Verbindlichkeiten soll eine Bewertung zu Marktpreisen angestrebt werden. In den Richtlinien der UN wird vorgeschlagen, Gold, festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und sonstige Beteiligungen zu Marktwerten, alle anderen Forderungen und Verbindlichkeiten zu Nominalwerten in den Vermögensbilanzen auszuweisen.²¹⁾ Bei Geld- und sonstigen Einlagen, Geldmarktpapieren und Krediten geben die Nominalwerte die tatsächlichen Werte im Berichtszeitpunkt gut wieder, sie sind weitgehend mit den Marktwerten identisch oder weichen nur geringfügig davon ab. Zur Bewertung von Gold liegen Marktpreise vor. Für börsengängige festverzinsliche Wertpapiere sind Marktpreise in Form der Börsenkurse verfügbar. Die Bewertung nichtbörsengängiger festverzinslicher Wertpapiere zu Marktpreisen wirft jedoch praktische Probleme auf. Problemlos lassen sich dagegen in börsengängigen Aktien verbrieft Beteiligungen mit ihren Börsenkursen bewerten. Schwieriger ist die Bewertung aller sonstigen Beteiligungen. Für Beteiligungen an Personengesellschaften ohne eigene Rechtspersönlichkeit und für Beteiligungen von Mutter- an Tochterunternehmen bei Kapitalgesellschaften wird in den UN-Richtlinien vorgeschlagen, daß der Wert der Beteiligungen die gesamte Differenz zwischen Aktiva und Verbindlichkeiten gegenüber Dritten umfaßt und somit kein Reinvermögen vorhanden ist. Für die Bewertung aller weiteren Beteiligungen an Kapitalgesellschaften (z.B. GmbH-Anteile) wird in den UN-Richtlinien einer Schätzung von Marktwerten anhand von gegenwärtigen und erwarteten Dividenden und Erträgen oder – soweit verfügbar – mit Hilfe von Börsenkursen vergleichbarer Beteiligungen gegenüber anderen Überlegungen²²⁾ der Vorzug gegeben. Während die Bewertung von Beteiligungen zu Marktpreisen beim Inhaber unstrittig ist, wird auch die Meinung vertreten, daß die Beteiligungen beim Emittenten zu den in den Unternehmensbilanzen ausgewiesenen Nominalwerten erfaßt werden sollten. Die Bewertung von Beteiligungen sollte jedoch in den Vermögensbilanzen beim Emittenten und beim Inhaber immer gleich sein. Auf EG-Ebene hat man sich deshalb auch für eine reine Marktpreisbewertung in den Vermögensbilanzen entschieden. In Zusatztabellen sollen Beteiligungen aber auch zu Nominalwerten ausgewiesen werden. In der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank werden Aktien und festverzinsliche Wertpapiere zu Emissionskursen und zu Börsenkursen am Bilanzstichtag nachgewiesen. Eine an vergleichbaren Papieren und Ertragserwartungen orientierte Schätzung der Marktwerte für nichtbörsengängige Aktien und für die sonstigen Beteiligungen dürfte in der Praxis schwierig und mit großen Fehlerspielräumen verbunden sein. Es wäre deshalb zu überlegen, die Nominalwerte aller Beteiligungen, für die keine Börsenkurse existieren, mit dem „Bilanzkurs“ zu bewerten. Den Bilanzkurs erhält man als Relation zwischen der Summe aller Aktiva, abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Dritten, und den Nominalwerten der Beteiligungen. Der „Marktwert“ der Beteiligungen ist dann die

²⁰⁾ Schäfer (1985).

²¹⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 49 ff.

²²⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 53 f.

Summe aller Aktiva, abzüglich der Verbindlichkeiten gegenüber Dritten. Praktische Probleme ergeben sich bei der Aufteilung des so ermittelten Beteiligungsvermögens auf die Inhaber.

2.2.5 Volksvermögen und Reinvermögen der Sektoren

Aus der Vermögensbilanz für inländische Sektoren läßt sich das **V o l k s v e r m ö g e n** ohne privates Gebrauchsvermögen ablesen. Es ergibt sich als Summe aller nichtfinanziellen Aktiva abzüglich des Saldos aus Forderungen und Verbindlichkeiten der übrigen Welt. Da dieser von relativ geringer Bedeutung ist, hängt das Volksvermögen sehr stark davon ab, welche nichtfinanziellen Vermögensarten in die Vermögensbilanz einbezogen werden. Es erscheint sinnvoll, in das Volksvermögen auch das außerhalb der Vermögensbilanzen ermittelte private Gebrauchsvermögen zu integrieren.

Das **R e i n v e r m ö g e n d e r S e k t o r e n** läßt sich in den sektoralen Vermögensbilanzen als Differenz zwischen der Summe aller Aktiva und den Verbindlichkeiten darstellen. Die Summe der Reinvermögenswerte der Sektoren ergibt das Volksvermögen ohne privates Gebrauchsvermögen. Werden die sektorale Vermögensverteilung und die Höhe und die Zusammensetzung des Vermögens der privaten Haushalte betrachtet, sollte jedoch neben dem Reinvermögen der Sektoren auch das private Gebrauchsvermögen berücksichtigt werden. Diskutiert wird derzeit noch, was als Reinvermögen des Unternehmenssektors angesehen werden soll. Wird das Reinvermögen als Differenz zwischen allen Aktiva und allen Passiva definiert, so werden emittierte Aktien und Beteiligungsansprüche als Verbindlichkeiten behandelt, also wie eine Fremdfinanzierung. Für die Unternehmen stellen sie jedoch Eigenmittel dar. Die Richtlinien der UN sehen deshalb in der Bilanz des Unternehmenssektors zusätzlich zu den Einzelpositionen eine gemeinsame Position Aktien, sonstige Beteiligungen und Reinvermögen vor. Im Rahmen der EG wird erwogen, das Reinvermögen des Unternehmenssektors außerhalb der Vermögensbilanz als Differenz zwischen allen Aktiva und den Verbindlichkeiten gegenüber Dritten zum Nennwert nachzuweisen. Es enthält somit außer dem Saldo aus der Vermögensbilanz den Marktwert der ausgegebenen Aktien und sonstigen Beteiligungen und die Differenz zwischen Markt- und Nennwert der ausgegebenen festverzinslichen Wertpapiere. Um Doppelzählungen zu vermeiden, sind festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und sonstige Beteiligungen, die im Unternehmenssektor selbst gehalten werden, gegeneinander aufzurechnen. Diese Konzeption besitzt den Nachteil, daß das Reinvermögen aller inländischen Sektoren zusammen nicht mehr der Summe der Reinvermögen der einzelnen Sektoren entspricht. Deshalb wird im folgenden der Begriff Reinvermögen ausschließlich für die Salden der Vermögensbilanzen verwendet, womit nicht ausgeschlossen werden soll, daß das Vermögen des Unternehmenssektors in Zusatztabellen anders abgegrenzt wird. In einem weiteren Schritt müßte das Reinvermögen des Unternehmenssektors noch auf die Eigentümersektoren – das sind die privaten Haushalte, der Staat, sowie die übrige Welt – aufgeteilt werden.

3 Vermögensbilanzen für die Bundesrepublik Deutschland 1982

In den folgenden Tabellen (siehe S. 127 ff.) werden beispielhaft E r g e b n i s s e der Sektorvermögensbilanzen Anfang und Ende 1982 ausgewiesen.²³⁾ Die Tabellen zeigen ferner die Nettozugänge der Stromrechnung; die Verbindung zwischen Bestands- und Stromdaten wird durch die ausgewiesenen Wertveränderungen hergestellt. Es wird zwischen den inländischen Sektoren private Haushalte, Unternehmen und Staat und dem Sektor übrige Welt unterschieden. Das reproduzierbare Sachvermögen und das private Gebrauchsvermögen wurden im Rahmen der VGR des Statistischen Bundesamtes (StBA) ermittelt.²⁴⁾ Daten über Forderungen und Verbindlichkeiten wurden der Geldvermögensrechnung der Deutschen Bundesbank entnommen.²⁵⁾ Der Wert von Grund und Boden und die Aufteilung der Wohnbauten nach Eigentümersektoren konnten vom StBA nur grob geschätzt werden. Der ausgewiesene Nettozugang an Land insgesamt beruht auf der Werterhöhung des vorhandenen Bodens aufgrund von Umwidmung landwirtschaftlich genutzten Bodens in Bauland u.ä. Es wäre auch denkbar, diese durch Qualitätsveränderung verursachte Bodenwertsteigerung als Wertveränderung zu buchen.

Für das V o l k s v e r m ö g e n (Vermögensbestände aller inländischen Sektoren) ergab sich für Anfang 1982 ohne privates Gebrauchsvermögen ein Wert von ca. 9,0 Billionen DM. Ende des Jahres lag er bei 9,4 Billionen DM. Er nahm also 1982 um 4,1 % zu. Mehr als die Hälfte des Anstiegs war auf Wertveränderungen aufgrund gestiegener Preise zurückzuführen. Dies zeigt, daß die Aufstellung von Umbewertungskonten bei der Integration von Vermögensbilanzen in die VGR von erheblicher Bedeutung ist. Bezieht man das private Gebrauchsvermögen in das Volksvermögen ein, so lag es Ende 1982 bei 10,0 Billionen DM. Der Anteil des privaten Gebrauchsvermögens am Volksvermögen betrug 6,6 %. Aufgrund der Nettverbindlichkeiten der übrigen Welt lag das Volksvermögen Ende 1982 um ca. 0,5 % über dem Sachvermögen. Der Grund und Boden (ohne den Wert von Gebäuden u.ä.) hatte einen Anteil von ca. 35 % am gesamten Volksvermögen. Das bedeutet, daß ohne Daten über den Wert von Grund und Boden Vermögensbilanzen im Rahmen der VGR nicht aufgestellt werden sollten. Vom Volksvermögen waren etwa 47 % den privaten Haushalten, etwa 40 % den Unternehmen und etwa 13 % dem Staat zuzurechnen. Da Beteiligungen der privaten Haushalte an Unternehmen außer Aktien weitgehend unberücksichtigt bleiben mußten, dürfte der tatsächliche Anteil der privaten Haushalte wesentlich höher gelegen haben.

Das Reinvermögen der p r i v a t e n H a u s h a l t e betrug Ende 1982 ca. 4,0 Billionen DM. Rechnet man das private Gebrauchsvermögen dazu, erhält man 4,7 Billionen DM. Dieser Wert liegt also um ca. 16 % höher als der erste. Das zeigt die große Bedeutung des privaten Gebrauchsvermögens für diesen Sektor. Das Reinvermögen der privaten Haushalte bestand zu ca. einem Viertel aus Nettogeldvermögen, ca. drei Viertel waren Wohnungen einschließlich der Grundstücke.

²³⁾ Ähnliche Schätzungen für 1980 siehe in: Lützel (1984).

²⁴⁾ Statistisches Bundesamt (1984), S. 310 und S. 312 und Schäfer (1985), S. 115 f.

²⁵⁾ Deutsche Bundesbank (1984), S. 58 ff.

Das Reinvermögen der U n t e r n e h m e n , das Ende 1982 ebenfalls 4,0 Billionen DM betrug, lag um ca. 15 % unter dem Sachvermögen. Der Unternehmenssektor ist im allgemeinen Nettoschuldner. Die Summe aus Reinvermögen und ausgegebenen Aktien betrug 4,3 Billionen DM. Das entsprach einem Anteil von etwa 50 % an den gesamten Aktiva. Dieser Wert gibt den Eigenfinanzierungsanteil allerdings etwas erhöht wieder, da Forderungen und Verbindlichkeiten mit festem Nennwert innerhalb des Unternehmenssektors konsolidiert sind.

Das Reinvermögen des S t a a t e s betrug Ende 1982 1,3 Billionen DM und lag 20 % unter dem Sachvermögen. Es war Ende 1982 3,4 % niedriger als zu Jahresanfang. Das lag sowohl an der über den Zugang an Aktiva hinausgehenden Neuverschuldung und dem Wertzuwachs der Nettoverbindlichkeiten, als auch am Wertverlust des Sachvermögens.

Vermögensbestände, Nettozugänge und Wertveränderung des Vermögens 1982*)

Alle inländischen Sektoren

Mrd. DM

Vermögensart	Bestand am Jahresanfang	Nettozugänge	Wertveränderung	Bestand am Jahresende
1. Grund und Boden ¹⁾	3 388,1	30,6	155,1	3 573,8
a) Bebaute Grundstücke ²⁾ u.ä.	2 469,9	33,1	178,7	2 681,7
b) Landwirtschaftlich genutzt.	743,8	- 2,7	- 20,7	720,4
c) Wald, Gewässer u.ä.	174,4	0,2	- 2,9	171,7
2. Reproduzierbares Sachvermögen ³⁾	5 548,2	116,4	57,6	5 722,2
a) Wohnbauten	2 166,2	50,5	27,3	2 244,0
b) Nichtwohnbauten	2 131,8	58,2	- 11,0	2 179,0
c) Ausrüstungen	831,8	13,0	23,6	868,4
d) Vorräte	418,4	- 5,3	17,7	430,8
3. Sachvermögen (1 + 2)	8 936,3	147,0	212,7	9 296,0
4. Forderungen	5 266,6	384,2	83,2	5 734,0
a) Mit festem Nennwert	4 399,4	295,2	-	4 694,6
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	558,5	82,4	56,1	697,0
c) Aktien ⁴⁾	308,7	6,6	27,1	342,4
5. Aktiva zusammen (3 + 4)	14 202,9	531,2	295,9	15 030,0
6. Verbindlichkeiten	5 216,7	378,2	84,6	5 679,5
a) Mit festem Nennwert	4 379,4	298,6	-	4 678,0
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	543,5	73,3	58,6	675,4
c) Aktien ⁴⁾	293,8	6,3	26,0	326,1
7. Reinvermögen (5 - 6) = Volksvermögen ohne privates Gebrauchvermögen	8 986,2	153,0	211,3	9 350,5

Zusatztable:

1. Reinvermögen	8 986,2	153,0	211,3	9 350,5
2. Privates Gebrauchvermögen ⁵⁾	637,6	5,6	18,2	661,4
3. Volksvermögen (1 + 2)	9 623,8	158,6	229,5	10 011,9

*) Berechnungskonzepte entsprechend den Tabellen 1 und 2 für 1980 in: Lützel, H., Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hrsg., Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 147 f., Stuttgart 1984.

¹⁾ Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Waldbestände u.ä.

²⁾ Einschl. Hausgärten, Verkehrsflächen, Parks, Plätze, Freiflächen, Flugplätze u.ä., aber ohne den Wert von Gebäuden u.ä.

³⁾ Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, öffentlicher Tiefbau zu $\frac{2}{3}$ des Bruttowertes, ohne dauerhaftes Gebrauchvermögen privater Haushalte und ohne militärisch genutzte Anlagen.

⁴⁾ Bewertet zu Tageskursen.

⁵⁾ Netto zu Wiederbeschaffungspreisen.

Vermögensbestände, Nettozugänge und Wertveränderung des Vermögens 1982*)

Private Haushalte**)

Mrd. DM

Vermögensart	Bestand am Jahresanfang	Nettozugänge	Wertveränderung	Bestand am Jahresende
1. Grund und Boden ¹⁾	1 005,0	14,5	96,6	1 116,1
a) Bebaute Grundstücke ²⁾ u.ä.	1 005,0	14,5	96,6	1 116,1
b) Landwirtschaftlich genutzt	-	-	-	-
c) Wald, Gewässer u.ä.	-	-	-	-
2. Reproduzierbares Sachvermögen ³⁾	1 733,0	40,4	21,8	1 795,2
a) Wohnbauten	1 733,0	40,4	21,8	1 795,2
b) Nichtwohnbauten	-	-	-	-
c) Ausrüstungen	-	-	-	-
d) Vorräte	-	-	-	-
3. Sachvermögen (1 + 2)	2 738,0	54,9	118,4	2 911,3
4. Forderungen	1 598,3	126,8	25,1	1 750,2
a) Mit festem Nennwert	1 327,8	109,9	-	1 437,7
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	212,4	16,4	21,5	250,3
c) Aktien ⁴⁾	58,1	0,5	3,6	62,2
5. Aktiva zusammen (3 + 4)	4 336,3	181,7	143,5	4 661,5
6. Verbindlichkeiten	587,6	39,4	-	627,0
a) Mit festem Nennwert	587,6	39,4	-	627,0
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	-	-	-	-
c) Aktien ⁴⁾	-	-	-	-
7. Reinvermögen (5 - 6)	3 748,7	142,3	143,5	4 034,5

Zusatztable:

1. Reinvermögen	3 748,7	142,3	143,5	4 034,5
2. Privates Gebrauchsvermögen ⁵⁾	637,6	5,6	18,2	661,4
3. Reinvermögen einschl. privates Gebrauchsvermögen (1 + 2)	4 386,3	147,9	161,7	4 695,9

*) Berechnungskonzepte entsprechend den Tabellen 1 und 2 für 1980 in: Lützel, H., Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hrsg., Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 147 f., Stuttgart 1984.

***) Einschl. Wohnungsvermögen, ohne gewerblich genutztes Vermögen und ohne Eigentumsansprüche an Unternehmen (außer Aktien).

1) Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Waldbestände u.ä.

2) Einschl. Hausgärten, Verkehrsflächen, Parks, Plätze, Freiflächen u.ä., aber ohne den Wert von Gebäuden u.ä.

3) Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, ohne dauerhaftes Gebrauchsvermögen.

4) Bewertet zu Tageskursen.

5) Netto zu Wiederbeschaffungspreisen.

Vermögensbestände, Nettozugänge und Wertveränderung des Vermögens 1982*)

Unternehmen**

Mrd. DM

Vermögensart	Bestand am Jahresanfang	Nettozugänge	Wertveränderung	Bestand am Jahresende
1. Grund und Boden ¹⁾	1 811,7	11,4	68,0	1 891,1
a) Bebaute Grundstücke ²⁾ u.ä.	989,4	14,0	90,0	1 093,4
b) Landwirtschaftlich genutzt.	743,8	- 2,7	- 20,7	720,4
c) Wald, Gewässer u.ä.	78,5	0,1	- 1,3	77,3
2. Reproduzierbares Sachvermögen ³⁾	2 810,4	48,4	39,4	2 898,2
a) Wohnbauten.	368,2	8,6	4,7	381,5
b) Nichtwohnbauten.	1 235,5	32,4	- 5,0	1 262,9
c) Ausrüstungen.	790,9	12,7	22,0	825,6
d) Vorräte.	415,8	- 5,3	17,7	428,2
3. Sachvermögen (1 + 2)	4 622,1	59,8	107,4	4 789,3
4. Forderungen.	3 338,2	241,2	54,6	3 634,0
a) Mit festem Nennwert.	2 792,1	171,7	-	2 963,8
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	329,8	63,5	33,0	426,3
c) Aktien ⁴⁾	216,3	6,0	21,6	243,9
5. Aktiva zusammen (3 + 4)	7 960,3	301,0	162,0	8 423,3
6. Verbindlichkeiten	4 042,1	267,2	72,6	4 381,9
a) Mit festem Nennwert.	3 298,6	212,5	-	3 511,1
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	449,7	48,4	46,6	544,7
c) Aktien ⁴⁾	293,8	6,3	26,0	326,1
7. Reinvermögen (5 - 6)	3 918,2	33,8	89,4	4 041,4

*) Berechnungskonzepte entsprechend den Tabellen 1 und 2 für 1980 in: Lützel, H., Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hrsg., Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 147 f., Stuttgart 1984.

***) Ohne Wohnungsvermögen im Eigentum privater Haushalte oder des Staates.

1) Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Waldbestände u.ä.

2) Einschl. Verkehrsflächen, Parks, Plätze, Freiflächen, Flugplätze u.ä., aber ohne den Wert von Gebäuden u.ä.

3) Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen.

4) Bewertet zu Tageskursen.

Vermögensbestände, Nettozugänge und Wertveränderung des Vermögens 1982*)

Staat**)

Mrd. DM

Vermögensart	Bestand am Jahres- anfang	Netto- zugänge	Wert- ver- änderung	Bestand am Jahres- ende
1. Grund und Boden ¹⁾	571,4	4,7	- 9,5	566,6
a) Bebaute Grundstücke ²⁾ u.ä.....	475,5	4,6	- 7,9	472,2
b) Landwirtschaftlich genutzt.....	-	-	-	-
c) Wald, Gewässer u.ä.....	95,9	0,1	- 1,6	94,4
2. Reproduzierbares Sachvermögen ³⁾	1 004,8	27,6	- 3,6	1 028,8
a) Wohnbauten.....	65,0	1,5	0,8	67,3
b) Nichtwohnbauten.....	896,3	25,8	6,0	916,1
c) Ausrüstungen.....	40,9	0,3	1,6	42,8
d) Vorräte.....	2,6	-	-	2,6
3. Sachvermögen (1 + 2).....	1 576,2	32,3	- 13,1	1 595,4
4. Forderungen.....	330,1	16,2	3,5	349,8
a) Mit festem Nennwert.....	279,5	13,6	-	293,1
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	16,3	2,5	1,6	20,4
c) Aktien ⁴⁾	34,3	0,1	1,9	36,3
5. Aktiva zusammen (3 + 4).....	1 906,3	48,5	- 9,6	1 945,2
6. Verbindlichkeiten.....	587,0	71,6	12,0	670,6
a) Mit festem Nennwert.....	493,2	46,7	-	539,9
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	93,8	24,9	12,0	130,7
c) Aktien ⁴⁾	-	-	-	-
7. Reinvermögen (5 - 6).....	1 319,3	- 23,1	- 21,6	1 274,6

*) Berechnungskonzepte entsprechend den Tabellen 1 und 2 für 1980 in: Lützel, H., Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hrsg., Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 147 f., Stuttgart 1984.

***) Einschl. Wohnungsvermögen.

1) Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Waldbestände u.ä.

2) Einschl. Verkehrsflächen, Parks, Plätze, Freiflächen, Flugplätze u.ä., aber ohne den Wert von Gebäuden u.ä.

3) Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen, öffentlicher Tiefbau zu $\frac{2}{3}$ des Bruttowertes; ohne militärisch genutzte Anlagen.

4) Bewertet zu Tageskursen.

Vermögensbestände, Nettozugänge und Wertveränderung des Vermögens 1982*)

Übrige Welt

Mrd. DM

Vermögensart	Bestand am Jahresanfang	Nettozugänge	Wertveränderung	Bestand am Jahresende
1. Grund und Boden ¹⁾	-	-	-	-
a) Bebaute Grundstücke ²⁾ u.ä.....	-	-	-	-
b) Landwirtschaftlich genutzt.....	-	-	-	-
c) Wald, Gewässer u.ä.....	-	-	-	-
2. Reproduzierbares Sachvermögen ³⁾	-	-	-	-
a) Wohnbauten.....	-	-	-	-
b) Nichtwohnbauten.....	-	-	-	-
c) Ausrüstungen.....	-	-	-	-
d) Vorräte.....	-	-	-	-
3. Sachvermögen (1 + 2).....	-	-	-	-
4. Forderungen.....	495,9	32,7	1,4	530,0
a) Mit festem Nennwert.....	437,9	29,8	-	467,7
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	21,4	1,9	2,5	25,8
c) Aktien ⁴⁾	36,6	1,0	- 1,1	36,5
5. Aktiva zusammen (3 + 4).....	495,9	32,7	1,4	530,0
6. Verbindlichkeiten.....	545,8	38,7	-	584,5
a) Mit festem Nennwert.....	457,9	26,4	-	484,3
b) Festverzinsliche Wertpapiere ⁴⁾	36,4	11,0	-	47,4
c) Aktien ⁴⁾	51,5	1,3	-	52,8
7. Reinvermögen (5 - 6).....	- 49,9	- 6,0	1,4	- 54,5

*) Berechnungskonzepte entsprechend den Tabellen 1 und 2 für 1980 in: Lützel, H., Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Hrsg., Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 147 f., Stuttgart 1984.

¹⁾ Grobe Schätzwerte, ohne Bodenschätze, Waldbestände u.ä.

²⁾ Einschl. Hausgärten, Verkehrsflächen, Parks, Plätze, Freiflächen, Flugplätze u.ä., aber ohne den Wert von Gebäuden u.ä.

³⁾ Nettoanlagevermögen zu Wiederbeschaffungspreisen.

⁴⁾ Bewertet zu Tageskursen.

Literaturverzeichnis

- Chantraine, A., Newson, B. (1985): Progress on the Revision of the European System of Accounts, Beitrag zu: International Association for Research in Income and Wealth, Nineteenth General Conference, 25 – 31 August 1985 (unveröffentlichtes Manuskript).
- Deutsche Bundesbank (1983): Zahlenübersichten und methodische Erläuterungen zur gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank 1960 bis 1982, Sonderdrucke der Deutschen Bundesbank, Nr. 4, Frankfurt am Main 1983.
- Deutsche Bundesbank (1984): Ergebnisse der Finanzierungs- und Geldvermögensrechnung, 1974 bis 1983 sowie Halbjahre 1979 bis 1983, Frankfurt am Main, Mai 1984 (Arbeitsunterlage).
- Hibbert, J. (1983): Measuring the Effects of Inflation on Income, Saving and Wealth, OECD, Paris 1983.
- Lützel, H. (1971): Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 10/1971, S. 593 ff.
- Lützel, H. (1972): Das reproduzierbare Sachvermögen zu Anschaffungs- und zu Wiederbeschaffungspreisen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1972, S. 611 ff.
- Lützel, H. (1984): Inflationsrechnung und Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, in: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Statistische Informationen, Probleme und Leistungen, S. 144 ff., Stuttgart 1984.
- Schäfer, D. (1985): Wert des Gebrauchsvermögens der privaten Haushalte, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1985, S. 110 ff.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1970): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESG, Luxemburg 1970.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1985): Current International Thinking and Objectives for the Revision of the System of National Accounts, Luxemburg 1985.
- Statistisches Bundesamt – StBA (Hrsg. 1984): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983, Stuttgart und Mainz 1984.
- United Nations (1968): A System of National Accounts (SNA), Studies in Methods, Series F, No. 2, Rev. 3, New York 1968.
- United Nations (1977): Provisional International Guidelines on the National and Sectoral Balance – Sheet and Reconciliation Accounts of the System of National Accounts, Statistical Papers, Series M, No. 60, New York 1977.
- United Nations (1979): Guidelines on Statistics of Tangible Assets, Statistical Papers, Series M, No. 68, New York 1979.

Grundlegende Unterschiede der Konzepte des System of National Accounts und des Material Product System

Der wirtschaftliche Vergleich zwischen westlichen Ländern ist schon schwierig, aber beim Vergleich zwischen Ländern mit unterschiedlicher Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung treten noch größere Probleme auf. Schwierigkeiten für die Gegenüberstellung sind insbesondere die unterschiedlichen Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR), abweichende Wertvorstellungen und Preissysteme – aber auch unterschiedliche Entwicklungsstadien der zu vergleichenden Länder.¹⁾

1 Gründe für einen Sozialproduktvergleich

Grundsätzlich haben Sozialproduktrechnungen das Ziel, „ein möglichst umfassendes, übersichtliches, hinreichend gegliedertes, quantitatives Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens“²⁾ zu geben. Für einen internationalen Wirtschaftsvergleich bieten sich als statistische Basis die Ergebnisse der VGR an. Der Vergleich kann verschiedene Ziele haben:³⁾

- Feststellung, welches Gesamtrechnungssystem für bestimmte Zwecke am geeignetsten erscheint und welche Gedankengänge in das jeweils andere System übertragen werden sollten.
- Vergleich der wirtschaftlichen Situation und Entwicklung als Basis für die Einschätzung der politischen Machtverhältnisse.
- Standortbestimmung im Systemvergleich, da ein hohes Wachstumstempo in Ost und West weitgehend noch immer als Hauptziel der Wirtschaftspolitik angesehen wird.
- Im Rahmen des Ost-West-Handels Einschätzungen von Exportchancen.
- Basis für die Aufteilung von Finanzlasten an übernationale Organisationen.

2 Probleme der Sozialproduktkonzepte

Die VGR sind heute noch immer das gebräuchlichste Verfahren, um die wirtschaftliche Entwicklung zu messen und Wirtschaftsvergleiche durchzuführen, obwohl die Schwächen der Sozialproduktsysteme weitgehend bekannt sind. Die Kritik am Sozialprodukt als fundamen-

¹⁾ H. Wilkens (1976), S. 5.

²⁾ Statistisches Bundesamt (1984), S. 54.

³⁾ Vgl. u.a. H. Wilkens (1976), S. 6 f.

tale Meßgröße der Wirtschaftstätigkeit wurde u.a. von Bombach⁴⁾ und Holub⁵⁾ schon vor mehr als zehn Jahren erhoben. Die Kritik entzündet sich vor allem an der Doppelfunktion der Sozialproduktrechnung, denn sie soll sowohl die Produktion als auch den Wohlstand der Gesellschaft messen. Der Zusammenhang zwischen beiden Begriffen ist zwar eng, doch sie sind nicht deckungsgleich. „Zum Wohlstand tragen auch Faktoren bei, die weder eindeutig zu bewerten sind, noch öffentlich gehandelt werden, z.B. Freizeit, soziale und materielle Umwelt, Erwerbsbeteiligung usw.“⁶⁾ Man muß also auch entscheiden, ob in das Sozialprodukt nur zuverlässig meßbare Produktionswerte oder weitere Komponenten, die den Wohlstand bestimmen, in die Rechnung eingehen sollen.

Auch wenn die Gesamtrechnungssysteme in Ost und West voneinander abweichen, so ist doch festzustellen, daß sie in erster Linie die Produktion messen und nur bedingt Wohlstandsmaße sind. Die Abweichungen der Rechnungssysteme beruhen weitgehend auf den unterschiedlichen Produktionsbegriffen; aber auch andere Unterschiede sind festzustellen – wie etwa die Erfassung bestimmter Leistungen des Staates.

3 Praktische Probleme beim Vergleich

Neben den grundlegenden konzeptionellen Unterschieden in der Sozialproduktrechnung spielen beim Vergleich auch die Abweichungen in der Abgrenzung der einzelnen Aggregate eine große Rolle. Sollten bei einer konkreten Gegenüberstellung auch das absolute Leistungsniveau oder die Bestände mit einbezogen werden, so ist beim Vergleich auch noch eine Umrechnung der nationalen Währungen erforderlich. Da für alle Aggregate die Kaufkraftparitäten meistens nicht zur Verfügung stehen, sind Schätzungen notwendig. Oft sind nicht einmal die genauen amtlichen Definitionen bekannt. Schließlich muß überlegt werden, ob nicht grundsätzlich unterschiedliche Gesellschafts-, Wirtschafts- und Eigentumsordnungen auch grundsätzlich unvergleichbare Tatbestände schaffen.⁷⁾

4 Grundzüge des SNA- und des MPS-Konzepts

Die VGR basieren auf den kreislaufanalytischen Erkenntnissen der Wirtschaftstheorie. Sie zeigen die Zusammenhänge zwischen der Produktion und Güterverwendung, der Einkommensentstehung, -verteilung und -verwendung, der Vermögensbildung, ihrer Finanzierung usw. Ihre Ausgestaltung zu einem Gesamtrechnungssystem wirft eine Reihe von theoretischen und praktischen Problemen auf und ist in erster Linie von dem Wirtschaftssystem abhängig. Deshalb sind von den Vereinten Nationen für die im Grundsatz marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften und für die planwirtschaftlich gelenkten Volkswirtschaften unterschiedliche Systeme der VGR entwickelt worden. Die Gesamtrechnungssysteme der verschiedenen Länder weichen oft von den vorgegebenen Richtlinien ab.

⁴⁾ Bombach (1972), S. 35 ff.

⁵⁾ Holub (1974), S. 60 ff.

⁶⁾ Wilkens (1976), S. 8.

⁷⁾ Wilkens (1976), S. 10 f.

Das von den Vereinten Nationen 1953 empfohlene System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen „System of National Accounts“ (SNA) ist prinzipiell in den marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaften eingeführt. Basis für die VGR ist heute das 1968 veröffentlichte SNA.⁸⁾ Für die Europäischen Gemeinschaften wurde 1970 das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG)⁹⁾, das vom SNA abgeleitet ist, eingeführt.¹⁰⁾

Im allgemeinen werden alle Tätigkeiten in einer Volkswirtschaft als produktiv bezeichnet. Ausgenommen wird ein Teil der Aktivitäten, die keine Bezahlung erfordern wie z.B. Hausfrauenarbeit, während bei selbstgenutzten Eigenheimen unterstellte Mieteinnahmen in die Gesamtrechnung eingehen. Das SNA-System läßt sich vereinfacht in vier Konten darstellen:

- Produktionskonto,
- Konsumtionskonto,
- Akkumulationskonto und
- Konto außenwirtschaftlicher Transaktionen.

In Ländern mit zentral geleiteter Wirtschaft wird das System Volkswirtschaftlicher Bilanzen „Material Product System“ (MPS) als Richtschnur für die Aufstellung der VGR verwendet. Die Vereinten Nationen haben 1971 die Grundzüge dieses Systems¹¹⁾ veröffentlicht.

Das MPS soll Aufschluß über folgende Tatbestände geben:

- Ressourcen der Volkswirtschaft,
- Niveau der Volkswirtschaft und des Wohlstandes und
- Untersuchung der Faktoren, die Ausmaß und Tempo der Reproduktion bestimmen, sowie derjenigen Prozesse, in denen sich die Wirkung ökonomischer Prozesse offenbart, die die Entwicklung der Gesellschaft bestimmen.

Der konzeptionelle Rahmen des MPS unterscheidet vier Hauptbereiche mit einer Reihe von Tabellen:

- Materielle Bilanz als Bilanz der Produktion, des Verbrauchs und der Akkumulation des gesellschaftlichen Gesamtproduktes (Bruttoprodukt).
- Finanzielle Bilanz als Bilanz der Produktion, der Verteilung, der Umverteilung und als letzte Verwendung des gesellschaftlichen Gesamtproduktes und des Nationaleinkommens.

⁸⁾ United Nations (1968) und (1984a).

⁹⁾ SAEG (1970).

¹⁰⁾ Für die Bundesrepublik Deutschland vgl. Statistisches Bundesamt (1984), S. 60.

¹¹⁾ United Nations (1971).

- Arbeitskräftebilanz.
- Indikatoren des Nationalreichtums und des Anlagevermögens.

Das Gesamtprodukt des MPS, definiert als Summe der Produktion der Zweige der materiellen Produktion, ist – wegen des enger gefaßten Produktionsbegriffs – kleiner als der Produktionswert des SNA.

Das Nationaleinkommen im MPS ergibt sich als Subtraktion des Vorleistungsverbrauchs vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt. Wegen der unterschiedlichen Abgrenzungen – insbesondere wegen der unterschiedlichen Erfassung der Dienstleistungen – weicht das Nationaleinkommen im MPS vom Bruttoinlandsprodukt des SNA ab. Auch Unterschiede in der Verteilungsrechnung resultieren aus dem engeren Produktionsbegriff und aus Abweichungen in der Abgrenzung von staatlichem und privatem Verbrauch. Schließlich werden auch einige typische Verschiedenartigkeiten der Wirtschaftssysteme für die VGR relevant, vor allem Divergenzen zwischen den Preisstrukturen, systematische Abweichungen bei der Deflationierung und Unterschiede in der Einkommensverteilung, was verständlich ist, da das MPS bewußt auf der Theorie des Marxismus-Leninismus aufbaut. Der gravierendste Unterschied zwischen SNA und MPS besteht aber in dem verschieden definierten Produktionsbegriff.

5 Produktionsbegriffe

Der Produktionsbegriff im SNA ist umfangreicher als im MPS. Im SNA soll ein möglichst umfassendes Bild der Produktion gegeben werden¹²⁾, d.h. man versteht unter der Produktion die Gesamtheit aller erzeugten und verteilten Sachgüter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft.¹³⁾ Nur wenige Aktivitäten wie illegale Transaktionen und Hausarbeiten gehen in die Produktionsrechnung nicht ein.

Der Produktionsbegriff im MPS ist im Gegensatz dazu sehr eng gefaßt; er basiert auf der Theorie der produktiven und unproduktiven Arbeit von Karl Marx. Danach wird zwischen der Sphäre der materiellen Produktion und der nicht-materiellen Sphäre, d.h. der Sphäre der Dienstleistungen unterschieden. Der produktive Charakter der Arbeit ist entscheidend für die Sphäre der materiellen Produktion.¹⁴⁾ Dabei wird unterschieden in Arbeit für die Erzeugung von Gütern und Arbeit für die Verteilung von Gütern. In der nicht-materiellen Sphäre vermehrt der Arbeitseinsatz nicht die materiellen Güter, die der Gemeinschaft zur Verfügung stehen. Es werden nur materielle Güter verbraucht.

Nach dem Vorschlag der Vereinten Nationen gehören folgende acht Branchen zur materiellen Sphäre:¹⁵⁾

¹²⁾ Statistisches Bundesamt (1984), S. 69.

¹³⁾ Menges und Zwer (1981), S. 476.

¹⁴⁾ United Nations (1971), S. 2 f.

¹⁵⁾ United Nations (1971), S. 5.

- Industrie (einschl. Färben und Reinigung),
- Baugewerbe,
- Landwirtschaft,
- Forstwirtschaft,
- Güterverkehr und Güterverkehrsnebgewerbe,
- Kommunikation (soweit sie die materielle Sphäre betrifft),
- Handel und
- sonstige Branchen der materiellen Produktion wie z.B. Presseagenturen und Konstruktionsbüros.

Auch wenn im Bereich des Verkehrs eigentlich nur der Güterverkehr und das Güterverkehrsnebgewerbe zur materiellen Sphäre zu zählen sind, so wird aus pragmatischen Gründen in dem UN-Vorschlag angeregt, auch den Personenverkehr und das Personenverkehrsnebgewerbe sowie den gesamten Kommunikationsbereich dieser Sphäre zuzurechnen. Die Branchen der materiellen Sphäre werden eingeteilt in:

- Wirtschaftszweige, die unmittelbar materielle Produktion herstellen, d.h. Industrie, Baugewerbe, Landwirtschaft und sonstige Branchen der materiellen Produktion sowie – aus praktischen Gründen – Personenverkehr und Kommunikation.
- Wirtschaftszweige, die die in der ersten Gruppe erzeugten Produkte zum Endverbraucher bringen, d.h. Gütertransport (einschl. Nebengewerbe) und Handel, d.h. Leistungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der eigentlichen Produktion stehen.

Die Aktivitäten in der nicht-materiellen Sphäre sind in folgende Branchen unterteilt:¹⁶⁾

- Wohnungsnutzung, kommunale Dienste und gemeinnützige Einrichtungen (einschl. Wäschereien),
- Erziehung, Kultur und Kunst,
- Gesundheitswesen, soziale Sicherheit und Sport,
- Finanzen, Kredite und Versicherung,
- Allgemeine Staatsdienste und
- sonstige Branchen der nicht-materiellen Sphäre.

¹⁶⁾ United Nations (1971), S. 6.

Diese Branchen der nicht-materiellen Sphäre werden ebenfalls in zwei Gruppen eingeteilt:

- Wirtschaftszweige, die der Sicherung der individuellen, kulturellen und täglichen Bedürfnisse dienen und die kollektiven Bedürfnisse der Mitglieder der Gemeinschaft befriedigen, d.h. Wohnungsnutzung, kommunale Dienstleistung, gemeinnützige Einrichtungen, Erziehung, Kultur, Kunst, Gesundheitswesen, soziale Sicherheit und Sport.
- Wirtschaftszweige, die die allgemeinen kollektiven Bedürfnisse der Gemeinschaft befriedigen, d.h. Wissenschaft und wissenschaftliche Dienste, Finanzen, Kredite und Versicherungen, allgemeine Staatsdienste sowie sonstige Branchen der nicht-materiellen Sphäre.

Die Unterteilung erleichtert die Zuordnung der wirtschaftlichen Aktivitäten zu bestimmten Wirtschaftssubjekten. So läßt sich beispielsweise der Lebensstandard der Bevölkerung leichter ermitteln oder auch Dienstleistungslieferungen aus der nicht-materiellen Sphäre an die materielle Sphäre aufzeigen.

Wie in den westlichen Ländern, deren VGR auf dem SNA basiert, werden im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), deren VGR auf dem MPS fußt, unterschiedliche Abgrenzungen benutzt. Insbesondere bestehen zwischen den sozialistischen Ländern Abweichungen bei der Erfassung des Verkehrs, der Nachrichtenübermittlung und der Leistungen chemischer Reinigungsbetriebe, was für die konkrete Gegenüberstellung der Sozialproduktberechnungen verschiedener Länder zusätzliche Probleme aufwirft.

6 Gesamtprodukt

Die unterschiedlichen Produktionsbegriffe wirken sich auch auf das Gesamtprodukt aus.¹⁷⁾ Die MPS-Nationaleinkommensrechnung geht vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt aus, d.h. der Summe aller produzierten materiellen Güter; die Dienstleistungen im engeren Sinne bleiben unberücksichtigt. Von diesem Gesamtprodukt werden die in der materiellen Produktion erstellten Vorleistungen abgezogen, um zum Nettoprodukt zu gelangen, das mit dem **N a t i o n a l e i n k o m m e n** identisch ist. Es ist die Hauptkennziffer im MPS-System und in ihrer Bedeutung dem **B r u t t o s o z i a l p r o d u k t** im SNA-Konzept gegenüberzustellen. Die Begriffsinhalte weichen insbesondere durch die unterschiedliche Erfassung der Dienstleistungen voneinander ab. Im einzelnen treten Probleme auf:¹⁸⁾

- Dienstleistungen werden im MPS-System unterschiedlich behandelt, je nachdem ob sie in der materiellen oder nicht-materiellen Sphäre eingesetzt werden. Danach schafft ein Werksarzt Nationaleinkommen während ein Krankenhausarzt dies nicht tut.
- Das Ausklammern der Dienstleistungen aus der Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Nationaleinkommens im MPS-System führt zum Verlust der Universalität dieser

¹⁷⁾ Vgl. außerdem u.a. United Nations (1980), (1982) und (1984). Die unterschiedlichen Produktionsbegriffe haben auch erhebliche Auswirkungen auf Input-Output-Tabellen (siehe hierzu den Beitrag von R. Stäglin in diesem Band, S. 143 ff.).

¹⁸⁾ Wilkens (1976), S. 14; Statistisches Bundesamt (1984a), S. 621.

Kennziffer. Andererseits muß aber bedacht werden, daß die im SNA-System erfaßten Dienstleistungen statistisch mit erheblichen Fehlern behaftet sind. Doch mit dem Anstieg der Dienstleistungen in entwickelten Volkswirtschaften ergeben sich bei der Nichterfassung der Dienstleistungen erhebliche Nachteile; auch tragen sie in erheblichem Maße zur Wohlfahrt bei.

Neben der unterschiedlichen Erfassung der Dienstleistungen ergeben sich beim Vergleich beider Konzepte noch weitere Abweichungen:¹⁹⁾

- Das Konzept der Produktionseinheit (Unternehmen bzw. Betriebe) ist in beiden Systemen nicht identisch.
- Die Definition des Inlandskonzepts weicht voneinander ab.
- Die Abgrenzung zwischen Vorleistungen und Verbrauch weicht in beiden Systemen voneinander ab; so werden die betrieblichen Sozialleistungen, das militärische Anlagevermögen und die Abschreibungen unterschiedlich erfaßt.

Neben der horizontalen Abgrenzung des Produktionsbegriffs ergeben sich bei einem Vergleich der beiden VGR-Systeme aufgrund der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme auch Abweichungen der vertikalen Grenzen: Die Zentralverwaltungswirtschaft basiert – anders als in überwiegend marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschaftssystemen – auf direkten Unterstellungsverhältnissen vom Ministerpräsidenten über den zuständigen Fachminister, den VVB-Direktor usw. bis zum einzelnen Betriebsteil. Wo hört die materielle Verwaltungsleistung auf und wo fängt die Produktion im Sinne des MPS an? Die Grenze wird wohl in der mittleren Leistungsebene angenommen. In der DDR dürfte die VVB und die Kombinatleistung demnach wohl zum produzierenden Bereich zählen, die Räte der Bezirke und die Bezirkswirtschaftsräte demnach wohl nicht mehr.

Im westlichen System treten vergleichbare Probleme auf – nur haben sie im allgemeinen ein geringeres Gewicht. So wird z.B. in den VGR der Bundesrepublik Deutschland die Deutsche Bundespost zu den Unternehmen gerechnet, während die Leitung – das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen – Teil des Staates ist.

Die Umrechnung des Sozialprodukts der USA, Großbritanniens, Japans und Kanadas durch die Vereinten Nationen erbrachte für verschiedene Jahre zwischen 1963 und 1976 ein gegenüber dem Bruttosozialprodukt geringeres Nationaleinkommen zwischen einem Fünftel und einem Drittel.²⁰⁾

¹⁹⁾ Wilkens (1976), S. 18 f.

²⁰⁾ United Nations (1984), S. 12.

7 Verwendungsrechnung

Die unterschiedliche Erfassung der Dienstleistungen in beiden Systemen hat auch Einfluß auf die Verwendung des Sozialprodukts bzw. des Nationaleinkommens.²¹⁾ Die gravierendsten Abweichungen treten beim Staatsverbrauch auf, der im MPS nur die Aufwendungen für materielle Güter und Leistungen enthält und nicht wie im SNA auch die Entlohnung der Beschäftigten. Außerdem bestehen insbesondere Unterschiede im Zuordnungsprinzip. Für die Unterscheidung sowohl zwischen Verbrauch und Investitionen als auch zwischen privatem und öffentlichem Verbrauch bestehen Abweichungen.

Bei den Investitionen bewirkt die unterschiedliche Erfassung der Dienstleistungen keine sehr großen Abweichungen, da hier kaum produktive Leistungen anfallen. Unterschiede bestehen insbesondere in der Verbuchung dauerhafter militärischer Güter. Nach SNA wird als Anlageinvestition der Erwerb dauerhafter, reproduzierbarer Produktionsmittel angesehen mit Ausnahme dauerhafter militärischer Güter und dauerhafter Güter, die für den Privaten Verbrauch bestimmt sind. Auch größere Reparaturen sind Bestandteil der Investitionen. Nach SNA sind dauerhafte militärische Güter Vorleistungen des Staatssektors, nach MPS Investitionen der nichtproduzierenden Bereiche. Auch die größeren Reparaturen am Anlagevermögen werden im MPS nicht als Investitionen behandelt, sondern als Vorleistungen. Weitere Unterschiede zwischen beiden Konzepten bestehen u.a. auch bei der Erfassung der unvollendeten Investitionen.²²⁾

Die Abweichungen zwischen beiden Konzepten lassen sich grob folgendermaßen darstellen:²³⁾

Akkumulation (MPS)
+ große Reparaturen am Anlagevermögen
+ Abschreibungen im produzierenden Sektor
+ nichtproduktive Nebenleistungen
– dauerhafte militärische Güter
= Bruttoinvestitionen (SNA)

Für den Konsum ergeben sich aus den oben beschriebenen Abweichungen im wesentlichen folgende Unterschiede zwischen beiden Konzepten:

Konsumtion (MPS)
+ militärische dauerhafte Güter
+ Verbrauch nichtproduktiver Leistungen
= Verbrauch (SNA)

²¹⁾ United Nations (1971), S. 16 ff; Statistisches Bundesamt (1984), S. 87 ff.

²²⁾ Wilkens (1976), S. 21 f.

²³⁾ United Nations (1982), S. 27 f; Wilkens (1976), S. 22.

8 Bewertungsprobleme

Bedeutende Abweichungen zwischen den Gesamtrechnungssystemen bestehen nicht nur in den grundlegenden Konzepten, sondern auch in der Bewertung. Beim Vergleich sind insbesondere vier Problemfelder zu beachten:²⁴⁾

- Marktpreise – Planpreise – Faktorkosten,
- systematisch verschiedene Preisstrukturen,
- Behandlung von Preissteigerungen und
- Kaufkraftparitäten.

Schwierigkeiten beim konkreten Vergleich treten durch die unterschiedlichen Bewertungsmaßstäbe, d.h. die in Rechnung gestellten Preise auf. In den VGR soll grundsätzlich der gesellschaftliche Wert aller erfaßten wirtschaftlichen Tätigkeiten ersichtlich werden. In den marktwirtschaftlich orientierten Ländern ist der Marktpreis weitgehend Ausdruck des gesellschaftlichen Wertes; er wird deshalb auch als allgemeingültiger Bewertungsmaßstab im SNA verwendet. Teilweise wird auch das Faktorkostenkonzept angewandt, da die Marktpreise u.a. durch monopolistischen Wettbewerb oder Staatseinfluß wie bei Agrar- und Energiepreisen verzerrt wird.

In Zentralverwaltungswirtschaften ist der Einfluß des Staates auf die Preise erheblich größer. So werden die Preise für Grundnahrungsmittel, öffentliche Verkehrsleistungen und Mieten in der DDR bewußt niedrig gehalten, während Luxusgüter und gehobene Gebrauchsgüter wie Autos und Kühlschränke teuer sind.

Beim sektoralen Vergleich führt die niedrige Bewertung der Kapitalgüter in den RGW-Ländern zu einer Unterschätzung des Beitrags des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes sowie des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes zum Sozialprodukt sowie des Anteils der Investitionen am Sozialprodukt.

²⁴⁾ Wilkens (1976), S. 24 ff.

Literaturverzeichnis

- Bombach, G. (1972): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung – Antiquierte Methoden, in: Wirtschaftswoche Nr. 25/1972.
- Holub, H.W. (1974): Zur Kritik des Bruttosozialprodukts als Wirtschaftsindikator, in: Wirtschaftswissenschaftliches Studium, Heft 2/1974.
- Menges, G. und Zwer, R. (1981): Probleme internationaler wirtschafts- und sozialstatistischer Vergleiche. Rolf Wagenführ zum Gedächtnis, Köln 1981.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1970): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG, Luxemburg 1970 (1979 in zweiter Auflage in Englisch und Französisch erschienen).
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983, Stuttgart und Mainz 1984.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984a): Statistisches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart und Mainz 1984.
- United Nations (1968): A System of National Accounts. Studies in Methods, Series F, No. 2, Rev. 3, New York 1968.
- United Nations (1971): Basic Principles of the System of Balances of the National Economy. Studies in Methods, Series F, No. 17, New York 1971.
- United Nations (1980): National Accounts and Balances. Links Between the System of National Accounts (SNA) and the System of Balances of the National Economy (MPS). Progress report on SNA/MPS comparisons. Report of the Secretary-General 1980.
- United Nations (1982): National Accounts and Balances: Links Between the System of National Accounts (SNA) and the System of Balances of the National Economy (MPS). Progress report on SNA/MPS comparisons and related topics. Report of the Secretary-General 1982.
- United Nations (1984): Links Between the System of National Accounts (SNA) and the System of Balances of the National Economy (MPS). Progress report on SNA/MPS links. Report of the Secretary-General 1984.
- United Nations (1984a): National Accounts and Balances: System of National Accounts (SNA). Progress Report on the Review of the System of National Accounts (SNA). Report of the Secretary-General 1984.
- Wilkens, H. (1976): Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland, Sonderheft des DIW, Nr. 115, Berlin 1976.

Die Bedeutung von Input-Output-Tabellen bei der Verbindung des System of National Accounts und des Material Product System

Einleitung

Der Wert aller in einer Volkswirtschaft während eines Jahres produzierten Waren und Dienstleistungen wird in den meisten westlichen Ländern nach dem von den Vereinten Nationen 1968 veröffentlichten „System of National Accounts“ (SNA)¹⁾ berechnet. Dieses System unterscheidet sich von dem 1971 von den Vereinten Nationen publizierten „Material Product System“ (MPS), das die in den Staatshandelsländern angewendeten „Basic Principles of the System of Balances of the National Economy“²⁾ enthält. Hinzuweisen ist ferner auf das 1970 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (SAEG) veröffentlichte „Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen“ (ESVG)³⁾, das eine rechtsverbindliche Richtlinie für die amtlichen Statistiken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in den EG-Mitgliedsländern darstellt. Dies bedeutet einen Gegensatz zum SNA und MPS, die mehr den Charakter einer Empfehlung für nationale statistische Stellen haben.⁴⁾

1 Unterschiede im Produktionsbegriff

Das MPS weicht in seinen Begriffen, Definitionen und Abgrenzungen erheblich von dem SNA bzw. dem ESGV ab, das den VGR der Bundesrepublik Deutschland zugrunde liegt. Diese Unterschiede⁵⁾ ergeben sich durch den ideologischen Hintergrund in sozialistischen und marktwirtschaftlichen Ländern. Sie erschweren Untersuchungen, in die neben westlichen Ländern auch dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) angehörende östliche Volkswirtschaften einbezogen und Aggregate der Sozialproduktsberechnung verglichen werden. Die größte Diskrepanz zwischen dem MPS- und dem SNA-System dürfte in dem enger gefaßten Produktionsbegriff des östlichen Systems liegen: Einbezogen wird nach dem MPS nicht – wie im SNA – die Produktion aller Sachgüter und Dienstleistungen, sondern nur die sogenannte materielle Produktion. Zu ihr gehören zwar alle erzeugten Sachgüter, aber nur diejenigen Dienstleistungen, die mit dem Erzeugen, Versenden und Verteilen dieser Sachgüter in unmittelbarem Zusammenhang stehen. Alle übrigen „nichtmateriellen“ Dienstleistungen werden im MPS-System nicht als gesamtwirtschaftliche Produktion angesehen.

¹⁾ United Nations (1968).

²⁾ United Nations (1971).

³⁾ SAEG (1970).

⁴⁾ Hierauf weist R. Zwer in seiner „Internationalen Wirtschafts- und Sozialstatistik“ (1981), S. 30, hin.

⁵⁾ Vgl. hierzu auch den Beitrag von H. Wessels in diesem Band, S. 133 ff.

Zu den Bereichen der materiellen Produktion zählen die Land- und Forstwirtschaft, das warenproduzierende Gewerbe (Bergbau, Energiewirtschaft, Verarbeitendes Gewerbe, Bau-gewerbe), der Handel, der Verkehr und die Nachrichtenübermittlung sowie einige der Dienstleistungsbereiche, u.a. das Gaststättengewerbe, die Verlage, die technische Beratung und Planung sowie die Färbereien und chemischen Reinigungsanstalten. Diese Wirtschaftsbereiche sind teilweise anders abgegrenzt als beispielsweise in den VGR für die Bundesrepublik Deutschland.

Innerhalb des RGW wird die Grenzziehung zwischen der materiellen und nichtmateriellen Produktion nicht immer einheitlich vorgenommen. Strittig sind vor allem die Bereiche Verkehr, Nachrichtenwesen, chemische Reinigung und hauswirtschaftliche Reparaturleistungen. So berücksichtigen z.B. die offiziellen Statistiken in Polen, Ungarn und der DDR in ihren Sozialproduktsberechnungen die Gesamtleistungen des Verkehrs und der Nachrichtenübermittlung sowie die Leistungen der chemischen Reinigungsbetriebe und die hauswirtschaftlichen Reparaturleistungen. Die übrigen Mitgliedsstaaten des RGW erfassen dagegen den Verkehr und die Nachrichtenübermittlung nur insoweit, als sie Leistungen für die materielle Produktion bereitstellen (d.h. ohne Personenverkehr und ohne Leistungen für private Zwecke); die zwei anderen Dienstleistungskategorien werden überhaupt nicht einbezogen.

Die definitionsbedingte Unterbewertung der östlichen gesamtwirtschaftlichen Produktion gegenüber der nach westlicher Abgrenzung oder umgekehrt: die gegenüber dem MPS höheren Produktionswerte des SNA resultieren aus den Dienstleistungszweigen der nichtmateriellen Sphäre, die bei der östlichen Berechnung des gesellschaftlichen Gesamtprodukts⁶⁾ nicht berücksichtigt werden. Sie sind im voranstehenden Beitrag überblickartig dargestellt und in der Übersicht 1 (siehe S. 146 ff.) mit den zugehörigen Nummern der „International Standard Industrial Classification of all Economic Activities“ (ISIC) für die hier vorgenommenen Berechnungen spezifiziert worden.

2 Quantifizierung der Unterschiede von SNA und MPS anhand von Input-Output-Tabellen

Im Rahmen einer Ende 1977 vorgelegten Untersuchung des Instituts für international vergleichbare Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg zum Thema „Der wirtschaftliche Wandel der Länder Ost- und Westeuropas von 1960–1970 auf der Basis standardisierter und homogener Input-Output-Tabellen“⁷⁾ wurde der Versuch gemacht, die Bedeutung der nichtmateriellen Dienstleistungen für eine Reihe von Ländern zu quantifizieren. Zugrunde gelegt wurden Input-Output-Tabellen (IOT) für die Jahre um 1965, die von der „Economic Commission for Europe“ (ECE) in Genf durch das Herauslösen der nichtmateriellen Dienstleistungen von der SNA-Version in eine angenäherte MPS-Version über-

⁶⁾ Vgl. hierzu auch die Angaben über die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der DDR in: Statistisches Bundesamt (1984), S. 621.

⁷⁾ G. Menges, J. Geiselhard, B. Heilig, S. A. Sherif (1977).

führt worden waren. Berechnet wurden für den Bruttoproduktionswert, den intermediären Gesamtooutput (Zwischennachfrage) und die gesamte Endnachfrage sogenannte Differenzkoeffizienten der Form

$$\varrho_k = \frac{\text{Wert}_k (\text{SNA})}{\text{Wert}_k (\text{MPS})}$$

die das Verhältnis der nach den beiden VGR-Konzepten ermittelten Makrodaten zum Ausdruck bringen (siehe Tabelle 1, S. 148).

Der Ausdruck $(\varrho - 1) \times 100$ gibt den Prozentsatz an, um den die Werte nach dem SNA-System höher sind als nach dem MPS-System. Es zeigt sich, daß im Durchschnitt aller Länder 20,14 % der Produktion nichtmaterieller Dienstleistungen in den IOT nach MPS-Abgrenzung nicht erfaßt sind. Durchschnittlich, aber nicht länderweise, ist dabei die Differenz zwischen SNA und MPS beim intermediären Output größer als bei der gesamten Endnachfrage.

Eine ähnliche, aber weitergehende Untersuchung wurde von Jozsef Fáy und Gerhard Fink am Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche im Juni 1976 durchgeführt. Dabei ging es um einen „Input-Output-Vergleich der Struktur der Bruttoproduktion nach Wirtschaftsbereichen zwischen Österreich und Ungarn“⁸⁾, für den die nominale IOT für Österreich 1964 in eine der ungarischen Tabelle 1968 entsprechende MPS-Version umgerechnet wurde. Dies geschah durch

- eine Verbuchung des materiellen Verbrauchs der Dienstleistungsbereiche als öffentlicher Konsum,
- die Verbuchung der heimischen Lieferungen der Dienstleistungen an die übrigen Wirtschaftsbereiche als übrige Wertschöpfung,
- die Verbuchung der importierten Dienstleistungen als importierte Handelsleistungen und
- die Eliminierung der verbleibenden Positionen bei den Dienstleistungsbereichen (Eigenverbrauch und Bruttowertschöpfung) aus der österreichischen Tabelle.

Durch $\varrho_1 = 1,162$ ergibt sich ein dem Heidelberger Ergebnis vergleichbarer Wert, während ϱ_2 und ϱ_3 nicht ausgewiesen sind. Dafür zeigen die für die Endnachfrage-Komponenten und die Wertschöpfungs-Komponenten angegebenen Varianten die Auswirkungen der Umrechnung von SNA auf MPS (siehe Tabelle 2, S. 149): Da die Dienstleistungsbereiche einen Anteil von 68,48 % am öffentlichen Konsum und einen von 11,55 % am privaten Konsum nach SNA haben, ändern sich die absoluten Größen und die Anteile der einzelnen Endnachfrage-Komponenten an der gesamten Endnachfrage. Nur noch 59,19 % des öffentlichen Konsums nach SNA werden als öffentlicher Konsum nach MPS ausgewiesen. Der Anteil des öffentlichen Verbrauchs an der gesamten Endnachfrage sinkt von 10,66 % (SNA) auf 7,08 % (MPS).

⁸⁾ J. Fáy und G. Fink (1976).

Durch die Verbuchung der heimischen Lieferungen der Dienstleistungsbereiche an die übrigen Wirtschaftsbereiche als „übrige Wertschöpfung“ steigt der Absolutwert um 6,39 %. Daran ändert auch nichts die Eliminierung der Wertschöpfung der Dienstleistungsbereiche aus der Tabelle. Der absolute Betrag der Abschreibungen und der Arbeitskosten verringert sich durch die Umrechnung von SNA auf MPS um mehr als 25 %. Dadurch ergeben sich auch beträchtliche Strukturveränderungen, wie Tabelle 2 (siehe S. 149) deutlich macht.

Übersicht 1: Die im MPS-System zur nichtmateriellen Sphäre gehörenden Dienstleistungszeige

International Standard Industrial Classification (SIC)	Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ)	Zuordnung zum Produktionsbereich in amtlicher I-O-Tabelle 1980
6320 Hotels, rooming houses, camps and other lodging places	711 Beherbergungsgewerbe	52
810 Financial institutions	60 Kreditinstitute 651 Finanzierungs-Leasing 653 Leihhäuser 655 Effektenbörsen, Vermittlung von Bank- und Effektengeschäften 797 Beteiligungsgesellschaften (ohne Kapitalanlagegesellschaften)	49 55 55
820 Insurance	61 Versicherungsgewerbe 657 Vermittlung von Versicherungen	50 55
831 Real estate	794 Grundstücks- und Wohnungswesen	51 und 55
832 Business services, except machinery and equipment rentals and leasing (except 8324: Engineering, architectural and technical services)	781 Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung und -beratung 787 Werbung 789 Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g. (ohne 7892 Datenverarbeitung)	55
ex 8324 (Engineering, architectural and technical services)	7845 Vermessungsbüros 7847 Chemische, chemotechnische und physikalische Laboratorien	55
ex 833 (Machinery and equipment rentals and leasing)	7917 Vermietung von Hausrat, Bekleidung und sonstigen Gebrauchsgütern 7919 Vermietung sonstiger beweglicher Sachen, a.n.g.	55
910 Public administration and defence	9 Gebietskörperschaften 98 Sozialversicherung	56 57
920 Sanitary and similar services	74 Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen	55

noch: Übersicht 1

International Standard Industrial Classification (SIC)	Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ)	Zuordnung zum Produktionsbereich in amtlicher I-O-Tabelle 1980
931 Education services	7511 Hochschulen 7515 Schulen der allgemeinen und beruflichen Aus- und Fortbildung, Erziehungsheime 7516 Kindergärten, -horte 7517 Flug- und Kraftfahrerschulen 7519 Sonstiger Unterricht und selbständige Lehrer, a.n.g. 813 Organisationen der Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur	} 53 } 58
932 Research and scientific services	7512 Wissenschaftliche Bibliotheken und Archive 7513 Sonstige wissenschaftliche Einrichtungen 7514 Selbständige Wissenschaftler	} 53 }
9331 Medical, dental and other health services	771 Gesundheitswesen	54
ex 9332 (Veterinary services, not connected with agriculture)	T.a. Veterinärwesen 774	54
934 Welfare institutions	72 Heime 812 Organisationen der freien Wohlfahrtspflege und Jugendhilfe	52 58
935 Business, professional and labour associations	815 Gewerkschaften 83 Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig	58 55
939 Other social and related community services	811 Christliche Kirchen, religiöse und weltanschauliche Vereinigungen 816 Kommunale Spitzen- und Regionalverbände, Verbände der Sozialversicherungsträger 817 Politische Parteien, sonstige Organisationen ohne Erwerbszweck, nicht für Unternehmen tätig	} 58 }
941 Motion picture and other entertainment services (except 9411: Motion picture production)	7551 Filmtheater 7553 Filmverleih 7554 Theater, Orchester, Künstler, Schriftsteller, Artisten 7555 Rundfunk- und Fernsehanstalten	} 53 }
942 Libraries, museums, botanical and zoological gardens and other cultural services, n.e.c.	7556 Museen, Kunstaustellungen, zoologische u.ä. Gärten 7557 Allgemeinbildende und unterhaltende Büchereien	} 53 }

noch: Übersicht 1

International Standard Industrial Classification (ISIC)		Systematik der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1979 (WZ)	Zuordnung zum Produktionsbereich in amtlicher I-O-Tabelle 1980
949	Amusement and recreational services, n.e.c.	7558 Sport	} 53
		7559 Dienstleistungen zur Unterhaltung, a.n.g.	
		814 Organisationen des Sports und Gesundheitswesens	
952	Personal services	731 Wäscherei, Reinigung (ohne 7314 Chemische Reinigung, Bekleidungs-färberei)	55
953	Domestic services	85 Private Haushalte	58
959	Miscellaneous personal services	735 Friseur- und sonstige Körperpflege-gewerbe	} 55
		739 Sonstige persönliche Dienstleistungen (ohne 7397 Bestattungsinstitute)	
		799 Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.	
960	International and other extraterritorial bodies	99 Vertretungen fremder Staaten, Stationierungsstreitkräfte, inter- und supranationale Organisationen mit Behördencharakter	-
ex 7191	(tourist agencies and tourist development services)	5555 Reiseveranstaltung und -vermittlung	48

Tabelle 1: Differenzkoeffizienten für den Unterschied zwischen dem SNA- und dem MPS-System

Land (um 1965)	Q_1 = Brutto-produktionswert	Q_2 = Inter-mediärer Output	Q_3 = Gesamte Endnachfrage
Deutschland	1.1864	1.2112	1.1661
Frankreich	1.2089	1.2451	1.1832
Italien	1.2292	1.2080	1.2444
Belgien	1.1782	1.1551	1.1936
Niederlande	1.1680	1.1798	1.1602
Norwegen	1.1471	1.1327	1.1556
Dänemark	1.1981	1.2284	1.1823
Finnland	1.1814	1.1685	1.1908
Österreich	1.1726	1.2497	1.1239
Spanien	1.1660	1.1574	1.1734
Portugal	1.1037	1.0716	1.1226
Kanada	1.3515	1.6019	1.2067
USA	1.3513	1.4190	1.2905
Japan	1.1766	1.1403	1.2158
Durchschnitt	1.2014	1.2263	1.1864

Quelle: G. Menges, J. Geiselhard, B. Heilig, S. A. Sherif (1977), S. 76/77.

**Tabelle 2: Varianten der österreichischen Input-Output-Tabelle 1964
beim Übergang vom SNA- zum MPS-Konzept**

	Für die Endnachfrage		
	Anteil der Endnachfragekomponenten an der gesamten Endnachfrage		Veränderung des absoluten Betrages durch Umrechnung von SNA auf MPS
	SNA	MPS	
Privater Konsum	51,50 %	51,10 %	- 11,54 %
Öffentlicher Konsum	10,66 %	7,08 %	- 40,81 %
Investitionen	21,34 %	23,61 %	- 1,39 %
Lagerveränderungen	2,08 %	2,33 %	0
Exporte	14,42 %	15,88 %	- 1,78 %
Gesamte Endnachfrage	100,00 %	100,00 %	- 10,85 %

	Für die Wertschöpfung		
	Anteil der Wertschöpfungskomponenten an der gesamten Wertschöpfung		Veränderung des absoluten Betrages durch Umrechnung von SNA auf MPS
	SNA	MPS	
Abschreibungen	11,49 %	9,67 %	- 27,51 %
Arbeitskosten	48,98 %	41,54 %	- 26,89 %
Übrige Wertschöpfung	39,53 %	48,79 %	+ 6,39 %
Bruttowertschöpfung	100,00 %	100,00 %	- 13,80 %

Quelle: J. Fáy und G. Fink (1976), S. 14/15.

3 Berechnungen für die Bundesrepublik Deutschland

Die beiden zitierten Untersuchungen, die die quantitative Bedeutung der nichtmateriellen Dienstleistungen bei einer Gegenüberstellung von SNA und MPS gezeigt haben, gehen von IOT für die sechziger Jahre aus. Da der sogenannte tertiäre Sektor in den letzten zwanzig Jahren aber stark zugenommen hat, ist dies eine aus heutiger Sicht überholte Datenbasis. Deshalb sollen vergleichbare Differenzkoeffizienten für die Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1972 und 1980 angeführt werden.

Die Ergebnisse für 1972 sind aufgrund einer Untersuchung von Münzenmaier über „Volkswirtschaftliche Grunddaten und IOT im Ost-West-Vergleich: Dargelegt am Beispiel Ungarns und Baden-Württembergs“⁹⁾ ermittelt worden. Im Rahmen dieser Untersuchung wurde eine IOT für Baden-Württemberg 1972 in MPS-Version abgeleitet. Dabei wurden nicht nur die durch den unterschiedlichen Produktionsbegriff und die andere Sektorabgrenzung bedingten Korrekturen vorgenommen, sondern auch die schon beim Österreich-Ungarn-Vergleich erwähnten Umbuchungen bei der Endnachfrage und bei der Wertschöpfung mit berücksichtigt. Die Gegenüberstellung der Regionaltabelle für Baden-Württemberg in MPS-Ab-

⁹⁾ W. Münzenmaier (1979).

grenzung und nach deutscher VGR-Version¹⁰⁾ ergab für den Bruttoproduktionswert, den intermediären Output und die gesamte Endnachfrage folgende Differenzenkoeffizienten:

$$\varrho_1 = 1,236 \quad \varrho_2 = 1,289 \quad \varrho_3 = 1,305$$

Bei einem Vergleich mit den Ergebnissen der Heidelberger Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland zeigt sich bei allen Koeffizienten eine Zunahme, die – abgesehen von nicht identifizierbaren Unterschieden in den Ausgangstabellen – auf das Wachstum der Dienstleistungsbereiche zurückzuführen ist. Der Koeffizient ϱ_3 läßt darüber hinaus erkennen, daß die Endnachfrage von der Ausweitung der Dienstleistungen am meisten profitiert hat, denn hier ist der Unterschied zwischen SNA- und MPS-Version mit rund 30 % am größten.

Die Differenzenkoeffizienten für das Jahr 1980 sind auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt für die Bundesrepublik Deutschland nach dem ESVG-Konzept erstellten IOT berechnet worden.¹¹⁾ Dabei wurde versucht, alle Wirtschaftsaktivitäten, die im MPS-System zur nichtmateriellen Sphäre gehören, aus den 58 Produktionsbereichen der amtlichen IOT¹²⁾ herauszunehmen. Zugrunde gelegt wurde die Übersicht 1 (siehe S. 146 ff.), in der diese Dienstleistungszweige in der Gliederung nach ISIC und nach deutscher Systematik der Wirtschaftszweige (WZ) nicht nur aufgelistet, sondern auch den in Betracht kommenden Produktionsbereichen zugeordnet sind. Das Schema in Übersicht 2 (siehe S. 151) macht deutlich, welche Zeilen und Spalten bzw. Teile davon aus der IOT herausfallen, wenn die Zwischennachfrage, die Endnachfrage und die Produktion in MPS-Abgrenzung ausgewiesen werden sollen. Zusätzlich sind die Umbuchungen zu beachten, die sich einerseits durch den Nachweis der materiellen Bezüge der Dienstleistungszweige als Endnachfrage und andererseits durch den Nachweis der Lieferungen der Dienstleistungszweige an die Sektoren der materiellen Sphäre als Wertschöpfung ergeben (siehe hierzu auch den Österreich-Ungarn-Vergleich). Von ihnen haben die materiellen Bezüge der Dienstleistungszweige bei der Berechnung der Differenzenkoeffizienten entscheidende Bedeutung. Werden diese Käufe der Dienstleistungszweige von den Sektoren der materiellen Sphäre nicht im Endnachfragequadranten verbucht, sind die nach dem MPS-System abgegrenzten Vergleichswerte für die Zwischennachfrage zu hoch und diejenigen für die Endnachfrage zu tief. Die daraus abgeleiteten Koeffizienten würden überhöht bzw. zu niedrig sein.

Keine Auswirkungen haben diese Umbuchungen auf die Produktionswerte der Wirtschaftszweige der materiellen Sphäre. Das macht die Tabelle 3 (siehe S. 152 f.) deutlich, in der die Absetzungen beim Übergang vom ESVG-Konzept auf das MPS-System für jeden Produktionsbereich detailliert nachgewiesen werden. Die Produktionswerte der Wirtschaftszweige in MPS-Abgrenzung sind es auch, auf die die sektoralen Output-Relationen aus der amtlichen IOT nach ESVG-Version übertragen wurden, um die MPS-Vergleichswerte für den intermediären Output und die Endnachfrage zu gewinnen. Dabei wurde die Umsetzung der materiellen Bezüge der Dienstleistungszweige zur Endnachfrage berücksichtigt.

¹⁰⁾ Vgl. W. Münzenmaier (1982).

¹¹⁾ Die Berechnungen hat I. Ludwig durchgeführt, der ich dafür danken möchte.

¹²⁾ Vgl. Statistisches Bundesamt (1984a).

Übersicht 2

BEIM ÜBERGANG VOM ESGV – KONZEPT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
AUF DAS MPS – SYSTEM
BETROFFENE INPUT – OUTPUT – TRANSAKTIONEN

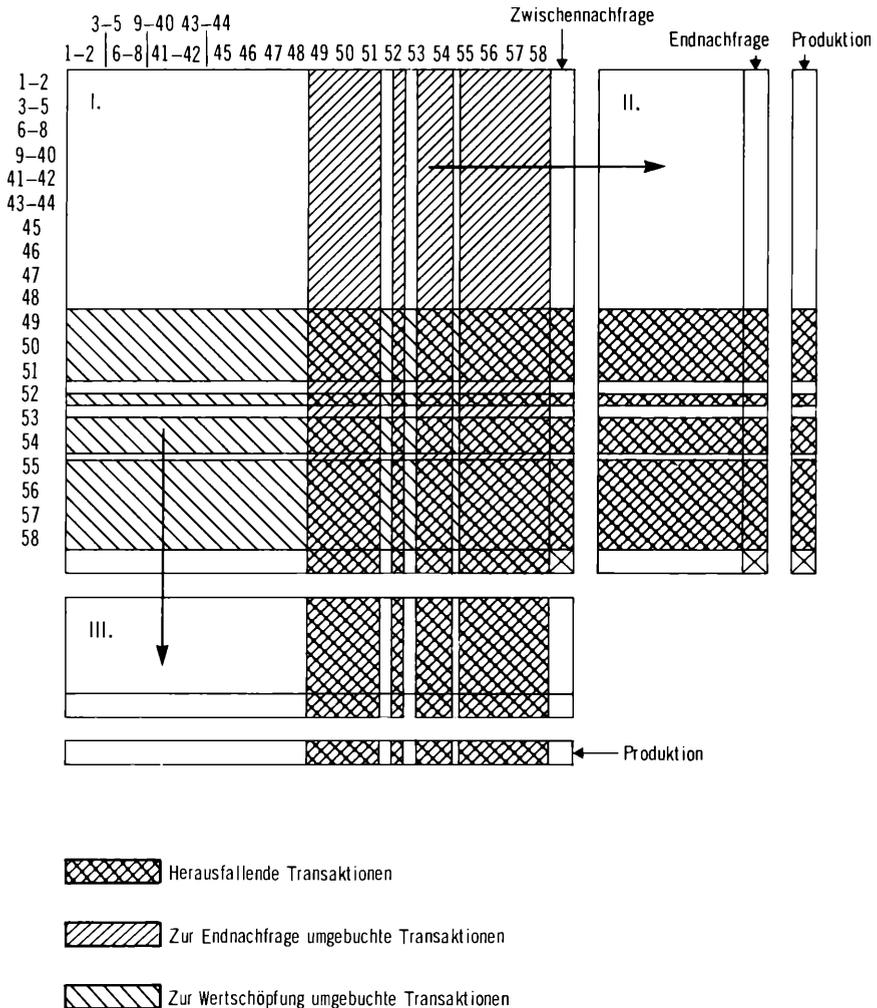


Tabelle 3: Produktionswerte in Input-Output-Abgrenzung nach dem ESVG-Konzept der Bundesrepublik Deutschland und nach dem MPS-System

Produktionsbereiche in der Input-Output-Tabelle 1980 des Statistischen Bundesamtes	Produktionswert Mill. DM	Beim Übergang zum MPS-System	
		herausfallende Produktion	verbleibende Produktion
1 – 2 Erzeugung von Produkten der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	68 951		68 951
3 – 5 Erzeugung und Verteilung von Elektrizität, Dampf, Warmwasser sowie Gas; Gewinnung und Verteilung von Wasser	75 272		75 272
6 – 8 Gewinnung von Bergbauerzeugnissen	37 317		37 317
9–40 Herstellung von Erzeugnissen der Produktionsbereiche des Verarbeitenden Gewerbes	1 279 751		1 279 751
41–42 Bauleistungen	197 578		197 578
43–44 Leistungen des Groß- und Einzelhandels	216 651		216 651
45 Leistungen der Eisenbahnen	14 344		14 344
46 Leistungen der Schifffahrt, Wasserstraßen, Häfen	12 113		12 113
47 Leistungen des Postdienstes und Fernmeldewesens	35 264		35 264
48 Leistungen des sonstigen Verkehrs	65 364	2 553	62 811
dar. Reiseveranstaltung und -vermittlung		2 553	
49 Leistungen der Kreditinstitute	64 653	64 653	
50 Leistungen der Versicherungen (ohne Sozialversicherung)	28 024	28 024	
51 Vermietung von Gebäuden und Wohnungen	125 318	125 318	
52 Marktbestimmte Leistungen des Gastgewerbes und der Heime	51 095	25 584	25 511
Beherbergungsgewerbe, Heime		12 721	
Gaststättengewerbe, Kantinen, Schlaf- und Speisewagenbetriebe		12 721	25 511 ¹⁾
53 Leistungen der Wissenschaft und Kultur und der Verlage	33 714	14 406	19 308
Wissenschaft, Forschung, Unterricht		2 982	
Kultur, Kunst, Sport, Unterhaltung		x 11 424	
dar. Filmherstellung			1 135
Verlagsgewerbe			18 173
54 Marktbestimmte Leistungen des Gesundheits- und Veterinärwesens	46 817	46 817	.
Gesundheitswesen
Veterinärwesen

noch: Tabelle 3

Produktionsbereiche in der Input-Output-Tabelle 1980 des Statistischen Bundesamtes		Produktionswert Mill. DM	Beim Übergang zum MPS-System	
			herausfallende Produktion	verbleibende Produktion
55	Sonstige marktbestimmte Dienstleistungen usw.	161 474	112 197	49 277
	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten		2 999	
	Wäscherei, Reinigung		x 1 434	1 677
	dar. Chemische Reinigung, Bekleidungsfärberei			
	Friseur- und sonstige Körperpflegegewerbe		5 211	
	Sonstige persönliche Dienstleistungen		x 1 836	816
	dar. Bestattungsinstitute			
	Gebäudereinigung, Abfallbeseitigung u.a. hygienische Einrichtungen		7 637	
	Rechtsberatung, Steuerberatung, Wirtschafts- prüfung und -beratung		21 488	
	Technische Beratung und Planung			x 24 081
	darunter: Vermessungsbüros		289	
	Chemische, chemotechnische und physikalische Laboratorien		789	
	Werbung		14 170	
	Dienstleistungen für Unternehmen, a.n.g.		x 17 684	2 844
	dar. Datenverarbeitung			
	Vermietung beweglicher Sachen darunter: Vermietung von Hausrat, Bekleidung und sonstigen Gebrauchsgütern		305	x 4 642
	Vermietung sonstiger beweglicher Sachen, a.n.g.		2 893	
	Grundstücks- und Wohnungswesen (ohne Vermietung von Wohnungen, Grundstücken und Räumen)		15 334	
	Beteiligungsgesellschaften		18 968	
	Sonstige Dienstleistungen, a.n.g.		158	
	Organisationen ohne Erwerbszweck, für Unternehmen tätig		1 002	
56	Leistungen der Gebietskörperschaften	246 630		
57	Leistungen der Sozialversicherung	92 160	92 160	
58	Leistungen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, häusliche Dienste	38 410	38 410	
		2 890 900	796 752	2 094 148

x = um die Darunter-Position gekürzter Wert. – ¹⁾ Bewirtungsleistungen sind netto erfaßt.

Quellen: Statistisches Bundesamt (1983), S. 41 ff.,
Statistisches Bundesamt (1984 a),
S.107, und Übersicht 1.

Die Zusammenfassung der umfangreichen Einzelberechnungen anhand der IOT 1980 führt zu den folgenden Werten, aus denen sich die drei Differenzkoeffizienten unmittelbar ergeben:

Produktionswert	ESVG-Version	= 2890900 Mill. DM
	MPS-Version	= 2094148 Mill. DM
	Koeffizient ϱ_1	= 1,380
Zwischennachfrage	ESVG-Version	= 1240568 Mill. DM
	MPS-Version	= 819077 Mill. DM
	Koeffizient ϱ_2	= 1,515
Endnachfrage	ESVG-Version	= 1650332 Mill. DM
	MPS-Version	= 1275071 Mill. DM
	Koeffizient ϱ_3	= 1,294

Die Koeffizienten bringen für die drei Aggregate aus der IOT den Unterschied zwischen dem SNA (hier ESVG)-System und dem MPS-System zum Ausdruck. Die Ergebnisse für 1980 bestätigen bei einem Vergleich mit der Heidelberger Untersuchung die bereits anhand der Daten von Baden-Württemberg für 1972 festgestellte Zunahme der Dienstleistungsbereiche; dies spiegelt sich in den größer gewordenen Differenzen wider.

Die angeführten Beispiele haben gezeigt, daß bei den bisherigen Berechnungen die nicht-materiellen Dienstleistungen immer aus den Werten nach dem SNA-Konzept herausgelöst wurden, um die mit den östlichen MPS-Angaben vergleichbare materielle Produktion zu gewinnen. Solange es nicht gelingt, die Lücken des MPS-Systems hinsichtlich der in westlichen Ländern erfaßten nichtmateriellen Dienstleistungen durch andere Statistiken oder sogar VGR-immanent zu schließen, wird man sich mit einem derart „reduzierten“ Vergleich zwischen östlichen und westlichen Volkswirtschaften begnügen müssen.

4 Internationale Vergleiche des SNA und MPS

Seit rund zehn Jahren gibt es auf internationaler Ebene Bestrebungen, das SNA- und das MPS-System zu verbinden, sowohl seitens des Statistischen Amtes der Vereinten Nationen (UNSO) in Zusammenarbeit mit nationalen Statistischen Ämtern als auch auf bilateraler Basis, z.B. zwischen Frankreich und Ungarn. Dabei wird das 1977 veröffentlichte UN-Dokument „Comparisons of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Part I: Conceptual Relationships“¹³⁾ zugrunde gelegt. Durch experimentelle Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts („Gross Domestic Product“=GDP) für ausgewählte Länder mit dem MPS-System und entsprechende Berechnungen des Nettoprodukts („Net Material Product“=NMP) für Länder mit VGR nach dem SNA-Konzept sollen die Grundlagen für Systemvergleiche verbessert werden.

¹³⁾ United Nations (1977).

Im einzelnen geht es bei diesen illustrativen Berechnungen um

- eine Überprüfung der vorhandenen Konzepte und der Überleitungstabellen („conversion tables“),
- das Sammeln von Erfahrungen beim Erheben und Aufbereiten der für derartige Rechnungen benötigten Primärdaten,
- das Erarbeiten von Ansätzen für konzeptionelle Verbesserungen und
- die Analyse der Ergebnisse von entsprechenden SNA- und MPS-Kategorien anhand aktueller Zahlen.

Zwei Etappen können bei den wechselseitigen SNA- und MPS-Berechnungen unterschieden werden. In der ersten Etappe, die von 1978 bis 1981 ging, konnte das UNSO die illustrativen Gesamtrechnungen für zehn Länder abschließen; in der zweiten Etappe, die von 1982 bis 1985 geht, sollen für ca. 20 Länder Überleitungen vom GDP zum NMP und umgekehrt vorgenommen werden, um bisherige Ergebnisse zu aktualisieren und Schätzungen für neu hinzugekommene Staaten vorzulegen. Anfang letzten Jahres waren folgende Länder daran beteiligt:

- Marktwirtschaftlich orientierte Industrieländer:
USA, Großbritannien, Finnland, Kanada, BRD (1974), Niederlande (1978);
- Marktwirtschaftlich orientierte Entwicklungsländer:
Israel, Kenia, Chile, Mexiko, Thailand, Ecuador, Sambia;
- Planwirtschaftlich orientierte Länder:
Ungarn (1981), Jugoslawien.

Erste Ergebnisse dieser zweiten Umrechnungsphase sind für ausgewählte Länder in einem Dokument der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen vom Februar 1984 enthalten¹⁴⁾; aus ihm stammt die Tabelle 4 (siehe S. 156). Sie zeigt die Relationen zwischen bestimmten VGR-Aggregaten nach SNA- und MPS-Version. Diese lassen eine breite Streuung erkennen. Die Unterschiede zwischen den Ländern werden auf Divergenzen in den Industriestrukturen und auf abweichende Verwendungsstrukturen für Waren und Dienstleistungen zurückgeführt. Allerdings schwanken die Verhältniszahlen für GDP zu NMP und die anderen Gesamtrechnungsgrößen, so daß sie nicht ohne weiteres auf andere als die Bezugsjahre übertragen werden können. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß der Überschuß des Bruttoinlandsprodukts (GDP) gegenüber dem Nettoprodukt (NMP) in jüngeren Jahren größer ist als in älteren Jahren. Das erklärt sich durch die schon erwähnte zunehmende Bedeutung der Wirtschaftszweige, die nichtmaterielle Dienstleistungen produzieren. Aus der

¹⁴⁾ Vgl. United Nations (1984). Diese Unterlage hat mir dankenswerterweise C. Stahmer zugänglich gemacht.

Tabelle 4 ist nicht ersichtlich, daß der Unterschied zwischen GDP und NMP in entwickelten Marktwirtschaften größer ist als in marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungsländern. Dies hängt mit dem jeweils erreichten Entwicklungsstand zusammen, demzufolge bei höherem wirtschaftlichen Entwicklungsgrad auch der Anteil der nichtmateriellen Dienstleistungen am Inlandsprodukt größer ist.

Tabelle 4: Relationen zwischen bestimmten Aggregaten nach SNA- und MPS-Version für ausgewählte Länder (MPS-Aggregate = 100,0)

Aggregate	Relationen zwischen den Aggregaten			
Länder – Jahre	GDP und NMP	Nettoinlands- produkt und Nettoprodukt	Endnachfrage nach SNA- und MPS- Version	Brutto-Kapital- bildung (SNA) und Netto- Kapitalbildung (MPS)
	(1)	(2)	(3)	(4)
Vereinigte Staaten von Amerika				
1963	147,0	133,9	135,7	264,3
1967	147,3	134,9	137,4	227,2
1972	152,5	139,0	145,3	209,8
Großbritannien				
1963	136,1	125,7	130,1	196,1
1971	143,0	130,1	138,6	222,2
1972	144,4	131,1	138,2	229,4
1974	147,5	132,1	136,5	191,7
Japan				
1965	129,5	112,9	121,3	166,0
1970	126,1	109,7	120,5	150,1
1975	139,0	120,1	127,0	168,0
Kanada				
1976	151,2	136,1	148,1	188,9

Quelle: United Nations (1984), S. 12.

4.1 Input-Output-Tabellen und Überleitungstabellen

Grundlage für die skizzierten Berechnungen des UNSO sind IOT die wichtigste statistische Grundlage, weil sie für Länder mit SNA-Konzeption die geeigneten Daten für die Ableitung des Nettoprodukts enthalten. Außerdem hofft man, daß IOT von MPS-Ländern zukünftig um Angaben über die Verteilung von nichtmateriellen Dienstleistungen und die zugehörigen Kostenstrukturen ergänzt werden. Hier sind aber – sieht man einmal von Ungarn ab – gewisse Zweifel anzumelden.

Der Vorzug von IOT im Zusammenhang mit Systemvergleichen besteht darin, daß alle Daten für das Ausfüllen der sogenannten Standard-Überleitungstabellen („standard conversion tables“) unmittelbar und in konsistenter Form übernommen werden können. Dabei handelt

es sich gemäß den UN-Vorschlägen von 1977 um drei Arten von Überleitungstabellen vom MPS-System zum SNA-System und umgekehrt: um diejenigen für

- die Komponenten des Nationaleinkommens und der Wertschöpfung,
- die Verwendung des Nationaleinkommens und des Bruttoinlandsprodukts und
- den Brutto-Output, den intermediären Verbrauch und das Nationaleinkommen (siehe Übersicht 3, S. 158).

Zur Ergänzung der im voranstehenden Beitrag gemachten Ausführungen und zur Veranschaulichung der drei Überleitungstabellen ist eine aus der erwähnten Publikation der Vereinten Nationen¹⁵⁾ in kopierter Form wiedergegeben (ebenfalls in Übersicht 3). Sie zeigt die Korrekturen, die notwendig sind, um vom gesellschaftlichen Gesamtprodukt, vom intermediären Materialverbrauch und vom Nationaleinkommen nach MPS-Version zum Brutto-Output (=Produktionswert), zum intermediären Verbrauch (Zwischennachfrage) und zum Bruttoinlandsprodukt nach SNA-Version zu gelangen und umgekehrt. Dadurch, daß das Gesamtprodukt nach MPS – worauf schon hingewiesen wurde – nur den Output von Waren und materiellen Dienstleistungen umfaßt, ergibt sich die Bilanzgleichung:

$$\begin{aligned} \text{Brutto-Output nach SNA} &= \text{Gesamtprodukt nach MPS} \\ &+ \text{Brutto-Output des nichtmateriellen Bereichs} \\ &/. \text{ Käufe der Unternehmen für Leistungen an Arbeitnehmer} \end{aligned}$$

Und für eine Ableitung des intermediären Materialverbrauchs nach MPS müssen die Positionen 5 bis 8 sowie 10 und 12 – die im wesentlichen die nichtmaterielle Sphäre betreffen – vom intermediären Verbrauch nach SNA-Version abgezogen werden. Beim Übergang vom Nationaleinkommen zum Bruttoinlandsprodukt und umgekehrt sind letztlich alle Transaktionen von Bedeutung, wie Übersicht 3 (siehe S. 158) zeigt.

4.2 Modifizierung der Input-Output-Tabellen

Obwohl die nationalen IOT die Hauptquelle der „inter-system conversions“ sind, enthalten sie nicht alle benötigten Daten und müssen außerdem für die in Betracht kommenden Berechnungen modifiziert werden. Dabei sind die folgenden Gesichtspunkte am wichtigsten:

- Die IOT müssen verdichtet und die Sektoren nach der ISIC so umgruppiert werden, daß eine möglichst explizite Differenzierung von materiellen und nichtmateriellen Aktivitäten erreicht wird. Hierbei handelt es sich u.a. um Tätigkeiten wie Datenverarbeitung, Filmherstellung, Gaststättenleistungen, Vermietung von beweglichen Gütern, Reinigung und Leistungen der Architekturbüros. Diese im MPS-System zu den materiellen Leistungen zählenden Tätigkeiten sind in den westlichen IOT grundsätzlich bei den Sektoren der nichtmateriellen Sphäre erfaßt.

¹⁵⁾ Vgl. United Nations (1977), S. 79.

Übersicht 3: Überleitung vom MPS- zum SNA-System und umgekehrt.
 Brutto-Output, intermediärer Verbrauch und Nationaleinkommen

MPS-Aggregate	Elementare Ströme													SNA-Aggregate		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	Brutto-Output A = (1+2+3+4-11)	Intermediärer Verbrauch B = (1+5+6+7+8-9+10+12)	Bruttoinlandsprodukt C = A-B = (1+2+3+4-5-6-7-8+9-10-11-12)
Gesamtprodukt A = (13-2-3-4)	X	X	X	X							X		X			
Intermediärer Materialverbrauch einschließlich Abschreibungen B = (13-5-6-7-8+9-10-12)	X				X	X	X		X	X		X			X	
Nationaleinkommen C = A-B = (13-2-3-4+5+6+7+8-9+10+12)	X	X	X	X	X	X	X		X	X		X			X	

Quelle: United Nations 1977, S. 79

- Probleme können auftreten, wenn Sektoren der materiellen Sphäre nichtmaterielle Dienstleistungen als Nebenprodukt erzeugen, und umgekehrt, wenn Wirtschaftszweige, die zum nichtmateriellen Bereich gehören, materielle Waren produzieren. Besondere Überlegungen sind erforderlich, wenn sich die vorhandenen Input-Daten auf eine Gesamtproduktion beziehen, die entweder aus materiellen Waren als Hauptprodukt und aus nichtmateriellen Dienstleistungen als Nebenprodukt besteht oder bei der die Relation von materieller zu nichtmaterieller Produktion umgekehrt ist. Im Prinzip ist es wünschenswert, die beiden Inputs zu trennen, auch wenn es statistisch schwierig und oft nur mit Modellannahmen möglich ist.
- In den Fällen, in denen die Importe als konkurrierende und nicht als komplementäre Bezüge in den IOT erscheinen, ist es notwendig, wenn auch schwer realisierbar, die Warenimporte in materielle und nichtmaterielle Bestandteile zu zerlegen.
- Anzustreben ist eine Unterteilung der Bruttogewinne („gross operating surplus“) in Nettoüberschüsse („net operating surplus“) und Kapitalverzehr („consumption of fixed assets“), und zwar sektoral, um eine Verbuchung der Komponenten des Bruttoinlandsprodukts nach dem SNA-Nettokonzept zu erreichen.

Die Modifizierung der den SNA- und MPS-Vergleichen zugrunde liegenden IOT sichert ein gewisses Maß an Konsistenz zwischen den Input-Output-Daten und den Überleitungstabellen. Diese Möglichkeit der Konsistenzprüfung wird vom UNSO zu Recht mit herangezogen, um den Ländern die für Systemvergleiche angewendeten Verfahren verständlicher zu machen und die marktwirtschaftlich orientierten Länder zur Bereitstellung von Daten in MPS-Abgrenzung und die planwirtschaftlich orientierten Länder zur Erstellung entsprechender Daten in SNA-Abgrenzung zu animieren.

4.3 Verbesserung der Überleitungstabellen

Die Überleitungstabellen, die – wie ausgeführt – die einzelnen Schritte beim Übergang von den SNA-Kategorien zu den entsprechenden MPS-Kategorien und umgekehrt zeigen, stehen im Mittelpunkt der methodischen Überlegungen zur Verbindung von SNA und MPS. Deshalb ist es nicht überraschend, daß im Zusammenhang mit der Ausarbeitung eines verbesserten Konzepts für SNA/MPS-Vergleiche auch dort angesetzt wird. Zuständig für diese Arbeiten sind das UNSO und die Abteilung Statistik der ECE. Ziel der Überarbeitung der UN-Veröffentlichung von 1977 ist es u.a.,

- einen Satz von Überleitungstabellen vorzulegen, der die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts für planwirtschaftlich orientierte Länder und die Berechnung des Nettoprodukts für marktwirtschaftlich orientierte Länder gestattet, und
- einen Satz von Richtlinien und Gleichungen zu entwickeln, der die volle Konsistenz zwischen miteinander verbundenen Korrekturposten in den verschiedenen Überleitungstabellen gewährleistet.

Dieses Ziel kann auf zwei Wegen erreicht werden, die beide zu Standardüberleitungstabellen führen, die sich gegenseitig ergänzen, aber unterschiedlichen Zwecken dienen. Beide werden Bestandteil der revidierten „Conceptual Relationships“ der Vereinten Nationen sein.

Im ersten Fall soll ein für SNA und MPS gemeinsamer Satz von Überleitungstabellen entwickelt werden. Das bedeutet, daß dieselben „conversion tables“ sowohl für die Berechnung des GDP als auch des NMP herangezogen werden können, und zwar auf der Basis der für Systemvergleiche genau definierten wichtigen Korrekturposten. Diese wiederum ergeben sich aufgrund der fundamentalen Unterschiede in den Konzepten des westlichen und östlichen Gesamtrechnungssystems. Außerdem müssen kleinere Abweichungen, die aber quantitativ zu Buche schlagen, berücksichtigt werden, wie z.B. die Geschäftsreisen und die Sozialleistungen der Unternehmen für ihre Arbeitnehmer. Für diesen Satz von Überleitungstabellen wird es notwendig sein, relativ weit gefaßte Kategorien zu bilden, die sowohl für die Experten des SNA-Konzepts als auch für diejenigen des MPS-Konzepts verständlich sind. Dadurch werden sich gewisse Vereinfachungen nicht vermeiden lassen, die möglicherweise bei der Abstimmung von GDP- und NMP-Berechnungen Schwierigkeiten mit sich bringen. Das gilt insbesondere dann, wenn die verschiedenen Überleitungstabellen für die Endnachfrage, die Wertschöpfung und den Brutto-Output bzw. den intermediären Verbrauch auf unterschiedlichem Datenmaterial beruhen.

Im zweiten Fall geht es um die Erstellung von zwei separaten Sätzen von „conversion tables“: einen zur Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts für MPS-Länder und einen zur Berechnung des Nettoprodukts für SNA-Länder. Diese Überleitungstabellen sollen mit den Matrizen der beiden Systeme, der berühmten SNA-Ausgangsmatrix 2.¹⁶⁾ und der MPS-Materialbilanz, verbunden werden, weil in ihnen die für Systemvergleiche wichtigen Transaktionen enthalten sind. Insoweit geben die Überleitungstabellen die in den beiden Matrizen erfaßten Positionen in einer speziellen Umgruppierung wieder. Dies erleichtert den Nachweis der einzelnen Korrekturen und sichert die Konsistenz zwischen den miteinander verbundenen Korrekturposten und den Schätzungen von GDP und NMP in den verschiedenen Überleitungstabellen. Ein weiterer wichtiger Aspekt bei diesem Typ der „conversion tables“ ist, daß sie in Einklang mit den speziellen Kategorien und Definitionen des SNA wie auch des MPS erstellt werden können. Sie können detaillierter sein als die Überleitungstabellen des ersten Typs und alle wichtigen Korrekturen berücksichtigen, die auf die fundamentalen Unterschiede im SNA- und MPS-Konzept sowie auf kleinere Abweichungen zurückzuführen sind. Deshalb eignet sich dieser Typ der Überleitungstabellen auch mehr für theoretische Zwecke als für praktische Berechnungen.

Zusätzlich zu den neugestalteten Überleitungstabellen als wesentlichem Baustein einer verbesserten Verbindung von SNA und MPS soll die überarbeitete Konzeption für Vergleiche westlicher und östlicher VGR-Systeme weiterhin enthalten¹⁷⁾:

- einige neue Sachverhalte, die im UN-Dokument von 1977 noch nicht behandelt waren, wie z.B. die Auswirkung institutioneller Unterschiede auf GDP- und NMP-Vergleiche, die Pro-

¹⁶⁾ Vgl. hierzu United Nations (1968), S. 18 f.

¹⁷⁾ Zu den Details vgl. United Nations (1984), S. 19 ff. und United Nations (1982), S. 13 ff.

bleme des Gesamtverbrauchs der Bevölkerung und Fragen der Sammlung von Primärdaten für systembedingte Umformungen und

- eine umfassende Beschreibung der Unterschiede zwischen den beiden Gesamtrechnungssystemen und eine Behandlung ausgewählter konzeptioneller Probleme, wie z.B. der Außenhandelsströme (Importe, Exporte und Brutto-Außenhandel), der Kapitalbildung (Behandlung der Vermögensverluste, Erfassung der Ausgaben für angefangene Bauten, Berücksichtigung der Übertragungskosten bei Landverkauf, Zunahme der Goldbestände und Anlagen von Botschaften etc.) und der sozialen bzw. kulturellen Leistungen der Unternehmen für ihre Beschäftigten.

Bei der Untersuchung dieser Aspekte der Verbindung vom SNA-System und MPS-System ist das UNSO auf die Hilfe der Mitgliedsländer angewiesen. Deshalb bemüht es sich, eigene Schätzungen für das Verhältnis von GDP zu NMP auf der Grundlage von nationalen IOT zu erstellen, um sie den Ländern zur Beurteilung vorzulegen. Zusätzlich wird versucht, einige Überleitungstabellen in die Fragebögen des Amtes zur VGR nach SNA- und MPS-Version aufzunehmen.

Literaturverzeichnis

- Fáy, J. und Fink, G. (1976): Ein Input-Output-Vergleich der Struktur der Bruttonproduktion nach Wirtschaftsbereichen zwischen Österreich und Ungarn, Forschungsbericht Nr. 35 des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Juni 1976.
- Menges, G., Geiselhard, J., Heilig, B., Sherif, S. A. (1977): Der wirtschaftliche Wandel der Länder Ost- und Westeuropas von 1960–1970 auf der Basis standardisierter und homogenisierter Input-Output-Tabellen, Endbericht der von der Stiftung Volkswagenwerk finanzierten Forschungsgruppe an dem Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg, Dezember 1977.
- Münzenmaier, W. (1979): Volkswirtschaftliche Grunddaten und Input-Output-Tabellen im Ost-West-Vergleich: Dargelegt am Beispiel Ungarns und Baden-Württembergs, in: Allgemeines Statistisches Archiv, S. 275–312.
- Münzenmaier, W. (1982): Die wirtschaftliche Verflechtung des Landes Baden-Württemberg – Konzeption und Methode der Input-Output-Tabellen 1972, in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, Heft 2, S. 67 ff. und Anhangtabellen.
- Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften – SAEG (1970): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen – ESVG, Brüssel/Luxemburg 1970.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1983): Fachserie 14, Finanzen und Steuern, Reihe 8, Umsatzsteuer 1980, Stuttgart und Mainz, März 1983.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984): Statistisches Jahrbuch 1984 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart und Mainz, August 1984.
- Statistisches Bundesamt – StBA (1984a): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 2, Input-Output-Tabellen 1980, Stuttgart und Mainz, September 1984.
- United Nations (1968): A System of National Accounts, Studies in methods, Series F, No. 2, rev. 3, New York 1968.

- United Nations (1971): Basic Principles of the System of Balances of the National Economy, Studies in methods, Series F, No. 17, New York 1971.
- United Nations (1977): Comparisons of the System of National Accounts and the System of Balances of the National Economy, Studies in methods, Series F, No. 20, New York 1977.
- United Nations (1982): Progress report on SNA/MPS comparisons and related topics. Report of the Secretary-General, E/CN. 3/1983/8, 27 September 1982.
- United Nations (1984): Progress report on SNA/MPS links. Report of the Secretary-General, E/CN. 3/1985/6, 28 February 1984.
- Wagenführ, R. (1973): Wirtschafts- und Sozialstatistik, Band 2, S. 315–379, Freiburg i. Br.
- Wilkins, H. (1976): Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland, DIW: Sonderheft 115, Berlin.
- Zwer, R. (1981): Internationale Wirtschafts- und Sozialstatistik, S. 29–31, München/Wien.